

Qualifikations- und Potenzialanalyse der Hamburger Elbinsel

**im Rahmen der
"Entwicklungspartnerschaft Elbinsel"
im EU-Programm EQUAL**

Hamburg, Oktober 2002

Technische Universität Hamburg-Harburg
Arbeitsbereich 1-06:
Stadt- und Regionalökonomie / Stadt- und Regionalsoziologie
Woellmerstraße 1
21075 Hamburg
Projektleitung: Prof. Dr. Ingrid Breckner
Projektbearbeitung: Dipl.-Soz. Toralf González
Kontakt: Tel. 42878-4306, gonzalez@tu-harburg.de



Das Projekt Entwicklungspartnerschaft Elbinsel wird gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds, die Freie und Hansestadt Hamburg, die Bundesanstalt für Arbeit sowie weitere Unterstützer

Der Verfasser dieser Studie dankt allen Interviewpartnern und -partnerinnen sowie den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Einrichtungen, die der TUHH Informationen zur Verfügung gestellt haben. Ohne ihre tatkräftige Unterstützung wäre diese Studie nicht möglich gewesen. Besonderer Dank gilt dem Arbeitsamt Harburg, der Handelskammer Hamburg sowie der Handwerkskammer Hamburg.

Inhalt

1. Einleitung	5
2. Globaltrends des Arbeitsmarktes.....	8
3. Sozialräumliche Struktur der Elbinsel.....	15
4. Bewertung der Raumpotenziale und externer Entwicklungsimpulse.....	21
5. Die Wirtschaft der Elbinsel	25
5.1 Die städtischen Teilökonomien	25
5.2 Das Handwerk der Elbinsel.....	32
5.3 Ausbildung auf der Elbinsel.....	34
5.4 Ergebnisse der Betriebsbefragung von Industrie, Handwerk und Hafen-/Logistikbetrieben.....	36
5.4.1 Ökonomische Einbettung	36
5.4.2 Arbeitskräftebedarfe.....	38
5.4.3 Qualifizierungsbedarfe	40
5.4.4 Wilhelmsburger Wir-Gefühl in der Unternehmerschaft ?.....	43
5.4.5 Handlungsansätze.....	44
5.5 Handlungsfelder der Stadtteil- und Quartiersökonomie	47
5.5.1 Bauen und Wohnen	48
5.5.2 Einzelhandel und Gastronomie	50
5.5.3 Tourismus/Freizeit.....	52
5.5.4 Gesundheit/Pflege/Wellness.....	53
5.6 Migrationsökonomie.....	55
5.6.1 Soziales Kapital als Strukturprinzip der Migrationsökonomie	55
5.6.2 Konzeption der Befragung	57
5.6.3 Ergebnisse der Betriebsbefragung.....	59
a) Strukturdaten.....	59
b) Der Weg in die Selbstständigkeit	62
c) Elemente einer Geschäftsstrategie	65
d) Selbsteinschätzung der Qualifizierungsbedarfe.....	67
5.6.4 Schlussfolgerungen	68
6. Schulerfolg und Ausbildung auf der Elbinsel.....	70
6.1 Schulabgänger auf der Elbinsel.....	70
6.2 Chancen der Jugendlichen mit niedrigem Schulabschluss im dualen System	73
6.3 Auszubildende der Elbinsel.....	76
6.4 Chancen im Handwerk?	78
6.5 Schulische Berufsorientierungsprojekte und Perspektiven für die EP Elbinsel.....	82
6.6 Bildungsferne und Abschließungstendenzen im Migranten- und Unterschichtsmilieu	87

7. Arbeitslosigkeit auf der Elbinsel.....	91
7.1 Struktur der Arbeitslosigkeit in Wilhelmsburg.....	91
7.2 Zielgruppen einer Qualifizierungsstrategie.....	99
7.2.1 Was sind Potenziale?	99
7.2.2 Darstellung der Zielgruppen	100
7.2.3 Zusammenfassende Schlussfolgerungen	109
8. Ausblick	111
9. Literatur	113

Anhang

1. Einleitung

Die Entwicklungspartnerschaft Elbinsel hat im Februar 2002 den Arbeitsbereich Stadt- und Regionalsoziologie der TU Hamburg-Harburg mit der Erstellung einer „Qualifikations- und Potenzialanalyse“ der Hamburger Elbinsel beauftragt. Die Analyse soll Entscheidungsgrundlagen für die inhaltliche Ausgestaltung der im Rahmen des EQUAL-Programms zu entwickelnden innovativen Qualifizierungs- und Beschäftigungsstrategie liefern. Die Entwicklungspartnerschaft strebt neben der Schaffung eines breiten Netzwerkes von lokalen und städtischen Akteuren, die neue Kooperationsformen erproben sollen, die Mobilisierung bisher ungenutzter sozialer, ökonomischer und räumlicher Potenziale der Elbinsel an, um möglichst positive und miteinander verkoppelte Effekte auf den lokalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie die lokale Wirtschaft zu erzielen. Aufgabe der Analyse war es, diese Potenziale sowie die vorhandenen und fehlenden Qualifikationen der Zielgruppen möglicher Maßnahmen – insbesondere MigrantInnen, Langzeitarbeitslose, Frauen und benachteiligte Jugendliche – zu untersuchen.

Angesichts der oft nur sehr begrenzten Erfolge der zahlreichen Wilhelmsburger Projekte und Maßnahmen stand für die TUHH von Beginn an fest, dass sich bisher ungenutzte Potenziale nicht im Rahmen eines Gutachtens „entdecken“ lassen; im Gegenteil: Da sich trotz des Ideenreichtums und des Engagements der lokalen Akteure bisher so wenig bewegt, setzt eine Beschäftigung mit Potenzialen ebenso die Thematisierung von strukturellen Barrieren, Exklusionsmechanismen und überlokalen Entwicklungen voraus, die einer Verbesserung der sozialräumlichen Situation im Wege stehen. Dies ist umso nötiger, da die Elbinsel in funktional hoch differenzierte regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktstrukturen eingebettet ist und sich die die Elbinsel prägende Hafenwirtschaft aufgrund globaler Entwicklungstrends in einem ständigen Restrukturierungsprozess befindet. Die damit erforderliche Kontextualisierung der Potenziale schafft nicht zwangsläufig neue Erkenntnisse, sie ist aber eine Voraussetzung für einen realitätsbezogenen Zugang zu den damit verknüpften Fragen und Handlungsperspektiven. Die im Zuge dieser Kontextualisierungen gewonnenen Befunde führen schließlich zu der Auffassung, dass Potenziale in einem Entdeckungsprozess zu entwickeln sind, der eine dauerhafte Herausforderung für die gesamte Entwicklungspartnerschaft darstellen wird. Die TUHH hat sich daher auf die immanenten Schlussfolgerungen aus den vorgenommenen Analysen beschränkt und auf die Produktion „kreativer“, aber kontextloser Ideen und Vorschläge verzichtet.

Zum besseren Verständnis dieser Studie ist der bisherige zeitliche Ablauf des Projektes Entwicklungspartnerschaft Elbinsel zu berücksichtigen. Kennzeichnend für das Projekt ist die weitgehende Parallelität der Handlungsschritte, die – idealtypisch betrachtet – nacheinander abgearbeitet werden müssten. Dieses Vorgehen ist v.a. dem nationalen Bewilligungsverfahren samt seinen zahlreichen Unwägbarkeiten geschuldet, was nicht nur eine hohe Frustrationstoleranz bei allen beteiligten Akteuren, sondern auch eine Abkehr von idealtypischen Analyse- und Umsetzungsverfahren erforderte. Die Parallelität von Analyse und Projektentwicklung hat eine aktive Mitarbeit der TUHH in den verschiedenen Gremien erforderlich gemacht und – allein aus Kapazitätsgründen – die Erstellung dieser Studie zeitlich in die Länge gezogen. Auf die Reflexion und Einarbeitung des unter hohem Zeitdruck stattfindenden Projektentwicklungsprozesses wurde verzichtet, weil letztlich alle Ergebnisse schon beim Zeitpunkt der Veröffentlichung nicht mehr aktuell gewesen wären und wahrscheinlich mehr Verwirrung als Klarheit geschaffen hätten. Der nun vorliegende Endbericht der Qualifikations- und Potenzialanalyse ist daher nur als ein Baustein der gesamten inhaltlichen und konzeptionellen Arbeiten der Arbeitsgruppen und übrigen Gremien der EP Elbinsel zu verstehen.

Methodisches Vorgehen

Die Betrachtung der Elbinsel samt ihrer Einbettung in überlokale Entwicklungszusammenhänge umfasst die Analyse von Raum-, Sozial- und Wirtschaftsstrukturen, des Bildungswesens und des lokalen Arbeitsmarktes. In allen Teilbereichen wurden statistische Daten und verschiedenste Sekundärquellen ausgewertet; ein Teil des statistischen Materials wurde speziell für diese Studie generiert und ist bisher unveröffentlicht. Hinweise auf das Zustandekommen und die Qualität der Daten finden sich jeweils in den einzelnen Kapiteln.

Die Feldforschung der TUHH widmete sich schwerpunktmäßig der „Migrationsökonomie“, d.h. Kleinbetrieben, deren Inhaber einen Migrationshintergrund besitzen. Diese Schwerpunktsetzung ergibt sich aus der Zielgruppendefinition der EP Elbinsel sowie aus der Bedeutung, die die Migrationsökonomie für den lokalen Einzelhandel und die Gastronomie hat. Darüber hinaus wurde im Rahmen eines Unterauftrages eine kleinere schriftliche und telefonische Betriebsbefragung bei rd. 50 Unternehmen aus Handwerk, Industrie und dem Logistiksektor durchgeführt. Diese Untersuchung war ursprünglich größer angelegt, Quantität und inhaltliche Qualität blieben jedoch aufgrund unterschiedlicher Probleme hinter den Erwartungen zurück.

Die TUHH hat mehr als 20 ExpertInnengespräche mit Vertretern der Kammern, lokal ansässigen Unternehmen sowie mit sozialen Einrichtungen aus Wilhelmsburg und Harburg geführt. Die Gespräche sollten vertiefende Einblicke in die einzelnen Untersuchungsbausteine schaffen, v.a. im Hinblick auf die unterschiedlichen Zielgruppen möglicher Qualifizierungsmaßnahmen.

Aufbau des Gutachtens

Der vorliegende Bericht ist in sich abgeschlossene Kapitel gegliedert, die das selektive Lesen erleichtern sollen. Umfang und Art der Darstellung variieren aufgrund des jeweils gewählten methodischen Vorgehens und der Bearbeitungstiefe. Den Schwerpunkt der Arbeit bilden die Themen Wirtschaft (Kapitel 5), Bildung und Ausbildung (Kapitel 6) sowie der lokale Arbeitsmarkt (Kapitel 7).

Kapitel 2 beschreibt einleitend allgemeine Trends des Hamburger Arbeitsmarktes sowie die bundesweit besonders prekäre Lage der MigrantInnen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt.

Kapitel 3 fasst einen Großteil der verfügbaren statistischen Daten zur sozialräumlichen Struktur der Elbinsel zusammen; ein Teil der Daten ist in Form von thematischen Karten aufbereitet.

In Kapitel 4 werden die räumlichen Potenziale der Elbinsel grob zusammengefasst und bewertet; darüber hinaus werden die Effekte möglicher externer Entwicklungsimpulse diskutiert.

Kapitel 5 widmet sich ausführlich der Wirtschaft der Elbinsel. Zunächst wird die Wirtschaftsstruktur in Form städtischer Teilökonomien beschrieben. Es folgt eine genauere Betrachtung der in (über-)regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktstrukturen eingebetteten Unternehmen auf Basis der Unternehmensbefragung und der Expertengespräche. Anschließend wird das engere Handlungsfeld der Stadtteil- und Quartiersökonomie thematisiert; der Schwerpunkt liegt hier auf einer ausführlichen Darstellung der Betriebsbefragung innerhalb der Migrationsökonomie.

In Kapitel 6 werden ausgehend von einer Interpretation des schulischen Erfolges von SchülerInnen der Elbinsel deren Chancen im dualen System und insbesondere im Hand-

werk bewertet. Aufgrund der sich daraus ableitenden Notwendigkeit zur Entwicklung einer präventiv wirkenden Handlungsstrategie wird anschließend das Themenfeld Berufsorientierung an Schulen beschrieben und bewertet.

Kapitel 7 nimmt das Thema des zweiten Kapitels noch einmal auf und beschreibt ausführlich die Struktur der Wilhelmburger Arbeitslosen anhand quantifizierbarer Indikatoren. Anschließend werden die Zielgruppen der EP Elbinsel anhand einer Typenbildung beschrieben und die ExpertInnengespräche zusammengefasst.

Inhaltliche Schlussfolgerungen finden sich – soweit sie nach dem bisherigen Erkenntnisstand möglich waren – jeweils am Ende der (Unter-)Kapitel.

2. Globaltrends des Arbeitsmarktes

Die im Folgenden dargestellten allgemeinen Trends des Arbeitsmarktes sollen v.a. die strukturellen Barrieren betonen, denen die Entwicklungspartnerschaft Elbinsel gegenübersteht. Dargestellt werden Veränderungen des Arbeitskräfteangebots und der Nachfrage nach Arbeit sowie die besonders prekäre Situation der MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt. Auf die spezifische Situation der Elbinsel wird in Kapitel 6 (Bildung und Ausbildung) sowie in Kapitel 7 (Arbeitsmarkt) eingegangen.

Strukturveränderungen von Angebot und Nachfrage

Das Erwerbsverhalten der Hamburger Bevölkerung hat sich zwischen 1980 und 1997 deutlich verändert, da der Anteil der "Erwerbwilligen", d.h. der Personen die erwerbstätig sind oder aktiv eine Arbeit suchen, zugenommen hat. Die gestiegenen bzw. konstant hohen Arbeitslosenquoten lassen sich nicht einfach als unmittelbare Folge eines massiven Arbeitsplatzabbaus erklären, sondern müssen auch im Zusammenhang mit einer **Zunahme des Arbeitskräfteangebotes** gesehen werden. Dabei war es vor allem das Erwerbsverhalten von Frauen, das zu einem Anstieg des Arbeitskräfteangebotes geführt hat. Mittlerweile sind fast zwei Drittel der Frauen in Hamburg erwerbstätig oder als arbeitssuchend registriert. Der Frauenanteil unter den Erwerbstätigen liegt mittlerweile bei rd. 46%. Der Arbeitsmarkt in Hamburg wurde jedoch in den zurückliegenden Jahren nicht nur weiblicher, sondern auch multiethnischer. Die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen stieg in Hamburg zwischen 1980 und 1997 um 55 % auf 120.000 Personen an. Wie noch zu zeigen sein wird, geht die quantitative Zunahme mit einer hohen Erwerbslosenquote einher, in der sich besondere Arbeitsmarktprobleme ausdrücken. Nicht zuletzt führt die enge Pendlerverflechtung im Agglomerationsraum Hamburg dazu, dass sich das Arbeitskräfteangebot in Hamburg erhöht hat: Immerhin war 1997 jeder dritte Arbeitsplatz in Hamburg mit EinpendlerInnen besetzt.

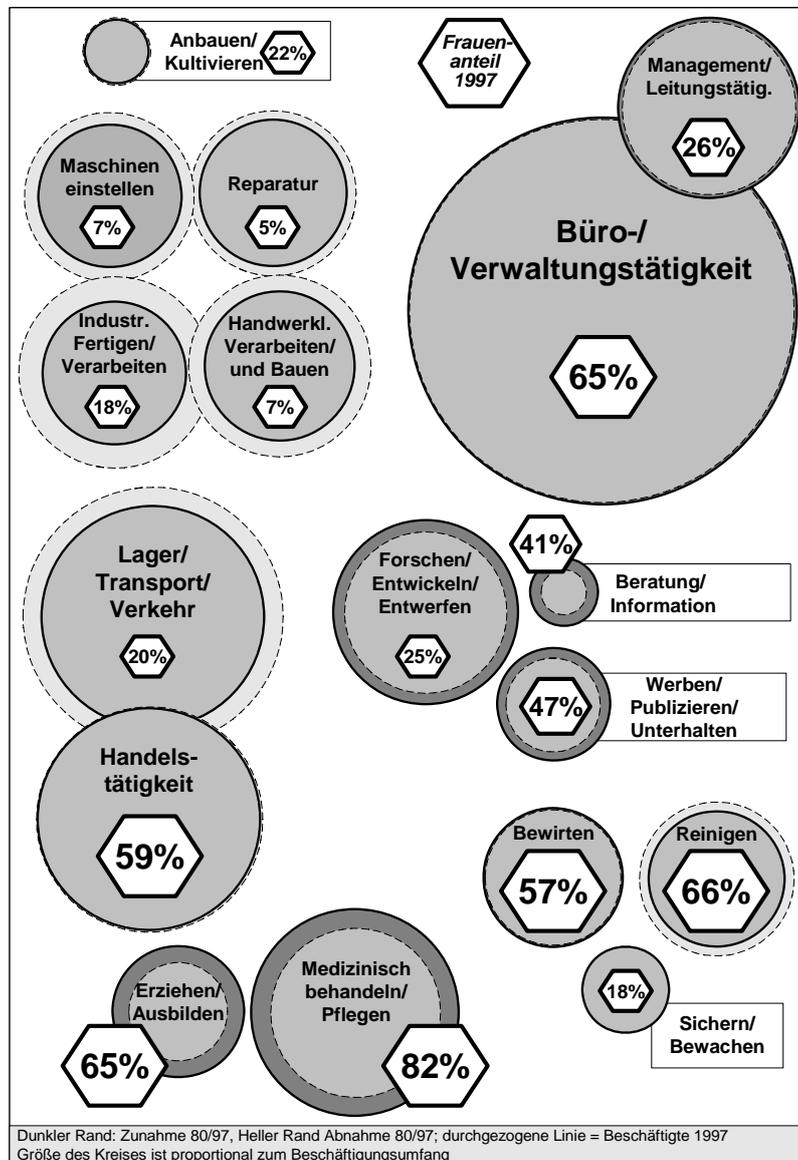
Neben dem gestiegenen Arbeitskräfteangebot gilt es die **veränderte Nachfrage** nach Arbeitskräften zu berücksichtigen. Diese lässt sich in Form der „Tätigkeitscluster“ darstellen, die am Arbeitsbereich Stadt- und Regionalökonomie der TUHH anhand einer Reaggregation der berufsfachlichen Einheiten der Beschäftigtenstatistik entwickelt wurden. Die folgende Abbildung zeigt die siebzehn Tätigkeitscluster, die aus dem Re-Aggregationsverfahren entstanden sind. Dabei repräsentiert die Kreisgröße den Beschäftigungsumfang in den Jahren 1997 (durchgezogene Linie) und 1980 (gestrichelte Linie). Ein heller Rand bedeutet ein Beschäftigungsabbau, ein dunkler Rand hingegen eine Zunahme seit 1980.

Die meisten Beschäftigten in Hamburg üben *Büro- und Verwaltungstätigkeiten* aus. Auf Platz zwei und drei der Rangskala folgten 1997 die distributiven Tätigkeitsbereiche *Lager/Transport/Verkehr* und die *Handelstätigkeiten*. Zusammen mit den *Management/Leitungstätigkeiten* waren 1997 mehr als die Hälfte (52,1%) der HamburgerInnen mit verwaltenden, organisatorischen und distributiven Aufgaben beschäftigt und fungierten folglich als Bindeglied innerhalb des Wirtschaftsgeschehens.

Die Abbildung zeigt ferner, welche Bereiche eine besonders negative Beschäftigtenentwicklung hatten. Der gesamte Bereich der Produktionstätigkeiten (*Industrielles Fertigen und Verarbeiten, Handwerkliches Verarbeiten und Bauen, Maschinen einstellen und Reparatur*) hatte hohe Beschäftigungseinbußen; im Jahr 1997 waren in diesem Tätigkeitsfeld knapp 32% weniger Personen beschäftigt als noch im Jahr 1980. Besonders hoch waren auch die Verluste im distributiven Bereich *Lager/Transport/Verkehr* (-27,9%), dort haben innerhalb von knapp 20 Jahren fast 26.000 Personen ihren Arbeitsplatz verloren.

Das Tätigkeitsfeld der sozialen Dienste, das in hohem Maße staatlich reguliert und von Transferleistungen abhängig ist, hatte in Hamburg zwischen 1980 und 1997 die höchste Wachstumsrate (+57,7%). In diesem Zeitraum sind im Bereich *Erziehen/ Ausbilden* ca.

Abb. 2.1: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Hamburg nach Tätigkeitsclustern



Quelle: TUHH, AB 1-06

Die gestiegene Beschäftigung der Frauen lässt sich auch damit erklären, dass die von Frauen dominierten Tätigkeitscluster eine weitgehend stabile und z.T. auch wachsende Beschäftigung aufweisen. Die eigentlichen Verlierer sind niedrig oder in traditionellen Bereichen qualifizierte Männer, die in der Folge des Strukturwandels ihre Arbeitsplätze in den vier produktionsbezogenen Tätigkeitsclustern sowie im Cluster Lager/Transport/ Verkehr verloren haben. Der Arbeitsplatzrückgang in den traditionellen männlichen Arbeiterberufen führt ebenso dazu, dass ungenügend qualifizierten Jugendlichen, insbesondere aus der zweiten Generation der Arbeiteremigranten, der Zugang zum Arbeitsmarkt blockiert ist.

11.000, im medizinischen Bereich sogar 19.000 Beschäftigungsverhältnisse zusätzlich entstanden. Damit rangiert der zuletzt genannte Cluster auf Platz 1 der absoluten Beschäftigungsgewinner.

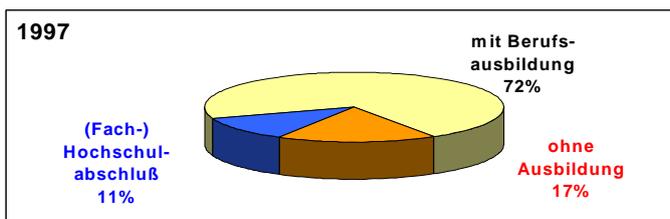
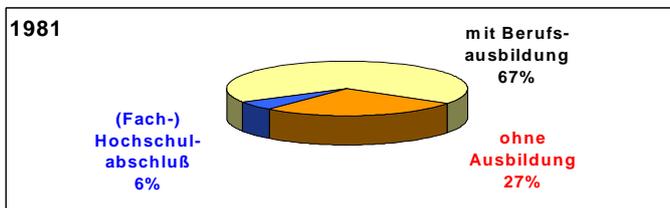
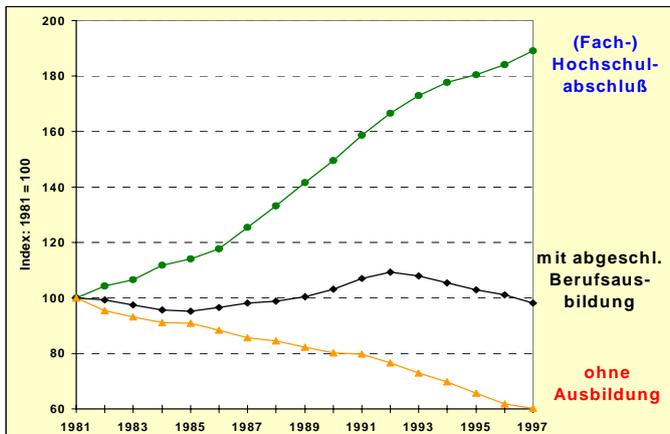
Die angedeuteten strukturellen Veränderungen auf dem Hamburger Arbeitsmarkt haben seit 1980 äußerst vielschichtige und heterogene „Matching“-Prozesse von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage mit entsprechenden **Gewinnern und Verlierern** hervorgerufen (vgl. Abb. 2.2). Rein quantitativ betrachtet waren Frauen, Teilzeitbeschäftigte, Abiturienten und Hochschulabsolventen die Gewinner der Arbeitsmarktentwicklung. Diese Gruppen konnten – trotz dem allgemeinen Stellenabbau zwischen 1980 und 1997 – Beschäftigungsgewinne verbuchen. Die gestie-

**Abb. 2.2: Gewinner und Verlierer der Arbeitsmarktentwicklung
Beschäftigtenentwicklung in Hamburg 1980/97 (%-Veränderungen)**

Beschäftigte insgesamt		- 4,6 %
Geschlecht	<i>FRAUEN:</i>	+ 5,7 %
	<i>Männer:</i>	- 11,6 %
Arbeitszeit	<i>TEILZEIT:</i>	+ 29,5 %
	<i>Vollzeit:</i>	- 8,6 %
Nationalität	<i>Deutsche:</i>	- 4,7 %
	<i>AUSLÄNDER:</i>	- 2,9 %
Schulbildung ¹	Haupt-/ Realschule:	- 17,4%
	<i>ABITUR:</i> ²	+ 111,6%
Berufliche Ausbildung ³	Un-/Angelernte ⁴	- 43,2%
	mit Berufsausbildung:	- 1,1%
	<i>STUDIUM:</i>	+ 88,9%
Beruflicher Status (Stellung im Beruf)	Arbeiter:	- 27,1 %
	Facharbeiter:	- 29,7 %
	Meister:	- 28,6 %
	<i>ANGESTELLTE:</i>	+ 11,1 %

- ¹ Beschäftigte ohne Auszubildende
- ² Inkl. Beschäftigte mit Studienabschluß.
- ³ Beschäftigte ohne Auszubildende
- ⁴ Beschäftigte ohne Berufsausbildung (und ohne Auszubildende).

**Abb. 2.3: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
in Hamburg nach Art der Ausbildung**



Quelle: Beschäftigtenstatistik, eig. Berechnungen: TUHH -Stadt-/Regionalökonomie: B. Kempf

Sehr deutlich wird die Bedeutung der schulischen und beruflichen Qualifikationen, die auf dem Arbeitsmarkt ganz offensichtlich die Funktion eines **Zugangsfilters** haben. In Bezug auf die Schulbildung gehören die Haupt- und Realschüler mit einem absoluten Beschäftigungsrückgang von rd. 17 %-Punkten zu den Verlierern, dagegen hat sich die Zahl der Beschäftigten mit Abitur mehr als verdoppelt.

In Bezug auf das berufliche Qualifikationsniveau sank die Zahl der Un- und Angelernten um mehr als 40 %-Punkte, während die der studierten Beschäftigten um fast 90 %-Punkte anstieg (vgl. Abb. 2.3) Im krassen Gegensatz zur rückläufigen Ausbildungsintensität der Betriebe erhöhte sich damit das berufliche Qualifikationsniveau der Beschäftigten zwischen 1981 und 1997 erheblich. Hatten 1981 immerhin noch 27 % der Beschäftigten keine Berufsausbil-

derung absolviert, so waren 1997 nur noch 17 % ohne Berufsausbildung beschäftigt. Im gleichen Zeitraum verdoppelte sich der Anteil der Beschäftigten mit einem Fach- oder Hochschulabschluss.

Situation der MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt

MigrantInnen gehören zu den eindeutigen Verlierern auf dem Arbeitsmarkt; diese Entwicklung gilt bundesweit. Die allgemeine Wirtschaftsentwicklung und die Veränderungen in der Struktur der Arbeitskräftenachfrage verhindern, dass das durch Nettozuwanderung und natürliche Bevölkerungsentwicklung in den vergangenen zwei Jahrzehnten gestiegene Arbeitskräfteangebot vom Arbeitsmarkt absorbiert wird. 1998 waren in Westdeutschland nur noch etwas mehr als die Hälfte der MigrantInnen im erwerbsfähigen Alter abhängig oder selbstständig erwerbstätig; von den in Westdeutschland lebenden türkischen Staatsangehörigen waren es sogar weniger als die Hälfte. (Hönekopp 2000)

Wesentlicher Grund für die sinkende Erwerbstätigkeit ist die ungünstige Qualifikationsstruktur. Der Anteil der MigrantInnen mit einem niedrigen beruflichen Qualifikationsniveau ist in den beiden vergangenen Jahrzehnten nicht wesentlich zurückgegangen. Wie die folgende Tabelle zeigt, lag er im Jahr 2000 bei über 60 % der Beschäftigten (ohne Berufsausbildung und Ausbildung unbekannt) und damit immer noch mehr als doppelt so hoch wie bei den Beschäftigten mit deutscher Staatsangehörigkeit. Aufgrund dieses weiterhin hohen Sockels ist auch der Anteil der Beschäftigten mit einer mittleren Qualifikation (betriebliche Ausbildung) kaum gestiegen und erreicht nur die Hälfte des Wertes für die Deutschen. Für die türkischen Staatsangehörigen sieht die Verteilung noch schlechter aus.

Abb. 2.4: Beschäftigte und Arbeitslose in Deutschland-West nach abgeschlossener Ausbildung in 2000

Schul- bzw. Berufsausbildung	Sozialvers. Beschäftigte (Anteile in Prozent)			Arbeitslose (Anteile in Prozent)		
	Deutsche	Migranten	Insges.	Deutsche	Migranten	Insges.
Ausbildung unbekannt	10,0	22,0	10,8	-	-	-
Ohne Berufsausbildung	16,2	41,1	18,0	39,7	78,3	46,3
Betriebliche Ausbildung	65,0	32,5	62,7	54,8	17,6	48,5
Fachhochschulabschluss	3,4	1,1	3,2	1,7	1,0	1,5
Hochschulabschluss	5,4	3,3	5,3	3,8	3,2	3,7

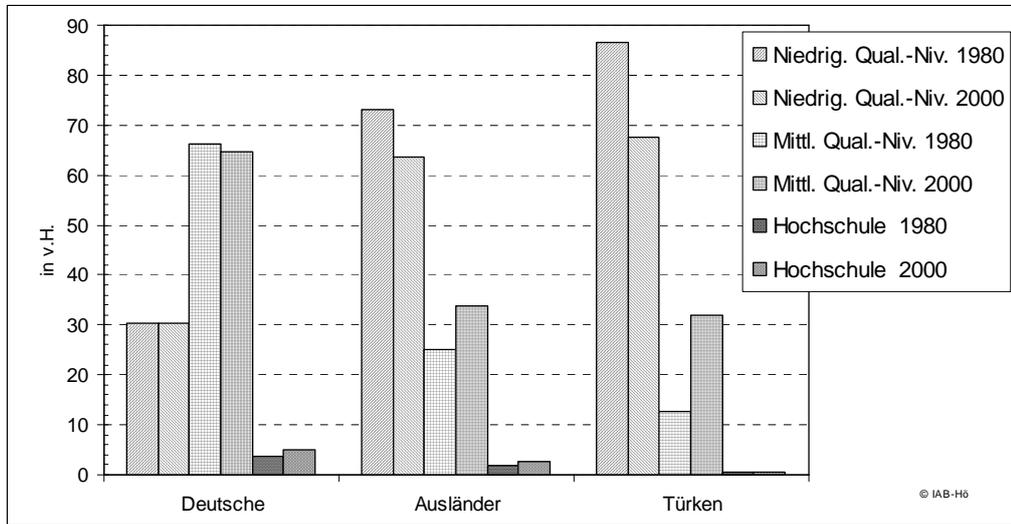
Quelle: IAB, Hönekopp

Entgegen der weit verbreiteten Annahme, dass es in der zweiten und dritten Einwanderergeneration zu einer Angleichung an das durchschnittliche Qualifikationsniveau kommt, unterscheidet sich die Qualifikationsstruktur der jüngeren Beschäftigten nicht wesentlich von der aller Migranten. Trotz der zwischen 1980 und 2000 rückläufigen Quote der Beschäftigten unter 30 Jahren mit niedriger Qualifikation besteht immer noch ein erheblicher Unterschied zu den Beschäftigten mit deutscher Staatsangehörigkeit (vgl. Abb. 2.5).

Das niedrige Qualifikationsniveau führt dazu, dass der Mehrheit der Migranten der Zugang zum expandierenden Dienstleistungssektor nur bei den Einfacharbeitsplätzen in der Gastronomie, Reinigung etc. gelingt, während die qualitativ höherwertigen Beschäftigungsmöglichkeiten weitgehend versperrt bleiben. Damit verläuft die Tertiärisierung der Beschäftigung für die Migranten nach einem ähnlichen Muster ab wie früher im Produktionsbereich. Die seit längerem zu beobachtende starke Zunahme der selbstständigen Migranten kann vor diesem Hintergrund auch als Ausweichen in die Selbstständigkeit aufgrund fehlender Be-

schäftigungsperspektiven interpretiert werden, wobei der Anstieg der Selbstständigkeitsquote nicht auf diesen Verdrängungsprozess reduziert werden darf (vgl. Kap. 5.6).

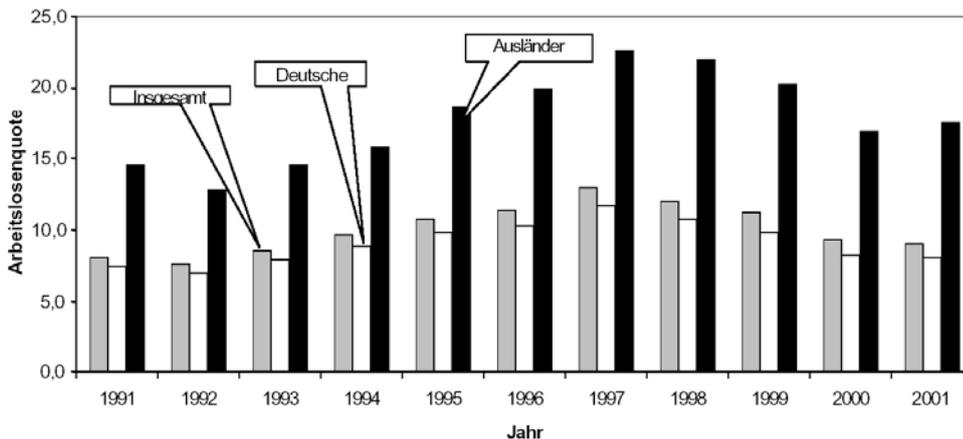
Abb. 2.5: Beschäftigte unter 30 Jahren nach Staatsangehörigkeiten und beruflicher Qualifikation 1980 und 2000 in Deutschland-West



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB), Hönekopp

Folge dieser fatalen Entwicklung ist neben der sinkenden Erwerbstätigkeit der überproportionale Anstieg der Arbeitslosigkeit unter den Ungelernten und infolgedessen auch unter den Migranten. Die Arbeitslosenquote der Migranten ist in Westdeutschland doppelt so hoch wie die Gesamtquote und der Abstand hat seit 1991 fast kontinuierlich zugenommen. Unter den einzelnen Nationalitäten weisen die türkischen Staatsbürger die höchste Arbeitslosenquote auf. Die folgende Abbildung zeigt den schwankenden Verlauf der Arbeitslosenquoten in Hamburg:

Abb. 2.6: Arbeitslosenquoten von Deutschen und Ausländern Sep. 1991 bis Sep. 2001 in Hamburg



Quelle: Landesarbeitsamt Nord 2001

Wie die Schilderung der Gewinner und Verlierer schon angedeutet hat, ist die Arbeitslosenquote in der Gruppe der Hochqualifizierten am niedrigsten. Dies trifft für die Migranten jedoch nicht zu. Wie die Erwerbslosenquoten (die auch die Selbstständigen umfassen und nicht so präzise sind wie die Arbeitslosenquoten) zeigen, unterscheidet sich die Erwerbslosenquote der kleinen Gruppe der hochqualifizierten Migranten nicht von der mit einer

Abb. 2.7: Erwerbslosenquoten in Deutschland-West nach Bildungsniveaus in 2000

Bildungsniveau	Erwerbslosenquote**	
	Deutsche	Migranten
Niedrig	9,8	15,4
Mittel	4,7	9,4
Hoch	2,5	9,8
Insgesamt	5,1	12,4

** Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen
Quelle: IAB, Hönekopp

betrieblichen Ausbildung und ist in etwa viermal so hoch wie die der deutschen Staatsangehörigen.

Dies kann zum einen als Hinweis darauf gelten, dass sich der Zugangfilter Bildung und Ausbildung nicht allein durch formelle Abschlüsse beschreiben lässt. Zum anderen müssen darüber hinaus noch ganz andere Zugangfilter berücksichtigt werden, v.a. die restriktive Praxis der Arbeitsgenehmigung und die langwierigen und ausgrenzenden Vorrangprüfungen bei der

Besetzung von freien Stellen. Nicht zuletzt stehen auch ausländerfeindliche und rassistische Vorurteile der Integration der Migranten in den Arbeitsmarkt im Wege.

Auch wenn die Frage der Einstiegsschwellen und Zugangfilter nicht nur auf Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse reduziert werden kann, bleiben diese angesichts des anhaltenden Strukturwandels und des zunehmenden Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften im Dienstleistungssektor der zentrale Handlungsansatz.

„Deshalb müssen die Anstrengungen wesentlich intensiviert werden, das Qualifikationsniveau der bereits erwerbstätigen Ausländer durch Weiterbildung zu verbessern. Vor allem aber ist sicherzustellen, dass die Schüler das Bildungssystem heute und morgen gut qualifiziert verlassen“ (Hönekopp 2000: 8).

Situation der MigrantInnen im Bildungs- und Ausbildungsbereich¹

Um die Frage beurteilen zu können, inwieweit sich das Qualifikationsdilemma der Migranten mittelfristig ändern wird, kann als allgemeinstes Kriterium die Quote der Bildungsbeteiligung² herangezogen werden. In Deutschland lag die Bildungsbeteiligung nichtdeutscher Kinder und Jugendlicher im Alter von 15 bis 19 Jahren 1999 bei 65 %, bei den gleichaltrigen Deutschen lag der Anteil bei 92 %, in der Altersgruppe der 20 bis 24-Jährigen lagen die Anteile bei 14 bzw. 39 %. D.h. schon allein bei der Integration in allgemein bildende Schulen, Berufs- und Hochschulen ergeben sich erhebliche Differenzen.

Der Anteil der nichtdeutschen Schüler ist bekanntlich an Haupt- und Sonderschulen überdurchschnittlich hoch; an Realschulen und besonders an Gymnasien sind sie unterrepräsentiert. Bemerkenswert ist weiterhin der überdurchschnittliche Anteil dieser Schülergruppe an den Gesamtschulen (insb. bei Türken) sowie an den Abendschulen und Kollegs, in denen bundesweit die höchsten Anteile erzielt werden. Jugendliche mit Migrationshintergrund besuchen in zunehmendem Maße Abendschulen und Kollegs, weil sie vorher keinen schulischen Erfolg hatten oder erst nach der Schulpflicht eingereist sind.

Der Bildungserfolg nichtdeutscher Schüler an den allgemein bildenden Schulen ist nach wie vor weitaus geringer als bei den deutschen. Knapp 20 % der nichtdeutschen Schulabgänger (d.h. nicht nur aus den Abschlussklassen) verließ 1999 die Schule ohne Hauptschulabschluss, dies sind mehr als doppelt so viele wie bei den deutschen Schulabgängern. Im Ver-

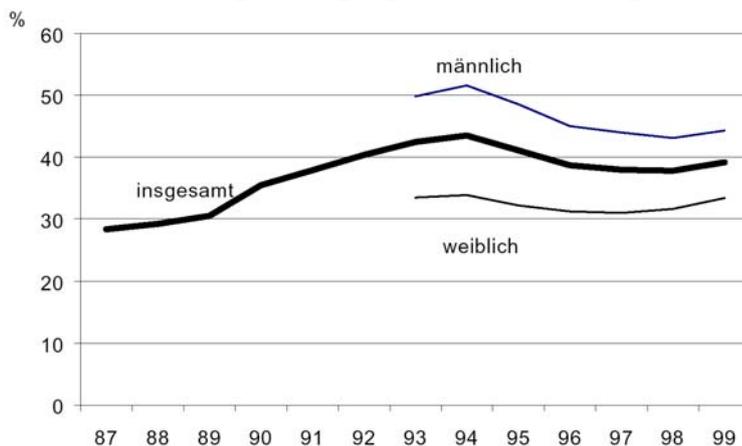
¹ Sofern nicht anders vermerkt, sind folgende Angaben aus Jeschek 2001.

² Die Bildungsbeteiligung ist ein Indikator für den an der gleichaltrigen Bevölkerung gemessenen Besuch von allgemein bildenden sowie beruflichen Schulen und von Hochschulen einschließlich der Teilnehmer an berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen.

gleich zu den 80er Jahren hat sich die Situation zwar deutlich verbessert (1983 waren es noch rd. ein Drittel), seit Mitte der 90er Jahre ist die positive Entwicklung jedoch zum Stillstand gekommen. Von den Schulabgängern mit Abschluss erlangten 1999 die Hälfte nur einen Hauptschulabschluss (Deutsche rd. 25 %), rd. ein Drittel einen Mittleren Abschluss und nur rd. 17 % die Hochschulreife (Deutsche rd. 29 %). Berücksichtigt werden muss ebenso eine weitaus ungünstigere Abschlussbilanz der männlichen Jugendlichen im Vergleich zu den weiblichen; diese Differenz nahm in den vergangenen Jahren zulasten der männlichen Absolventen zu.

Im System der beruflichen Schulen waren 1999 im Bundesgebiet fast zwei Drittel der deutschen Staatsangehörigen Lehrlinge, bei den nichtdeutschen sind es nur noch weniger als die Hälfte (44 %). Letztere weichen verstärkt in kürzere Ausbildungsgänge aus, die keinen Berufsabschluss bzw. keinen Abschluss nach dem Berufsausbildungsgesetz ermöglichen (v.a. Berufsvorbereitungs- und Berufsbildungsjahr sowie Berufsfachschulen). Anders ausgedrückt: Die absolute Zahl der nichtdeutschen Lehrlinge ist trotz insgesamt steigender Nachfrage rückläufig. Ebenso ist die Ausbildungsbeteiligung der nichtdeutschen Jugendlichen im dualen System, die bis 1994 kontinuierlich gestiegen ist, 1999 auf 39 % zurückgegangen (bezogen auf alle Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren), bei den deutschen Jugendlichen liegt sie bei über 60 %.

Abb. 2.8: Ausbildungsbeteiligung nichtdeutscher Jugendlicher (16-18 J.) in Westdeutschland



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

Von den Schulabgängern der beruflichen Schulen im Jahre 1999 erreichte unter den nichtdeutschen Schülern ein gutes Drittel keinen Abschluss, doppelt so viele wie bei den deutschen. Bei den männlichen nichtdeutschen Jugendlichen lag die Quote sogar bei 38 % (Frauen 31 %). Besonders fatal sind die Abschlussquoten beim Berufsvorbereitungs- und dem Berufsgrundbildungsjahr: 1999 verließ fast die Hälfte der Teilnehmenden (47 %) die Lehrgänge ohne Abschluss!

Die auf Bundesebene geltende geringe Bildungs- und Ausbildungsbeteiligung, die hohen Quoten von Schul- und Ausbildungsabgängern ohne Abschluss sowie der vergleichsweise geringe Anteil von Schulabgängern mit Realschulabschluss und Abitur sind alarmierende Hinweise dafür, dass sich das Qualifikationsdefizit auch unter den nachwachsenden nichtdeutschen Erwerbspersonen reproduziert. Die Dramatik dieser Situation wird noch deutlicher angesichts dessen, dass trotz des stagnierenden Anteils der Migranten an der Wohnbevölkerung in Deutschland die Zahl der auszubildenden Jugendlichen mit Migrationshintergrund weiter ansteigen wird, da die jüngeren Jahrgänge unter den Migranten wesentlich stärker besetzt sind als in der Gesamtbevölkerung.

3. Sozialräumliche Struktur der Elbinsel

Die Arbeitsmarktentwicklung führte in den letzten Jahren offensichtlich nicht nur zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheit und der Verfestigung struktureller Armut, sondern zu einer dauerhaften Ausgrenzung sozialer Gruppen aus einer regelmäßigen Erwerbsarbeit und damit tendenziell auch aus der Teilhabe an dem sozialen, kulturellen und politischen Leben der Stadt. Neben den Problemen des Arbeitsmarktes lassen sich Erosionsprozesse der Familie beobachten, die einen anderen Kernbereich sozialer Integration darstellt, sowie strukturelle Engpässe auf dem Wohnungsmarkt durch das Ende des sozialen Mietwohnungsbaus. Der Staat kann unter dem ökonomischen Druck „leerer Kassen“ die sozialstaatliche Fürsorge nicht entsprechend der Problemlagen ausbauen, sondern fährt sie zurück, wodurch sich neben der zeitlichen Verdichtung die sozialräumliche Kumulation der Probleme ergibt und – verstärkt über sozial selektive Migration – die Stadtquartiere zu den eigentlichen Problemfeldern werden. Auf die daraus resultierende Spaltung der Stadtgesellschaft in sich abschirmende oder wegschauende "Gewinner" und ausgegrenzte "Verlierer" zielen Metaphern wie "Zitadelle" und "Ghetto", die inzwischen auch für die deutschen Städte eine bedrohliche Signifikanz bekommen haben. Inwieweit treffen diese generellen Entwicklungstendenzen auch auf die Elbinsel zu?

Hervorzuheben ist zunächst die besondere Bedeutung des Sozialen Wohnungsbaus auf der Elbinsel: 38 % des Wohnungsbestandes aus dem Jahr 2000 waren Sozialwohnungen, mehr als doppelt so viele wie im Hamburger Durchschnitt. In Bezug auf die absolute Anzahl an rd. 7.700 Sozialwohnungen wurde der Stadtteil Wilhelmsburg innerhalb Hamburgs nur noch von den beiden bevölkerungsreicheren Stadtteilen Billstedt und Rahlstedt übertroffen. Zu berücksichtigen ist weiterhin der rapide Rückgang der Sozialwohnungen in Hamburg bis zum Jahr 2005, der sich räumlich sehr ungleich verteilt. Stadtteile wie Rahlstedt, Lurup, Lohbrügge und Bramfeld verlieren zwischen 1995 und 2005 mehr als 40 % ihres ehemals großen Sozialwohnungsbestandes. Dementsprechend wird der Druck auf noch bestehende Sozialwohnungsbestände zunehmen, u.a. auch auf Bestände in Wilhelmsburg, von denen im betrachteten Zeitraum nur 8 % den Status als Sozialwohnung verliert.

Wird neben dem Sozialwohnungsbestand das vergleichsweise günstige Mietpreisniveau auf dem freien Wohnungsmarkt berücksichtigt, wird deutlich, welche (erzwungene) Anziehungskraft der Wohnungsmarkt der Elbinsel für benachteiligte Bevölkerungsgruppen hat. Damit trägt der Wohnungsmarkt dazu bei, die Tradition von Einwandererstadtteilen, deren Anziehungskraft früher v.a. die Arbeitsmöglichkeiten im Hafen ausmachten, aufrecht zu erhalten. Über die anhaltende Zuwanderung wurde und wird eine fortlaufende Unterschichtung der Wohnbevölkerung der Elbinsel hervorgerufen: Die Arbeitsmigration bis Anfang der 70er Jahre, der heutige Familiennachzug und der Zuzug von Flüchtlingen auf die Elbinsel bedeuten eine ständige Erneuerung der Unterschicht mit Menschen, die „ganz unten“ anfangen müssen.

Die Dynamik von Unterschichtung, blockierten sozialen Aufstiegsmöglichkeiten sowie von selektiven Zu- und Fortzügen der Unter- und Mittelschichten lassen sich statistisch nicht erfassen. Die Statistik liefert jedoch ein relativ umfassendes Bild des Status quo. Dieses zeigt nicht nur erhebliche Differenzen in Bezug auf Bevölkerungsstruktur, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug zwischen der Elbinsel und den Kennziffern für die Stadt Hamburg, sondern ebenso deutlich kleinräumige Unterschiede auf der Ebene der Quartiere.

Abb. 3.1: Bevölkerungs- und Sozialstruktur

	Bevölkerung 30.12.2000						Haushalte 1999				Sozialwohnungen	
	Insgesamt	Darunter im Alter von ... bis unter ... Jahre in Prozent			Migranten insgesamt	Anteil Mig. an der Bevölkerung insgesamt	Haushalte	Personen je Haushalt	Anteil Einpersonenhaushalte	Anteil Haushalte mit Kindern	Anteil Sozialwohnungen 2000	Bindungsablauf bis 2005
		unter 18	15 - 25	65 u. älter								
Veddel	4 693	25,4	17,0	8,0	2 936	62,6	2 106	2,2	40,9	30,5	35,8	32,3
Kl. Grasbrook / Steinwerder	1 376	15,6	19,0	7,9	907	68,4	729	1,9	48,4	20,9	0	-
Wilhelmsburg	46 125	22,1	12,3	14,1	15 710	34,1	21 345	2,2	39,9	26,8	38,3	3,6
Elbinsel	52 194	22,3	12,9	13,4	19 553	37,5	24 180	2,2	40,5	26,8	38,1	6,0
Bezirk Mitte	228 060	15,9	11,9	15,0	60 946	26,7	126 753	1,8	52,4	17,9	24,9	16,6
Bezirk Harburg	196 263	19,2	11,8	16,9	39 003	19,9	94 273	2,1	40,0	23,9	25,1	12,6
Hamburg	1 704 929	16,1	10,5	17,0	272 604	16,0	910 304	1,9	47,9	18,9	17,9	21,2

	Sozialhilfebezug	Arbeitslosigkeit						Beschäftigung				Einkommen	
		Anteil der Sozialhilfeempf. an der Bevölk. insg.	Arbeitslose insg.	Anteil Migranten an den Arbeitslosen	Anteil der Arbeitsl. an der Bevölk. im Alter 15 - 64 J.	Anteil der Arbeitsl. u. 25 J. an der Bevölk. im Alter 15 bis u. 25 J.	Anteil der Arbeitsl. 55 J. u. älter an der Bevölk. im Alter von 55 - 64 J.	Anteil der Langzeitarbeitslosen	Sozialversicherungspf. Beschäftigte insgesamt	Anteil Beschäftigter an Bevölk. im Alter 15 - 64 J.	Anteil beschäftigter Frauen an der weibl. Bevölk. im Alter von 15 - 64 J.		Anteil der Migranten an den Beschäft.
		in Prozent	Anzahl	In Prozent	in Prozent	in Prozent	in Prozent	In Prozent	Anzahl	in Prozent	in Prozent	In Prozent	Anzahl
Veddel	16,4	326	58	9,8	7,0	13,2	30	1348	40,7	30,7	52	41 943	
Kl. Grasbrook	19,8	118	51	11,3	8,8	3,5	19	348	33,3	24,1	59	46 972	
Wilhelmsburg	14,9	3015	42	9,8	7,8	9,9	35	14020	45,4	39,2	26	47 990	
Bezirk Mitte	14,1			7,8	5,5	7,6		72916	44,6	43,3		53 702	
Bezirk Harburg	10,8			7,7	5,8	7,6		61352	46,6	41,6		56 444	
Hamburg	8,9	71963	23	6,1	4,2	6,1	32	568742	48,0	45,9	11	65 579	

Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg, Arbeitsamt Hamburg, eigene Berechnungen

Bevölkerungs- und Sozialstruktur

- Auf der Elbinsel leben mehr Familien mit Kindern als im Hamburger und auch als im Harburger Durchschnitt (s. Haushalte in Abb. 3.1). Daher ist auch fast jeder vierte Einwohner der Elbinsel unter 18 Jahre alt.
- Fast 40 % der Bewohner der Elbinsel besitzen keinen deutschen Pass³. Auf Basis der Daten vom Dezember 2000 bilden unter den Migranten die türkischen Staatsbürger mit 50 % (rd. 9.300 Personen) die Mehrheit. Als weitere große Gruppen sind Bürger des ehemaligen Jugoslawien mit 17 % (rd. 3.250) sowie Bürger der übrigen ehemaligen südeuropäischen Anwerbeländer mit 12 % (rd. 2.200) Personen zu nennen. Unter den neu hinzugezogenen Nationalitäten bilden mit jeweils rd. 500 Personen Afghanen und Ghanesen die größten Gruppen.
- Die Bewohner ohne deutschen Pass sind im Schnitt jünger: 28 % sind unter 18 Jahre alt, nur 4 % sind 65 Jahre und älter. Unter den türkischen Staatsbürgern ist ein Drittel unter 18 Jahre alt.
- Auf der Quartiersebene zeigt sich in Bezug auf den Anteil der MigrantInnen an der Wohnbevölkerung ein hohes Maß an Segregation (s. Karte 1 am Ende dieses Kapitels): Auf der Veddel, im Korallus- und Alten Bahnhofsviertel sowie den Wohnquartieren am Rande großer Gewerbegebiete wohnen mehrheitlich Migranten. Um den Vogelhütten-deich und die Veringstraße sowie im Neuen Bahnhofsviertel liegt der Anteil der Migranten noch deutlich über dem Durchschnitt der Elbinsel. In den Einfamilienhaus-gebieten des Wilhelmsburger Ostens, in denen 16 % der Bevölkerung lebt, wohnen da-gegen weniger MigrantInnen als im Hamburger Durchschnitt.
- Angaben zu den unterschiedlichen Haushaltsstrukturen von deutschen und nichtdeut-schen Familien liegen nur für die Sozialhilfeempfänger⁴ vor. Diese weisen trotz einer ähnlichen Altersverteilung deutliche Abweichungen auf. Während bei den deutschen Bedarfsgemeinschaften der Anteil der Ehepaare mit und ohne Kinder nur bei 14 % liegt, beträgt er bei den nichtdeutschen 41 %. Dafür fällt bei den Migranten der Anteil allein stehender Personen wesentlich geringer aus. Erstaunlicherweise liegt der Anteil der al-lein Erziehenden in beiden Gruppen in etwa bei einem Viertel der Haushalte.

Abb. 3.2: Bedarfsgemeinschaften mit lfd. HzL nach BSHG außerhalb von Einrichtungen (ohne AsylbLG) in den Stadtteilen Veddel und Wilhelmsburg

	Bedarfsgemeinschaften			davon							
	Insg.	Deutsch	Migran- ten	Allein stehend		Allein erziehend		Paare ohne Kinder		Paare mit Kindern	
		D	M	D	M	D	M	D	M	D	M
Veddel	273	141	132	68 %	36 %	18 %	25 %	6 %	14 %	9 %	25 %
Wilhelmsburg	2.883	1.891	992	60 %	36 %	26 %	22 %	6 %	14 %	8 %	28 %
Elbinsel	3.156	2.032	1.124	60 %	36 %	25 %	23 %	6 %	14 %	8 %	27 %

Quelle: SfB/luK3 Data-Warehouse-Sozialhilfe/GrHzL/Hia-Code 1955 (13.06.2002) BSF/SR21-62, eigene Berechnungen

³ Zur Frage der Einbürgerung liegen nur Daten der Bürgerschaftswahl 2001 vor. Danach waren auf der Veddel 132 Personen zum ersten Mal wahlberechtigt (9,8 % der Wahlberechtigten), in Wilhelmsburg waren es 964 Personen (4 %). Unter 18 Jahren wurden in Hamburg zwischen 1997 und 2001 rd. 21.000 Menschen eingebürgert. Wie viele davon (jetzt noch) in den beiden Stadtteilen wohnen, ist nicht bekannt (STALA 2002).

⁴ Die statistische Zuordnung der Staatsangehörigkeit einer Bedarfsgemeinschaft richtet sich nach der des Haushaltsvorstandes.

Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit

- Angaben zur Erwerbstätigkeit lassen sich nur auf Basis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten machen (ohne Selbstständige und Arbeitslose). Danach ist die Teilnahme am Erwerbsleben insgesamt und insbesondere innerhalb der weiblichen Bevölkerung deutlich geringer ausgeprägt als im Hamburger Durchschnitt. Je höher der Migrantanteil an der Bevölkerung, je geringer ist die Erwerbsbeteiligung der Frauen.
- Die Elbinsel war und ist ein Arbeiterstadtteil: Fast zwei Drittel der Beschäftigten vom Dezember 1999 waren ArbeiterInnen (bezogen auf den Wohnort). Das Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten ist in Hamburg genau umgekehrt. In den Wohnquartieren mit einem hohen Migrantanteil liegt auch der Arbeiteranteil noch über dem Durchschnitt der Elbinsel (s. Karte 2); einen sehr hohen Arbeiteranteil besitzen ebenso die Siedlungen Schwentnerring und Kirchdorf-Süd.
- Aussagen zur Arbeitslosigkeit sind nur auf der Basis der Wohnbevölkerung, nicht auf der der Erwerbspersonen möglich (die so berechneten Arbeitslosenanteile liegen damit unter den entsprechenden Arbeitslosenquoten). Auf Basis dieser Daten lag die Arbeitslosigkeit im März 2001 in Wilhelmsburg und auf der Veddel um gut die Hälfte über dem Hamburger Durchschnitt (9,8 vs. 6,1 %).
- Insbesondere Arbeiter und MigrantInnen sind von Arbeitslosigkeit betroffen. Bezogen auf die gesamte Elbinsel waren von den 3.464 Arbeitslosen 78 % ArbeiterInnen und fast die Hälfte MigrantInnen (44 %), diese Anteile liegen weit über den jeweiligen Anteilen an den Beschäftigten. Dies bestätigt auch die kleinräumige Verteilung (s. Karte 3): In den Quartieren mit hohem Migranten- und/oder Arbeiteranteil ist die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch. Dagegen liegt sie in den Einfamilienhausgebieten unterhalb des Hamburger Durchschnitts.
- Die Arbeitslosigkeit unter den MigrantInnen der Elbinsel ist höher als im Hamburger Durchschnitt. Im Arbeitsamtsbezirk Harburg lag im Jahr 2001 die Arbeitslosenquote der MigrantInnen bei 29,6 %, im Vergleich zu 19,6 % für Hamburg.

Armut

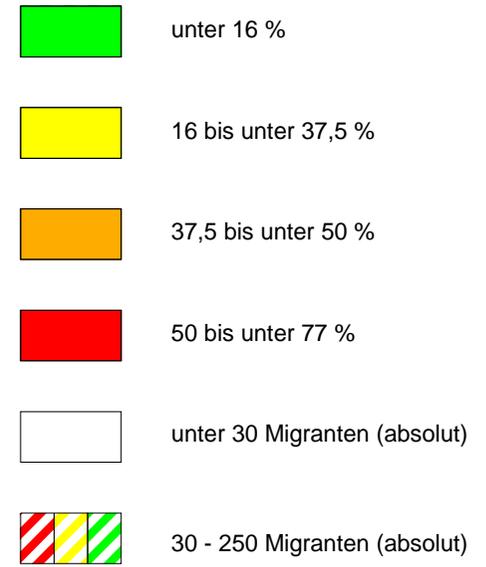
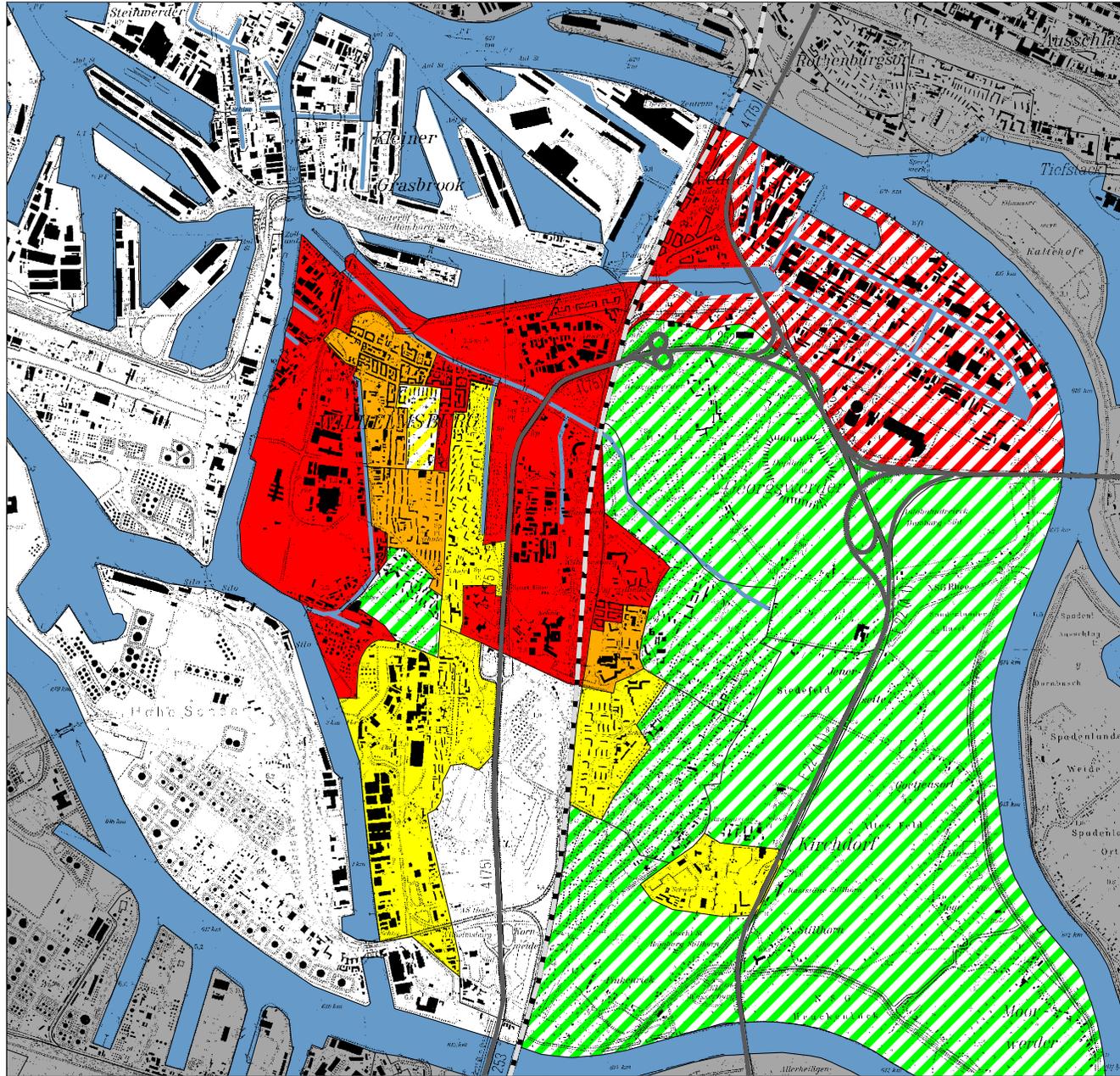
- Der Anteil der Leistungsempfänger nach BSHG und AsylG an der Wohnbevölkerung der Elbinsel liegt weit über dem Hamburger Wert, jedoch nur wenig über dem Wert für den Bezirk Mitte. Statistisch gesehen lebt fast jeder siebte Wilhelmsburger von der Sozialhilfe. Dabei sind es v.a. Kinder und Jugendliche, die im Sozialhilfebezug stehen: Im Februar 2002 waren auf der Veddel und in Wilhelmsburg 35 % der Betroffenen unter 15 Jahre alt. Unter den Personen im erwerbsfähigen Alter sind in Wilhelmsburg 58 % der Sozialhilfebezieher weiblich.
- Kleinräumig betrachtet konzentrieren sich die Sozialhilfeempfänger auf die Quartiere mit hohem Migranten- und/oder Arbeiteranteil (s. Karte 4).
- Das Bild der kleinräumigen Segregation bestätigt sich bei der Betrachtung der Einkommen, die allerdings nur für 1995 vorliegen (s. Karte 5). In Teilen der Kirchdorfer Wohngebiete und im Finkenried wurde mehr verdient als im Hamburger Durchschnitt, auch die übrigen Einfamilienhausgebiete liegen über dem Wilhelmsburger Durchschnittswert. Auf der Veddel, im Alten Bahnhofsviertel, dem Schwentnerring sowie den Wohnquartieren um den Vogelhüttendeich und die Veringstraße erreichten die Einkommen nicht einmal zwei Drittel des Hamburger Durchschnittswertes.

Insgesamt zeigen die statistischen Daten erhebliche kleinräumige Unterschiede auf: Auf der Elbinsel befinden sich Wohnquartiere, die – zusammen mit dem Stadtteil St. Pauli – zu den ärmsten in Hamburg gehören und die höchsten Quoten an Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen besitzen. Dem stehen statistisch weitgehend unauffällige Quartiere im Wilhelmsburger Osten gegenüber, die zwar in Bezug auf die Quantität der Wohnbevölkerung weniger ins Gewicht fallen, die aber räumlich betrachtet große Teile der Elbinsel prägen. In den statistisch auffälligen Quartieren konzentrieren sich tatsächlich die „Verlierer“ des wirtschaftlichen Strukturwandels. Berücksichtigt man darüber hinaus die städtebaulich isolierte Lage, so erscheint insbesondere auf der Veddel der Begriff des „Ghettos“ eine gewisse Plausibilität zu besitzen, sofern er auf die Polarität innerhalb Hamburgs und die Differenz zu den Inseln des Reichtums abhebt. Andererseits muss davor gewarnt werden, statistische Indikatoren wie den Migrantanteil vorschnell mit Problemgruppen gleichzusetzen. Über die Qualitäten der Sozialstrukturen und die (Über-)Lebensstrategien der Bewohner sagen die Indikatoren nichts aus. Schließlich entstehen Ghettos (nach nordamerikanischem Muster) erst dann, wenn Staat und private Investoren ein Quartier „aufgeben“. Davon kann bisher nicht ernsthaft gesprochen werden. Nicht zuletzt liegt es an Akteuren wie der Entwicklungspartnerschaft Elbinsel, angemessene Interventions- und Beteiligungsformen zu entwickeln, damit sich (relative) Armut und strukturelle Arbeitslosigkeit nicht weiter verfestigen.

Karte 1:

Anteil der Migranten an der Wohnbevölkerung

Stand 31.12.2000



Hamburg: 16 % Elbinsel: 37,5 %

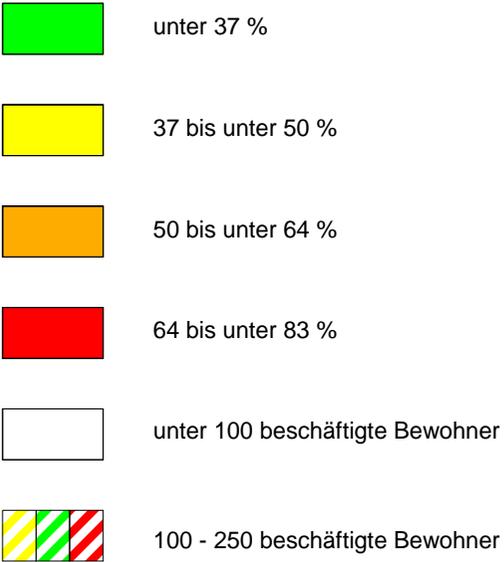


Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg

Karte 2:

Arbeiteranteil an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Bewohnern der Elbinsel

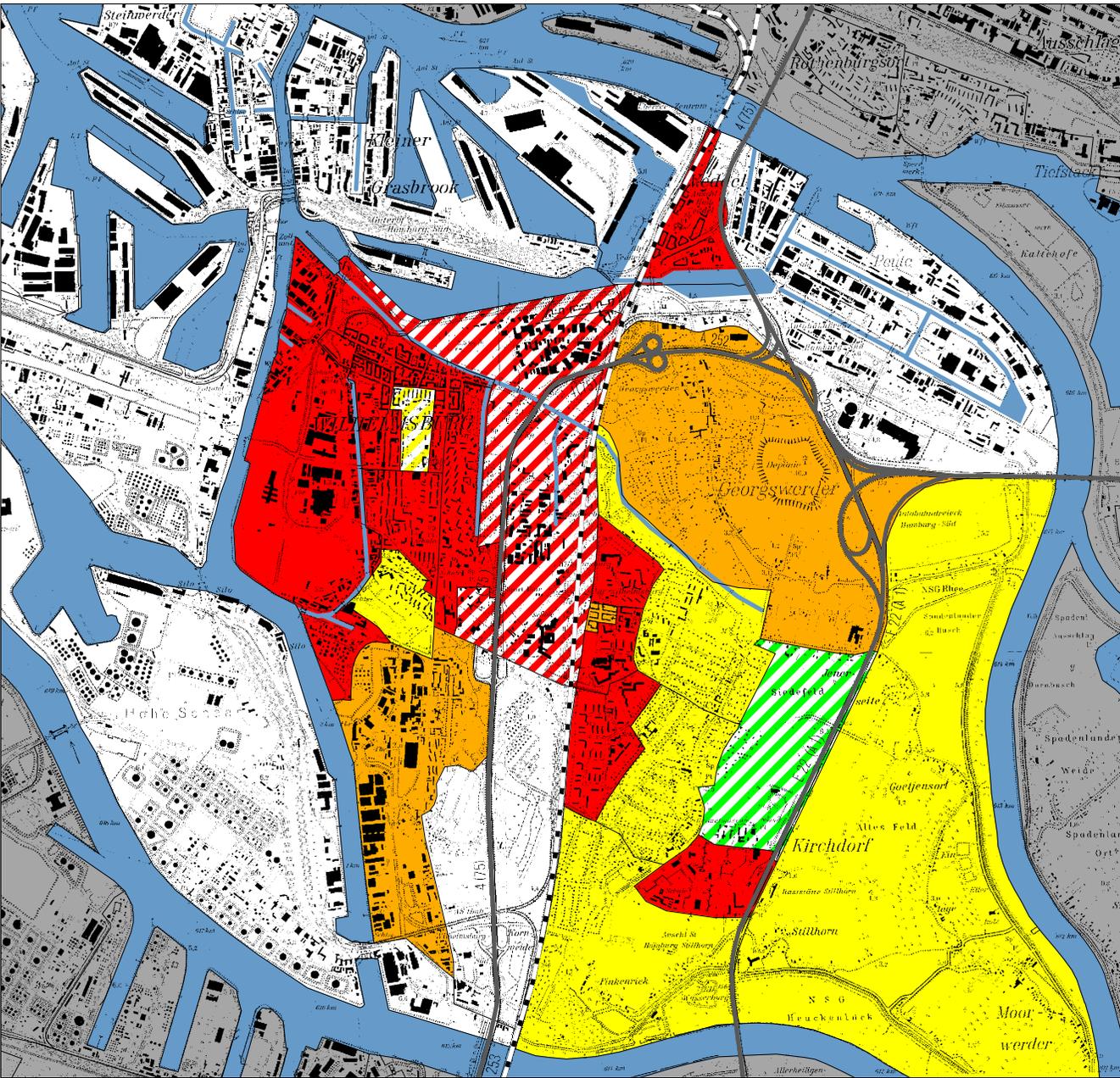
Stand: 31.12.1999

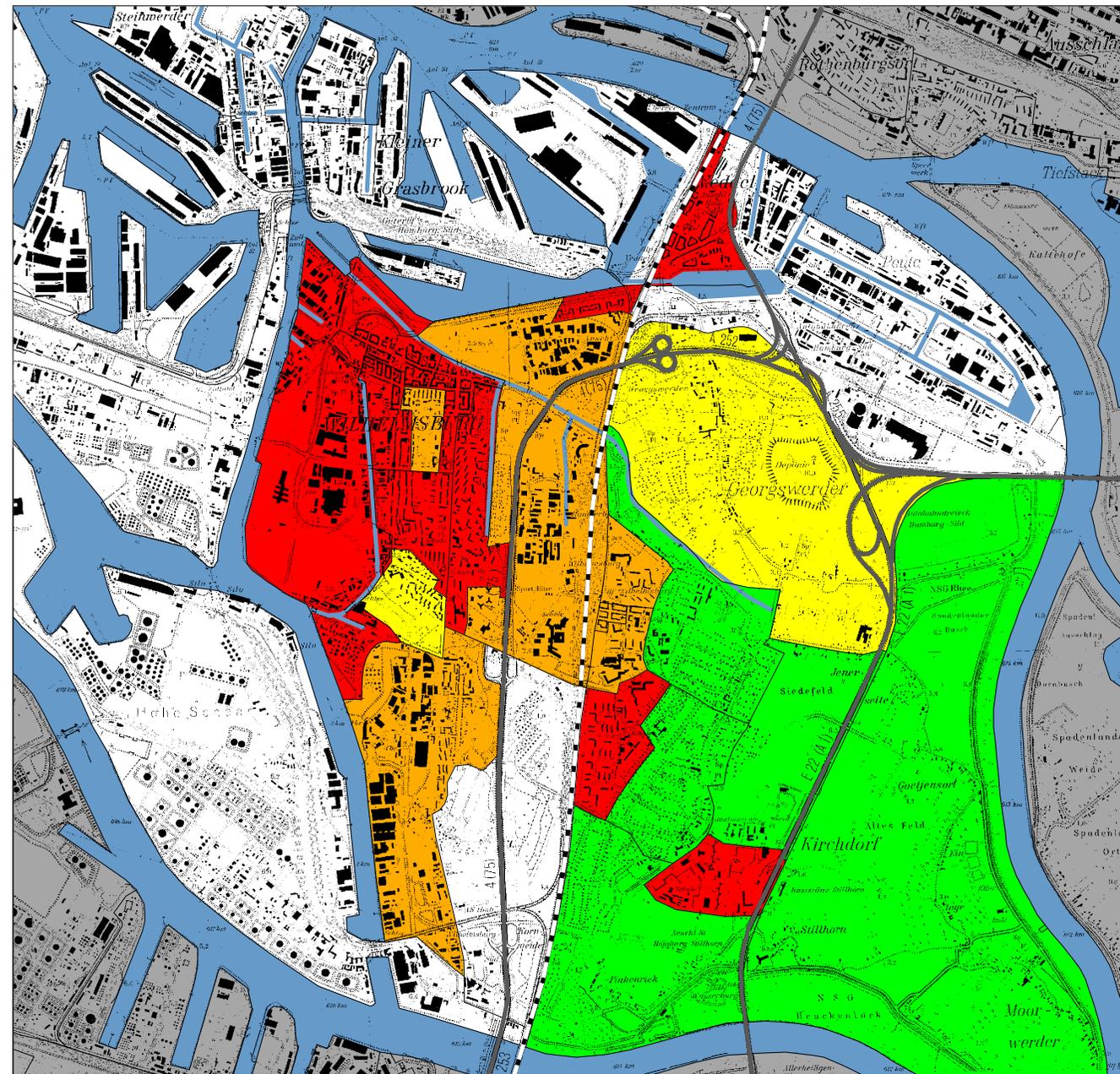


Hamburg: 37 % Arbeiter; 63 % Angestellte
Elbinsel : 64 % Arbeiter; 36 % Angestellte



Quelle: Arbeitsamt Hamburg

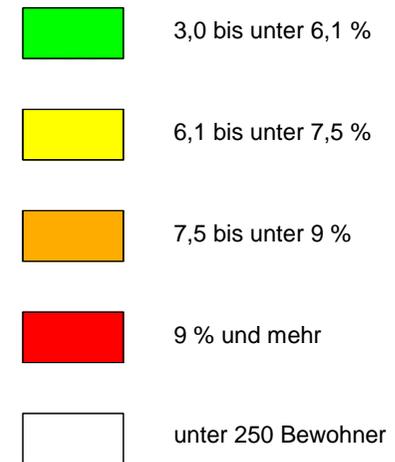




Karte 3:

Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren

Stand: März 2001



Hamburg: 6,1 %

Wilhelmsburg: 9,8 %

Veddel: 9,8 %

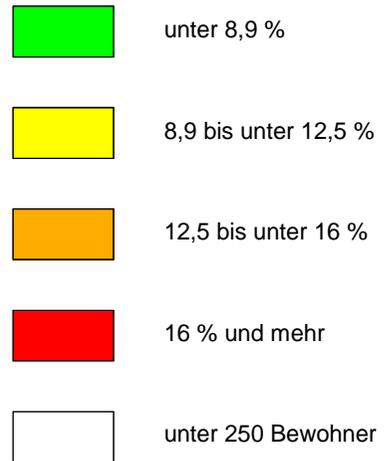


Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg

Karte 4:

Anteil der Sozialhilfe-EmpfängerInnen an der Bevölkerung insgesamt

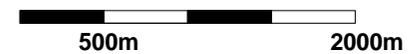
Stand: 4. Quartal 2000



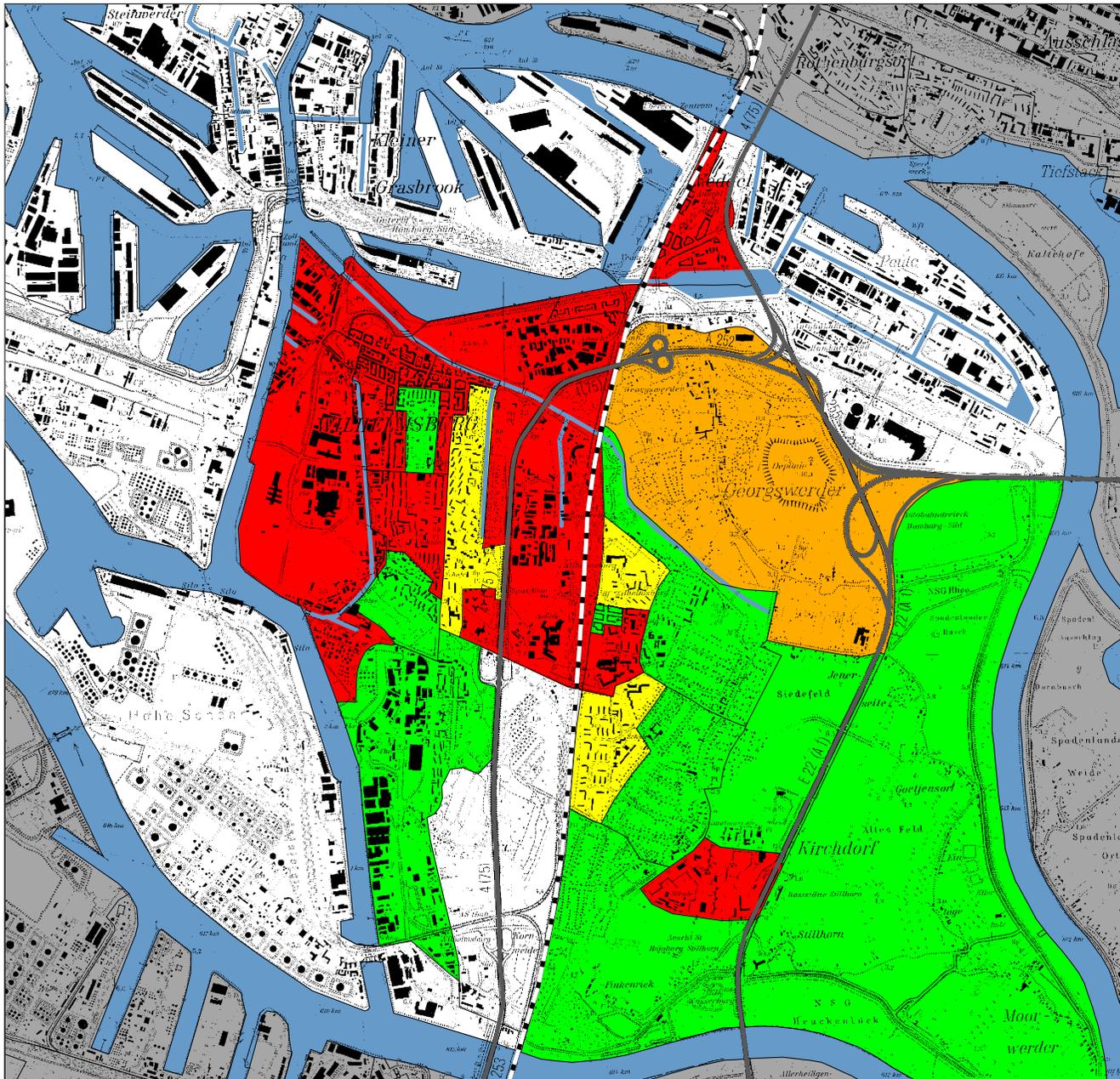
Hamburg: 8,9 %

Wilhelmsburg: 14,9 %

Veddel: 16,4 %



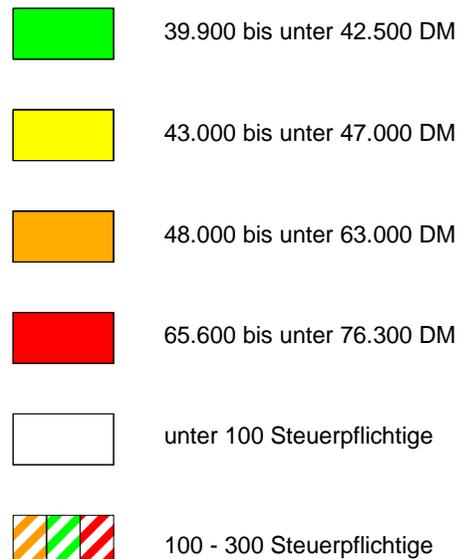
Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg



Karte 5:

Durchschnittseinkommen je Steuerpflichtigen auf der Elbinsel

Stand: Ende 1995



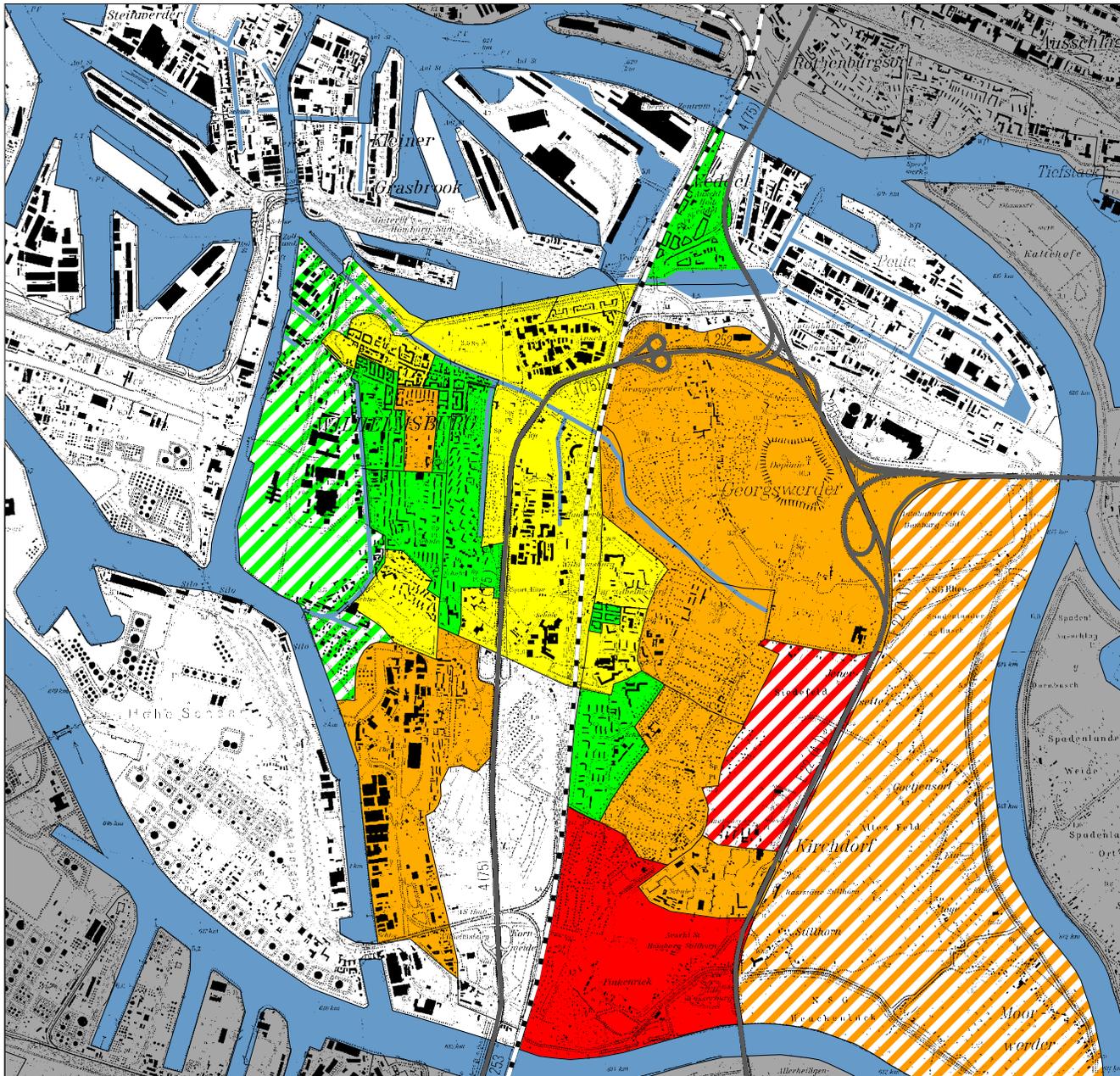
Hamburg: 65.579 DM

Wilhelmsburg: 47.990 DM

Veddel: 41.943 DM



Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg



4. Bewertung der Raumpotenziale und externer Entwicklungsimpulse

Die Elbinsel verfügt über erhebliche Flächenreserven, die von hoher Bedeutung sowohl für die Entwicklung des lokalen Wirtschafts- und Wohnstandortes als auch für die Hamburger Stadtentwicklung sind. Zu den großen Flächen gehören die kontaminierte Brachfläche am Mittleren Reiherstieg (Entwicklungsplan wird derzeit fertig gestellt), die Konversionsflächen der Bahn, das Spülfeld Obergeorgswerder (B-Planverfahren zwecks gewerblicher Nutzung ist eingeleitet) sowie die Wohnungsbauflächen in Kirchdorf-Mitte/Nord (B-Planverfahren ruht seit 1997). Diese Flächen beinhalten schon aufgrund ihrer Größe ein erhebliches Potenzial, allerdings eingeschränkt durch die Altlastenproblematik. Nach bisherigem Kenntnisstand stehen in Wilhelmsburg 31 Altlasten-Sanierungen an (FHH 2002: 4).

Neben der erheblichen Quantität an verfügbaren Flächen besteht ein unter- bzw. ungenutztes Potenzial der Elbinsel in der Lage am Wasser, die für höherwertiges Gewerbe und Wohnen, für verschiedene Nischen im Bereich Gewerbe und Wohnen sowie für Freizeitnutzungen nutzbar gemacht werden könnte. Dazu gehören der Vering-, Aßmann- und Jaffe-Davidkanal, der mittlere und nördliche Reiherstieg, der Spreehafen sowie das Stromspaltungsgebiet der Elbe an der Bunthauspitze und das Naturschutzgebiet Heuckenlock.

Ein eher mittelbares aber strukturell bedeutsames Potenzial ist die historisch entstandene Vielfalt und Heterogenität von Kulturlandschaft, gewerblichen Nutzungen und Siedlungsformen, die aufgrund der Insellage noch als charakteristische Eigenschaft der Elbinsel erfahrbar und erlebbar gemacht werden können.

Die von der Zukunftskonferenz immer wieder betonte Lagegunst der Elbinsel in der Mitte Hamburgs darf allerdings nach Ansicht der TUHH als Raumpotenzial nicht überbewertet werden. Zum einen relativiert sich die geografische Zentralität durch die Trennwirkung der Insellage. Zum anderen fallen geografische und stadtstrukturelle/funktionale Zentralität aufgrund der historischen Stadtentwicklung (der selbstständigen Städte Hamburg, Harburg, Wilhelmsburg) und der naturräumlichen Bedingungen (Elbe und Marsch) weitgehend auseinander. Die Elbinsel ist in Bezug auf die tatsächlichen Siedlungs- und Nutzungsstrukturen sowohl aus Hamburger als auch aus Harburger Perspektive Peripherie. Vorteile besitzt die geografische Lagegunst in Kombination mit den Autobahnanbindungen in Bezug auf die verkehrliche Erreichbarkeit, deren Kehrseite die erleichterte Raumüberwindung und Transitfunktion ist. Ansonsten fehlen auf der Elbinsel Voraussetzungen, um in einer funktional hochgradig ausdifferenzierten Stadtregion zentrale Funktionen auf sich zu ziehen.

Regulation und Akteursinteressen

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Elbinsel auf der materiell-physischen Ebene über ausreichende Potenziale verfügt. Weil diese mittlerweile auch breiter diskutiert werden und im Rahmen der Zukunftskonferenz und der Bewerbung für die IGA schriftlich aufgearbeitet wurden, wird an dieser Stelle auf eine detaillierte Darstellung verzichtet. Die Problematik liegt auch nicht auf dieser materiellen Ebene, sondern auf der Ebene der Regulation:

- Es ist noch weitgehend unklar, wann und wie sich das öffentliche Interesse an der Entwicklung der kontaminierten Flächen am mittleren Reiherstieg und den Konversionsflächen der Bahn gegenüber den privaten Eigentümern durchsetzen lässt. Dies trifft zum Teil auch auf die angestrebte Entwicklung der Kanäle zu.
- Knapp 40 % der Fläche der Elbinsel sind als Freihafen und Hafengebiet praktisch exterritoriales Gebiet, für das ein spezielles Hafenplanungsrecht besteht und dessen Flächen

vom Amt für Strom- und Hafengebäudeverwaltung verwaltet werden. Aufgrund der Orientierung an der globalen Funktion des Hafens spielen die lokalen Interessen in den Entscheidungsstrukturen des Amtes nur eine untergeordnete Rolle. Dies betrifft insbesondere die Zugänge zum Wasser und die Übergänge zwischen Hafen, Gewerbe und Wohnen (Reihertstieg/Spreehafen). Die betroffenen Flächen sollen laut Aussage des Senats auch weiterhin Bestandteil des Hafengebietes bleiben (vgl. FHH 2002).

- Die funktionsräumliche Zuordnung der Elbinsel im Rahmen der gesamtstädtischen Planungen als Standort für Logistik, Großhandel und hafengebäudebezogene Dienstleistungen und die damit einhergehende Vermarktungsstrategie der Flächen durch die HWF stoßen bei Teilen der Bevölkerung und anderer engagierter Personen auf Kritik. Diese Kritik stößt wiederum bei den lokalen Betrieben auf weitgehendes Unverständnis.
- In Bezug auf die städtischen Entwicklungsflächen Kirchdorf Mitte/Nord und das Spülfeld Obergeorgswerder besteht ein Spannungsverhältnis zwischen Naturraum- und Siedlungsentwicklung sowie zwischen großmaßstäblicher Stadtentwicklung und kleinteiligeren Anforderungen der Stadtteilentwicklung.

Im Rahmen der Zukunftskonferenz wurde die Forderung nach einem Flächen- und Konfliktmanagement erhoben, um die lokalen Potenziale besser nutzen bzw. die jeweiligen Akteursinteressen konfliktfreier abstimmen zu können. Inwieweit eine aus Sicht der TUHH notwendige Stärkung der lokalen Ebene voranschreiten wird, bleibt vorerst abzuwarten.

Leitbilder und Masterpläne

Das materiell-physische Potenzial lässt sich nur bedingt vom symbolisch-ideellen Gehalt des Raumes trennen. Die Elbinsel ist in besonderem Maße von diesem Zusammenhang betroffen; z.B. werden die naturräumlichen Qualitäten Wilhelmsburgs nördlich der Elbe kaum wahrgenommen (ganz im Gegensatz zum Stadtteil Bergedorf, der trotz der zahlreichen Großsiedlungen wie selbstverständlich mit den Vier- und Marschlanden assoziiert wird.). Ein schlechtes Image ist zunächst nur eine soziale und damit veränderbare Konstruktion. Veränderbar ist z.B. die Einstellung von Entscheidungsträgern in der Verwaltung und in Unternehmen, die bisher oft ohne präzise Ortskenntnisse „wissen“, dass der Standort minderwertig ist und nur für bestimmte Nutzungen taugt.

Es ist jedoch wenig hilfreich, auf der symbolischen Ebene ein schlechtes Image durch ein positives ersetzen zu wollen. Derartige Imagekampagnen bleiben in der Regel weitgehend wirkungslos, solange sie nicht mit konkret erfahrbaren Veränderungen einhergehen. Kritisch zu hinterfragen ist ebenso der im Rahmen der Zukunftskonferenz unternommene Versuch, mit Hilfe eines „Masterplans“ und eines „sozialräumlichen Gesamtkonzepts“ ein abstraktes visionäres Leitbild und einen „Paradigmenwechsel“ zu postulieren. Hierbei wird sowohl die Wirkmächtigkeit von Leitbildern als auch die Planbarkeit und Steuerungsfähigkeit städtischer Entwicklungsprozesse bei weitem überschätzt. Die Schaffung von infrastrukturellen, planungsrechtlichen und sonstigen unter staatlichem Einfluss stehenden Rahmenbedingungen ist nur ein Wirkungsfaktor im Gesamtgefüge von Standortentscheidungen von Unternehmen und Haushalten. Schon allein aufgrund der Konkurrenz unterschiedlichster Standorte innerhalb Hamburgs kann nicht davon ausgegangen werden, dass eine Veränderung von Angebotsstrukturen und Vermarktungsstrategien zwangsläufig eine (höherwertige) Nachfrage produziert. Aus Sicht der TUHH ist es derzeit vordringlich, an konkreten Umsetzungsschritten zu arbeiten und daraus sukzessive - und je nach Erfolg und Misserfolg - weitreichendere Konzepte und Strategien zu entwickeln.

Externe Entwicklungsimpulse

Gerade weil die Reichweite traditioneller Planungen oder Imagekampagnen in einem schwierigen Umfeld wie Wilhelmsburg und der Veddel so begrenzt ist, wird externen Entwicklungsimpulsen eine große Bedeutung beigemessen. Hierunter fallen:

- Die mögliche Austragung der Internationalen Gartenschau (IGA) 2013 oder der Bundesgartenschau (BUGA) 2011 in Wilhelmsburg.
- Die mögliche Austragung der Olympischen Spiele 2012 in Hamburg bzw. auf dem Kleinen Grasbrook.
- Die Entstehung der HafenCity (und die Weiterentwicklung des Harburger Binnenhafens).
- Die strategischen Überlegungen des neuen Senats für eine wachsende Stadt Hamburg und die dabei zentrale Entwicklung einer Achse City-HafenCity-Wilhelmsburg-Harburg, die die Elbe als Trennungslinie überwindet.

Zum derzeitigen Zeitpunkt lassen sich jedoch keine Aussagen darüber treffen, welche Entwicklungsimpulse tatsächlich zu erwarten sind. Die nationale Vorentscheidung für die Olympiabewerbung sowie die endgültige Entscheidung für die IGA oder BUGA sollen innerhalb des kommenden Jahres fallen. Aufgrund des langen Entwicklungszeitraums der HafenCity ist noch auf lange Sicht unklar, ob und wie die HafenCity jenseits der Norderelbe in Form einer Entwicklungsachse weitergeführt werden kann. Inwieweit es gelingen kann, durch die massive Ausweisung von Gewerbe- und Wohnungsbauflächen, Wachstum zu induzieren, ist ebenfalls schwer zu prognostizieren. Nicht zuletzt fehlt bisher eine Abwägung, welche positiven und negativen Effekte Großprojekte wie eine Olympiade oder große Bauprojekte auf Spülfeldern auf die Stadtteilentwicklung haben. Aus Sicht der TUHH sollte sich die EP Elbinsel zunächst auf eine mögliche Kooperation mit den Betreibern der IGA vorbereiten.

Die IGA als Chance

Bei einem positiven Bescheid für die IGA oder BUGA können sich – trotz des in weiter Ferne liegenden Realisierungstermins – im Rahmen der EP Elbinsel sinnvolle Anknüpfungsmöglichkeiten ergeben, weil die Anzahl und Heterogenität der Projekte, ihre angestrebte Einbettung in die Stadtteilentwicklung und die damit einhergehende Kleinteiligkeit der Maßnahmen einen frühzeitigen Maßnahmenbeginn erforderlich machen werden. Nach Auskunft der Umweltbehörde kann in den kommenden Jahren mit der Umsetzung begonnen werden. Damit kann die IGA tatsächlich zu einem Großprojekt werden, das sich in seiner Gesamtbilanz eindeutig positiv auf die Entwicklung der Elbinsel auswirkt. Ein Großprojekt ist die IGA allein durch die hohen Kosten (53 Mio. € Investitions- und 63 Mio. € Durchführungskosten) und die erwarteten 5 Mio. Besucher (FHH 2001: 140). Dagegen wären sämtliche Investitionskosten Maßnahmen der Stadtteilentwicklung, die über die IGA hinaus Bestand hätten (die Investitionskosten für die temporäre Hallen- und Blumenschau sind Bestandteil der Durchführungskosten).

Bei einem großen Teil der IGA-Projekte werden von der Umweltbehörde bestehende Projektideen oder Stadtteilentwicklung der letzten Jahre aufgegriffen, wie z.B. mit dem thematischen Projekt „Ein Stadtteil entdeckt seine Ufer“ (Entwicklung der Kanäle, Spreehafen, Fährverbindung), der Aufwertung und Verknüpfung der Grünzüge, Parkanlagen und Kleingärten, dem Umbau des S-Bahnhofs Wilhelmsburg oder der Entwicklung der Brach- und Konversionsflächen. Welche Realisierungschancen die einzelnen Projektvorschläge bei

einer Durchführung der IGA auf der Elbinsel hätten, würde sich – in einem zähen Ringen der verschiedenen Akteure – noch erweisen müssen. Dabei geht es natürlich um Finanzierungsfragen, aber auch um die bei vielen Projekten notwendige Beteiligung privater Akteure. Daher sind die folgenden Angaben über mögliche Impulse der IGA für Wirtschaft und Arbeitsmarkt jenseits des Gartenbaus noch rein hypothetisch.

Die IGA wird eine erhebliche und über einige Jahre gestreckte Nachfrage im Garten- und Landschaftsbau erzeugen; geplant ist allein eine 95 ha große, zu umzäunende Ausstellungsfläche, von der 50 ha einen neu zu gestaltenden Park bilden (FHH 2001: 41). Da es sich beim Garten- und Landschaftsbau – gerade bei Jugendlichen – um ein relativ unattraktives Tätigkeitssegment handelt, wird der Motivierung und Vermittlung von Arbeitskräften eine hohe Bedeutung zukommen, sofern es überhaupt gelingt, die Aufträge in den Süderelbraum zu vergeben. Dabei kann es sich u.U. als zweckmäßig erweisen, frühzeitig mit dem Gartenbauverband an einem Qualifizierungsmodell zu arbeiten, das auch Anschlussperspektiven im kaufmännischen und gestalterisch-planerischen Bereich ermöglicht.

Innovative Projekte im Bausektor sind ein zweiter wesentlicher Entwicklungsbereich. Zu denken ist dabei u.a. an das Projekt „Gewerbe und Grün“, das auf der 30 ha großen Konversionsfläche am ehemaligen Güterbahnhof geplant ist und experimentelles und ressourcenschonendes Bauen unter Umgehung von Generalunternehmern ermöglicht soll, sowie an das Projekt „Hochhäuser im neuen Kleid“, in dessen Rahmen energiesparende und ästhetisch innovative Fassaden im Korallusviertel und weitere Maßnahmen vorgesehen sind. Dazu kommen eine ganze Reihe traditioneller Baumaßnahmen. Hier ginge es darum, frühzeitig die möglichen betrieblichen Anforderungsprofile im Süderelbraum publik zu machen und eventuell die Vernetzung von bestehenden oder die Gründung neuer Betriebe zu fördern. Wichtig ist auch eine Lobbyarbeit, um über Projektkonzeptionierung und Ausschreibungsverfahren dafür zu sorgen, dass es zu lokalen Wertschöpfungsketten kommt.

Der Dienstleistungssektor (und die weibliche Beschäftigung) wird in verschiedenen Segmenten gefördert: die Projekte rund um den sanften Tourismus im Osten der Elbinsel, beim Betrieb des anvisierten privaten Erlebnisparks in der Wilhelmsburger Mitte sowie natürlich temporär während der Veranstaltung. In diesem Bereich ist zudem Lobbyarbeit notwendig, damit möglichst alle Tätigkeiten der zu gründenden IGA-GmbH auch räumlich auf der Elbinsel angesiedelt werden.

Es muss an dieser Stelle nicht weiter betont werden, dass die Projekte insgesamt das Wohnungs- und Gewerbeflächenangebot verändern und erweitern würden. Wichtiger für die EP Elbinsel ist die Konzentration auf möglichst früh zu realisierende Projekte und deren ökonomische und räumliche Effekte und Wirkungen. Dazu gehört u.a. die Idee einer Infobox, die das Werden der IGA darstellt; die so „angelockten“ Hamburger würden z.B. die Bemühungen zur Aufwertung der Gastronomie erleichtern. Das gleiche gilt für die Fährverbindung über den Reiherstieg, die möglichst frühzeitig ihren Betrieb aufnehmen sollte. Handlungsbedarf besteht zudem darin, eine attraktive Wegeverbindungen zwischen Fährstraße, dem Reiherstiegviertel und der Wilhelmsburger Mitte (mit Standort Infobox) zu schaffen, wozu auch Orte gehören, die zum Verweilen anregen.

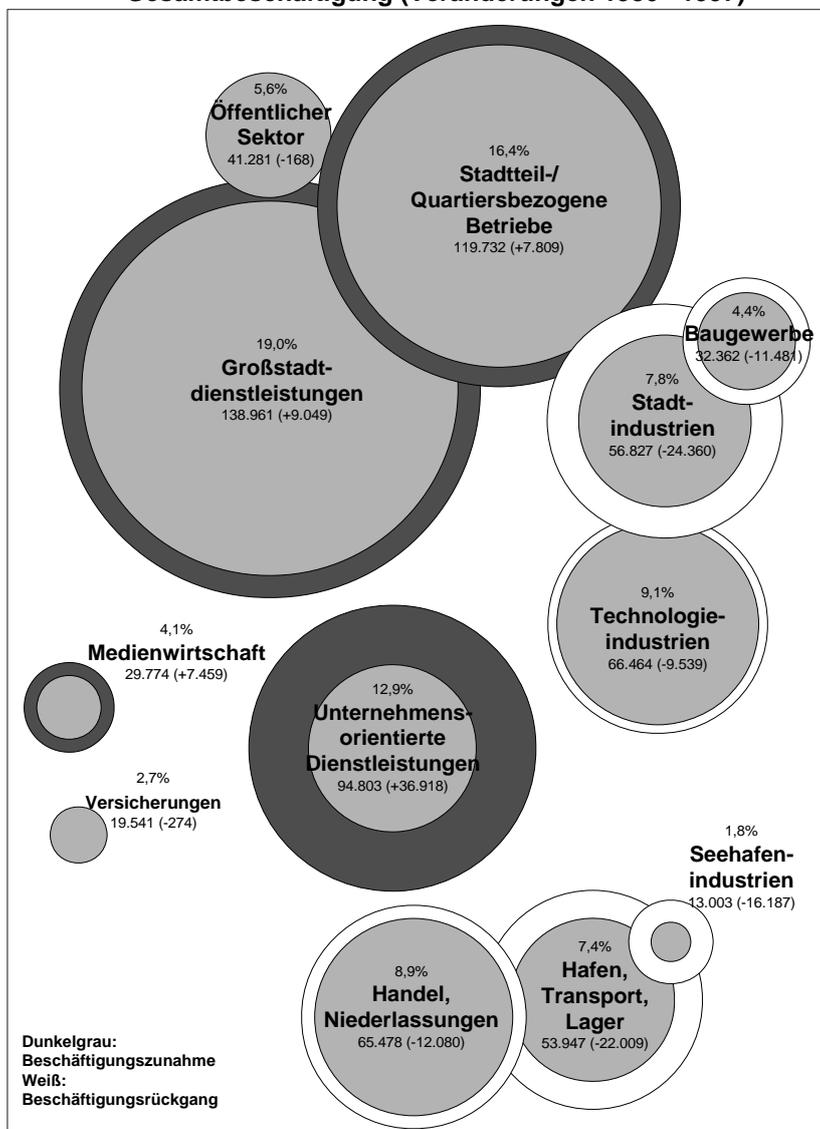
5. Die Wirtschaft der Elbinsel

In diesem Kapitel wird zunächst die Wirtschaftsstruktur der Elbinsel in Form von städtischen Teilökonomien beschrieben. Anschließend folgen ergänzende Angaben zum Handwerk und zu den Ausbildungsplätzen der Elbinsel. Unter 5.4 werden die Ergebnisse einer vertiefenden Betriebsbefragung von Handwerk, Industrie und Betrieben des Logistiksektors zusammengefasst. In den anschließenden Unterkapiteln werden handlungsrelevante Sektoren im Bereich der Stadtteil- und Quartiersökonomie eingehender dargestellt.

5.1 Die städtischen Teilökonomien

Angesichts der Differenzierungs-, Segmentierungs- und Verinselungsprozesse der städtischen Wirtschaft und Gesellschaft lassen sich Fragen nach den Auswirkungen von Strukturwandel und Globalisierung nicht im Hinblick auf „die“ Wirtschaft einer Stadtregion beantworten. Die Wirtschaft von Großstadtreionen besteht aus verschiedenen Teilökono-

Abb. 5.1: Städtische Teilökonomien in Hamburg in % der Gesamtbeschäftigung (Veränderungen 1980–1997)



Quelle: TUHH – AB Stadt- und Regionalökonomie

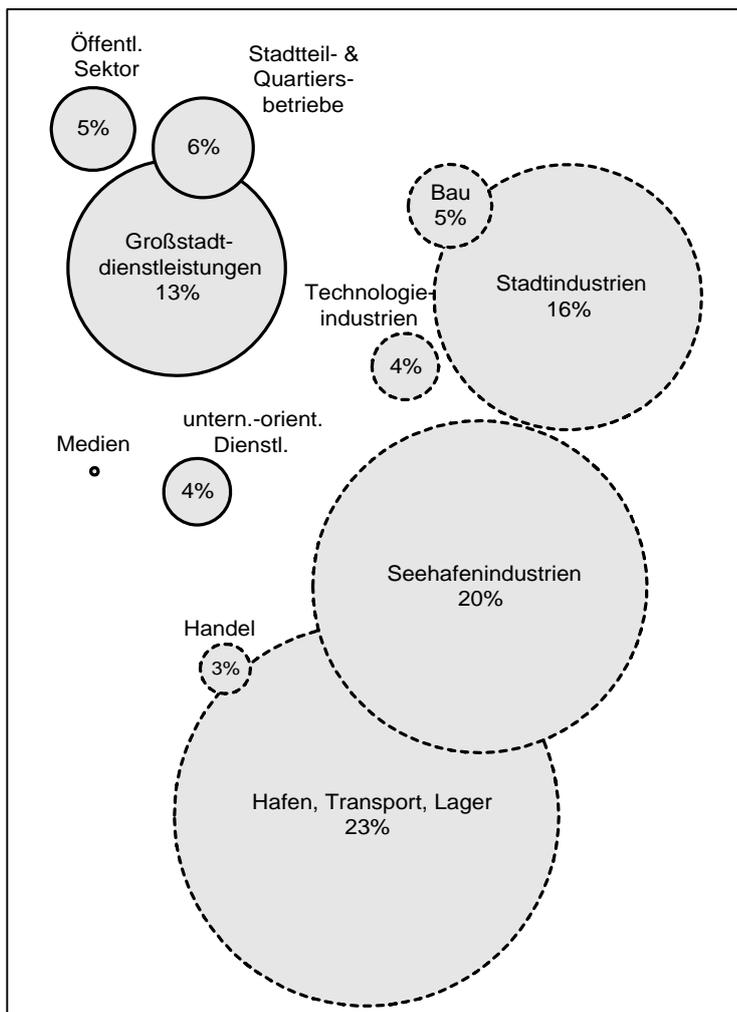
mien mit je spezifischen historischen Traditionen und sehr unterschiedlichen Integrationsformen in globale, nationale und lokale Konkurrenz- und Entwicklungszusammenhänge. Daraus resultieren wiederum jeweils unterschiedliche Problemlagen, Gefährdungspotenziale und Gestaltungsmöglichkeiten.

Am Arbeitsbereich Stadt- und Regionalökonomie der TUHH wurden auf Grundlage des Konzepts von Funktionsclustern die Teilökonomien einer Großstadt empirisch erfasst, indem die gesamtwirtschaftlich konzipierten Aggregate der Branchen und Sektoren so umgruppiert wurden, dass sich eine möglichst kohärente Gesamtübersicht über die Größenproportionen und die Entwicklungstendenzen der verschiedenen Funktionsbereiche der städtischen Wirtschaft ergab. Das Mo-

dell der städtischen Teilökonomie ist in Abb. 5.1 visualisiert. Der Durchmesser der Kreise entspricht dem jeweiligen Beschäftigungsanteil der Teilökonomien an der Gesamtbeschäftigung (wodurch die Größenunterschiede hervorgehoben werden). Weiße und dunkle äußere Ringe deutet das jeweilige Beschäftigungswachstum bzw. den -Rückgang von 1980 bis 1997 an. Mit der jeweiligen Nähe bzw. den Überlagerungen der Kreise werden funktionale Verflechtungen zwischen den Teilökonomien angedeutet.

Um die Wirtschaftsstruktur der Elbinsel - d.h. der Stadtteile Veddel, Wilhelmsburg, Kleiner Grasbrook und Steinwerder - zu erfassen, wurde auf Grundlage des an der TUHH entwickelten Verfahrens eine Clusterung der Firmendaten der Handelskammer, der Handwerkskammer sowie ergänzender Datenbestände durchgeführt. Die Details dieses aufwendigen

Abb. 5.2: Die Teilökonomien der Elbinsel



Quelle: HK, HWK, Clusterung SRC, eigene Bearbeitung

Verfahrens, das im Rahmen eines Unterauftrages von der Firma SRC durchgeführt wurde, sind im Anhang erläutert. Aufgrund der ungenauen bzw. fehlenden Angaben zu den Beschäftigten wurde mit der Clusterung keine exakte Quantifizierung der Teilökonomien angestrebt; ebenso wenig soll damit der Eindruck erweckt werden, die Elbinsel sei ein in sich geschlossener Wirtschaftsraum. Ziel ist vielmehr, über den Vergleich mit den gesamtstädtischen Teilökonomien die Besonderheiten der lokalen Wirtschaftsstruktur herauszuarbeiten und Rückschlüsse auf den bisherigen und zukünftigen Strukturwandel zu ermöglichen. Eine weitere Absicht ist die Überprüfung und Bearbeitung der Firmendaten, um am Ende der EP Elbinsel einen „brauchbaren“ Datensatz zur Verfügung zu stellen.

Die Clusterung ergab eine ungefähre Beschäftigtenzahl

von 27.000 Personen. Die Verteilung auf die Teilökonomien der Elbinsel ist in Abb. 5.2 dargestellt. Die gestrichelten Linien zeigen an, welche Teilökonomien in Hamburg in den 80er und 90er Jahren Beschäftigungsrückgänge zu verzeichnen hatten. Ein Vergleich der beiden Abbildungen verdeutlicht, dass der Strukturwandel der Wirtschaft eindeutig zu Ungunsten der Elbinsel verlaufen ist: Die beiden die Elbinsel dominierenden hafenbezogenen Teilökonomien *Hafen, Transport, Lager* sowie *Seehafenindustrien* sind neben den *Stadtindustrien* die Teilökonomien mit den größten Beschäftigungsverlusten in den 80er und 90er Jahren. Die hamburgweiten

Beschäftigungsrückgänge beziehen sich dabei zu einem Großteil unmittelbar auf den Produktionsstandort Elbinsel. Dagegen sind die gewachsenen Teilökonomien auf der Elbinsel unterrepräsentiert. Dies betrifft insbesondere die *unternehmensorientierten* und die *Großstadtdienstleistungen* sowie die *Stadtteil- und Quartiersbetriebe*. Im Folgenden werden die unterschiedlichen Teilökonomien und ihre Bedeutung für die Elbinsel vorgestellt.

Hafen Transport Lager

Die Teilökonomie Hafen, Transport, Lager umfasst den Hafen und das transportorientierte Gewerbe im engeren Sinne, d.h. den Hafengüterumschlag sowie das Speditions- und Transportgewerbe. Ferner wurden diesem Cluster 20 % des auf der Elbinsel ansässigen Großhandels zugerechnet, da hier diese Funktionen im Vordergrund stehen. Die rd. 350 Betriebe umfassende Teilökonomie ist mit geschätzten 6.100 Beschäftigten das größte Beschäftigungssegment der Elbinsel⁵. Die wichtigsten Wirtschaftszweige sind hier Speditionen sowie Schifffahrt und Hafen mit jeweils 2.500 Beschäftigten. Der Wirtschaftszweig Schifffahrt und Hafen umfasst v.a. die Güterumschlags und Lagerungsfunktionen, während die Schifffahrt für das Untersuchungsgebiet keine bedeutende Rolle spielt, da der überwiegende Teil der Reedereien in Citylagen angesiedelt ist.

Die Industrialisierung des Güterumschlags hat hier zu einem erheblichen Arbeitsplatzabbau und zu einer Konzentration der Unternehmen geführt. Die gesamte Branche steht nach wie vor unter einem erheblichen Kostendruck und das Rationalisierungspotential ist vor allem im Speditionsbereich noch nicht ausgeschöpft, sodass hier mit einer weiteren Einsparung von Arbeitsplätzen zu rechnen ist. Weitere Arbeitsplatzverluste durch eine anhaltende Rationalisierung in diesem Bereich lassen sich nur durch ein erhebliches Wachstum beim Güterumschlag kompensieren. Zwar wird für den Güterumschlag im Hamburger Hafen für die nächsten 10 Jahre mit einem weiteren Wachstum gerechnet, jedoch ist es sehr fraglich, inwieweit die Elbinsel aufgrund der Verlagerungsprozesse innerhalb des Hafens hiervon profitieren kann. Für ein weiteres Wachstum dieser Clusters fehlen momentan die benötigten großflächigen Gewerbeareale. Gleichzeitig finden wesentliche Neuentwicklungen in der gesamten Hafenwirtschaft außerhalb des Untersuchungsgebietes statt. Der Schiffsgüterumschlag wandert zunehmend elbaufwärts. Neue und moderne Kaianlagen wurden zunächst elbaufwärts sowie in Waltershof gebaut. Aktuell wird der Container-Terminal Altenwerder in Betrieb genommen und auch die zukünftigen Hafenerweiterungsflächen liegen außerhalb des Untersuchungsgebietes. Zunehmend siedeln sich Logistik- und Speditionsbetriebe im Bereich der Güterverteilzentren wie z.B. Billwerder Moorfleet an; erkennbar ist die Tendenz zur räumlichen Entkopplung von Anlandung, Lager und Verteilung von Gütern.

Vor diesem Hintergrund ist nicht zu erwarten, dass der Elbinselraum in Zukunft nennenswert vom Wachstum des Güterumschlags profitieren kann. Hier ist im Gegenteil bei steigendem Kostendruck für die Unternehmen und aufgrund des noch längst nicht ausgeschöpften Rationalisierungspotentials von einem weiteren Rückgang der Arbeitsplätze in dem Untersuchungsgebiet auszugehen. Hiervon werden in erster Linie Arbeitsplätze für gering Qualifizierte betroffen sein. Auf der anderen Seite ist dieser Cluster einer der wenigen Bereiche in denen noch gering qualifizierte Arbeitskräfte eingestellt und auch gesucht werden,

⁵ Ein erhebliches Problem bei der Ermittlung der Anzahl der Unternehmen und Beschäftigten in dieser Teilökonomie besteht darin, dass viele große Logistiker zwar Betriebsstätten im Hafen unterhalten, aber mit ihrem Hauptsitz in der Hamburger City gemeldet sind, so dass sie dort in der Statistik auftauchen. Beispiele hierfür sind Hapag Lloyd, Rhenus-Weichelt oder Maersk. In der hier wiedergegebenen Schätzung wurden nur die Unternehmen berücksichtigt, die in der Statistik geführt werden; die tatsächliche Zahl der hier Beschäftigten kann von daher noch deutlich höher liegen.

wie die Ergebnisse der Unternehmensbefragungen zeigen (vgl. Kap. 5.4). Das aktuelle Angebot von Arbeitsplätzen im Niedriglohnsegment kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Arbeitsplätze stark von der aktuellen wirtschaftlichen Lage abhängen und mittelfristig keine Perspektive besitzen.

Der Hafengüterumschlag und die nachgelagerten Speditions- und Logistikbetriebe sind wie auch die Seehafenindustrien für den Wirtschaftsraum Elbinsel von zentraler und immer noch prägender Bedeutung. Insbesondere in den Teilökonomien Stadtindustrien, Technologieindustrien wie auch bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen zeigen sich immer wieder deutliche Abhängigkeiten von der Hafenwirtschaft.

Seehafenindustrien

Der Cluster umfasst die traditionell an den Hafen gebundenen Industriezweige, den Schiffsbau, sowie die erste Verarbeitung der über den Hafen importierten Rohstoffe, v.a. NE-Metalle, Mineralöle, Nahrungsmittel und Ölsaaten. Der Begriff Seehafenindustrien verweist auf die gemeinsame historische Abhängigkeit dieser Industriezweige vom Hafen. Im Zuge der zahlreichen Umstrukturierungen und Diversifikationen in diesem Bereich hat sich die traditionell enge Bindung an den Hafen jedoch gelockert. Dies führt auch dazu, dass die Grenzen zu den Technologie- und Stadtindustrien fließend sind.

Die Seehafenindustrien sind für die Elbinsel gemessen an der Zahl der etwa 5.300 Beschäftigten, dies entspricht knapp 20 % aller auf der Elbinsel Beschäftigten, der zweitwichtigste Sektor nach dem Cluster Hafen, Transport, Lager. Die knapp 40 Betriebe umfassende Teilökonomie wird von zwei Unternehmen dominiert, der Norddeutschen Affinerie sowie Blohm + Voss. Bedeutung haben hier ferner die Mineralölindustrie und die Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Bei letzterer wurde nur die Verarbeitung von Ölsaaten und Futtermitteln zu diesem Cluster gerechnet.

Die Entwicklung der Seehafenindustrien ist bis weit in die 90er Jahre durch einen erheblichen Rationalisierungsprozess geprägt, der hier zu einem massiven Arbeitsplatzabbau geführt hat. Gleichzeitig haben sich die Anforderungen an die Qualifikation der gewerblichen Mitarbeiter deutlich erhöht, sodass sich hier keine Perspektiven für gering qualifizierte Arbeitskräfte ergeben.

Insgesamt hat sich die Beschäftigungslage bei den hier aufgeführten Unternehmen in den letzten Jahren stabilisiert, in einzelnen Bereichen wie z.B. der NE-Metallindustrie ist sogar ein leichter Anstieg zu verzeichnen gewesen. Die weitere Entwicklung der Beschäftigungssituation in den Seehafenindustrien wird maßgeblich von der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen abhängen.

Handel

Im Cluster Handel werden die überregional tätigen Außenhandels- und Großhandelsbetriebe, die Handelsniederlassungen ausländischer Unternehmen sowie der Versandhandel in Abgrenzung zu eher lokal oder regional orientierten Handelsunternehmen zusammengefasst. Bezogen auf den Wirtschaftsraum Elbinsel wird diese Teilökonomie vom Großhandel dominiert, dessen Anteil hier über 90% beträgt.⁶

⁶ Der Hauptanteil der Mineralölindustrie hier nicht dem Handel zugeschlagen, weil aufgrund der räumlichen Entkopplung der Produktion im Hafen von Verwaltung und Vertrieb (City Nord) auf der Elbinsel kein Mineralölhandel betrieben wird. Eine räumliche Entkoppelung gilt ebenso für das Kredit und Versicherungswesen, sofern es mit der Finanzierung von Außenhandelsgeschäften befasst ist.

Bei den rd. 65 Betrieben handelt es sich im Wesentlichen um kleine und mittlere Unternehmen. Vielfach sind es kleine Nischenanbieter, die einen traditionellen Bezug zum Hafen haben, hinzu kommen Handelsniederlassungen internationaler Unternehmen z.B. aus der chemischen Industrie. Die Teilökonomie weist eine enge Verzahnung mit dem Cluster Hafen, Transport, Lager auf. Inwieweit es hier im Zuge der Funktionstrennung zwischen dem Hafen und dem Handel zu einer weiteren räumlichen Trennung und damit zu einer Abwanderung von Großhandelsunternehmen kommt, konnte im Rahmen dieser Studie nicht geklärt werden.

Stadtindustrien

Der Cluster Stadtindustrien ist mit rd. 200 Betrieben und mehr als 4.000 Beschäftigten die drittgrößte Teilökonomie der Elbinsel. Hinzu kommt das eng mit Gewerbe und Industrie verflochtene Baugewerbe. Den Daten zufolge beschäftigen in beiden Clustern nur zwölf Unternehmen mehr als 50 Mitarbeiter. Hervorzuheben ist, dass der größte Teil des Handwerks den Stadtindustrien zugerechnet werden muss, da das Handwerk - anders als in Nutzungsgemischten Quartieren der Inneren Stadt - nur geringe Bezüge zur Stadtteil- und Quartiersökonomie besitzt.

Innerhalb der Teilökonomie der Stadtindustrien weisen etwa 20 - 25 % der hier erfassten Unternehmen einen deutlichen Hafenbezug auf: Im Bereich Heizung, Kälte und Klima betrifft dies die Lagerei (Kühlager). Im metallverarbeitenden Gewerbe, einschließlich dem Stahl-, Kessel- und Wagenbau, umfasst die Spezialisierung die Reparatur und Wartung von Containern, den Bau und die Reparatur von Silos sowie den Rohrleitungs-, Kessel- und Behälterbau. Im KFZ-Gewerbe zeigt sich die Bedeutung des Hafens in der starken Ausrichtung auf die Wartung und Reparatur von Nutzfahrzeugen, im Maler- und Lackiergewerbe in der Ausrichtung auf den Korrosionsschutz und in der Elektrotechnik an der Ausrichtung vieler Betriebe auf die Schiffselektronik. Im Baugewerbe liegt ein Schwerpunkt beim Tief- und Wasserbau. Bei diesen Unternehmen mit einer deutlichen Ausrichtung auf den Hafen handelt es sich häufig um kleinere angestammte Unternehmen, die eine Neuorientierung bisher nicht geschafft haben, die sich in diesem Bereich jedoch trotz der zahlreichen Umstrukturierungsprozesse halten konnten. Am anderen Ende der Skala finden sich hier Unternehmen, die keinerlei Hafenbezug mehr aufweisen. Dies gilt vor allem für die Unternehmen im kunststoffverarbeitenden Bereich und in der Farben- und Lackindustrie. Im metallverarbeitenden Gewerbe sind es primär neu angesiedelte Unternehmen.

Technologieindustrien

Die Teilökonomie ist mit 50 Unternehmen und ca. 1.100 Beschäftigten vergleichsweise klein. Wichtigster Wirtschaftszweig ist hier mit einem Anteil von rd. zwei Dritteln an den Beschäftigten der Maschinenbau. Eine deutlich geringere Bedeutung besitzen die Zweige übrige Chemie, Elektrotechnik und Dienstleistungen/EDV.

Insgesamt weist dieser Wirtschaftszweig einen starken Bezug zur Hafenwirtschaft und zu den Seehafenindustrien auf. Die historische Ausrichtung des Maschinenbaus auf den Schiffbau zeigt sich bei etwa einem Drittel der Unternehmen noch deutlich: Entweder handelt es sich bei diesen Unternehmen um Ausgründungen aus den Seehafenindustrien oder die Produkte zeigen eine starke Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Hafenwirtschaft. Bei den übrigen Unternehmen im Maschinenbau handelt es um kleinere bis mittlere Nischenanbieter bzw. Unternehmen die in größere Konzerne eingebunden sind.

Der Wirtschaftszweig Dienstleistungen/EDV umfasst Unternehmen, die in der Softwareentwicklung tätig sind. Bei einem erheblichen Teil dieser Firmen handelt es sich um Aus-

gründungen aus der Logistikbranche bzw. den Seehafenindustrien. Eine eigenständige Entwicklung, wie sie an anderen Hamburger Standorten stattgefunden hat, ist hier nicht zu erkennen und im Moment auch nicht zu erwarten.

Trotz der zurzeit untergeordneten Bedeutung besitzt die Teilökonomie eine hohe strategischer Bedeutung beim Aufbau von aussichtsreichen Branchen. Hierzu könnte der Umweltschutzbereich gehören. In Wilhelmsburg und der Peute bieten schon jetzt rd. 40 Firmen Produkte oder Dienstleistungen für den Umweltschutz an (Dienstleistungen sind den unternehmensbezogenen Dienstleistungen zugeordnet).

Großstadtdienstleistungen

Die Großstadtdienstleistungen werden jeweils zu mehr als 30 % vom Großhandel und dem Straßengüterverkehr dominiert, darunter befindet sich eine hohe Anzahl von Kleinstbetrieben mit 1-3 Beschäftigten. Neben diesen beiden Wirtschaftszweigen besitzt die Entsorgungswirtschaft, die hier mit einem Anteil von gut 10 % vertreten ist, noch einen nennenswerten Anteil an diesem Cluster. Der relativ hohe Anteil des Großhandels ist auf die unmittelbare Hafennähe, wie auch die gute Verkehrsanbindung zurückzuführen. Insgesamt wurden 385 Unternehmen mit mehr als 3.000 Beschäftigten dieser Teilökonomie zugerechnet, fast drei Viertel der Unternehmen sind Kleinstbetriebe, über deren Existenz keine gesicherten Aussagen möglich sind.

Der Straßengüterverkehr dieser Teilökonomie umfasst zum einen die innerstädtische Güterverteilung, zum anderen den Güterverkehr zwischen den Hafenterminals und den Güterverteilzentren. Ebenso wie der Cluster Hafen, Transport Lager bieten die Großstadtdienstleistungen v.a. im Großhandel sowie im innerstädtischen Güterverkehr Beschäftigungsmöglichkeiten für gering Qualifizierte. Dies dürfte mit gewissen Einschränkungen auch für die Entsorgungswirtschaft gelten.

Unternehmensbezogene Dienstleistungen

Die unternehmensbezogenen Dienstleistungen umfassen knapp 290 Unternehmen mit etwas mehr als 1.000 Beschäftigten. Die in Hamburg expandierende Teilökonomie spielt für die Elbinsel nur eine untergeordnete Rolle. Die Dienstleistungen weisen einen starken lokalen Bezug auf, was sich auch in der Vielzahl der Kleinstunternehmen bis drei Beschäftigten äußert, die fast 90 % der Firmen ausmachen. Größere Unternehmen finden sich v.a. in den Bereichen Bewachung, Gebäudereinigung sowie den technischen Dienstleistungen. Im Bereich der technischen Dienstleistungen ist eine Häufung von Firmen mit Schwerpunkt bei physikalischen und chemischen Untersuchungen sowie der Umweltberatung feststellbar.

Medien/Unterhaltung

Die Medienwirtschaft hat für den Standort Elbinsel mit ca. 100 Beschäftigten nur eine marginale Bedeutung. Von den 28 Betrieben, die diesem Sektor zugerechnet wurden, haben 25 weniger als drei Beschäftigte. Die geringe Anzahl von Unternehmen und Beschäftigten in diesem Bereich zeigt deutlich, dass die Elbinsel nicht vom Internetboom profitieren konnte und die in diesem Bereich ansässigen Unternehmen ausschließlich lokale Bedeutung haben. Auch für die Zukunft ist nicht damit zu rechnen, dass dieser Wirtschaftszweig für die Elbinsel an Bedeutung gewinnt.

Der Wirtschaftszweig Kunst/Unterhaltung ist auf der Elbinsel durch das Stella Musical Zelt vertreten, weitere nennenswerte Unternehmen gibt es in diesem Bereich jedoch nicht. Perspektivisch könnte sich insbesondere im Freizeit- und Unterhaltungsbereich ein erhebliches

Wachstumspotenzial für die Elbinsel ergeben, wobei sich die Entwicklung jedoch vorwiegend auf das Südufer der Norderelbe beschränken dürfte.

Stadtteil- und Quartiersbetriebe

Diese Teilökonomie umfasst Kleinbetriebe des produzierenden und reparierenden Handwerks, des Einzelhandels, des Gesundheitswesens, der Gastronomie sowie andere Betriebe der sozialen, haushalts- und unternehmensorientierten Dienstleistungen. In Hamburg umfasste diese Teilökonomie 1997 16 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Hamburgs. Damit ist dieser Bereich eine der größten Teilökonomien der städtischen Wirtschaft. Stadtteil- und Quartiersbetriebe bieten nicht nur wohnungsnahe Arbeits- und Ausbildungsplätze, sondern erfüllen damit auch wichtige Aufgaben der sozialen Integration und Sozialisation. Mit ihren überwiegend auf lokale Bedürfnisse des Lebensalltags ausgerichteten Produktions- und Dienstleistungsangeboten prägen diese Betriebe außerdem die Versorgungsqualität, Nutzungsvielfalt und urbane Kultur von Stadtquartieren. Allerdings handelt sich dabei nicht um einen von der globalen Ökonomie unabhängigen Wirtschaftskreislauf. Die Betriebe dieser Teilökonomie werden trotz ihrer lokalen Orientierung in ihrer Entwicklung in vielfältiger Weise von überregionalen und selbst globalen Bezügen beeinflusst.

Auf der Elbinsel fällt diese Teilökonomie wesentlich kleiner aus als in Hamburg. Ein Grund dafür ist, dass der überwiegende Teil des Handwerks keine – über Kunden, den Arbeitsmarkt oder andere Verflechtungen vermittelten – lokalen Bindungen an die Wohnquartiere besitzt. Einzelhandel und Gastronomie bestehen hingegen fast ausschließlich aus Kleinbetrieben, deren Beschäftigungswirksamkeit in der Clusterung sehr vorsichtig eingestuft wurde. Insgesamt wurden der Teilökonomie 670 Firmen zugeordnet, davon sind laut Daten 90 % Betriebe mit bis zu drei Mitarbeitern. Aufgrund der erheblichen Fehlerquote durch nicht mehr existierende Firmen lässt sich die tatsächliche formelle und graue Beschäftigung nicht bestimmen. Weiterhin muss einschränkend erwähnt werden, dass soziale und gesundheitliche Dienstleistungen nicht vollständig erfasst sind. Trotz dieser Unsicherheiten scheint die Teilökonomie Stadtteil- und Quartiersbetriebe auf der Elbinsel „unterentwickelt“ zu sein.

Im Anschluss an die Vervollständigung der Beschreibung der Wirtschaftsstruktur durch einige Angaben zum Handwerk und zu den Ausbildungsplätzen der Elbinsel (s. Kap 5.2 u. 5.3) werden in Kapitel 5.4 die Ergebnisse einer Betriebsbefragung dargelegt, die sich auf die drei großen Teilökonomien der Elbinsel (Hafen/Transport/Lager, Seehafen- und Stadtindustrien) beziehen. Kapitel 5.5 und 5.6 gehen dagegen detaillierter auf die Stadtteil- und Quartiersökonomie ein.

5.2 Das Handwerk der Elbinsel

Das Handwerk der Elbinsel umfasst – nach Auswertung und Bereinigung der Firmendaten von Handwerks- und Handelskammer – 310 Vollhandwerks- und 128 handwerksähnliche Betriebe. Bezogen auf die Anzahl der Betriebe dominiert das Bauhandwerk, gefolgt vom Metall- und dem KFZ-Bereich (Angaben zu den Betriebsgrößen liegen nur vereinzelt vor). Wie bei der Beschreibung des Clusters Stadtindustrien dargestellt, besitzt das Handwerk sehr enge Bezüge zur Hafenwirtschaft. Die räumliche Verteilung des Handwerks beschreibt die folgende Tabelle. Größere Handwerksbetriebe befinden sich überwiegend in den Gewerbegebieten, im Hafen und auf der Peute. Die hohe Anzahl der Betriebe in den Wohngebieten und im Wilhelmsburger Osten ist daher deutlich zu relativieren.

Abb. 5.3: Räumliche Verteilung der Handwerkszweige auf der Elbinsel

Handwerkszweig	Gesamt	Räumliche Verteilung			
		Gewerbegebiete	Hafen	Peute	Wohngebiete & Osten
Bauhauptgewerbe	71	18	10	7	36
davon Mig.ök	17	2			15
Baunebengewerbe	114	5	7	1	101
davon Mig.ök.	74	1	4		69
Metall	44	15	16	6	7
Elektro	28	9	4	2	13
KFZ	34	8	6	8	12
Heizung Kälte Klima	26	3	6	5	12
Maler- und Lackierer	13	3	7		3
Tischler	10	3	4		3
Handwerk sonstige	80	9	7	4	60
Handwerksähnlich	16	1	1	1	13
gesamt	438	74	68	34	260
davon Mig.ök.	121	5	6	3	107

Quelle: HK, HwK, Bearbeitung SRC

Das Bauhauptgewerbe umfasst 71 Betriebe, von denen drei mehr als 50 Beschäftigte aufweisen. Rund die Hälfte der Betriebe sitzt in den Gewerbegebieten, im Hafen oder auf der Peute, die andere Hälfte hat ihren Standort in Nutzungsgemischten Gebieten sowie im Wilhelmsburger Osten. Das Baunebengewerbe, das rd. 90 % des handwerksähnlichen Gewerbes ausmacht, besteht überwiegend aus Ein-Personen-Firmen, die sich infolge von Umstrukturierungen innerhalb der Bauwirtschaft herausgebildet haben. Erkennbar wird dies u.a. durch den Betriebsstandort: Fast 90 % der Betriebe aus dem Baunebengewerbe haben ihren Standort in Wohngebieten, zumeist in reinen Wohngebieten; der „Geschäftssitz“ ist also die eigene Wohnung. Anhand der Namen der Betriebsinhaber lassen sich rd. zwei Drittel der Firmen als von Migranten geführt herausfiltern. Inwieweit die Firmen tatsächlich noch existieren, ist nicht bekannt (vgl. dazu Kap. 5.6).

Abb. 5.4: Struktur des Baugewerbes

Bauhauptgewerbe	Anzahl Betriebe	Baunebengewerbe	Anzahl Betriebe	
				davon Migranten
Maurer und Betonbau	27	Einbau von Baufertigteilen	28	16
Hoch- und Tiefbau	11	Fuger (im Hochbau)	19	16
Wasserbau	3	Eisenflechter	16	14
Straßenbau	9	Holz- und Bautenschutzgewerbe	14	7
Erdbewegungsarbeiten	2	Bodenleger	8	3
Gerüstbau	13	Stukkateur, Gipserei, Verputzerei	8	4
Dachdecker	2	Akustik- und Trockenbau	7	6
Bautischlerei	1	Sonstige	16	8
Estrichlegerei	3	Gesamt	116	74
Fliesenleger	1			
Gesamt	71			

Quelle: HK, HwK, Bearbeitung SRC

Entwicklung des Handwerks auf der Elbinsel

Die Zahl der bei der Handwerkskammer verzeichneten Betriebe im Vollhandwerk ist – entgegen dem Hamburger Trend – zwischen 1990 und 2000 auf der Elbinsel angestiegen. Verantwortlich hierfür war die zunehmende Zahl von Betrieben aus dem Bauhandwerk, durch die der Rückgang der Bestandszahlen im verbraucherorientierten Handwerk mehr als ausgeglichen wurde. Innerhalb des Bauhandwerks war insbesondere ein Anstieg bei den Maurern und Betonbauern, aber auch bei den Gerüstbauern (Veddel, Kleiner Grasbrook) zu verzeichnen. Der leichte Anstieg der Betriebszahlen im Elektro- und Metallgewerbe basiert v.a. auf der Zunahme von Elektrotechnikern sowie Installateur- und Heizungsbauern, die wiederum den Rückgang im KFZ-Bereich aufgefangen haben.

Im vom Baunebengewerbe dominierten handwerksähnlichen Gewerbe gab es eine erhebliche Zunahme der Firmen, die auf die in den 90er Jahren forcierten Umstrukturierungen im Baugewerbe zurückzuführen sind.

Abb. 5.5: Entwicklung des Betriebsbestandes im Handwerk zwischen 1990 und 2000

	Anzahl Betriebe ⁷	
	1990	2000
Vollhandwerk		
Wilhelmsburg	210	215
Veddel	38	49
Kleiner Grasbrook	5	8
Steinwerder	16	18
Elbinsel	269	290
Handwerksähnliches Gewerbe		
Wilhelmsburg	30	83
Veddel	6	20
Kleiner Grasbrook	1	5
Elbinsel	37	108

Quelle: HWK

⁷Da ein Teil der Handwerksbetriebe (v.a. Baugewerbe) bei der Handelskammer geführt wird, entsprechen die absoluten Zahlen nicht dem Betriebsbestand.

Der positive Trend relativiert sich angesichts der Krise im Bausektor. Anhand der aktuellen, von den Kammern zur Verfügung gestellten Daten ist schon ein Rückgang der Betriebszahlen erkennbar. Im Baunebengewerbe kann davon ausgegangen werden, dass die Aufgabe des Geschäfts nicht mit einer sofortigen Abmeldung bei der Kammer einhergeht.

Trotz dieser Einschränkung in Bezug auf das Baugewerbe ist die Frage, warum sich das Handwerk auf der Elbinsel entgegen den Trend entwickelt hat. Anhand der Angaben der Harburger Wirtschaftsförderung sowie der im Rahmen der Betriebsinterviews gewonnenen Informationen zeigt sich, dass Betriebsverlagerungen innerhalb Hamburgs einen wichtigen Anteil an dem Betriebswachstum im Vollhandwerk ausmachen. Es handelt sich hierbei v.a. um Betriebe, die eine relativ große Betriebsfläche benötigen und sich an ihrem alten Standort nicht mehr erweitern können oder den Standort aufgrund steigender Miet- und Grundstückspreise wechseln wollen. Ein Teil des Wachstums geht jedoch auch auf Neugründungen zurück. Eine Gewichtung dieser beiden Faktoren ist leider nicht möglich.

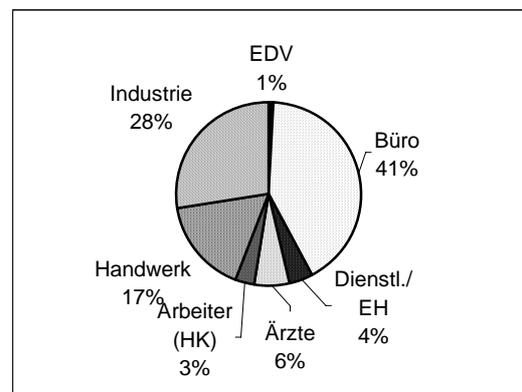
5.3 Ausbildung auf der Elbinsel

Auf der Elbinsel werden in 244 der Handels-, Handwerks-, Zahnärzte- und Ärztekammer zugehörigen Betriebe derzeit 850 Menschen in 81 Berufen ausgebildet⁸. Die größte Berufsgruppe bilden die kaufmännischen Berufe, mit Schwerpunkt im Hafen- und Logistiksektor: Allein 157 Jugendliche machen eine Ausbildung als Speditionskaufmann/-frau, 52 lernen Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel.

Abb. 5.6: Ausbildungsverhältnisse auf der Elbinsel

Azubis je Betrieb	Betriebe	Anzahl Azubis	Anteil Betriebsgröße an Ausbildung
1	110	110	13%
2	61	122	14%
3 - 4	35	120	14%
5 - 9	27	177	21%
10 - 50	10	216	25%
> 50	1	105	12%
Summe	244	850	100%

Quelle: HK, HWK, ÄK (ohne Veddel), ZÄK



Der größte Ausbildungsbetrieb der Elbinsel ist Blohm & Voss mit insgesamt 105 Auszubildenden, v.a. in unterschiedlichen Mechanikerberufen (in der Abb. „Industrie“). Damit werden allein bei Blohm & Voss in etwa so viele Azubis ausgebildet wie in all denen Betrieben zusammen, die genau einen Auszubildenden haben. Bei der räumlichen Verteilung hat auch Steinwerder ein erhebliches Gewicht, dennoch wird fast die Hälfte der Jugendlichen im Wilhelmsburger Westen ausgebildet.

⁸ Handwerks- und Handelskammer haben im Rahmen ihrer Mitarbeit an der Entwicklungspartnerschaft umfangreiche EDV-Abfragen über ihre Auszubildenden, die auf der Elbinsel wohnen, sowie Ausbildungsbetriebe auf der Elbinsel durchgeführt. Die Abfragen basieren auf einer Zuordnung der Postleitzahlen. Im nördlichen Bereich mussten - wie bei den Firmendaten der Clusterung - per Hand die tatsächlich zur Elbinsel gehörenden Betriebe und Azubis nachträglich anhand der Straßennamen herausgefiltert werden. Bisher nicht erfasst sind Rechtsanwälte und Steuerberater sowie der öffentliche Dienst.

Abb. 5.7: Räumliche Verteilung der Ausbildungsorte

Stadtteil /PLZ	Ausbildungsplätze			davon					
				Handwerkskammer			Handelskammer		
	Betriebe	Azubis	Größen- anteil	Betriebe	Azubis	Größen- anteil	Betriebe	Azubis	Größen- anteil
Steinwerder/Kl. Grasbrook	48	240	28%	2	6	4 %	46	234	37 %
Veddel	44	103	12%	13	24	14 %	29	74	12 %
Wilhelmsburg West (21107)	105	412	48%	28	109	65 %	54	278	44 %
Wilhelmsburg Ost (21109)	47	95	11%	13	29	17 %	19	44	7 %
Elbinsel	244	850	100%	56	168	20 %	148	630	74%

Quelle: HK, HWK, ÄK (ohne Veddel, Verteilung Wilhelmsburg geschätzt), ZÄK

Im Handwerk bilden 56 Betriebe knapp 170 Jugendliche aus, d.h. dass 20 % der Ausbildungskapazitäten der Elbinsel vom Handwerk gestellt werden. Zwei Drittel dieser Jugendlichen lernen im Wilhelmsburger Westen. In Industrie und Handel werden drei Viertel der Jugendlichen ausgebildet. Laut den Daten werden 35 Azubis außerbetrieblich ausgebildet. Die BI Ausländische Arbeitnehmer wäre danach der sechstgrößte Ausbildungsbetrieb der Elbinsel.

Von den derzeitigen 850 Lehrstellen der Elbinsel sind rd. 180 von Bewohnern der Elbinsel „besetzt“. Jeder fünfte Auszubildende wohnt also auch auf der Elbinsel. Bezogen auf den Wohnort hat die Elbinsel eine etwas höhere Bedeutung: Von den rd. 740 Auszubildenden der Elbinsel, macht jeder vierte seine Ausbildung vor Ort (vgl. Kap. 6.3). Nimmt man die Hamburger Zahlen der Einpendler unter den Auszubildenden als Maßstab, so zeigt sich allerdings, dass der Anteil der Auszubildenden, die ihren Wohnort im Hamburger Umland haben, noch etwas höher ist (vgl. Kap. 6.2).

5.4 Ergebnisse der Betriebsbefragung von Industrie, Handwerk und Hafen-/Logistikbetrieben

Der Unterauftrag der Firma SRC sah neben der Auswertung und Clusterung der Firmendaten eine vertiefende Betriebsbefragung vor. Das Sample umfasst:

- Schriftliche Befragung von 17 größeren Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitern aus Industrie und Hafen-/Logistiksektor.
- Telefonische Kurzbefragung von 11 Kleinbetrieben (10-50 Mitarbeiter, Durchschnitt 29 M.) vorwiegend aus dem Hafen-/Logistiksektor.
- Ausführliche telefonische Befragung von 20 Handwerksbetrieben (2 bis 100 Mitarbeiter, Durchschnitt 20 M.)

Mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten sollten die ökonomischen Verflechtungen mit dem Wirtschaftsraum und dem Arbeitsmarkt Elbinsel, die Qualifikationsanforderungen an die Arbeitskräfte und Probleme bei der Suche nach Mitarbeitern untersucht sowie eventuelle Beratungsbedarfe im Hinblick auf mögliche Angebote der EP Elbinsel sondiert werden. Die Auswertung wurde im Vorfeld und anschließend durch weitere Expertengespräche von SRC und der TUHH ergänzt.

5.4.1 Ökonomische Einbettung

Die Betriebsbefragung hat die in der Clusterung der Firmendaten abgebildeten engen ökonomischen Verflechtungen des maritimen Funktionsclusters bestätigt, aber zugleich deren Auflösungstendenzen betont. Hierin drückt sich v.a. die Überlagerung einer fortbestehenden wirtschaftsstrukturellen Tradition mit der aus Schrumpfungs- und Reorganisationsprozessen hervorgehenden Erweiterung und Neuverteilung der ökonomischen Beziehungen aus. Es wäre jedoch zu vereinfacht, ökonomische Einbettung (embeddness) und Auflösung (disembedding) in ein polares Modell einzuordnen, in dem sich traditionelle und moderne Strukturen gegenüberstehen. Lokale wirtschaftliche Verbindungen können sich im Zuge der Reorganisation neu bilden und Ausdruck wettbewerbsfähiger ökonomischer Strukturen sein (reembedding).

Eine umfassende und abschließende Bewertung dieser sich überlagernden Prozesse konnte im Rahmen der Studie nicht geleistet werden. Auf Basis der Empirie zeigen sich folgende Befunde:

- Der Einkauf von Waren und weitgehend standardisierten Produkten oder Dienstleistungen wird fast ausschließlich allein anhand des Preises entschieden. Der räumliche Einzugsbereich der Anbieter hat sich deutlich erweitert. Es wird zwar noch vor Ort eingekauft, aber auf Nachfrage stellt sich heraus, dass es sich nur noch um geringe Anteile handelt.
- Komplexe und höherwertige Produktionsprozesse sind hochgradig arbeitsteilig organisiert und bilden räumlich verschieden strukturierte Netzwerke heraus, je nachdem wie hoch die Dichte und der Spezialisierungsgrad der Industriebranche und der Zulieferbetriebe sind. Innerhalb des Samples finden sich unterschiedliche Entwicklungen, die keine eindeutigen Tendenzaussagen zulassen: Traditionelle Spezialisierungen und räumlich eng organisierte Arbeitsteilungen wie im maritimen Sektor (Schiffsreparatur) modifizieren sich oder entwickeln sich in Richtung auf hafenumabhängige Technologieindustrien weiter. Traditionelle Beziehungen zwischen Industrie und Zulieferern lösen sich vollständig auf, u.a. weil die Zulieferer die im Zuge der organisatorischen Restrukturierung

rungsprozesse der Industrie gestiegenen Qualitätsanforderungen nicht mehr erfüllen können. Zulieferbetriebe entwickeln sich zu international tätigen Nischenanbietern, die aufgrund des hohen Spezialisierungsgrades kaum noch Bezüge zu ihrem räumlichen Umfeld aufweisen.

- Schwerpunkt der Verflechtungen ist der Bereich Wartung, Instandhaltung, Reparatur, der weitgehend von Handwerksbetrieben bestimmt wird. Von den 17 befragten größeren Unternehmen aus Industrie und dem Logistik-Sektor gaben elf an, dass sie von Firmen aus dem lokalen Umfeld Gebäude und Anlagen warten und reparieren lassen, acht nannten die Instandhaltung des Fuhrparks. Innerhalb der Handwerkerschaft und der kleineren Transportfirmen wurde dieser Bereich ebenfalls am häufigsten genannt. Während der KFZ-Bereich ein weitgehend in sich abgeschlossenes Gewerk darstellt, ist die unter verschiedenen Gewerken aufgeteilte Arbeit an Gebäuden und Anlagen im Wandel begriffen. Die großen Betriebe streben eine Reduktion ihrer Schnittstellen nach außen an und erwarten von handwerklichen Betrieben, die Instandhaltungs-, Reparatur- und Wartungsarbeiten durchführen, zunehmend, dass sie alles aus einer Hand – und möglichst rund um die Uhr – anbieten. Die Ansprechpartner müssen die arbeitsteilige Gewerkestruktur des Handwerks zu kundenorientierten und modernen Dienstleistungspaketen bündeln. Die Fähigkeit dazu besitzen größere, professionell geführte Handwerksbetriebe, die wiederum auf feste Subauftragnehmer aus ihrer Nachbarschaft zurückgreifen, sofern „der Preis stimmt“. Räumliche Nähe behält in diesem Bereich einen hohen Stellenwert, weil es hier um sehr zeitkritische Dienstleistungen und eine hohe Zuverlässigkeit geht. Für die Handwerksbetriebe lässt sich die „Zeitführerschaft“ jedoch nur ausspielen, wenn sie ihre internen und zwischenbetrieblichen Organisations- und Kooperationsstrukturen weiter entwickeln. Nicht zuletzt sind die Betriebe auch auf mehr zeitliche Flexibilität ihrer Arbeitskräfte angewiesen, was wiederum innerbetrieblich oft nur schwer durchzusetzen ist.
- Gebäudebezogene Dienstleistungen wie Reinigung und Bewachung werden von großen Betrieben auch im räumlichen Umfeld nachgefragt (10 Nennungen von 17 möglichen), personenbezogene Dienstleistungen wie Catering nannten nur noch sechs Betriebe. Bei den kleineren Betrieben aus dem Handwerk und dem Logistikbereich spielen gebäude- und personenbezogene Dienstleistungen keine Rolle. Facility Management hatte innerhalb der gesamten Befragung keine Bedeutung.
- Aufgrund der Deindustrialisierung reicht für die Bestandsentwicklung im Handwerk die lokale gewerbliche Nachfrage schon längst nicht mehr aus. Neben der Offenheit für den technologischen Fortschritt müssen die Betriebe ihre Kundenstamm erweitern und diversifizieren, was dementsprechend dazu führt, „dass man immer weiter fahren muss“. Zitat eines leitenden Angestellten eines Handwerksbetriebes: „Alle versuchen, von den derzeitigen Entwicklungen zu zehren und sich anzupassen. Beispiel EADS, das hat natürlich Effekte auf die Elbinsel: Da arbeiten Elektrobetriebe, Schlossereien etc. Oder Elbvertiefung und Altenwerder: Dort, wo investiert wird, versucht man zu profitieren.“ Der verbleibende Stellenwert der Elbinsel schwankt je nach Betrieb und Branche. Von den sechs befragten Betrieben im Bauhandwerk ist die Elbinsel nur noch für ein einziges Unternehmen im Wasserbau der wichtigste Absatzmarkt, die anderen befragten Unternehmen benannten den Umsatzanteil der Kunden im Stadtbereich Hamburg und dem näheren Umland mit jeweils 50 - 100%.
- Die besten Wachstums- und Entwicklungsmöglichkeiten bot sich Kleinbetrieben in der Vergangenheit, wenn sie einen großen (Industrie-)Kunden „im Rücken hatten“. Dies schuf zum einen Planungssicherheit und zum anderen förderte die enge personelle Be-

ziehung die Weitervermittlung von Know-how und zukünftigen Innovationsanforderungen in den Kleinbetrieb, der im Endeffekt über die Kundenanforderungen wachsen konnte. Durch den hohen Stellenwert der Preise, der gestiegenen Anforderung an Produktqualität und die professionelle innerbetriebliche Organisation wird es Kleinbetrieben heute immer schwerer, sich zusammen mit den Kunden zu entwickeln.

- Die Auflösung lokaler Bindungen betrifft insbesondere den Arbeitsmarkt. Von den Beschäftigten der 20 befragten Handwerksbetriebe wohnen 17 % auf der Elbinsel, wobei von Betrieb zu Betrieb erhebliche Unterschiede bestehen können. Untersuchungen der TUHH haben gezeigt, dass bei der Suche nach Beschäftigten neben den fachlichen Anforderungen, die angesichts des Facharbeitermangels immer wichtiger werden, der Zugehörigkeit zu einem beruflichen Milieu, in dem bestimmte Normen und Werte gelten, eine hohe Bedeutung zukommt (Läpple/Walter 2000). Der Wohnort bzw. die Nähe zum Wohnort wird zunehmend bedeutungsloser. Der relativ geringe Wohnortanteil wird wahrscheinlich auch noch durch den Wegzug aus Wilhelmsburg nach Harburg oder in den Landkreis erhöht, was besonders für Geschäftsführung, Meister, aber auch für dauerhaft Beschäftigte gelten kann. In den Großbetrieben ist die Bindung an den Wohnort innerhalb der Arbeiterschaft allerdings noch etwas höher ausgeprägt. Im Angestelltenbereich scheint die Elbinsel als Wohnort dagegen keine Bedeutung zu besitzen. Da in Hamburg ein Drittel aller Arbeitsplätze von Einpendlern eingenommen wird, hat das Hamburger Umland wahrscheinlich mittlerweile einen höheren Stellenwert als Wohnort der Beschäftigten als die Elbinsel.

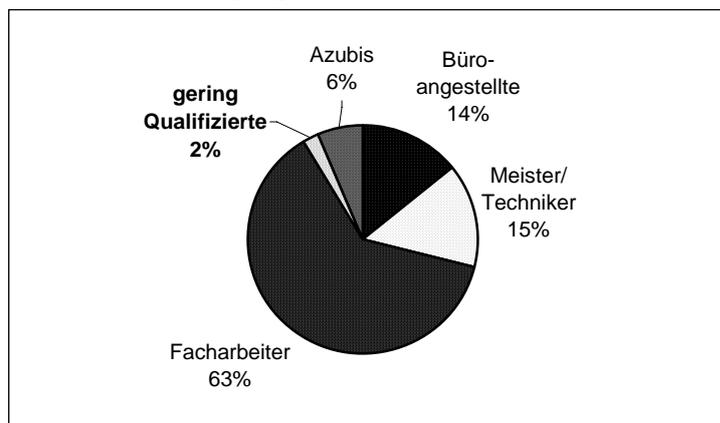
5.4.2 Arbeitskräftebedarfe

Stellenwert der einfachen Arbeit

Angesichts des hohen Anteils von Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung auf der Elbinsel sollte die Befragung Hinweise darauf liefern, in welchen Wirtschaftszweigen überhaupt noch Bedarf an einfacher Arbeit vorhanden ist. Im Handwerk wurde der allgemeine Trend bestätigt, dass unterhalb der Facharbeiterebene kaum noch un- oder angeleitete Helfer beschäftigt werden, dementsprechend ist die Nachfrage nach gering qualifizierten Mitarbeitern auf Einzelfälle beschränkt.

Insbesondere das Bauhandwerk hat in den letzten Jahren aufgrund des enormen Kostendrucks in starkem Maße Stellen abbauen müssen, wovon der Bereich der Bauhilfstätigkeiten in besonderem Maße betroffen war. Bauhilfstätigkeiten werden heute vielfach von kleinen selbständigen Unternehmen im Bauneben-gewerbe ausgeführt. Hierbei handelt es sich vielfach um Ein-Personen-Betriebe, oft ohne eigene Betriebsstätte, die als Fuger im

Abb. 5.8: Beschäftigungsstruktur im Handwerk



Hochbau oder als Eisenflechter arbeiten. Dem Baugewerbe steht so eine stille kostengünstige Reserve an Arbeitskräften zur Verfügung, die nach Bedarf eingesetzt werden kann. Eine andere, sich im Bauhandwerk aufgrund des Kostendrucks abzeichnende Entwicklung ist die

Zunahme von Leiharbeit. Das Beispiel eines Bauunternehmens mag diese Struktur verdeutlichen. Es handelt sich hierbei um einen Zwei-Mann-Betrieb, der ausschließlich für einen Generalunternehmer tätig ist und bei Bedarf Arbeitskräfte über eine Zeitarbeitsfirma außerhalb Hamburgs bezieht.

Die Möglichkeit, den eigenen Personalstamm über Leiharbeit zu reduzieren, bezieht sich nicht nur auf einfachere Tätigkeiten, sondern auch auf die Gesellen. Dies führt zu einem Anstieg der Anforderungen an die eigenen angestellten Facharbeiter, die z.B. auf der Baustelle selbstständig agieren und Verantwortung für die externen Leiharbeiter übernehmen müssen. Neben den steigenden fachlichen Anforderungen sind also auch soziale Kompetenzen, Motivation und Verantwortungsbewusstsein gefragt. Die immer wieder zu hörende Klage über den Mangel an qualifizierten Facharbeitern kann auch mit dieser Tendenz zusammenhängen.

In den befragten Industrie- und den Hafen-/Logistik-Betrieben ist der Anteil der Un- und Angelernten naturgemäß wesentlich höher als im Handwerk. Er beträgt knapp 20 % bei den großen Betrieben und rd. 30 % bei den Betrieben mit unter 50 Mitarbeitern. Aufgrund der größeren Heterogenität der Betriebsstrukturen bestehen hier allerdings erhebliche Abweichungen zwischen den einzelnen Betrieben. Welche Berufe und welchen Anforderungsprofile im Einzelnen bestehen, konnte nicht erfragt werden. Festzuhalten bleibt, dass in Bezug auf mögliche Vermittlungsbemühungen der EP Elbinsel – anders als im Handwerk – ein „Markt“ existiert.

Probleme bei der Personalsuche

Die in der Fachöffentlichkeit diskutierten Probleme der Betriebe, geeignetes Personal zu finden, wurden durch die Befragung bestätigt. Gesucht wird qualifiziertes gewerbliches und kaufmännisches Personal, das z.T. auf dem Arbeitsmarkt nur schwer zu finden ist. In den Gesprächen mit den Handwerksbetrieben hat die Mehrzahl, unabhängig von der jeweiligen Branche, einen aktuellen Bedarf an gut qualifizierten und motivierten Gesellen bekundet. Von den elf befragten Betrieben unter 50 Mitarbeitern haben acht angegeben, dass sie aktuellen Bedarf an qualifiziertem Personal haben. Dieses Ergebnis lässt sich zwar nicht hochrechnen, es ist aber ebenso unwahrscheinlich, dass es sich hier um einen reinen Zufall handelt.

Ebenso ergaben sich Anzeichen dafür, dass in der Industrie und im Hafen-/Logistiksektor das Mismatch von Angebot und Nachfrage trotz der vielfältigen Vermittlungs- und Qualifizierungsangebote selbst im Segment der unqualifizierten Arbeitskräfte besteht. Von den elf kleineren Betrieben haben aktuell sieben Bedarf an gering qualifiziertem Personal (Lagerarbeiter und Sackreißer, Reinigungskräfte für die Industrie, Packer, Deckarbeiter, Ver- und Entsorger). Selbst bei den großen Firmen tauchte vereinzelt der Bedarf an Lagerarbeitern, „Hilfskräften mit solider Schulausbildung“ oder Staplerfahrern auf. Kritisiert wurde von einem Teil der Interviewten in diesem Zusammenhang die Arbeitsverwaltung, die nicht schnell genug agiere, zu wenig mit dem jeweils spezifischen Verhältnissen des jeweiligen Betriebes vertraut sei und keine ausreichende „Eignungsbeurteilung“ der Arbeitslosen durchführe.

Angesichts dieser Reibungsverluste und den anscheinend immer noch bestehenden Diskrepanzen zwischen den nachgefragten und den angebotenen Qualifikationen, kann es sich als sinnvoll erweisen, das Thema Arbeitsvermittlung von gering Qualifizierten im Hafen- und Logistikbereich genauer auf mögliche Handlungsoptionen zu untersuchen. Ein erster Schritt hierzu ist die Thematisierung der Arbeitsvermittlung im Hafen.

Arbeitsvermittlung im Hafen

Bei der Besetzung von Arbeitsstellen, bei denen geringere Qualifikationen vonnöten sind, bedienen sich v.a. die größeren Betriebe der Dienste professioneller Personaldienstleister. Dazu zählen die Gesamthafenbetriebs-Gesellschaft mbH, die v.a. Arbeitskräfte für den Hafenumschlag bereithält, sowie die PHH Personaldienstleistung GmbH für Betriebe aus dem Lager/Logistik-Bereich. Zusammen stellen sie den Betrieben ca. 1.100 Arbeitskräfte zur Verfügung. Dieses Angebot wird zunehmend nachgefragt, da die Betriebe über diesen Weg ihren festen Mitarbeiterstamm reduzieren und Auftragspitzen (z.B. Weihnachtsgeschäft) flexibel abdecken können.

Im Bereich Lager (PHH) sind die Qualifikationsanforderungen für die einfachen Pack- und Lagertätigkeiten gering; ausreichende Deutschkenntnisse sind notwendig, wenn Container fachgerecht für den Export und Weitertransport gepackt werden müssen. Die Arbeitskräfte werden flexibel eingesetzt; von den 90 Mitarbeitern werden 40 % täglich neu umbesetzt. Das Alter der Arbeitskräfte liegt überwiegend zwischen 20 und Mitte 40. Die Arbeiter, unter denen sich viele Migranten befinden, kommen zum Großteil aus Wilhelmsburg, Harburg, Billstedt und Altona, aber auch aus Lüneburg und Uelzen. Die Vermittlung durch PHH kann ein Sprungbrett für eine langfristige Anstellung bei Unternehmen darstellen; nicht nur im Hafen tendieren Unternehmen vermehrt dazu, bewährte Leiharbeiter abzuwerben. Dies scheint auch ein Motiv zu sein, warum trotz geringer Arbeitslöhne und nur bedingten Aufstiegsmöglichkeiten, die Stellen nachgefragt werden.

Die Gesamthafenbetriebs-Gesellschaft mbH verlangt in der Regel eine abgeschlossene Ausbildung, Führerschein der Klasse 2 und gutes Verstehen der deutschen Sprache als Einstellungsbedingung. Englische Sprachkenntnisse sind hilfreich.

Beide Betriebe betreiben in Kooperation mit dem Fortbildungszentrum Hafen (FZH) und anderen Einrichtungen Fortbildungsmaßnahmen. Das FZH stellt einen wichtigen Bestandteil in dem Qualifizierungsprozess von Arbeitskräften für die Hafenwirtschaft dar, ca. 40 Arbeitskräfte im Bereich Hafenumschlag und 180 Arbeitskräfte im Bereich Logistik werden pro Jahr in den Arbeitsmarkt integriert. Eine Voraussetzung ist auch hier u.a. eine abgeschlossene Berufsausbildung, wobei die Fachrichtung sekundär ist. Derzeit ist noch kein Rückgang bezüglich der Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften zu erkennen. Ausgebildet am FZH wird der Beruf des Seegüterkontrolleurs.

5.4.3 Qualifizierungsbedarfe

Ein Ziel der Interviews war, mögliche Beratungs- und Unterstützungsbedarfe der Kleinbetriebe zu ermitteln. Den Unternehmen wurden Themen vorgeschlagen, auf die sie jeweils mit Ja/Nein antworten konnten. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über das Interesse der Befragten.

Abb. 5.9: Interesse an Beratungs- und Qualifizierungsangeboten

Angebote	Befragte Betriebe (n=31)		davon Hafen (n=11)		davon Handwerk (n=20)	
	Anzahl „Ja“	Anteil	Anzahl „Ja“	Anteil	Anzahl „Ja“	Anteil
Arbeitsmarkt						
Vermittlung von Arbeitskräften	12	39 %	3	27 %	9	45 %
Nutzung der Instrumente der Arbeitsmarktförderung	10	32 %	5	45 %	5	25 %
Gezielte Qualifizierungsmaßnahmen	4	13 %	3	27 %	1	5 %
Wirtschaft/Verwaltung						
Allgemeine Unternehmensberatung	7	23 %	1	9 %	6	30 %
Nutzung der Instrumente der Wirtschaftsförderung	7	23 %	6	55 %	1	5 %
Unterstützung bei Problemen mit der Verwaltung	8	26 %	5	45 %	3	15 %
Innovation						
Unterstützung Aufbau Kooperationen	9	29 %	1	9 %	8	40 %
Innovationsberatung	6	19 %	3	27 %	3	15 %
EDV-Beratung	2	6 %	2	18 %	0	0 %

Die Befragungsergebnisse lassen einen erheblichen Interpretationsspielraum, da es – wie so oft bei Quantifizierungen – kein objektives Maß für die Beurteilung der Zustimmung als hoch oder niedrig gibt. Ebenso wenig ist eine hohe Zustimmung mit einem objektiven Bedarf gleichzusetzen und umgekehrt die geringe Zustimmung mit einem tatsächlich fehlenden Bedarf, denn die Betriebsinhaber können auch Bedarfe verdrängen oder ignorieren. Anzumerken ist schließlich, dass die Befragungsergebnisse aufgrund der geringen Fallzahl nicht repräsentativ sind, und da allein die Bereitschaft zum Interview eine überdurchschnittliche Aufgeschlossenheit oder besondere Unzufriedenheit ausdrücken kann, sind sie im Hinblick auf eine Verallgemeinerbarkeit zusätzlich zu relativieren. Diese Interpretationsprobleme vorausgeschickt, ergibt die Befragung folgendes, uneinheitliches Bild:

- **Generell:** Es bestehen keine eindeutig hervorstechenden Bedarfe im Sinne einer mehrheitlichen Zustimmung durch die Kleinbetriebe. Allein der Vergleich zwischen den Logistik- und Handwerksbetrieben zeigt erhebliche Unterschiede in Bezug auf sämtliche Angebote. Da anscheinend nicht davon ausgegangen werden kann, dass alle Betriebe gleichermaßen „der Schuh drückt“, ist es auch nicht sinnvoll, mit vorgefertigten Angeboten aufzuwarten. Notwendig für die Praxis der EP Elbinsel wäre stattdessen ein kleinteiliges und einzelbetrieblich orientiertes Vorgehen, um tatsächlich „die Betriebe“ – die es als homogene Gruppe nicht gibt – zu erreichen.
- **Arbeitsmarkt:** Im Handwerk wünscht sich ein relevanter Anteil der Befragten eine bessere Unterstützung bei der Suche nach Arbeitskräften, d.h. nach Facharbeitern. Zugleich besteht scheinbar kein Interesse an der Qualifizierung der eigenen Mitarbeiter. Relativ gering ist auch das Interesse an der Arbeitsmarktförderung, d.h. der Integration von Arbeitslosen. Zugespißt ausgedrückt: Man setzt weiterhin auf den Königsweg und hofft auf die Vermittlung der geeigneten Arbeitskräfte, dagegen wird den alternativen Pfaden Qualifikation und Integration von Arbeitslosen wenig bis nichts zugetraut. Da die Logistikbetriebe weniger unter dem Facharbeitermangel leiden, werden der Arbeitsmarktförderung mehr Chancen eingeräumt.

- **Wirtschaft:** Erstaunlich unterschiedlich ist das Interesse an der Wirtschaftsförderung. Das Thema erreicht bei den Logistikbetrieben die höchste Zustimmung und wurde zugleich mit pessimistischen Kommentaren versehen, nach denen Wirtschaftsförderung in Hamburg traditionell an die Großbetriebe geht, während die kleinen mittelständischen Betriebe nicht berücksichtigt werden. Das fehlende Interesse im Handwerk lässt sich dahingehend interpretieren, dass der Pessimismus in Bezug auf geeignete Förderinstrumente noch größer ausgeprägt ist. Falls es tatsächlich brauchbare Fördermöglichkeiten für bestehende Betriebe der Elbinsel gibt, müsste hier viel Aufklärungsarbeit geleistet werden. Die Probleme mit der Verwaltung beziehen sich mehrheitlich auf baurechtliche und Liegenschaftsfragen. Obwohl im Allgemeinen ein gutes Verhältnis zur bezirklichen Wirtschaftsförderung existiert (die bezirkliche Ebene fungiert in diesen Fragen als Ansprechpartner), wird z.T. ein noch parteiischerer Anwalt der Betriebe vermisst.
- **Innovation:** Das Thema Kooperation wird ebenfalls sehr unterschiedlich von den beiden Gruppen bewertet; zudem ist Kooperation erst mal nur ein Schlagwort, das auf Nachfragen kaum mit Inhalt gefüllt werden konnte. Einen Anhaltspunkt bietet die sich immer mehr durchsetzende Anforderung an Handwerksbetriebe, Angebote aus einer Hand abzuliefern (s. 5.4.1). Die damit verbundenen Schwierigkeiten (z.B. Herstellung von Kostentransparenz, Vertrauen) könnten den „diffusen“ Unterstützungsbedarf begründen. Hieran ließe sich u.a. in Angeboten der EP Elbinsel ansetzen. Das Interesse an Innovationsberatung scheint eher gering zu sein. In der Regel wird dies damit begründet, dass über die eigene Fachpresse, Messen und den Kontakt zu Kunden, Kollegen etc. genug Wissen über die Marktentwicklungen bestehen. Wesentlich problematischer ist natürlich die Umsetzung aufgrund der oft nicht ausreichenden Kapitaldecke der Betriebe.

Obwohl eine höhere Teilnahmebereitschaft der Betriebe natürlich wünschenswert gewesen wäre, hätte dies wahrscheinlich zu ähnlichen Interpretationsschwierigkeiten geführt. Zu groß sind die Unterschiede der Problemlagen und Wünsche der einzelnen Betriebe, als dass sie sich in einfachen Begriffen und Zahlen abbilden lassen. Eine wesentlich differenziertere und daher aufschlussreichere Befragung der Bedarfe setzt wiederum eine höhere Gewissheit über Quantität und Qualität möglicher Angebote voraus, weil sich die Betriebsvertreter ohne eine konkrete Perspektive auf eine Gegenleistung nicht auf diese zeitaufwendige Befragung einlassen. Aus Sicht der TUHH müsste die EP Elbinsel im nächsten Schritt konkrete Angebote im engen Dialog mit interessierten Betrieben entwickeln; ein gewisses Maß an Mut zum Experiment ist dabei unerlässlich. Nicht zu unterschätzen ist zudem das Interesse, das zahlreiche Interviewpartner an den möglichen Angeboten der EP Elbinsel direkt oder indirekt geäußert haben. Ebenso wäre es Aufgabe von Starterprojekten, das bei einem anderen Teil der Interviewpartner vorhandene Misstrauen gegenüber „noch einer zusätzlichen Einrichtung“ zu zerstreuen.

5.4.4 Wilhelmsburger Wir-Gefühl in der Unternehmerschaft ?

In den Interviews mit Unternehmensvertretern ist ein sachliches und abwägendes Verhältnis zum Standort Wilhelmsburg deutlich geworden. Sofern sie von gewerblichen Kunden abhängig sind, hat das negative Image keine finanziellen Folgen und besitzt gegenüber den harten Standortvorteilen kaum eine Bedeutung.

Unternehmer und führende Mitarbeiter, die in Wilhelmsburg aufgewachsen sind, scheinen eine ausgeprägte Firmen- und Standortbindung zu besitzen. Ihre Wirkmächtigkeit ist natürlich immer im Zusammenhang mit harten ökonomischen Fakten und der Inhaberstruktur der Betriebe zu sehen; ein inhabergeführter Handwerksbetrieb besitzt eine andere Handlungsrationale als ein Großbetrieb und im Rahmen des Generationswechsels an der Firmenspitze kann sich ein deutlicher Bruch ergeben. Dennoch wird das Stadtleben – gerade im Vergleich zu anderen Stadträumen – wahrgenommen (und der Verfall beklagt) und es wird versucht, die Treue zum Standort möglichst aufrecht zu erhalten. Dies ist ein Potenzial für die Entwicklungspartnerschaft, das intensiv genutzt werden sollte.

Beispiele finden sich auf unterschiedlichen Ebenen: das Sponsoring für die Wilhelmsburger Mühle, die Wilhelmsburger Messe oder auch Einzelaussagen, nach denen z.B. im Betrieb darauf geachtet wird, immer einen Azubi aus der Umgebung einzustellen. Ein für die EP wichtiges Beispiel für die Standortbindung ist der Com-Club, eine Initiative von drei Wilhelmsburger Unternehmern bzw. Geschäftsführern. Das Ziel dieser im November 2000 gestarteten Initiative war zunächst die Schaffung eines unverbindlichen Forums für Wilhelmsburger Kleinbetriebe. Der lockere Erfahrungsaustausch sollte dazu dienen, sich untereinander bekannt zu machen, weil im Allgemeinen nicht bekannt ist, wer was genau anbietet. Mittelfristig sollte es darum gehen, Geschäftsbeziehungen zu stärken und sich sozial für den Stadtteil zu engagieren. Die beiden ersten Treffen sind auf große Resonanz gestoßen; bisher scheiterten weitere Aktivitäten an den fehlenden zeitlichen Ressourcen der Initiatoren. Der Erfolg lag laut einem Initiator gerade darin begründet, dass es eine Veranstaltung von Gleichgesinnten war, die sich untereinander kennen (also Selbstorganisation und keine Stellvertreterpolitik). Die EP Elbinsel sollte versuchen, die losen Kontakte, die zu dieser Initiative bestehen, auszubauen und konkrete Unterstützung anbieten.

Der Ausbau der Firmenkontakte untereinander wurde auch von anderen Gesprächspartnern thematisiert, inkl. konkreter Vorschläge wie dem Aufbau einer Objektbörse im Internet, in der Ausschreibungen veröffentlicht und so Kleinbetrieben zugänglich gemacht werden. Ein anderer Akteur versucht, im Rahmen seiner Möglichkeiten, die „Szenebildung“ in Wilhelmsburg voranzutreiben, d.h. die Ansiedlung von Künstlern u.a. zu fördern. Dies wird als Beitrag und Engagement für Stadtteilentwicklung verstanden.

Aus diesen Anregungen kann natürlich nicht auf ein allgemeines Engagement für den Stadtteil geschlossen werden. In der Regel hat dieser Personenkreis dafür einfach keine Zeit („Warum sollte ich in diese Gremien gehen, wenn ich zuhause schon als Fremder bezeichnet werde?“). Der Einfallswinkel darf daher auch nicht das Soziale sein, sondern die Kooperation muss sich am praktischen Nutzen der Betriebe orientieren: Es muss sich für sie rechnen.

5.4.5 Handlungsansätze

Hafen/Logistik als Handlungsfeld für die EP Elbinsel?

Angesichts des immer noch vorhandenen relativ hohen Anteils an un- und angelernten Beschäftigten im Hafen/Logistik-Sektor sowie der – trotz des „Überangebots“ an entsprechenden Arbeitslosen – deutlich gewordenen Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung, stellt sich die Frage, ob hier Handlungsspielräume im Rahmen der Aktivitäten der EP Elbinsel entstehen können. Dagegen sprechen zunächst die weiter stattfindenden strukturellen Veränderungen des Hafens, die mit einer weiteren Rationalisierung und einem Rückgang der Beschäftigten im niedrig qualifizierten Sektor einhergehen werden (vgl. Kap. 5.1). Berücksichtigt werden müssen weiterhin die bestehenden Personalvermittlungsstrukturen, da sich v.a. die größeren Unternehmen bei der Besetzung von Arbeitsstellen mit geringen Qualifikationsanforderungen der Dienste professioneller Personaldienstleister bedienen. Der Bedarf an einfacheren Tätigkeiten wird demnach zunehmend flexibilisiert und über Zeitarbeiter gedeckt; darüber hinaus nutzen die Unternehmen die Möglichkeiten, neue Mitarbeiter innerhalb der Gruppe der Leiharbeiter zu suchen. Genauer zu überprüfen wäre, welche einfacheren Arbeiten nicht über Zeitarbeiter abgedeckt werden können und inwieweit insbesondere Kleinbetriebe für das Konzept einer „passgenauen Vermittlung“ von festen Arbeitskräften gewonnen werden können.

Deutlich geworden ist eine Qualifizierungslücke weit unterhalb der Maßnahmen, die auf einer abgeschlossenen Ausbildung ansetzen. Von den Unqualifizierten verlangt wird eine gewisse Sicherheit bei der Handhabung der deutschen Sprache in Wort und Schrift, sowie das sichere Beherrschen von Grundrechenarten. Hier bieten sich Handlungsansätze für die EP im Sinne der Vorqualifizierung von Arbeitskräften, um deren Einstieg in den Arbeitsmarkt überhaupt zu ermöglichen. Weitere Bausteine im Rahmen einer „Basisqualifizierung“ könnten in Zusammenarbeit mit den Personaldienstleistern sowie mit den Fachverbänden entwickelt werden.

Weiterbildung

Angesichts des voranschreitenden Strukturwandels sollte die Weiterbildung von Beschäftigten im Hafen jenseits der unmittelbaren betrieblichen Belange gestärkt werden, um ihre Beschäftigungsfähigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu fördern. Das Humankapital der an- und ungelerten Beschäftigten besitzt innerbetrieblich in der Regel einen zu geringen Wert, als dass ihre Weiterbildung und Qualifizierung als notwendiger Baustein der Personalentwicklung angesehen würde. Es scheint kostengünstiger zu sein, Beschäftigte, die den betrieblichen Ansprüchen nicht mehr genügen, durch „bessere“ Mitarbeiter zu ersetzen, die erwünschte Qualifikationen von Beginn an mitbringen. Solange es z.B. ausreicht, dass der türkische Arbeiter seine Arbeitsanweisungen versteht, wird scheinbar kein Bedarf für eine höhere Sprachkompetenz gesehen. Wenn überhaupt, ist es die persönliche Sache des Mitarbeiters, sich darum zu kümmern. Qualifikationen zu fördern, die nicht unmittelbar für den Arbeitsprozess notwendig sind, wird v.a. deshalb abgelehnt, weil es den Marktwert der Mitarbeiter erhöht („Für den Markt auszubilden, kann sich heute niemand mehr leisten.“).

In Kleinbetrieben besitzt Weiterbildung generell einen untergeordneten Stellenwert, also auch in Bezug auf wertschöpfungsintensivere Tätigkeiten und Anforderungsprofile, die auf dem Arbeitsmarkt nicht ohne weiteres verfügbar sind. (Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der TU Hamburg-Harburg, die derzeit fertiggestellt wird.) Traditionell wird auf Erfahrungswissen gesetzt, das in der Arbeit selbst weiterentwickelt wird; Qualifizierungsmaß-

nahmen werden vorschnell mit arbeitsorganisatorischen und formellen Aspekten abgewehrt. Hier besteht eine übergreifende Notwendigkeit, Betriebsinhaber für dieses Thema zu sensibilisieren.

Wie die Ansprache der Beschäftigten erfolgen kann und welche Qualifizierungsmodule erforderlich sind, sollte zusammen mit Gewerkschaften, Betriebsräten und Weiterbildungseinrichtungen geklärt werden. Besonderes Gewicht wäre auf die Qualifizierung von Migranten zu legen, da ihr Anteil an den unqualifizierten Beschäftigten überproportional hoch ist (vgl. Kap. 2) und der untere innerbetriebliche Status zu häufig von allen Beteiligten als unveränderbarer Zustand akzeptiert wird.

Betriebsberatung als Modernisierungsförderung

Aus stadtökonomischer Perspektive hätte Betriebsberatung von Kleinbetrieben v.a. die Aufgabe, den Strukturwandel und die innerbetriebliche Modernisierung zu fördern. Die traditionelle Verflechtung der Betriebe mit dem Hafen hat bisher die räumliche Zonierung der Stadt verstärkt, da sich die positiven Arbeitsmarkteffekte des Strukturwandels nur nördlich und südlich der Elbinsel niederschlagen. Die Herausbildung eines modernen und global eingebetteten Logistikclusters geht mit einer weiteren räumlichen Ausdifferenzierung einher, sodass dessen positive Effekte nur noch sehr begrenzt den Standort Elbinsel betreffen. Aus der Perspektive der Kleinbetriebe erscheint es ebenso notwendig, neue Geschäftsbeziehungen mit stadtweitem oder regionalem Einzugsbereich aufzubauen bzw. weiter zu entwickeln, da die Aufträge aus dem lokalen Umfeld längst nicht mehr ausreichen. Sowohl die Pflege traditioneller Absatzmärkte als auch der Aufbau neuer Geschäftsfelder erhöht die Anforderungen an fachliche, kaufmännische, logistische sowie die Netzwerk-Kompetenzen der Betriebe. Je nach Branche und Betriebsstruktur bestehen unterschiedliche Optionen für eine betriebliche Modernisierung; ebenso bestehen unterschiedliche innerbetriebliche Modernisierungshemmnisse, die eine hohe Anzahl von Betrieben ohne externe Unterstützung nicht überwinden können. Inwieweit die Kleinbetriebe tatsächlich bereit sind, externe Beratungs- und Unterstützungsangebote durch die EP Elbinsel aktiv wahrzunehmen, hängt von einer Vielzahl einzelner Faktoren ab. Im Rahmen dieser Studie wurde deutlich, dass die Angebote sehr spezifisch auf einzelbetriebliche Belange eingehen müssen. Da nicht alle Angebote vor Ort angeboten werden können, wird es erforderlich sein, ein Netzwerk zu profilieren, das in das stadtweite Beratungsangebot eingebunden ist.

Die Unterstützung kleinbetrieblicher Modernisierung im Sinne von Qualifizierung, Professionalisierung und Förderung von Netzwerk-Kompetenzen geht mit einer weiteren Auflösung traditioneller lokaler Bindungen einher und fördert sektorale Verflechtungen innerhalb der Stadtregion. Die ohnehin schon bestehende Entkoppelung vom lokalen Arbeitsmarkt wird im Zuge steigender Anforderungsprofile an die Arbeitnehmer weiter verfestigt. Die von der EP Elbinsel angestrebte enge Verknüpfung von Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung wird sich in Bezug auf Kleinbetriebe, die nicht unmittelbar der lokalen Ökonomie zuzurechnen sind, kaum realisieren lassen. Diese Grundtendenz lässt sich nur durchbrechen, wenn sich neue Geschäftsfelder für Kleinbetriebe auf der Elbinsel erschließen lassen. Nach bisherigen Erkenntnissen ergeben sich Handlungsperspektiven in Bezug auf die Modernisierung des Gebäudebestandes der Elbinsel, insbesondere wenn dies mit einer Profilierung in umweltschonender Gebäudetechnik verknüpft ist (s. Kap. 5.5).

Flächenorientierte Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung der Elbinsel wird erschwert, weil der Hafen als „extritoriales“ Gebiet dem lokalen und bezirklichen Einfluss entzogen ist und Veränderungen der Hafennutzung nicht zur „Freigabe“ von Flächen zur Stadtteilentwicklung und der Modernisierung der Wirtschaftsstruktur führen. Auch die Bahn blockiert als privater Eigentümer die Entwicklung ihrer großen Konversionsflächen. Im Rahmen der Entwicklung der Altlastenfläche am Reiherstieg (50 ha) wird jetzt nach der Fertigstellung eines Gutachtens zumindest geprüft, ob sich die Installierung einer lokalen Entwicklungsgesellschaft lohnt. Die im Rahmen der Zukunftskonferenz erhobene Forderung nach einem lokalen Flächenmanagement bekäme bei einer positiven Entscheidung Aufwind (theoretisch könnten auch andere städtische Flächen durch diese Gesellschaft anstelle der HWF bzw. des Bezirkes vermarktet werden).

Ein möglicher Beitrag der EP Elbinsel zum lokalen Flächenmanagement könnte in der Zusammenarbeit mit privaten Grundeigentümern, Vermietern und Maklern liegen, um eine möglichst große Transparenz auf diesem Segment herzustellen. U.U. kann die EP Elbinsel auch vermittelnd in die sich abzeichnenden Konflikte um die zukünftige Flächennutzung eingreifen, sofern die IGA tatsächlich auf der Elbinsel stattfinden wird.

Wie die Profilierung des Standortes Elbinsel letztlich aussehen kann, wäre eine gemeinsame Entwicklungsaufgabe aller Beteiligten. Nach Ansicht der TUHH wird in der bisherigen Diskussion um die Flächennutzung zu sehr zwischen flächenfressender Logistik und „höherwertigen“ Dienstleistungen polarisiert. Mehr Gewicht sollte auf die gewerbliche Tradition des Stadtteils gelegt werden, zu der auch gehört, dass Nutzungskonflikte „ausgehalten“ werden können. Die Elbinsel ist attraktiv für (störendes) Gewerbe, das z.B. seine bisherigen Standorte nördlich der Elbe aufgeben (muss), für Gründer aus dem Handwerk, die preiswerte Flächen und Hallen brauchen, für Handwerksbetriebe, die auf einen verkehrsgünstigen Standort angewiesen sind oder auch für Betriebe, die Eigentum bilden wollen. Anknüpfungspunkte an die gewerbliche Tradition ergeben sich ebenso bei den neuen Technologieindustrien (Flugzeugbau, Umwelttechnik).

5.5 Handlungsfelder der Stadtteil- und Quartiersökonomie

Mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit und ihrer stadträumlichen Konzentration in benachteiligten Stadtteilen rückt die Bedeutung von Stadtteil- und Quartiersbetrieben für die soziale Stabilisierung von Stadtteilen zunehmend in den Vordergrund. Soweit diese Betriebe zum Thema kommunaler Politik wurden, handelte es sich jedoch meist um standortbezogene Einzelmaßnahmen. Im Rahmen der städtischen Wirtschaftspolitik wurde – und wird vielfach immer noch – unterstellt, dass diese Betriebe sich im ‘Huckepack’ der export- und weltmarktorientierten Unternehmen der Stadt entwickeln. Dabei wird übersehen, dass die stadtteil- und quartiersbezogenen Betriebe in den letzten Jahren – nicht zuletzt durch die Außenorientierung städtischer Wirtschaftspolitik – starken Verdrängungsprozessen ausgesetzt sind. Diese Betriebe reagieren sehr sensibel auf Veränderungen in ihrem städtischen Umfeld. Sowohl Aufwertungsprozesse – z. B. durch die Tertiärisierung von Stadtteilen – als auch Abwertungsprozesse – v.a. durch Einkommens- und Kaufkraftverluste der lokalen Wohnbevölkerung – können die wirtschaftliche Entwicklung dieser Betriebe gefährden. Besonders negativ wirkt sich die zunehmende soziale Polarisierung der Stadt und die damit verbundene Abwärtsspirale ökonomischer, sozialer und baulicher Erosion einzelner Stadtteile auf die Existenz lokal orientierter Betriebe aus. Die sich anhand der Clusterung ergebende geringe Größe dieser Teilökonomie auf der Elbinsel scheint diese Entwicklung zu bestätigen.

Eine Entwicklungsstrategie für die Stadtteil- und Quartiersökonomie muss angesichts der äußerst ungünstigen Rahmenbedingungen zumindest die bestehenden Potenziale im Sinne der Stärkung lokaler Wertschöpfungs- und Funktionsketten optimieren. Dies bedeutet v.a.:

- Stärkung der Bezüge zwischen Wirtschaft und lokalem Arbeits- und Ausbildungsmarkt
- Stärkere Bindung der Geldzirkulation an den lokalen Raum (z.B. durch Auftragsvergabe an lokal ansässige Firmen, lokale Kaufkraftabschöpfung)
- Stärkung zwischenbetrieblicher Kooperationen sowie zwischen Betrieben und der EP Elbinsel
- Eingehen auf lokale Entwicklungsdefizite und Potenziale (ökonomisch, räumlich, sozial) und Schaffung entsprechender Maßnahmen, Förderung von Existenzgründung u.a.

Wie schon angedeutet, sollte dabei eine normative Überhöhung des Lokalen als eigenständiges Wirtschaftssystem vermieden werden, da dies die Gefahr beinhaltet, die Isolation des Stadtteils zu erhöhen und die bestehende ökonomische Segmentierung zu verfestigen. Ebenso darf die Beschäftigungswirkung von Kleinbetrieben der Stadtteil- und Quartiersökonomie nicht überschätzt werden: Eine wesentliche Aufgabe kann zunächst nur die betriebliche Bestandssicherung und -pflege durch Unterstützung und Qualifizierung von Inhabern sein. Hinzu kommt, dass die Arbeitsmärkte der Kleinbetriebe wenig Spielraum für die Vermittlung von Benachteiligten des Arbeitsmarktes bieten. Letztlich wird sich auch die weitgehende Entkopplung von Arbeits- und Wohnort nicht rückgängig machen lassen.

Im Folgenden werden die Handlungsfelder beschrieben, die im engeren Sinne eine Förderung von Stadtteil- und Quartiersökonomie darstellen. Die Beschreibung stützt sich z.T. auf Recherchen von SRC.

5.5.1 Bauen und Wohnen

Der Bereich Bauen und Wohnen ist aufgrund seiner vielfältigen (möglichen) Wechselwirkungen zwischen staatlichen und privaten Investitionen sowie der lokalen Wirtschafts- und Stadtteilentwicklung ein bedeutendes Handlungsfeld. Wie und mit welchen Effekten im Einzelnen auf die „Stellschrauben“ dieses komplexen Wirkungszusammenhangs eingewirkt werden kann, konnte im Rahmen der Studie nicht untersucht werden. Die folgenden Ausführungen sind daher eher als Thesen und Anregungen für den weiteren Diskussionsverlauf zu verstehen.

Effekte der Investitionen auf lokale Wirtschaft und Arbeitsmarkt stärken

In Wilhelmsburg lag der Schwerpunkt der Investitionen in den vergangenen Jahren auf umfassenden staatlich geförderten Modernisierungs- und Revitalisierungsmaßnahmen. Im Zeitraum von 1995 bis 2001 wurden in Wilhelmsburg mehr als 1.600 Wohnungen modernisiert und mit öffentlichen Mitteln in Höhe von ca. 7,3 Mio. € bezuschusst. Aktuell sind Maßnahmen für weitere ca. 670 Wohneinheiten vorgesehen (FHH 2002). Dagegen verlief der Wohnungsneubau in den vergangenen Jahren aufgrund von Vermietungsschwierigkeiten im Sozialwohnungsbestand und der geringen Nachfrage nach höherwertigem Wohnraum am Standort Elbinsel sehr verhalten. Schwerpunkt der derzeitigen und geplanten kleineren Neubauvorhaben ist die Herstellung familiengerechter Reihenhäuser, z.T. auch in ökologische Bauweise und in Form von Bauteams.

Die Effekte der öffentlichen und privaten Modernisierungsinvestitionen auf die lokale Bauwirtschaft sind als eher gering einzuschätzen, da sich die Handwerksbetriebe im Rahmen der formellen Ausschreibungsverfahren gegen die meistens preisgünstigere Konkurrenz aus dem Umland und den neuen Bundesländern nur selten durchsetzen können. Die Auswertung der Betriebsdaten und die Befragung von Handwerksbetrieben hat zudem Hinweise darauf ergeben, dass das Bauhandwerk der Elbinsel außer im Bereich des Wasserbaus nur noch geringe Bezüge zum lokalen Wirtschaftsraum besitzt und Aufträge der Wohnungswirtschaft im Vergleich zur gewerblichen Wirtschaft eine eher untergeordnete Rolle spielen.⁹ Die Effekte der Modernisierungsinvestitionen auf den lokalen Arbeitsmarkt fallen wahrscheinlich kaum ins Gewicht, nicht nur weil wenige Firmen der Elbinsel davon profitieren, sondern weil sich die Bauwirtschaft ohnehin weitgehend auf einen städtischen bzw. regionalen Arbeitsmarkt bezieht.

Angesichts dieser weitgehenden Entkoppelungsprozesse ist der vordringliche Ansatzpunkt für die EP Elbinsel die Schaffung von Instrumenten, die Investitionen in den lokalen Wohnungsbestand mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen verbinden. Voraussetzung hierfür ist, dass die Wohnungsbaugesellschaft SAGA-GWG als zentraler Akteur der Wohnungswirtschaft ihre Ausschreibungspraxis verändert. Denkbar wären z.B. spezielle Anforderungen an die Beschäftigung oder Qualifizierung von Arbeitslosen der Elbinsel als Bedingung für eine Auftragserteilung. Dementsprechend könnten nur Unternehmen an Ausschreibungsverfahren teilnehmen, die sich zu einer lokalen Beschäftigungsförderung bereit erklären (unabhängig vom Standort des Unternehmens). Angesichts der zu erwartenden Vorbehalte von Handwerksbetrieben gegen derartige Auflagen wäre es notwendig, im Dialog mit aufgeschlossenen Betrieben und den Kammern praktikable Vorschläge zu entwickeln (Welche Zielgruppen können wie integriert werden? Welche Förderinstrumente sind sinnvoll nutzbar? Kann die Weiterbildung der Beschäftigten im Rahmen von Job-Rotation

⁹ Die Strukturen des für Aufwertungsmaßnahmen im Wohnumfeld relevanten Garten- und Landschaftsbaus wurden nicht näher betrachtet.

ein Thema sein?). Ein Lernfeld für realisierbare und effektive Auflagen könnten die ersten Maßnahmen zur Sanierung der 50er Kaischuppen auf dem Kleinen Grasbrook sein, die derzeit in Kooperation mit der Stiftung Hamburg Maritim entwickelt werden. Ein breites Interesse auf Seiten des Bauhandwerks lässt sich jedoch nur erzeugen, wenn bei den umfangreichen Modernisierungsmaßnahmen durch die SAGA-GWG tatsächlich eine andere Ausschreibungspraxis zu erwarten ist. Vordringliche Aufgabe der EP Elbinsel wäre daher die Gewinnung des Entwicklungspartners SAGA-GWG für dieses innovative und sicherlich nicht risikolose Konzept.

Bei den Modernisierungsmaßnahmen ergeben sich Anknüpfungspunkte für eine verstärkte Innovationsförderung. Bisher existieren nur recht vage Ideen für den verstärkten Einbau umweltschonender Betriebstechnik (z.B. solare betriebene Brauchwasseranlagen) und einer leistungsfähigen I&K-Infrastruktur (Inhouse-Verkabelung). Über mögliche interessierte Betriebe sowie die Bedürfnisse (zukünftiger) Mieter liegen bisher keine Erkenntnisse vor. Allerdings handelt es sich bei der Umwelttechnik um einen Zukunftsmarkt, der insbesondere bei einem Zuschlag für die IGA erhebliche Impulse erhalten würde, da die Förderung nachhaltiger Modernisierungsmaßnahmen Teil des IGA-Konzeptes ist. Zudem bietet sich mit dem Zentrum für Energie-, Wasser- und Umwelttechnik (ZEWU) der Handwerkskammer ein Know-how-Träger als Projektpartner an. Angesichts der bestehenden Unklarheiten über die Realisierungschancen möglicher Projekte und deren Effekte auf die lokale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt sollte zunächst die für das Frühjahr 2003 angekündigte IGA-Entscheidung abgewartet werden.

Überprüft werden sollte ebenfalls, inwieweit Modernisierungs- oder Neubaumaßnahmen mit Qualifizierungsprojekten für (formell) selbstständige Migranten aus dem handwerksähnlichen Baugewerbe gekoppelt werden können. Diese sind in erster Linie in große Neubauprojekte eingebunden und besitzen außer über den Wohnort als Geschäftssitz keine Einbindung in die Stadtteilökonomie.

Einzelprojekte und mögliche externe Entwicklungsimpulse zusammenführen

Wie schon angedeutet, bieten sich der EP Elbinsel durch anlaufende Projekte wie die Sanierung der 50er Kaischuppen und u.U. auch der Auswandererhallen auf der Veddel Kooperationsmöglichkeiten für Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung während der Bauphase und im laufenden Betrieb. Eine positive IGA-Entscheidung würde vielfältige weitere Handlungsmöglichkeiten eröffnen, sowohl für die strategische Ausrichtung von Maßnahmen als auch in Bezug auf einzelne Projekte, die noch während der Laufzeit der EP Elbinsel begonnen werden könnten. Wenn sich die Wohnungswirtschaft, insbesondere die SAGA-GWG, in Kooperation mit der EP Elbinsel zur Innovations- und Arbeitsmarktförderung entschließen würde, kämen weitere konkrete Projekte dazu. Falls sich schließlich die Strategie der „Wachsenden Stadt“ tatsächlich als wirkmächtig erweisen sollte, würde auch der Wohnungsneubau an Bedeutung zunehmen und die noch zu entwickelnden Instrumente ließen sich u.U. übertragen und erweitern.

Zum derzeitigen Zeitpunkt sind dies noch vage und nicht absehbare Optionen. Umso wichtiger wird es, die einzelnen Projekte und Akteure in einen Gesamtkontext einzufügen, Handlungsansätze und Instrumente übertragbar zu machen sowie die lokalen Wechselwirkungen und Synergien fruchtbar zu machen.

Zielgruppenorientierung auf dem Wohnungsmarkt

Ein Baustein einer übergreifenden Strategie, der v.a. mit der Wohnungswirtschaft zu entwickeln wäre, ist eine zielgruppenorientiertere Diversifizierung des Wohnungsangebotes. Aus

Sicht der TUHH ist es insbesondere im Hinblick auf die Stabilisierung der Bevölkerungsstruktur und die Aktivierung neuer Zielgruppen notwendig, stärker auf die immanenten, in kleinteiligen Schritten zu realisierenden Potenziale zu setzen. Beispielsweise erscheint es derzeit wenig tragfähig, den Zuzug deutscher Mittelschichtsfamilien fördern zu wollen, solange die Eltern nicht bereit sind, ihre Kinder in Schulklassen zu schicken, die mehrheitlich von Kindern mit Migrationshintergrund besetzt sind. Derzeit ist es realistischer auf junge Haushalte ohne Kinder sowie auf einkommensstärkere Migrantenhaushalte zu setzen.

- Auf das Interesse der türkischen Mittelschicht an der Eigentumsbildung wird bisher zu wenig eingegangen (vgl. Positionspapier HPE, Zukunftskonferenz 2002: 120). Beim Neubauprojekt am Assmannkanal gilt die Nachfrage aus diesem Kreis sogar als Vermarktungshemmnis in Bezug auf die deutschen Kunden. Die Zielgruppe der türkischen Mittelschicht müsste offensiver umworben werden. In Zukunft wird ebenfalls die Zielgruppe der älteren Migranten mit spezifischen Angeboten versorgt werden müssen. Ihre Größe ist derzeit allerdings immer noch sehr klein (nur 4 % der Migranten der Elbinsel sind 65 Jahre und älter), zudem funktioniert in dieser Bevölkerungsgruppe meistens noch das familiäre Netz.¹⁰
- Verschiedenste Gesprächspartner (Makler, Ärzte u.a.) berichten vom Zuzug neuer Bewohner wie Künstlern, Studenten oder auch besser verdienenden Singles und Paaren. Andere betonen die Potenziale wie die preiswerten Mieten und die Freiräume und Nischen für Pioniere aller Art. Selbst wenn es sich derzeit noch um wenige Personen handelt, kann sich hier ein neues Zuzugspotenzial entwickeln, da insbesondere der knappe billige Wohnraum in der Inneren Stadt als push-Faktor wirkt und die Elbinsel für bestimmte Milieus wesentlich attraktiver ist als z.B. der Hamburger Osten. Die Zuzugspotenziale für die Pioniere könnten überprüft und mit konkreten Handlungsvorschlägen für Gastronomen, Wohnungsbaugesellschaften u.a. aufbereitet werden. Die TU würde hierfür einen Unterauftrag vergeben.

5.5.2 Einzelhandel und Gastronomie

Kleinteiliger Einzelhandel und Gastronomie bilden einen Kernbereich der lokalen Wirtschaft, weil sie auf die lokale Nachfrage der Wohnbevölkerung angewiesen sind und die Beziehung zum lokalen Arbeitsmarkt – aufgrund niedriger Löhne, flexibler Arbeitszeiten/Teilzeit und eines hohen Anteils weiblicher Arbeitskräfte – ausgesprochen hoch ist. Beide prägen die Außenwahrnehmung des Stadtteils und die Lebensqualität der Wohnbevölkerung. Der auf der Elbinsel sichtbare Niedergang des Facheinzelhandels, sein Austausch durch Betriebe mit einem wenig ausdifferenzierten Warenangebot sowie das geringe bzw. zu wenig differenzierte Angebot an Gastronomiebetrieben werden dementsprechend von Bewohnern und befragten Experten als „Verfall urbaner Qualitäten“ wahrgenommen. Als wichtigste Ursache gilt in der Regel der Wegzug der deutschen Mittelschicht und die geringe Kaufkraft der Wohnbevölkerung.

Im Rahmen der Zukunftskonferenz wurde die Erstellung einer Bedarfs- und Standortanalyse für den Einzelhandel gefordert, um zu erkunden, inwieweit in den bisherigen Abwertungsprozess steuernd eingegriffen werden kann (Zukunftskonferenz 2002: 93). In Bezug

¹⁰ Im Bereich des altengerechten Wohnens ergaben sich im Rahmen der Analyse aktuell keine nennenswerten Anknüpfungspunkte. Abgesehen von dem ohnehin bestehenden Sanierungs- und Modernisierungsbedarf scheint der Bedarf für altengerechte Neubauprojekte gering auszufallen. Dienstleistungen für ältere Menschen bedürfen in der Regel einer staatlichen Finanzierung, sodass viele an sich wünschenswerte haushaltsbezogene Dienstleistungen derzeit nicht finanzierbar sind.

auf die Nachfrageseite erscheint eine stärkere Differenzierung angebracht, da auch auf der Elbinsel Einkommensdifferenzen zwischen den Haushalten und damit eine breitere Spanne an Kaufkraft besteht. Differenziert werden muss ebenso zwischen der monetären Kaufkraft und der tatsächlich am Einkaufsstandort Elbinsel gebundenen Kaufkraft. Das geforderte Gutachten soll eine differenzierte Bedarfsanalyse erstellen, aus der sich Konzepte für eine Angebotsdifferenzierung und weitmöglichste Kaufkraftbindung entwickeln lassen. Angesichts des derzeitigen Erfolges des Marktkaufzentrums und der Bestrebungen zur Attraktivitätssteigerung des räumlichen Umfeldes müsste darüber hinaus das Verhältnis von zentralem Einkaufsstandort und quartiersbezogener Nahversorgung konzeptionell weiterentwickelt werden.

Da die Finanzierung einer umfassenden Analyse bisher nicht gesichert ist, lassen sich an dieser Stelle keine Schlussfolgerungen im Hinblick auf die Anknüpfungsmöglichkeiten für die EP Elbinsel ziehen. Die TUHH hat selbst eine Untersuchung im Einzelhandel und der Gastronomie durchgeführt, jedoch nur bezogen auf die Migrationsökonomie und mit anderen Fragestellungen (s. folgendes Kapitel). Diese Untersuchung weist insbesondere auf die betriebsinternen Defizite hin, die sich zumindest teilweise über eine Qualifizierung der Betriebsinhaber beheben ließen. Dazu gehört u.a. eine systematischere Bedarfsanalyse durch die Inhaber, die zu einer Angebotsdifferenzierung beitragen könnte. Innerhalb der Gastronomie zeigt sich, dass ein internes Qualitätshemmnis die fehlende Verfügbarkeit internationaler Spezialitätenküche ist, die sich nur über Qualifizierungsmaßnahmen beheben ließe, die sich an der Zielgruppe orientieren. Diese Befunde unterstützen die Vermutung, nach der auch ohne eine Veränderung der Kaufkraft Spielräume für eine Angebotsverbesserung bestehen, die im Rahmen der EP gezielt angegangen werden können.

Aus Sicht der TUHH sollte zur eher kurzfristigen Angebotsdifferenzierung die Schaffung von Cafés und Kneipen (auch zum Draußensitzen) für jüngere Leute und die oben angesprochenen Pioniere erwogen werden. Dabei handelt es sich nicht unbedingt um zahlungskräftige Zielgruppen, die jedoch dem „Ausgehen“ einen hohen Stellenwert (auch bei der Wohnstandortwahl) beimisst. Dabei sollte vermieden werden, das derzeit fehlende Angebot und die geringe Nachfrage argumentativ gegeneinander auszuspielen. Ohne eine möglichst frühzeitige Schaffung von Angeboten wird sich die Nachfrage (durch Zuzug) auch nicht einstellen. Sofern sich tatsächlich ein nennenswertes Potenzial feststellen lässt, wäre zum einen die Ansprache von risikofreudigen Gastronomen und zum anderen die Schaffung eines räumlichen Kristallisationspunktes notwendig. Ein solcher Ort könnte das nördliche Reiherstiegviertel, insbesondere rund um den Stübenplatz werden. Ist eine kritische Masse vorhanden, würde sich ein sich selbst verstärkender Prozess ergeben.

In Bezug auf den Arbeitsmarkt gilt die Gastronomie aufgrund der schlechten Arbeitszeiten für Arbeitskräfte mit Kindern allgemein als schwierige Branche. Bei vielen Migranten bestehen zudem kulturell bedingte Vorbehalte (wg. dem Alkoholausschank). Über die Kompetenz innerhalb der Entwicklungspartnerschaft und die Kontakte mit dem Gastronomiebetreiber des 50er Kaischuppens lassen sich eine Qualifizierungs- und Vermittlungskompetenz in diesem Arbeitsfeld aufbauen.

5.5.3 Tourismus/Freizeit

Die Entwicklung eines die lokale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt belebenden Tourismussektors ist eine selbstgesetzte Zielvorgabe der EP Elbinsel. Damit soll ein zukunftsfähiger und den Strukturwandel fördernder Wirtschaftsbereich erschlossen werden, der darüber hinaus die lokale Lebensqualität steigert und den Imagewandel der Elbinsel befördert. Die Zukunftskonferenz Wilhelmsburg hat mit großem Nachdruck die räumlichen Potenziale der Elbinsel betont (s. Kap. 4) und zahlreiche Projektideen entwickelt, die unmittelbar daran anknüpfen oder den Ausbau des Infrastrukturangebots für Freizeit, Sport und Kultur unterstützen sollen.

Die bisher erkennbare Strategie setzt als primäre touristische Zielgruppe auf Tagesausflügler aus Hamburg und dem Hamburger Umland, die die Kulturlandschaft im Wilhelmsburger Osten erleben wollen. Besonderes Gewicht wird dem Thema Mobilität beigemessen: Die wieder herzustellende Fährverbindung soll die Insellage als Alleinstellungsmerkmal betonen und – zusammen mit dem Ausbau des Wegenetzes – die Nutzung des Fahrrads als umweltschonendes Fortbewegungsmittel fördern; ergänzt werden könnte dies durch die Nutzung der Kanäle mit Booten und oder der Profilierung als „Paradies“ für Inlineskater. Ein Teil der im Rahmen der Zukunftskonferenz diskutierten Projekte setzt eher an den Defiziten des Freizeitangebots an, würde jedoch zum Profil „Natur und Bewegung“ passen (z.B. Kletterpark, Bungeejumping, Hamam). Ähnliches gilt für kulturelle Angebote (Gewerbe- und Transportmuseum, „Kultur am Bunker“, Open-Air-Event-Park), die sicherlich auch die primäre Zielgruppe ansprechen können.

Weniger im Fokus stehen bisher die Städtetouristen, die in Hamburg übernachten. Auf der Elbinsel bestehen drei größere Hotels sowie einige kleinere Hotels und Gasthäuser, die sich bisher v.a. an Geschäftsreisende wenden und als Standortvorteil die Nähe zur Autobahn A7 vorweisen. Denkbar wäre hier die Ansprache von Familien mit Kindern innerhalb der Gruppe der Städtetouristen über spezielle Betreuungsangebote (z.B. über den Kinderbauernhof) und die Betonung der Naturnähe. Eine andere Zielgruppe wären Camper und jüngere Menschen mit kleinem Geldbeutel, für die ein Zeltplatz geschaffen werden könnte. Schließlich würden über das Projekt der Auswandererhallen auf der Veddel amerikanische Touristen auf die Elbinsel „gelockt“, die – bei einer entsprechenden Aufbereitung des Themas Ein- und Auswanderung – auch andere Quartiere wahrnehmen könnten.

Wieder einmal muss an dieser Stelle die IGA als potenzieller Motor sowohl für die Realisierung zahlreicher Ideen als auch für die Schaffung eines zusätzlichen attraktiven Angebotes an Freizeit und Erholungsmöglichkeiten (s. Kap. 4) betont werden.

Die bisher ungeklärte Frage ist, wie ökonomische Tragfähigkeit, Machbarkeit und jeweilige Effekte der einzelnen Ideen überprüft und zu einem – auch räumlich – konsistenten Konzept zusammengeführt werden können. Die Diskussion der Ergebnisse der Zukunftskonferenz hat gezeigt, dass die dort entwickelten Visionen und Projektideen auf Seiten von Politik und Verwaltung nur eine begrenzte Überzeugungskraft entfalten konnten und bisher Akteure fehlen, die dieses Thema „in die Hand“ nehmen. Ohne ein realitätstaugliches Konzept erscheint es aus Sicht der TUHH wenig sinnvoll, einzelne Projektideen als vordringlich zu empfehlen. Selbst eine bessere Vermarktung der Elbinsel oder einzelner Angebote erscheint zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht, weil sie kein wirklich überzeugendes Profil ergeben würde.

Für die EP Elbinsel ergibt sich daher die Notwendigkeit, strategische Bündnispartner (wie z.B. die Handelskammer, Hamburg Tourismus GmbH) und Investoren für die konzeptionel-

le Weiterentwicklung dieses Handlungsfeldes zu gewinnen. Hier wäre auch erhebliche Überzeugungsarbeit zu leisten, weil weiterhin der Bereich nördlich der Elbe mit dem Ausbau des (Städte-)Tourismus gleichgesetzt wird. Dreh- und Angelpunkt bleibt zunächst die Frage der IGA, da abgesehen von den damit verknüpften finanziellen Möglichkeiten die Umweltbehörde auch als ein wichtiger Akteur anzusehen ist.

Auf der Handlungsebene kann die EP Elbinsel die Qualifizierung und Vermittlung von Arbeitskräften für den Dienstleistungssektor ausbauen. Wie im eng mit dem Tourismus verwobenen Gastronomiebereich hat sich im Rahmen der Potenzialanalyse gezeigt, dass es sich um einen relativ unpopulären Arbeitsmarkt handelt. Beispielsweise suchten im Mai 2002 in der Datenbank des Arbeitsamtes Harburg weniger als 2 % der Arbeitslosen eine Tätigkeit im Hotel oder als Servicekraft. Gesprächspartner im Hotelgewerbe haben auf Schwierigkeiten bei der Besetzung von Stellen mit motiviertem und qualifiziertem Personal hingewiesen und zugleich betont, wie sehr das Personal „Aushängeschild“ des Gewerbes sei. Es wäre daher eine wichtige Aufgabe der EP Elbinsel dafür Sorge zu tragen, dass touristische/gastronomische Projekte auch auf ein entsprechendes lokales Arbeitskräfteangebot zurückgreifen können.

5.5.4 Gesundheit/Pflege/Wellness

Für die EP Elbinsel geht es im Gesundheitssektor und angrenzenden Bereichen um die Frage, ob neue ökonomische Potenziale und Impulse für den Arbeitsmarkt erschlossen werden können. Die bisherigen und sicherlich noch nicht abgeschlossenen Recherchen in Bezug auf die allgemeine medizinische Versorgung, die ambulante und stationäre Altenpflege sowie angelagerte Einrichtungen (Krankengymnastik, Massage, Fitness etc.) haben bisher keine gravierenden Defizite aufdecken können. Auf mittlere bis längere Sicht ergeben sich hierzu u.a. folgende Tendenzen:

- Eine Ausdünnung der ärztlichen Versorgung bei einem gleichzeitig hohen Bedarf v.a. an präventiven medizinisch-ärztlichen Angeboten (vgl. Stellungnahme der Kassenärztlichen Vereinigung, Zukunftskonferenz 2002: 121). Dies betrifft natürlich auch den Verlust von Arbeitsplätzen und einen Nachfragerückgang nach lokal angebotenen Dienstleistungen und Produkten.
- Zunehmender Bedarf an altengerechter Infrastruktur und entsprechenden Dienstleistungen, die auch den Bedarfen der wachsenden Gruppe älterer Migranten angepasst werden müssen. Hier ergeben sich wichtige Wechselwirkungen mit dem Bausektor.
- Eine mit den demografischen Verschiebungen und veränderten Lebensstilpräferenzen einhergehende Bedeutung des Themas Gesundheit und individuelles Wohlbefinden („Wellness“). Auch wenn angesichts der geringen Durchschnittseinkommen auf der Elbinsel hier keine großen Umschichtungen der Ausgaben zu erwarten sind, könnte sich angesichts der kulturellen Vielfalt der Konsumenten und der möglichen Anbieter ein Potenzial ergeben.

Die Entfaltung von Aktivitäten in diesen Bereichen ist insofern schwierig, weil es sich - bis auf den Wellness-Sektor - um hochgradig regulierte Märkte handelt, deren Entwicklung und finanzielle Ausstattung nicht absehbar ist.

Arbeitsmarktperspektive

Aus der Arbeitsmarktperspektive ist weitaus weniger Vorsicht geboten: Die Analyse der Tätigkeitscluster (s. Kap. 2) zeigt, dass die v.a. von Frauen ausgeübten Gesundheits- und Pflegeberufe der Boomsektor der vergangenen zwei Jahrzehnte waren (abgeschwächt gilt

dies auch für Erziehung/Ausbildung). Die Berufe gelten (in Ermangelung von Alternativen) auch als ein zentrales Arbeitsfeld für Migrantinnen. Da ungeachtet der Einsparungen der „Pflegetotstand“ weiter anhalten wird, kann diesem Arbeitsmarktsegment – ohne räumliche Beschränkung auf die Elbinsel – eine hohe Bedeutung für Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen eingeräumt werden. Angesichts der bestehenden Aktivitäten der BI, von GATE und anderen Akteuren wäre zunächst zu klären, ob und welche zusätzlichen Initiativen der EP notwendig sind.

Ausbildungs- und Personalfragen der bestehenden 50 Arzt- und Zahnarztpraxen, des Krankenhauses Groß Sand, der sechs Alten- und Pflegeheime bzw. Altenwohnanlagen sowie der fünf ambulanten Pflegedienste wurden bisher nicht untersucht. Hier könnten sich noch neue Fragen ergeben. Aus Sicht der TUHH ist auf jeden Fall ein bewussterer Umgang mit dem Thema Mehrsprachigkeit anzustreben. Der Gesundheitsbereich ist bisher der einzig bedeutende Sektor, in dem Mehrsprachigkeit positiv geltend gemacht werden kann. Gespräche mit Ärzten haben die allgemeine Einstellung bestätigt, dass diese Kompetenz als selbstverständlich zu erbringender Service abgerufen wird (wenn nicht auf familiäre „Dolmetscher“ zurückgegriffen werden kann). In einem Forschungsprojekt der Uni-Hamburg wurden die Defizite dieses unregelmäßigen Dolmetschens im Krankenhaus untersucht; derzeit wird an einem Weiterbildungskonzept für Beschäftigte im Gesundheitsbereich gearbeitet. Daraus könnte sich mittelfristig ein Projekt für die Elbinsel bzw. den Süderelbraum ergeben.

Inwertsetzung weiblicher Arbeitskraft ?

Beim Thema Gesundheit zeigt sich exemplarisch ein gewisses Dilemma in Bezug auf die Förderung lokaler Wertschöpfungsketten. Die stärkere Inwertsetzung des lokalen Raumes ist eng mit der Inwertsetzung weiblicher Arbeitskraft verbunden. Die Betriebe aus dem Gesundheits-, Sozial- und Erziehungswesen bieten v.a. Frauen eine Beschäftigung; die dort arbeitenden Frauen erzeugen eine weitere Nachfrage nach Betreuungseinrichtungen und besitzen eine Kaufkraft, die wiederum lokal abgeschöpft werden kann. Die Perspektiven für eine Entwicklung dieses weiblichen Arbeitsmarktes sind aufgrund der Sparpolitik eher schlecht. Zudem ist hat sich auch in der Vergangenheit die Feminisierung des Arbeitsmarktes auf der Elbinsel weniger ausgewirkt. Eine Ursache dafür ist das traditionelle Erwerbsverhalten der konservativen Arbeiter- und Migrantenhaushalte. Welche Handlungsmöglichkeiten sich hier in Zukunft ergeben, muss noch weiter untersucht werden.

5.6 Migrationsökonomie

Die TUHH hat im Rahmen ihrer Forschungsaktivitäten einen Schwerpunkt auf die von Migranten geführten Kleinbetriebe (im Folgenden Migrationsökonomie genannt) gelegt, da zum einen Migranten eine der wichtigsten Zielgruppen der EP Elbinsel sind und zum anderen die lokal ansässige Wirtschaft, die in hohem Maße von Migranten geprägt ist, durch Beratungs- und Qualifizierungsangebote gestärkt werden soll. Dem generellen Ansatz der Qualifikations- und Potenzialanalyse entsprechend sollten mit der Befragung Informationen über die Betriebsstrukturen sowie die Bildungs- und Ausbildungsbiografien der Inhaber gewonnen werden. Darüber hinaus sollten deren subjektive Denk- und Handlungsmuster in Ansätzen erfasst werden, da sich mögliche Projekte darauf beziehen müssen. Die beiden Fragestellungen erfordern an sich ein unterschiedliches methodisches Vorgehen, weil die Informationsgewinnung auf eine ausreichende Quantität der Daten angewiesen ist, während die Rekonstruktion von Handlungsrationitäten qualitative Methoden erfordert. Der letztlich notwendige Kompromiss hat daher auch dazu geführt, dass eine Reihe von Fragen offen (oder auch erst in der Auswertung entstanden und unbeantwortet) geblieben sind. Vorweg muss daher betont werden, dass auf Seiten der TUHH weiterhin ein erhebliches Interesse an der Vertiefung des Themas Migrationsökonomie besteht.

5.6.1 Soziales Kapital als Strukturprinzip der Migrationsökonomie

Das Besondere der Migrationsökonomie ist der hohe Stellenwert der Familie als grundlegender sozialer und ökonomischer Ressource. Zwar besitzt die Familie in inhabergeführten Kleinbetrieben traditionell einen hohen Stellenwert, dieser erscheint jedoch zunehmend als eine sich auflösende oder relativierende Tradition. Die Bedeutung der Familie bezieht sich z.B. im handwerklichen Familienbetrieb weniger auf das Personal - die mithelfende Ehefrau im Sekretariat und seltener noch den Sohn als Nachfolger-, als auf den Werte- und Normenkanon, der das Verhältnis von Inhabern und Mitarbeitern bestimmt. Neu entstehende Kleinbetriebe folgen zunehmend anderen internen Regulationsmustern (vgl. das Modell von Gemeinschaften, Partnerschaften und Gesellschaften in Läßle/Walter 2000).

Im Unterschied zu den sich ausdifferenzierenden Modernisierungspfaden von Kleinbetrieben bleibt die Familie innerhalb der Migrationsökonomie ein dominantes Organisationsprinzip. Beispielsweise sind laut Untersuchungen des Zentrums für Türkeistudien knapp die Hälfte der türkischen Unternehmen in Deutschland kleine Familienbetriebe mit bis zu drei Mitarbeitern (Migrationsbericht 2002: 357).

Die Bedeutung der Familie innerhalb der Migrationsökonomie lässt sich nicht auf Basis von dichotomischen Modellen erschließen, in denen die rationale und durch Geld regulierte Welt der Ökonomie einer uneigennütigen und sich anders – z.B. über Kommunikation – regulierenden Alltagswelt gegenüber gestellt wird. Ökonomische Aktivitäten sind immer auch sozial eingebettet (Granovetter/Swedberg 1992) wie auch umgekehrt die Alltagswelt als *Praxis* mit ökonomischen Kategorien begriffen werden kann (Bourdieu 1983). Die Migrationsökonomie verkörpert dieses Spannungsverhältnis, weil hier die Familie nicht als weitgehend vergesellschafteter und auf einen emotionalen Kern reduzierter Zusammenschluss von Individuen fungiert, sondern weil sie gerade „in der Fremde“ ihren Charakter als Dreh- und Angelpunkt sozialen und ökonomischen Handelns behält. Als soziales Kapital ermöglicht die Familie v.a.:

- Den flexiblen und an minimalen Bedarfslöhnen orientierten Zugriff auf die Arbeitskraft einzelner Familienmitglieder bzw. der hier lebenden Verwandtschaft;

- Die Arbeitsbeschaffung für Familienmitglieder ohne Arbeitserlaubnis und/oder ohne Erwerbsperspektive;
- Den Aufbau eines „familialen Produktionssystems“ in Form mehrerer Betriebe, in denen sich Geld und Personal umverteilen und flexibel einsetzen lassen;
- Die Mixtur unterschiedlicher Erwerbskonzepte einzelner Familienmitglieder, die insgesamt die Familie krisenfester macht;
- Die Transformation von sozialem in ökonomisches Kapital, d.h. die Beschaffung von Startkapital für einzelne Familienmitglieder.

Der ausgeprägte Bezug auf die Familie beeinflusst weiterhin die Art und Weise, wie Geschäftsideen entwickelt und umgesetzt werden, weil das Grundmuster von engen, auf sprachlichen, kulturellen oder ethnischen Gemeinsamkeiten basierenden Beziehungen dominant bleibt: Der in der eigenen Community mit hohem Ansehen verbundene Status der Selbstständigkeit wird zu einem handlungsleitenden Motiv; die (mündliche) Informationsgewinnung vollzieht sich im Rahmen der engen sozialen Netze; es werden - z.T. ohne Vorkenntnis und Vorbereitung - vermeintlich erfolgreiche Beispiele kopiert; Konkurrenten werden kaum wahrgenommen, weil familiäre Einheiten in erster Linie für sich wirtschaften; Kooperationen orientieren sich oft an regionalen, religiösen u.a. Herkunftsaspekten, die eine kleinräumige Zusammenarbeit (z.B. in Einzelhandelsgemeinschaften) behindern. Nicht zuletzt wird auch der Erfolg des Betriebes weniger anhand streng monetärer Kategorien bewertet, weil z.B. Betriebs- und Haushaltsführung nicht getrennt werden und nur das zählt, was „am Ende übrig bleibt“.

Dieses idealtypische Bild der Migrationsökonomie relativiert sich, weil z.B. Gründer der zweiten und dritten Generation ihre transkulturellen Erfahrungen und ihre offeneren sozialen Netze und Kenntnisse des institutionellen Gefüges nutzen und mit anderen Organisationsformen in neue Geschäftsfelder jenseits des Einzelhandels stoßen. Über die Jahre wächst zudem ein großer Teil der Betriebe aus den klassischen Familienstrukturen heraus: Die oben zitierte bundesweite Befragung von türkischen Selbstständigen des Zentrums für Türkeistudien hat ergeben, dass mehr als 40 % der türkischen Unternehmen vier bis neun Mitarbeiter beschäftigen; 10 % besitzen zehn und mehr Mitarbeiter. Schließlich setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass die konstant wachsende Zahl der (türkischen) Unternehmen in Deutschland einen relevanten Arbeitsmarkt darstellt, der gezielt unterstützt und – v.a. in Bezug auf die Ausbildungskapazitäten – entwickelt werden muss.

Gleichzeitig bleibt aber ein breiter Sockel an traditionellen Familienbetrieben bestehen, für den sich die Marktbedingungen eher verschlechtern. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit gewinnt die Selbstständigkeit an Attraktivität und erhöht dementsprechend die Konkurrenz an Kleinbetrieben. In der Kernbranche der Migrationsökonomie, dem Einzelhandel, drängen türkische Unternehmen aus dem Großhandel (die das Sortiment der Supermärkte beeinflussen) und dem Einzelhandel (bisher allerdings nicht in Hamburg) auf den Markt. Im kleinen Einzelhandel gibt es erste Tendenzen für Einkaufsgemeinschaften bzw. Franchise-Systeme. Die (sinkende?) Kaufkraft wird also in Zukunft vermehrt durch professionelle Konkurrenz abgeschöpft. Der ohnehin geringe Erfolg vieler Betriebe, der mit vielen Pleiten und Besitzerwechseln einhergeht, wird sich im Einzelhandel zuspitzen; nach dem Sterben der „Tante-Emma-Läden“ wird nun ein Ausbluten des kleinen türkischen Einzelhandels prognostiziert (vgl. Crescenti 2001).

Angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen Ausdifferenzierung der Migrationsökonomie wird es immer wichtiger, durch Forschung geeignete Betriebstypologien herauszuarbeiten, aus denen sich passgenaue Förderkonzepte ableiten lassen. Nur auf „den Markt“ als

Regulationsinstanz zu setzen, erscheint wenig angebracht, weil durch Pleiten eben nicht nur Geld, sondern auch Lebens- und Erwerbsperspektiven von ohnehin strukturell benachteiligten Menschen vernichtet werden. Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse können allerdings nur als ein erster Schritt im Hinblick auf eine ausdifferenzierte Betriebstypologie dienen. Hierfür wäre es notwendig gewesen, auch jenseits der Elbinsel Betriebe zu befragen, weil innovativere Betriebe andere Standorte suchen. Aus forschungspraktischen Gründen war es auch nicht möglich, das familiäre Netz als Gesamtheit zu untersuchen. Die Untersuchung musste sich auf die Fragen beschränken, inwieweit der Betriebsbestand auf der Elbinsel noch dem klassischen Bild der Familienbetriebe entspricht, ob auf Seiten der Inhaber professionelles unternehmerisches Handeln erkennbar ist bzw. wie stark sie alltagsweltlichen Denk- und Handlungsmustern verhaftet sind.

5.6.2 Konzeption der Befragung

Die Befragung wurde in zwei Formen durchgeführt: In einer Vor-Ort-Befragung wurden Geschäftsinhaber (sowie vereinzelt enge Verwandte) in Wilhelmsburg und auf der Veddel auf Basis eines Fragebogens mit standardisierten und halboffenen Fragen interviewt. Eine telefonische Befragung zielte auf Selbstständige, die Dienstleistungen und gewerbliche Arbeiten mit „Geschäftssitz“ am Wohnort Wilhelmsburg bzw. Veddel anbieten. Da hier die Teilnahmebereitschaft nicht absehbar war, wurde ein wesentlich kürzerer Fragebogen eingesetzt. Die Interviews wurden von den zweisprachigen InterviewerInnen auf deutsch oder türkisch durchgeführt und auf deutsch protokolliert.

Als Datengrundlage der Befragung dienten die Firmendaten der Handels- und Handwerkskammer, aus denen die Migrationsökonomie anhand der Namen der Inhaber herausgefiltert wurde. Der Datensatz schrumpfte im Verlauf der Untersuchung auf 413 Datensätze zusammen (u.a., weil sich einige der über die Namen herausgefilterten Inhaber nicht als Migranten bezeichneten). Im Rahmen der Untersuchung sollte auch überprüft werden, inwieweit die Kammerdaten den tatsächlichen Betriebsbestand abbilden. Im Bereich des Einzelhandels, des verbraucherorientierten Handwerks und sonstiger Geschäfte wurden rd. die Hälfte der Adressen überprüft. Davon war rd. ein Drittel nicht auffindbar oder es handelte sich um Wohnadressen. Ein Drittel der Interviews wurden mit Inhabern geführt, deren Firmen (noch) nicht in dem Datenbestand der Kammern verzeichnet sind. In der telefonischen Befragung von Selbstständigen, die offensichtlich kein Büro und keinen Laden besitzen und ihre Gewerbe bzw. ihre Dienstleistung von zuhause aus betreiben, gestaltete sich die Überprüfung als wesentlich schwieriger. Über die Überprüfung der Telefonnummern aus dem Datenbestand, eigene Recherchen nach Telefonnummer und/oder Begehungen (Klingelschilder) wurden 60 % der Adressen „angefasst“. Endgültige Klarheit, ob erstens die Person noch dort wohnt und zweitens tatsächlich noch ein Gewerbe betreibt, konnte jedoch nur bei knapp 30 % der Adressen geschaffen werden. Von diesen 70 Adressen waren 41 % entweder verzogen oder das Gewerbe war eingestellt.¹¹

¹¹ Die Interviews sollten ebenfalls Hinweise darauf geben, inwieweit sich hinter den Firmen erzwungene Selbstständigkeiten durch Outsourcing verbergen. Empirische Hinweise ergeben sich nur im Transportgewerbe: Für einen Auftraggeber arbeiten zwei Selbstständige im Flughafen, die auch schon vorher als Staplerfahrer und Fahrer gearbeitet haben, fünf Selbstständige arbeiten als Kurierfahrer und Auslieferer für Pakete, Kataloge u.a. mit einem bis zwei Auftraggebern, von denen allerdings nicht alle aus dem Transportgewerbe kommen. Die fünf Firmen aus dem Baugewerbe haben 3 bis 10 Kunden, sodass zumindest eine eindeutige Scheinselbstständigkeit nicht vorhanden ist.

Abb. 5.10: Datenbestand der Kammern und Überprüfung im Rahmen der Untersuchung

Branchen	Firmen- bestand laut Kammern	Begehung / telefonischer Kontakt				Interviews		
		überprüft		nicht (mehr) vorhanden		Insgesamt	davon Liste	davon neu
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
Einzelhandel/Gastronomie	163	81	50	28	35	63	26	20
Gewerbe / Dienstleistungen	250	70	28	29	41	34	14	-
Insgesamt	413	151	37	57	38	97	23	20

Die Kammerdaten bilden also nur sehr bedingt eine reale Grundgesamtheit des Betriebsbestandes der Migrationsökonomie ab und eine rein statistisch orientierte Auswertung besitzt eine zu hohe Fehlerquote. Dennoch haben sich die Daten als Grundlage für die Befragung bewährt. Die 97 geführten Interviews verteilen sich wie folgt:

Abb. 5.11: Sample der Befragung

Vor-Ort-Befragung	Anzahl	%	Telefonische Befragung	Anzahl	%	davon auf- gegeben
Lebensmittel	20	31,7	Verkehr/Logistik	12	35,3	1
Kiosk	4	6,3	Reinigung	6	17,6	2
Telefon-/Elektronik	4	6,3	Baunebengewerbe	5	14,7	2
Kleidung/Schmuck/Haushalt	4	6,3	Groß- und Einzelhandel	4	11,8	2
Reisebüros	3	4,8	Promotion/Dienstleistungen	3	8,8	2
Friseur/Schneiderei/Schuster	9	14,3	Läden/Büros mit Wohnadresse	4	11,8	1
Autoselbsthilfe	2	3,2	Insgesamt	34	100	10
Imbiss	9	14,3				
Restaurant	5	7,9				
Kneipe	3	4,8				
Insgesamt	63	100				

Die Samplebildung war nicht auf einen repräsentativen Querschnitt der Datengrundlage ausgerichtet, da einzelne Zweige wie der quantitativ relativ stark vertretene Autohandel als weniger relevant eingestuft wurden. Mit Ausnahme dieses Bereiches bildet die Vor-Ort-Befragung die bestehende Bandbreite der Migrationsökonomie relativ gut ab. Die größte Gruppe des Lebensmitteleinzelhandels bildet auch im Datenbestand der Kammern einen Anteil von 30 %. Die telefonische Befragung wurde von den Schwierigkeiten bestimmt, überhaupt Zugang zu den Inhabern zu bekommen. Im Ergebnis wird diese Befragung von Selbstständigen aus dem Transportsektor dominiert (v.a. verschiedene Kurierdienste), die auch im Datenbestand einen Anteil von rd. einem Viertel ausmachen. Mit Selbstständigen aus dem Baunebengewerbe, das laut Datenbestand in etwa gleich groß ist, ließen sich dagegen nur fünf Kontakte herstellen (Eisenflechter, Einbau von Normteilen), sodass diese Branche unterrepräsentiert ist. Einige Adressen und Telefonnummern waren Wohnadressen von Geschäftsinhabern, die dennoch interviewt wurden.

5.6.3 Ergebnisse der Betriebsbefragung

a) Strukturdaten

Jahr der Firmengründung

Die Hälfte der Geschäftsinhaber und der übrigen Selbstständigen der Telefonbefragung hat die Existenzgründungsphase noch nicht abgeschlossen: 51 % sind mit ihren derzeitigen Firmen erst seit dem Jahre 2000 tätig, drei Viertel der Befragten betreiben ihre Firma ab 1997.

Die zehn Befragten, deren Firmen nicht mehr bestehen, haben diese zwischen einem und vier Jahren betrieben, im Durchschnitt 2,1 Jahre. Hinter dem Rückzug verbergen sich v.a. ökonomische Motive wie fehlende Kunden und zu geringe und/ oder zu späte Bezahlung; dazu kommen auch Besonderheiten wie Rückwanderung oder Entzug der Arbeitserlaubnis.

Von den Geschäftsinhabern gaben 29 an, dass sie der erste Inhaber mit ihrem jeweiligen Waren- und Dienstleistungsangebot sind (46 %), mehr als die Hälfte hat bestehende Geschäfte übernommen. Zur Fluktuation in diesen Geschäften konnten sich 27 Inhaber präzise äußern. Danach hat der Inhaber zwischen einem und sieben mal gewechselt, im Durchschnitt 2,4 mal.

Es zeigt sich also eine erhebliche Dynamik im Betriebsbestand und an Existenzgründungen; dabei ist davon auszugehen, dass ein großer Teil der Firmen nicht überleben wird. Schon an diesem Punkt drängt sich die Frage auf, inwieweit eine externe Stärkung der Unternehmen durch Qualifizierung und Beratung diesen Fluktuationsprozess stabilisieren kann.

Profil der Inhaber

Die Inhaber sind zum Großteil (80 %) Bewohner der Elbinsel, ihre Bindung an den Wohnort ist ausgesprochen hoch (s.u. „Standortwahl“). Vier von fünf Inhabern sind männlich. Der Anteil von 80 % männlichen Inhabern entspricht der Untersuchung des Zentrums für Türkeistudien.

Die Inhaber sprechen insgesamt 14 verschiedene Muttersprachen; 74 % sprechen türkisch und kurdisch, 14 % serbokroatisch, albanisch und mazedonisch, die übrigen 12 % verteilen sich auf den europäischen sowie den arabisch-asiatischen Sprachraum.

Die befragten Betriebsinhaber sind relativ jung: 70 % sind unter 40 Jahre alt; innerhalb des Samples der telefonischen Befragung sind sogar fast 50 % der Selbstständigen unter 30 Jahre alt (s. Abb. 5.13). Diese Daten liegen leicht unter dem vom Zentrum für Türkeistudien ermittelten Altersdurchschnitt von 38 Jahren für Inhaber türkischer Unternehmen in Deutschland, da bundesweit der Anteil etablierter Unternehmen höher ist.

Abb. 5.12: Bestandsdauer in Jahren

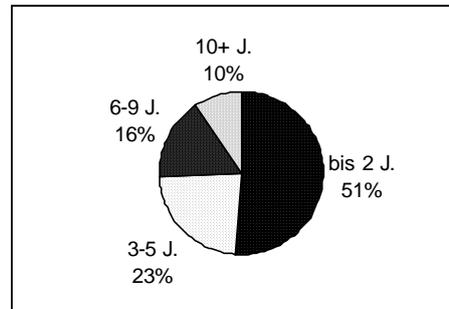
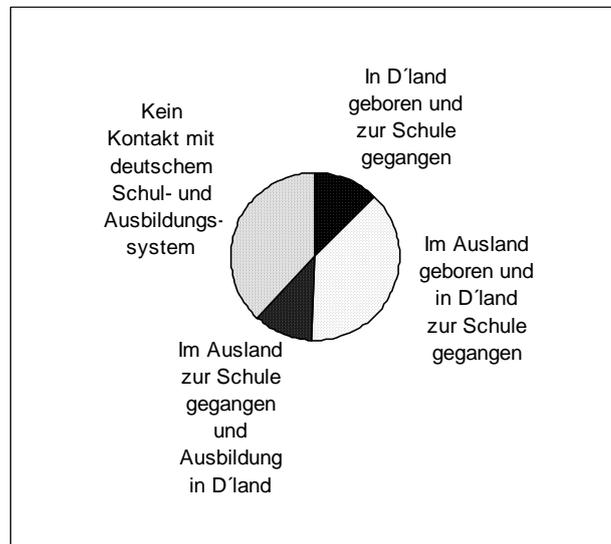


Abb. 5.13: Alter der Firmeninhaber

Alter Inhaber	Alle Betriebe		Geschäfte		Dienstleistung / Gewerbe	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
21 – 29 J.	34	35	17	27	16	47
30 – 39 J.	33	34	26	41	7	21
40 – 49 J.	24	25	14	22	11	32
50 – 58 J.	6	6	6	10	-	-
Durchschnitt	35 J.		36 J.		33 J.	

Trotz des niedrigen Altersdurchschnitts ist die Gruppe der hier geborenen und sozialisierten Migranten vergleichsweise klein (12 Personen, Altersdurchschnitt 27 J.); demnach besitzen fast 90 % der Befragten individuelle Migrationserfahrungen. Diese lassen sich in drei Teilgruppen einteilen: Eine große Gruppe der nachgezogenen Kinder, die vor oder während der Schulzeit nach Deutschland gekommen sind (37 Personen, Altersdurchschnitt heute 32 J.); eine kleine Gruppe nachgezogener Jugendlicher, die nach dem Schulbesuch im Ausland in Deutschland eine Lehre, ein Studium oder eine Umschulung absolviert haben (11 Personen, Altersdurchschnitt 38 J.); eine große Gruppe von Erwachsenen, die keinen Kontakt mit deutschen Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen hatten (37 Personen zwischen 27 und 58 J., Altersdurchschnitt 40 J.). In Bezug auf den Schulbesuch (erste und zweite Gruppe) ergibt sich in etwa ein 50/50-Verhältnis zwischen denjenigen, die in Deutschland und denen, die im Ausland zur Schule gegangen sind.

Abb. 5.14: Bildungs- und Ausbildungswege



Betrachtet man den Schul- und Ausbildungserfolg der Migrationsgruppen, ergibt sich ein komplexes Bild, das keine einfache Zuordnung erlaubt. Die kleine Gruppe der hier geborenen Migranten hat mittlere bis höhere Schulabschlüsse, aber auch der Anteil von Personen ohne Berufsausbildung ist ausgesprochen hoch (6 von 12). Scheinbar scheint die Tendenz zu bestehen, den Schritt in die Selbstständigkeit als Alternative zur Ausbildung anzusehen. Die große Gruppe der nachgezogenen Kinder hat das Schul- und Ausbildungssystem relativ erfolgreich durchlaufen: Nur eine Person hat keinen Schulabschluss erreicht, rd. drei Viertel haben eine Ausbildung absolviert. Die Ausbildung erfolgte fast vollständig im dualen System, mehrheitlich in Industrie und Handwerk. Hier erscheint die Selbstständigkeit – zumindest anhand der formalen Indikatoren – weitgehend als Bruch mit der bisherigen Ausbildungsbiografie.

Von den 48 Personen mit Schulbesuch im Ausland haben fast 40 % keinen, dafür aber 30 % einen höheren Schulabschluss. Knapp die Hälfte hat eine Ausbildung, ein Studium oder eine berufliche Maßnahme in Deutschland oder im Ausland absolviert. Die „Bildungsausländer“ besitzen also mehrheitlich keine Berufsausbildung und die Selbstständigkeit er-

scheint hier relativ alternativlos zu sein. Zugleich findet sich hier eine nennenswerte Minderheit an Personen mit akademischem Abschluss, die sich vielleicht auch aus anderen Gründen für die Selbstständigkeit entschieden haben.

Die hier angedeutete Heterogenität könnte als Ausgangsbasis für eine vertiefende Betrachtung dienen, die auch geschäfts- und branchenbezogen erfolgen müsste (z.B. ist innerhalb des kleinen Samples im Logistikbereich der Anteil junger Selbstständiger ohne Ausbildung besonders hoch).

Personalstruktur

Aufgrund der in der Regel vertrauensvoll verlaufenden Interviews ist davon auszugehen, dass bei der Beantwortung der Personalfragen auch informelle Beschäftigungen weitgehend angegeben wurden. Danach arbeiten in den Geschäften inklusive der Inhaber im Durchschnitt 3,1 Personen. In den 51 Geschäften, in denen nicht nur der Inhaber arbeitet, greifen rd. 40 % nur auf Familienmitglieder und rd. 30 % nur auf „externe“ Mitarbeiter zurück; in knapp 30 % dieser Betriebe arbeiten sowohl Familienmitglieder als auch externes Personal. Das Bild der Familienökonomie ist also noch dominant (v.a. wenn die

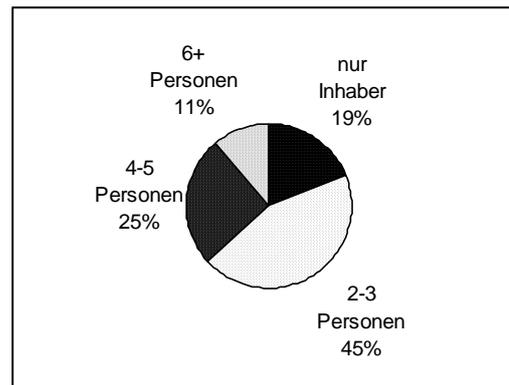
1-Personen-Betriebe dazugezählt werden), aber es ist nicht mehr das ausschließliche Modell. Dies wird ebenfalls deutlich, wenn die Gesamtzahl der arbeitenden Personen betrachtet wird: Hier bildet das „externe“ Personal mehr als ein Drittel aller in den Betrieben beschäftigten Personen (inkl. der Inhaber); wenn nur das Personal ohne die Inhaber berücksichtigt wird, bilden die „Externen“ sogar etwas mehr als die Hälfte der Mitarbeiter.

Bis auf wenige Ausnahmen arbeiten die Geschäftsinhaber in Vollzeit. Das Personal arbeitet zu etwas mehr als 50 % in Vollzeit; dies trifft sowohl für die Familienmitglieder als auch das externe Personal zu. Die Vollzeitquote ist in den Betrieben mit gemischtem Personal am höchsten.

Die Firmen der telefonischen Befragung bilden keine homogene Gruppe, was sich am deutlichsten an der Betriebsgröße zeigt. Von den noch existierenden 24 Firmen sind die Hälfte Ein-Personen-Betriebe. Dazu gehören z.B. fast alle der Firmen aus dem Bereich Transport/Logistik. Die andere Hälfte hat eine große Spanne von Mitarbeitern, die von Kleinstfirmen bis zu einzelnen überraschend großen Betrieben mit 10 bis 30 (Teilzeit-) Mitarbeitern reicht. Die größeren Firmen gehören zu klassischen Bereichen der Migrationsökonomie, Reinigung (30 Mitarbeiter), Bauunternehmen (18 M.), Transport (10 M.). Auffällig ist auch, dass es sich auch bei den kleineren Firmen überwiegend um externe Mitarbeiter handelt. Demnach scheint es sich tendenziell eher um Ein-Personen- oder um offene Firmen zu handeln, während die Familienbetriebe hier eher die Ausnahme bilden.

Die Frage, ob es Schwierigkeiten bei der Mitarbeit der Familienmitglieder oder der allgemeinen Suche nach Personal gibt, bejahten 40 % der Geschäftsinhaber, die sich schon mit Personalfragen beschäftigen mussten (also inkl. einem Teil der Inhaber, die alleine arbeiten). Was sind die Probleme?

Abb. 5.15: Anzahl der Mitarbeiter in Geschäften



In Bezug auf die Familienmitglieder werden vier Probleme genannt: Die Arbeitskraftressource ist nicht oder derzeit nicht vorhanden (Frau muss auf Kinder aufpassen, Kinder zu klein); Familienangehörige können die Arbeit nicht machen, weil die Erfahrung fehlt; sie wollen die Arbeit nicht machen, weil sie zu schlecht bezahlt ist oder sollen sie nicht machen (in der Gastronomie, wenn Alkohol ausgeschenkt wird).

Die Problempalette bei der Suche nach externen Mitarbeitern ist ausgesprochen breit. Am häufigsten wird die Schwierigkeit genannt, qualifizierte Mitarbeiter zu finden. Dies reicht vom einfachen Verkaufspersonal („Sie sind unqualifiziert und verstehen nichts vom Verkauf“; „Die Jungen, die hier geboren und zur Schule gegangen sind, können kein Mathe“) bis hin zum Metzger oder Friseurmeister. Kritisiert werden auch fehlenden Arbeitstugenden, fehlende Zuverlässigkeit und fehlende Motivation. Dazu kommen Schwierigkeiten, die sich auch aus der Struktur der Familienbetriebe ergeben: fehlendes Vertrauen zu externen Mitarbeitern; wenig Bewerber aufgrund der (niedrigen) Löhne und (langen) Arbeitszeiten oder auch wenig Bewerber „mit Papieren“.

Auch wenn die geringe Fallzahl im Bereich Gastronomie keine Verallgemeinerung zulässt, scheinen hier besondere Schwierigkeiten zu herrschen. Dies betrifft z.T. das Bedienungspersonal („Ich suche eine türkische Kellnerin. Sie ist schwer zu finden, weil sie nicht in Wilhelmsburg arbeiten wollen“), aber vor allem die Köche.

„Köche, die in Deutschland gelernt haben, können nicht türkisch kochen. Wir brauchen Köche aus der Türkei.“

„Köche, die arbeiten dürfen, haben keine Qualifikation; es gibt nur welche, die keine offizielle Arbeitserlaubnis haben.“

„Ich möchte unseren mazedonischen Nachtisch und Blätterteig anbieten, aber niemand kann hier so was machen. Ich habe versucht, aus Mazedonien jemanden zu holen, aber das Arbeitsamt hat es mir nicht erlaubt.“

Immerhin 15 Inhaber haben sich auch schon an das Arbeitsamt gewandt und dabei – bis auf einen – schlechte Erfahrungen gemacht oder zumindest ihr Personalproblem nicht lösen können. Die dominante Form der Arbeitskräftesuche bleibt die für Kleinbetriebe typische Suche über die eigenen sozialen Netze, die in der Befragung jedoch nicht thematisiert wurde (vgl. Läßle/Walter 2000).

Inwieweit hier tatsächlich eine kritische Masse besteht, die in formelle Beschäftigung überführt werden kann, lässt sich nicht beurteilen. Experten weisen auch darauf hin, dass die Inhaber in der Regel die Gesamtkosten einer formellen Beschäftigung überschätzen (keine detaillierte Kalkulation mit Steuereinsparungen) und die Förderinstrumente des Arbeitsamtes nicht kennen. Insofern können die vorhandenen Personalprobleme zumindest ein Anknüpfungspunkt für eine entsprechende Aufklärung sein.

b) Der Weg in die Selbstständigkeit

Berufliche Erfahrungen vor der Selbstständigkeit

Eine Grundlage zur Beantwortung der Frage, inwieweit die Inhaber auf die Selbstständigkeit vorbereitet waren, bildet die Art der Ausbildung. Unabhängig vom jeweiligen Migrationshintergrund zeigen sich in Bezug auf die Berufsausbildung zwei große Gruppen: Gut 40 % besitzen keinen Berufsabschluss, ein Drittel hat eine gewerbliche Lehre absolviert. Nur eine kleine Gruppe hat eine kaufmännische Lehre oder eine Ausbildung im Einzelhandel vorzuweisen.

Ein weiteres Kriterium sind die beruflichen Erfahrungen, die vor der Selbstständigkeit gesammelt wurden. Eine branchenbezogene Auswertung zeigt, dass bei fast 60 % der Befragten offensichtlich kein Zusammenhang zwischen der vorherigen und jetzigen Tätigkeit besteht. Die meisten haben als abhängig Beschäftigte in anderen Branchen gearbeitet. Allerdings hat ein kleiner Teil nebenberuflich Erfahrungen in der Branche gesammelt, was den hohen Anteil der Berufsfremden etwas relativiert. Die Gruppe ohne Vorerfahrung zeigt weiterhin, dass der unmittelbare Sprung von der Erwerbslosigkeit in die Selbstständigkeit eher die Ausnahme bildet. Die Erwerbslosen bestehen aus Arbeitslosen, Hausfrauen und Personen, die vor der Selbstständigkeit keine Arbeitserlaubnis hatten. Die Gruppe mit Vorerfahrungen besteht jeweils zur Hälfte aus Personen, die schon selbstständig waren und Personen, die zumindest in der gleichen Branche gearbeitet haben. Die Arbeiter stammen v.a. aus dem Speditionsgewerbe und aus dem verbraucherorientierten Handwerk (Friseur, Schuster), die Angestellten v.a. aus dem Einzelhandel und der Gastronomie.

Abb. 5.16: Art der Ausbildung

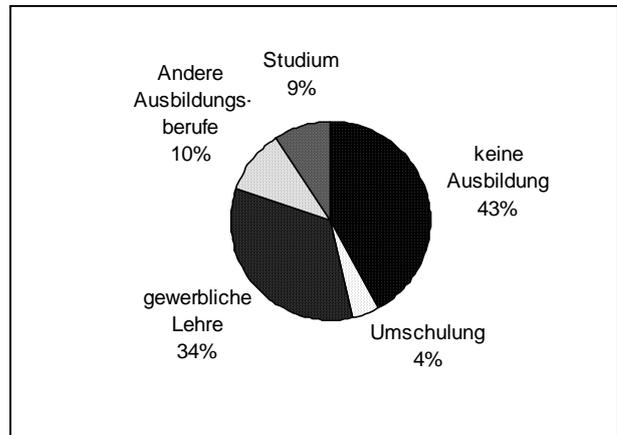


Abb. 5.17: Branchenbezogene berufliche Erfahrungen vor der derzeitigen Selbstständigkeit

Keine Vorerfahrung		Vorerfahrung	
	In %		In %
Keine Vorerfahrung	59	Vorerfahrung	41
Arbeiter	31	Selbstständigkeit	20
Angestellte	12	Angestellt in gleicher Branche	11
Erwerbslos	14	Arbeiter in gleicher Branche	9
Schule/Ausbildung	2	Ausbildung in gleicher Branche	1

Da selbst bei den Befragten mit fachlichen Bezügen das Kaufmännische wahrscheinlich kaum eine Rolle gespielt hat, scheint über die Ausbildung und die bisherige Berufserfahrung die große Mehrheit der Inhaber keine ausreichende Vorbereitung auf die Selbstständigkeit zu besitzen. Falls der geringe Erwerbslosenanteil tatsächlich stimmt – es kann auch sein, dass einzelne Befragte die Arbeitslosigkeit verschwiegen haben – kann aber auch nicht der Zwang zur Selbstständigkeit als Hauptmotiv angesehen werden. Daher müssen die positiven Momente wie das hohe Image der Selbstständigkeit sowie die Vorteile im Kontext des „familialen“ Produktionssystems stärker betont werden. Der Gesamtzusammenhang von Zwang und Motivation, materiellen und ideellen Vorteilen müsste – wie schon bei den Ausbildungsbiografien angedeutet – eingehender untersucht werden.

Nur eine kleine Minderheit von acht Personen (8 %) hat zur Vorbereitung der Selbstständigkeit Kontakt mit beratenden Institutionen aufgenommen; nur vier Personen nennen dabei explizit Existenzgründerseminare bzw. Schulungen, die anderen beziehen sich auf Beratungen (Kammern, Unternehmensberater u.a.). Quantitativ etwas größer, aber immer noch sehr gering ausgeprägt ist die informelle Vorbereitung, genannt wird hier die Selbstständigkeit als Familientradition, die vorherige Nebentätigkeit in der Branche oder Kontakte zu anderen

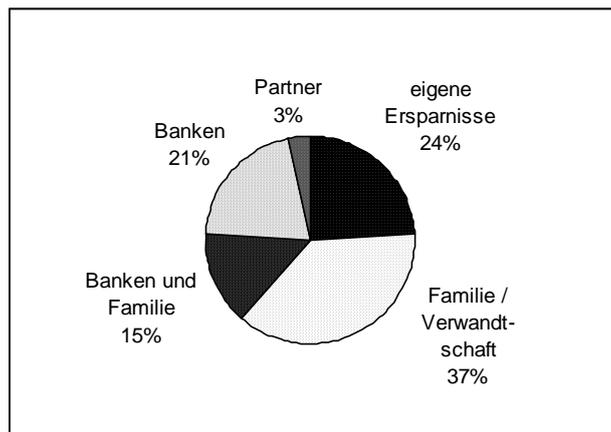
Betriebsinhabern. Lässt man die vorher schon Selbstständigen außen vor, geben drei Viertel der Befragten an, dass sie sich nicht auf die Selbstständigkeit vorbereitet haben.

Aufgrund der geringen Vorbereitung ist auch nicht verwunderlich, dass die Kreditverhandlungen mit der Bank – sofern diese überhaupt aufgenommen wurden – fast ausschließlich in Eigenregie durchgeführt wurden.

Kapitalbeschaffung

Angaben zur Finanzierung der Unternehmen wurden nur bei den Geschäften erhoben und auch hier ohne Nennung von konkreten Zahlen. Bestätigt wird, wie stark die Geschäfte auf eigenem Geld und den (üblicherweise zinslosen) Krediten aus der Familie und Verwandtschaft basieren. Der geringe Anteil von rd. 20 % an Inhabern, die ausschließlich auf Bankkredite angewiesen sind, wirft die Frage auf, ob sich ursprünglich mehr Inhaber Geld leihen wollten. Erstaunlich ist hierbei, dass die Hälfte der Inhaber keinen Kontakt mit Banken aufgenommen hat, darunter alle Inhaber, die das Geschäft mit den eigenen Ersparnissen finanziert haben. Inwieweit trotz Geldbedarf die eigenen Aussichten aufgrund der generellen

Abb. 5.18: Art der Finanzierung der Geschäfte



Zurückhaltung der Banken gegenüber den risikoreichen Branchen Einzelhandel und Gastronomie von Beginn an als aussichtslos eingeschätzt wurden, ließ sich im Rahmen der Interviews nicht erfassen. Schwer zu erfassen ist auch der „objektive“ Kapitalbedarf für den Ladenumbau und die Ausstattung, da der in der Regel vorherrschende Substandard mit hohem „Heimwerkeranteil“ sowohl als Notbehelf aus Geldmangel als auch als kostensparende Strategie interpretiert werden kann.

Die andere Hälfte der Inhaber, die Kontakt mit Banken aufgenommen hat, berichtet in etwa zu gleichen Teilen von positiven und negativen Erfahrungen. Positiv bedeutet v.a., dass man das Geld bekam, was man gewünscht hat. Negativ bedeutet v.a.:

- Es werden zu hohe Bedingungen gestellt, v.a. Sicherheiten in Form von Grundstück/Wohnung verlangt.
- Das eigene Einkommen gilt als zu niedrig; als Arbeitsloser oder Hausfrau habe man keine Chance.
- Die Zinsen sind zu hoch.

Die negativen Erfahrungen bedeuten zwar nicht generell, dass kein Kredit aufgenommen werden konnte, aber immerhin hat die Hälfte derjenigen, die sich innerhalb der Familie Geld geliehen haben, aufgrund von negativen Erfahrungen mit den Banken keinen Kredit erhalten.

Standortwahl

Der Zusammenhang von Wohnen und Arbeiten ist ausgesprochen hoch: gut 80 % der befragten Inhaber wohnen auf der Elbinsel. Die offen gestellte Frage, warum sie ihren Standort auf der Veddel bzw. in Wilhelmsburg gewählt haben, beantworteten fast zwei Drittel dieser Gruppe mit dem Hinweis auf den Wohnort bzw. die damit verbundenen Kenntnisse der Menschen und der lokalen Gegebenheiten. Auch ein großer Teil der übrigen Begründungen macht deutlich, dass der Suchraum von Beginn an auf die Elbinsel begrenzt geblieben ist (Zufall, Empfehlung). Nur rd. 20 % der Befragten äußern Gründe, die sich unter der Rubrik „Standortvorteile“ zusammenfassen lassen. Sie beziehen sich dabei vor allem auf günstige Mieten, fehlende Konkurrenz und die Kundenstruktur (ethnische Zielgruppe). Die wenigen Inhaber, die nicht auf der Elbinsel wohnen, begründen die Standortwahl mit der Übernahme von Geschäften, in denen sie schon vorher gearbeitet haben, und führen ansonsten die gleichen Standortvorteile an.

Dieses Bild der weitgehend „unsystematischen“ - d.h. durch den lebensweltlichen Erfahrungshorizont geprägten - Standortsuche bestätigt sich bei der Frage, wie der Mikrostandort (bezogen auf die Straße) ausgewählt wurde. Wieder sind es rd. 20 % der Inhaber, die konkret die Lagegunst betonen (frequentierte Straße, Nähe zu Supermarkt, günstige Mieten). Ein stärker ausgeprägter Argumentationsstrang bezieht sich auf die Wirkmächtigkeit des eigenen sozialen Netzes (Empfehlungen, Weiterreichen eines Ladens im Bekanntschafts- und Familienkreis). Am stärksten ausgeprägt ist die Argumentation „hat sich so ergeben“: Man ist durch Vorbeifahren, Anzeigen oder andere Zufälle auf den Laden gestoßen. Was tatsächlich für die Lage sprach, konnte nicht begründet werden.

Bis auf eine kleine Minderheit haben sich die Inhaber nicht mit Standortfragen auseinandergesetzt. Auffällig ist der hohe Anteil der Befragten, die die Bedeutung der Nähe von Wohnen und Arbeiten betonen. Dieses Ergebnis ist nach bisherigen Erkenntnissen der TUHH keineswegs als typisch für Migrantenbetriebe zu bezeichnen, sondern spricht eher für eine spezifische Situation auf der Elbinsel, die noch genauer zu untersuchen wäre.

c) Elemente einer Geschäftsstrategie

Einschätzung der ökonomischen Lage und Reaktionen

Danach gefragt, wie sie ihre ökonomische Lage einschätzen, beurteilten rd. 30 % der Inhaber ihre Lage als zufriedenstellend und begründeten dies vor allem damit, dass sie über die Runden kommen. Dies bestätigt die Vermutung, dass generell eine sehr niedrige Anspruchshaltung in Bezug auf den ökonomischen Erfolg besteht. 45 % beurteilten die Lage als „geht so“, 25 % als „schlecht“. Die Begründungen weisen dabei erhebliche inhaltliche Überschneidungen auf und wurden in der Auswertung (als Mehrfachnennungen) zusammengefasst. Überraschend hoch ist in der eher skeptischen Gruppe die negative Bedeutung, die der Einführung des Euro beigemessen wird. Rund 60 % weisen darauf hin, dass die Gewinne entweder über höhere Einkaufspreise oder die gesunkene reale Kaufkraft der Kunden sinken. Die gesunkene Kaufkraft spielt insbesondere bei den Geschäften eine herausragende Rolle. Überraschend ist auch, dass die geringe Kaufkraft an den Euro und nicht etwa an die generell geringe Kaufkraft der Wohnbevölkerung gekoppelt wird, was nur im Einzelfall passiert. Eine weitere Begründung für die nicht so guten Geschäftsaussichten bezieht sich auf die fehlende Kostendeckung durch den Umsatz bzw. die zu geringen Gewinne, die nicht zum Überleben ausreichen (rd. 30 % der Nennungen). Zumindest ansatzweise zeigt sich hier die ökonomisch prekäre Lage vieler Selbstständiger, weil die Gewinn-

margen zu gering sind und selbst bei einem erfolgreichen Betrieb auch nur die Lebenshaltungskosten decken können. Die Bedeutung, die dem Euro beigemessen wird, kann auch der mangelnden Erfahrung der noch jungen Selbstständigen zugeschrieben werden sowie vielleicht auch dem Wunsch nach externen und unverschuldeten Ursachen für die eigene prekäre Lage.

60 % aller Befragten (rd. 50 % der Geschäfte) wollen trotz dieser insgesamt düsteren Aussichten „weitermachen wie bisher“. Die Mehrheit dieser Gruppe hatte ihre Aussichten als „geht so“ bis „eher schlecht“ beurteilt, was wiederum zeigt, wie wenig konzeptionelle und finanzielle Ressourcen vorhanden sind. 10 % der Inhaber wollen aufgeben. Diejenigen, die sich in Zukunft verändern wollen, wollen in erster Linie expandieren (rd. 25 %), indem sie z.B. Flächen und Angebote erweitern; ein kleiner Teil denkt auch über Renovierungen und konzeptionelle Veränderungen nach. Es handelt sich dabei in erster Linie um kleinere Erweiterungen und Veränderungen, die sich aus den bisherigen Erfahrungen mit den Kunden ergeben; von einer wirklichen Planung kann nicht die Rede sein.

Im Rahmen einer Betriebsberatung könnten sich demnach vielfältige Anknüpfungspunkte ergeben: Präzisere Bestimmung, warum das Geschäft sich nicht trägt; Suche nach Alternativen; Überprüfung der Tragfähigkeit von Veränderungsideen etc..

Abgrenzung von der Konkurrenz

In der Außenwahrnehmung erscheinen viele von Migranten geführte Betriebe als austauschbar und ohne Profil. Insbesondere im Einzelhandel scheint der „Preiskampf“ als einzig bedeutende Abgrenzungsstrategie zur Konkurrenz zu existieren. Die Selbstwahrnehmung der Inhaber ergibt jedoch ein fast gänzlich anderes Bild, denn befragt nach den Unterschieden zur Konkurrenz betonen weitaus mehr Inhaber Unterschiede in der Qualität der Waren oder auch Aspekte wie Service, Freundlichkeit und Sauberkeit. Viele Aspekte können letztlich als Selbstverständlichkeit betrachtet werden, die nicht wirklich unterschiedliche Profile ergeben. Im Einzelhandel könnten dies z.B. Unterschiede in der Produktpalette sein, die nicht erwähnt werden. Dieser Unterschied zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung könnte auch ein Ansatzpunkt für Aufklärung über Geschäftsstrategien, Marketing etc. sein.

Kontakt zu deutschen Kunden

Die den Geschäftsinhabern gestellten Fragen, ob und wie sie deutsche Kunden ansprechen wollen, ergeben ein ähnliches Muster. Mehr als 90 % geben an, dass ihnen deutsche Kunden wichtig sind. Die wichtigste Strategie, dies umzusetzen, besteht darin, auf die Nachfrage zu achten und Waren und Dienstleistungen anzubieten, die besonders auf Deutsche zugeschnitten sind. Dazu gehören z.B. Alkohol, Brötchen, Pommes, Zeitschriften. Basis dieses Vorgehens sind wieder die alltäglichen Erfahrungen, die im Kontakt mit den Kunden gemacht werden. Teilweise ergeben sich daraus auch ethische Dilemma, wie beim Alkohol, der zu Einbußen bei der türkischen Kundschaft führen kann, und beim Fleisch („Außer Schweinefleisch haben wir alle Fleischarten im Sortiment“). Die zweite, schon wesentlich seltener benannte Strategie besteht in der Betonung von Service und Qualität. Die dritte Antwortgruppe lässt sich nicht mehr als Strategie bezeichnen, weil einfach alle Kunden gleich (freundlich) behandelt werden. Das Thema Werbung besitzt keine Bedeutung.

Von deutschen Kunden wird oft bemängelt, dass der „Klönchnack“ in den von Migranten geführten Geschäften nicht möglich sei und damit der besondere Reiz des Einkaufens im Nahbereich weg falle. Auch dieses Spannungsverhältnis wird von den Inhabern so nicht reflektiert. 95 % aller Geschäftsinhaber geben an, dass alle Mitarbeiter deutsch sprechen, 90

% halten es für wichtig, dass deutsch gesprochen wird. Begründet wird dies damit, dass man in Deutschland lebe und (überwiegend) deutsche Kunden hat. Deutsch zu sprechen wird also als selbstverständlich betrachtet. Allerdings wird die Möglichkeit, jenseits des Bedienens auch Gespräche zu führen, kaum in Betracht gezogen. Einzelne Inhaber betonen auch den pragmatischen Aspekt, dass Deutsch in dem internationalen Umfeld die Verkehrssprache ist.

Inwieweit die Deutschkenntnisse für Gespräche ausreichen, wurde von den InterviewerInnen bewertet. Danach besitzen jeweils rd. 30 % der Geschäftsinhaber sehr gute und gute Deutschkenntnisse. Bei 25 % reicht es gerade zum Alltagsgespräch, 10 % besitzen kaum Deutschkenntnisse. Die hohe Zustimmung in Bezug auf die Bedeutung der deutschen Sprache hängt nicht von den individuellen Sprachkenntnissen ab (die Zustimmung ist auch bei schlechten Deutschkenntnissen sehr hoch). Dies bestärkt die Vermutung, dass deutsch sprechen eher mit dem unmittelbaren Bedienen und Verkaufen gleichgesetzt wird und nicht mit einer darüber hinaus gehenden Kommunikation.

d) Selbsteinschätzung der Qualifizierungsbedarfe

Die Befragung sollte auch dazu dienen, auf mögliche zukünftige Angebote der Entwicklungspartnerschaft Elbinsel bzw. von Unternehmer ohne Grenze hinzuweisen. (Bekannt ist Unternehmer ohne Grenzen derzeit bei 13 % der Befragten.) Gefragt wurde zunächst offen nach möglichen Bedarfen, worauf rd. 30 % der Befragten Vorschläge machten. Anschließend wurde die Zustimmung anhand von vorformulierten Angeboten abgefragt. Große Unterschiede in Bezug auf die generelle Resonanz haben sich innerhalb der beiden Teiluntersuchungen ergeben. Die Geschäftsinhaber haben sich insgesamt interessiert gezeigt, während die jüngeren Befragten der telefonischen Befragung – außer im Logistikbereich – kaum Bedarfe angemeldet haben.

In Bezug auf die Angebotsvorschläge für mögliche Projekte der Entwicklungspartnerschaft gab es folgenden (unverbindlichen) Grad der Zustimmung:

Abb. 5.19: Zustimmung zu möglichen Qualifizierungsangeboten

Qualifizierungsangebote	Vor-Ort-Befragung „Geschäfte“			Telef. Befrag.
	Insgesamt (63)	EH (34)	Gastro (17)	Gew. / DL (28)
	Anteil „ja“ in Prozent			
Schulungen für Buchhaltung und Betriebsführung	56	52	65	18
Seminare, wie man Kunden anspricht und seine Waren präsentiert	32	40	35	12
Unterstützung bei der Beschaffung eines zinsgünstigen Kredits	56	49	71	27
Beratung für die Gründung eines anderen Betriebes	50	47	53	18
Unterstützung, damit Sie Jugendliche ausbilden können (Lehre 2-3 J.)	56	58	70	-
Fortbildungen und fachliche Qualifizierungen in Ihrem Berufsfeld	39	38	41	18
Fortbildung und Qualifizierung von Mitarbeitern (z.B. in der Küche)	28	16	56	-
Deutschkurse, in denen nur das geübt wird, was Sie für Ihre Arbeit brauchen	28	19	30	3

Betrachtet man offene und geschlossene Fragen zusammen, ergibt sich die höchste Zustimmung beim Thema Betriebsführung: Sie wird bei der Abfrage von mehr als der Hälfte aller Geschäftsinhaber befürwortet und macht ein Drittel der spontanen Antworten aus.

Beratung wird in den selbst formulierten Antworten eher im Sinne allgemeiner Strategie oder auch in Bezug auf Rechtsfragen thematisiert. Wesentlich geringer ist das Interesse an der Außendarstellung des Betriebes und der Kundenakquisition. Dieses Thema scheint aus der Inhaberperspektive mehrheitlich noch „zu weit weg“ zu sein; vielleicht geht ein großer Teil der Inhaber auch davon aus, über ausreichende Kompetenzen zu verfügen.

Das Thema zinsgünstiger Kredit würde als Angebot dankbar angenommen werden, von sich aus haben nur wenige Inhaber dieses Thema angesprochen (wahrscheinlich erscheint es als zu unrealistisch).

Erstaunlich hoch ist das Interesse an einem Betriebswechsel bzw. an einer erneuten Existenzgründung; ein gutes Beratungsangebot vor der Existenzgründung war auch ein Thema der spontanen Antworten.

Bei den Personal- und Qualifizierungsfragen fällt zunächst das hohe Interesse am Ausbildungsthema auf. Dies ist natürlich nur eine vage Einschätzung, die sich nicht unmittelbar umsetzen lässt. Da auch 70 % der Geschäftsinhaber angeben, sie würden ein Praktikum anbieten, sofern Nachfrage besteht, lässt sich dieses Thema aber noch weiter entwickeln. Stärkeren Realitätsbezug hat die eigene fachliche Fortbildung, die auch bei den spontanen Äußerungen mehrfach genannt wird (auch im Sinne von Umschulung oder der Anerkennung des eigenen Berufsabschlusses). Auffällig ist zudem das hohe Interesse an Qualifizierungs- und Ausbildungsfragen im Gastronomiebereich (Restaurants, Imbisse, Kneipen).

Angesichts der guten Deutschkenntnisse bei einem großen Teil der Betriebe, fällt das Interesse an berufsbezogenen Deutschkursen relativ gering aus. Etwas höher ist die Zustimmung bei der Frage, inwieweit die Kurse zumindest teilweise auch in der Muttersprache angeboten werden sollten (rd. 40 % bei den Geschäftsinhabern).

Die Angebote für Geschäftsinhaber dürfen nicht während der regulären Arbeitszeit stattfinden: 40 % ziehen den Abend vor, weitere 40 % das Wochenende. Die Zahlungsbereitschaft wurde nicht abgefragt.

5.6.4 Schlussfolgerungen

Die Migrationsökonomie der Elbinsel entspricht noch weitgehend dem traditionellen Bild von Familienbetrieben, deren ökonomisches Handeln auf lebensweltlich geprägten Erfahrungs- und Deutungsmustern basiert. Deutlich wird dies v.a. an dem Ungleichgewicht zwischen den geringen (kaufmännischen) Erfahrungen in den Geschäftsfeldern und dem dennoch geringen Grad an professioneller Vorbereitung auf die Selbstständigkeit. Standortentscheidungen ergeben sich anhand der Nähe zum Wohnort und werden weitgehend dem Zufall überlassen; Geschäftsstrategien sind kaum erkennbar bzw. basieren einzig auf den Alltagserfahrungen mit den Kunden. Aufgrund von fehlendem Know how und den geringen finanziellen Handlungsspielräumen - die sich auch aus der weitgehend vorherrschenden Eigenfinanzierung ergeben - bestehen kaum Reaktionsmöglichkeiten auf die prekäre Lage und die schlechten Zukunftsaussichten. Widersprüche zwischen dem positiven Selbstbild und der Außenwahrnehmung werden scheinbar nicht wahrgenommen.

Diesem traditionellen Bild steht jedoch entgegen, dass es sich größtenteils um relativ junge Unternehmer und neu gegründete Firmen und Geschäfte handelt. Warum diese sich trotzdem noch weitgehend in den traditionellen Mustern der Migrationsökonomie bewegen bzw. überhaupt diese Erwerbsperspektive gewählt haben, lässt sich nicht allein mit dem Hinweis auf fehlende sonstige Erwerbsmöglichkeiten beantworten: Nur ein kleiner Teil ist aus der Erwerbslosigkeit in die Selbstständigkeit gewechselt. In Bezug auf die Qualifikationen und

die Erfahrungen mit dem hiesigen Erwerbs- und Ausbildungssystem zeigt sich zum einen, dass rd. 90 % der Befragten zugewanderte Migranten sind, aber immerhin ist die Hälfte hier zur Schule gegangen und mehr als die Hälfte der Befragten besitzt eine Berufsausbildung. Die Heterogenität der (formellen) Qualifikationsniveaus weist darauf hin, dass es sich hier um komplexere Entscheidungsprozesse handelt, die noch genauer zu untersuchen wären. Dazu gehört auch die Frage, welchen Einfluss das spezifische Milieu der Elbinsel besitzt, das sich z.B. in einer extrem engen Beziehung von Arbeiten und Wohnen innerhalb der Migrationsökonomie ausdrückt.

Eine Abweichung vom traditionellen Bild des Familienbetriebs besteht in Bezug auf die Personalstruktur. Trotz der weiterhin bestehenden Dominanz der Arbeit im Familienkontext sind immerhin ein Drittel der insgesamt in den Firmen arbeitenden Personen „externe“ Mitarbeiter. Personalfragen scheinen zunehmend wichtiger zu werden, obwohl noch nicht deutlich geworden ist, inwieweit sich mehr formelle Arbeitsplätze schaffen lassen.

Trotz der bestehen Unklarheiten erscheint es aus Sicht der TU Hamburg-Harburg angebracht, ein Projekt zur Nachqualifizierung der Inhaber von Kleinbetrieben mit Migrationshintergrund zu entwickeln. Der objektive Bedarf ist offensichtlich und zumindest bei den Geschäftsinhabern ist eine Bereitschaft erkennbar, diese Angebote auch anzunehmen. Neben den Qualifizierungs- und Professionalisierungsmaßnahmen, die auf die Stützung bestehender Kleinbetriebe abzielen, bieten sich ebenso Möglichkeiten, aus dem Kontext der EP Elbinsel entwickelte Projektideen zu verwirklichen, da zumindest ein Teil der Selbstständigen offen für neue Geschäftsideen ist.

6. Schulerfolg und Ausbildung auf der Elbinsel

In diesem Kapitel sollen zunächst die Schulabgängerquoten der Elbinsel dargestellt und interpretiert werden. Anschließend werden die Chancen der Schulabgänger mit niedrigem Abschluss im dualen System bewertet, insbesondere in Bezug auf das Handwerk. Die aktuellen Daten über die Auszubildenden, die auf der Elbinsel wohnen folgen in Kapitel 6.3. Anschließend wird danach gefragt, inwieweit die allgemein bildenden Schulen das Thema Berufsorientierung mit der Entwicklung neuer Lern- und Kooperationsformen verbinden. Zum Schluss wird auf die Bedeutung des sozialen und kulturellen Kapitals verwiesen.

6.1 Schulabgänger auf der Elbinsel

Die AG Bildung und Schule der Zukunftskonferenz hat den hohen Anteil an SchulabgängerInnen, die keinen Schulabschluss erzielen oder die Schule vorzeitig abbrechen, als entscheidenden empirischen Beleg für die problematische Bildungssituation im Stadtteil angeführt. Die beiden folgenden Tabellen geben einen Überblick über die Abgänger der beiden Schuljahre 99/00 und 00/01.

Abb. 6.1: SchulabgängerInnen der allgemein bildenden Schulen nach Schulform Schuljahre 1999/2000 und 2000/2001

	Anzahl Alle Schul- abgänger	Schulabschlussquoten				
		ohne HS	Haupt- schule	Real- schule	FH- Schule	Abitur
Hamburg	29.029	13 %	24 %	30 %	2 %	32 %
Elbinsel insgesamt	1.055	25 %	38 %	24 %	1 %	12 %
<i>Schulform Veddel</i>						
Hauptschule	61	(62 %)	(38 %)			
<i>Schulform Wilhelmsburg</i>						
Hauptschule	194	23 %	77 %			
Realschule	177	3 %	15 %	81 %		
Gymnasium	87			13 %	6 %	82 %
Gesamtschule	431	16 %	48 %	23 %	1 %	13 %
Förderschule	105	100 %				

Quelle: Statistisches Landesamt, eigene Berechnungen

Rein rechnerisch ergibt sich für die beiden Schuljahre insgesamt eine Schulabgängerquote ohne Abschluss von 25 % für die Elbinsel, die damit fast doppelt so hoch ist wie die Abgängerquote für Hamburg. Aus dieser Quote darf jedoch nicht umstandslos gefolgert werden, dass jeder vierte Schüler oder Schülerin im Schulsystem scheitert.

Notwendig ist zunächst ein differenzierter Blick auf die verschiedenen Schulformen. In Wilhelmsburg gehen verhältnismäßig viele SchülerInnen (11 %, HH: 6 %) auf die beiden Förderschulen, in denen kein Abschluss absolviert werden kann. Bisher ungeklärt ist, inwieweit SchülerInnen in die Förderschule „abgeschoben“ werden, die bei einer frühzeitigeren Unterstützung auch einen Hauptschulabschluss hätten erreichen können. Dagegen ist die Situation an den Hauptschulen in Wilhelmsburg und auf der Veddel angesichts der Abgängerquoten ohne Schulabschluss tatsächlich bedenklich.

Die Quote der Schulabgänger betrifft nicht nur die Absolventen der Abschlussklassen, sondern alle Abgänger. In Hamburg verlassen 27 % aller Schüler, die keinen Hauptschulabschluss erreichen, die Schule schon vor den Abschlussklassen (s. nächste Abbildung, letzte Zeile). Auf der Veddel sind es aufgrund besonderer Bedingungen sogar drei Viertel der 61 SchülerInnen. Aus den hier bestehenden Auffang- und Vorbereitungsklassen für Kinder und

Jugendliche der Flüchtlingsschiffe wird ein Teil der Jugendlichen in den Regelbetrieb übernommen und verlässt die Schule schon vor der 9. Klasse (s. „nichtdeutsch ohne türkisch“). Warum sie vorzeitig abbrechen und was sie anschließend gemacht haben, ist bisher nicht bekannt. Die Angaben für die wenigen deutschen und die türkischen SchülerInnen weisen jedoch auch ohne diesen „externen“ Verstärkungseffekt auf eine dramatische Lage an der Hauptschule hin. In Wilhelmsburg ist der Anteil der vorzeitigen Schulabgänger (ohne Berücksichtigung der Schulform) weitaus geringer ausgeprägt und überraschenderweise liegen die Quoten der Migranten unterhalb der Hamburger Werte. In Wilhelmsburg ist demnach der Anteil der Schüler ohne Abschluss überdurchschnittlich hoch, nicht aber der der Schulabbrecher.

Abb. 6.2: SchulabgängerInnen der allgemein bildenden Schulen nach Staatsangehörigkeit Schuljahre 1999/2000 und 2000/2001

Veddel	Schulabgänger	ohne HS		HS
		7. - 9. Klasse	davon 7./8.	9.
deutsch	10	50 %	40 %	50 %
türkisch	26	46 %	83 %	54 %
nichtdeutsch o. türkisch	25	84 %	76 %	16 %
insgesamt	61	62 %	74 %	38 %

Wilhelmsburg	Schulabgänger	ohne HS		HS	RS	FHR	ABI
		7. - 10. Klasse	davon 7./8.	9. / 10.			
deutsch	609	23 %	22 %	36 %	25 %	1 %	14 %
türkisch	219	26 %	9 %	46 %	22 %	0 %	7 %
nichtdeutsch o. türkisch	166	15 %	8 %	38 %	30 %	2 %	15 %
insgesamt	994	22 %	17 %	38 %	25 %	1 %	13 %

Hamburg	Schulabgänger	ohne HS		HS	RS	FHR	ABI
		6.-10. Klasse	davon 6.-8.	9. / 10.			
deutsch	23.694	11 %	29 %	22 %	30 %	2 %	36 %
türkisch	1.982	24 %	22 %	39 %	26 %	2 %	9 %
nichtdeutsch o. türkisch	3.353	19 %	20 %	28 %	33 %	2 %	18 %
insgesamt	29.029	13 %	27 %	24 %	30 %	2 %	32 %

Quelle: BBS, eigene Berechnungen

In Bezug auf die Staatsangehörigkeit lassen die Daten nur eine Differenzierung zwischen den drei in der Tabelle genannten Gruppen zu. Weitere Angaben über Bildungsinländer, Herkunftssprachen und Migrationshintergrund liegen für die Abgängerdaten nicht vor. Angesichts der zunehmenden Einbürgerungen nimmt die Aussagekraft dieser Kategorien deutlich ab, sodass Interpretationen über Deutsche und Migranten nur sehr begrenzt möglich sind. Unter der Einschränkung ergibt sich folgendes Bild: In Wilhelmsburg sind die nicht-deutschen SchülerInnen ohne die türkischen etwas erfolgreicher als die deutschen (geringster Anteil ohne Hauptschulabschluss, höchster Realschul- und Abituranteil). Dagegen schneiden die türkischen SchülerInnen schlechter ab als die deutschen. Die im Bericht der Zukunftskonferenz auf Basis der 98er Zahlen aufgestellte Interpretation, dass nichtdeutsche Jugendliche bessere Abschlussquoten als deutsche erreichen, bewahrheitet sich auf Basis dieser Zahlen also nur bedingt. Der Vergleich zwischen den Wilhelmsburger und den Hamburger Daten zeigt, dass in Bezug auf die Abschlussquoten der türkischen und der übrigen nichtdeutschen SchülerInnen keine gravierenden Unterschiede bestehen (v.a. zwischen

Abgängern ohne Abschluss und Abitur). Stark abweichend ist dagegen der Erfolg der deutschen Jugendlichen im Vergleich zwischen Wilhelmsburg und Hamburg: Doppelt so viele deutsche Schüler verlassen in Wilhelmsburg die Schule ohne Abschluss; weniger als die Hälfte machen Abitur.

Die Schulen der Elbinsel bringen bezogen auf die drei relevanten Schulabschlüsse mehrheitlich Hauptschüler hervor; Schüler ohne Abschluss sowie Hauptschüler bilden die absolute Mehrheit der abgehenden Schüler. In Hamburg bilden dagegen die Abiturienten die größte Gruppe, Hauptschüler die kleinste; Schüler ohne Abschluss sowie Hauptschüler machen etwas mehr als ein Drittel der Abgänger aus.

Der Anteil der Wilhelmsburger Abiturienten ist im Vergleich zum Hamburger Durchschnitt auf den ersten Blick eklatant niedrig. Allerdings machen in Hamburg deutlich mehr Schüler als im Bundesdurchschnitt Abitur, was sich v.a. mit dem hohen Anteil einer wohlhabenden bildungsbewussten Mittel- und Oberschicht an der Hamburger Bevölkerung begründen lässt. In den unterschiedlichen Abiturquoten drückt sich nicht zuletzt die extrem Spanne von Arm und Reich im Stadtstaat Hamburg aus. Der geringe Abituranteil unter den Hamburger und Wilhelmsburger Migranten relativiert sich ebenso im Vergleich zum Bundesdurchschnitt: 1999 machten nur 11 % aller SchülerInnen ohne deutschen Pass Abitur.

Ursachen des Misserfolges

Auf der Elbinsel waren in den Jahren 2000 und 2001 gut 40 % der Schulabgänger „Ausländer“, dazu kommen die eingebürgerten Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Diese Jugendlichen sind in etwa genauso erfolgreich bzw. erfolglos wie in Hamburg und im gesamten Bundesgebiet. Das Qualifikationsdilemma ist in Bezug auf diese Jugendlichen kein spezifisches Problem der Elbinsel. Das macht die Lage zwar nicht weniger dramatisch, aber relativiert die Suche nach Ursachen und Lösungsansätzen vor Ort. Der Fehler scheint vielmehr grundsätzlicher im Schulsystem als Ganzem zu liegen.

Im Vergleich schwächer sind die Schüler mit deutscher Staatsangehörigkeit. Begründen lässt sich dies mit der Dominanz einer bildungsfernen deutsche Unterschicht auf der Elbinsel bzw. dem relativ geringen Anteil von bildungsbewussten Mittelschichtsfamilien. Auch dieses Qualifikationsdefizit verweist in erster Linie auf Fehler im Schulsystem, dem es kaum gelingt, den Wirkungszusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufzubrechen. Das in der Diskussion über die Zukunft der Elbinsel eingebrachte Argument, der Wegzug der Mittelschichtsfamilien müsse verhindert und ihr Zuzug gefördert werden, ändert an dem Grundproblem nur wenig, weil sich hierdurch zunächst nur der statistische Durchschnitt, nicht aber der Bildungserfolg der Unterschichten ändern würde.

Die Interpretation der Wirkungszusammenhänge muss vor dem Hintergrund der Auswertungen der PISA-Studie erfolgen, die einmal mehr die „Illusion der Chancengleichheit“ (Bourdieu) vor Augen führt. Das bildungspolitische Ziel, soziale, ethnische und kulturelle Ungleichheiten der Bildungsbeteiligung und des Bildungserfolges auszugleichen, wird nicht erreicht. „Trotz des Nachweises eines langsamen Entkoppelungsprozesses – dieser Nachweis ist wichtig, weil er an die grundsätzliche Modifizierbarkeit des Zusammenhanges erinnert – muss man von einer hohen Stabilität der Grundstruktur sozialer Disparitäten in der Bildungsbeteiligung sprechen. Dies legt nahe, die Institution Schule selbst als Ursache der Disparitäten zu identifizieren und dann eine nach wie vor bestehende ‚soziale Diskriminierung von Arbeiterkindern‘ im Bildungssystem zu diagnostizieren.“ (PISA 2000: 352). Welche Diskriminierungsmechanismen dafür verantwortlich sind, wurde im Rahmen von PISA nicht empirisch untersucht. Die unterschiedlichen Befunde über den immer noch stark ausgeprägten Wirkungszusammenhang von sozialer Herkunft und Kompetenzerwerb sind je-

doch erdrückend. Es wird dargelegt, wie bei Kindern und Jugendlichen aus den unteren Sozialschichten im Verlauf der Schulkarriere die Benachteiligungen kumulieren (Zurückstellungen, Sitzen bleiben und Schulwechsel nach unten). Bei den viel zitierten Lesetests weichen die Leistungen der Jugendlichen aus Arbeiterfamilien um über 100 Punkte von denen aus der oberen Dienstklasse ab: die höchste Abweichung innerhalb der OECD-Studie.¹² Ein weiteres Fazit von PISA und anderen Studien ist, dass das gegliederte deutsche Schulsystem die gesellschaftlichen Gruppen nicht integriert, sondern nach wie vor scharf in oben und unten selektiert, wobei schon in der Grundschule Weichenstellung und soziale Auslesemechanismen stattfinden, die die weiterführenden Schulen nicht mehr ändern können oder wollen.

Die räumliche Konzentration von bildungsbenachteiligten Migranten und einer bildungsfernen deutschen Unterschicht machen daher zuallererst strukturelle Defizite des Bildungssystems statistisch sichtbar. Inwieweit die räumliche Konzentration selbst, in Form eines sich selbst verstärkenden Prozesses, ein Problem ist, kann an dieser Stelle nicht beurteilt werden. Experten und BewohnerInnen berichten von einem Selbstverstärkungsprozess auf der Elbinsel, der eine weitere Fluchtbewegung der Bildungsinteressierten und eine allgemeine Resignation hervorrufe. Allerdings sind dies Interpretationen von Wirkungszusammenhängen, die genauer untersucht werden müssten. Führt der hohe Migrantenanteil tatsächlich zur Absenkung des Leistungsniveaus? Würde der Verbleib der deutschen Schüler tatsächlich das allgemeine Lernniveau steigern? Inwiefern stehen hinter der Flucht der Deutschen Gründe, die nicht unmittelbar mit dem Leistungsniveau zusammenhängen?

In Bezug auf mögliche Handlungsstrategien sei noch einmal auf den internationalen Vergleich innerhalb der PISA-Studie verwiesen:

„Während in Deutschland die Koppelung von sozialer Lage der Herkunftsfamilie und dem Kompetenzerwerb der nachwachsenden Generation ungewöhnlich straff ist, gelingt es in anderen Ländern ganz unterschiedlicher geographischer Lage und kultureller Tradition, trotz ähnlicher Sozialstruktur der Bevölkerung, die Auswirkungen sozialer Herkunft zu begrenzen. Dies ist in der Regel auf eine erfolgreiche Förderung von Kindern und Jugendlichen aus sozial schwächeren Schichten zurückzuführen. Eine stärkere Entkoppelung von sozialer Herkunft und Kompetenzerwerb muss nicht mit einer Absenkung des Niveaus verbunden sein. Im Gegenteil: Eher deutet sich eine Tendenz an, dass bei einer Verminderung sozialer Disparitäten auch das Gesamtniveau steigt, ohne dass in der Spitze Leistungseinbußen zu verzeichnen wären.“ (PISA 2000: 393).

6.2 Chancen der Jugendlichen mit niedrigem Schulabschluss im dualen System

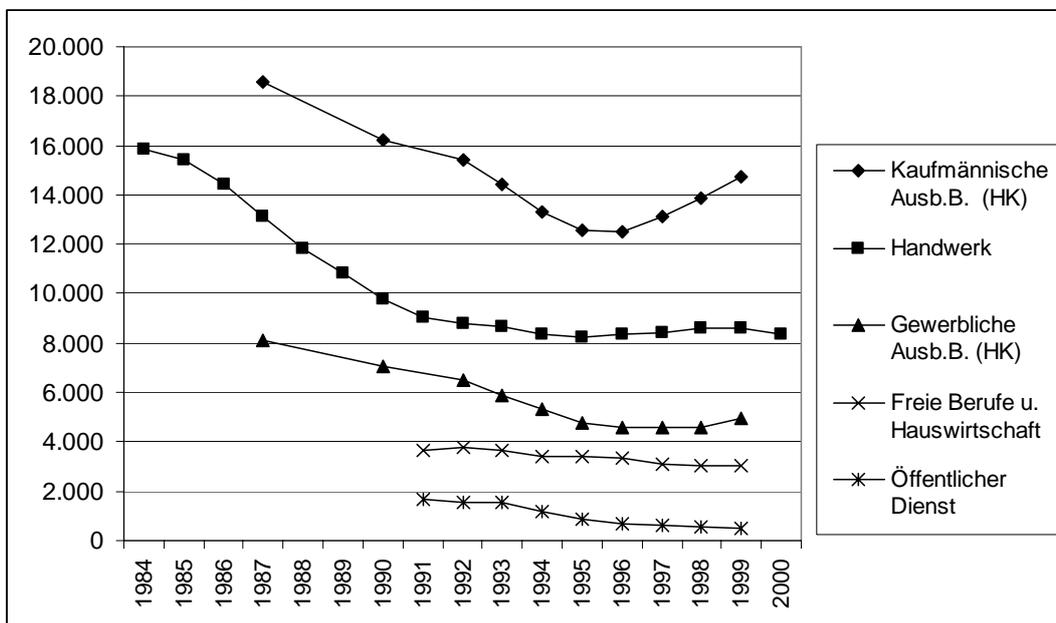
Laut PISA gehören in Deutschland 23 % der 15-Jährigen der potenziellen Risikogruppe der schwachen und extrem schwachen Leser an, die in einer „Wissensgesellschaft“ kaum eine Chance besitzen. „Als Risikofaktoren, die die Wahrscheinlichkeit der Zugehörigkeit zu dieser Gruppe erhöhen, erweisen sich niedrige Sozialschicht, niedriges Bildungsniveau und Migrationshintergrund der Herkunftsfamilie sowie männliches Geschlecht.“ (PISA 2000: 401) An sich ist die Existenz dieses „Bildungsproletariats“ nichts Neues, verändert haben sich in erster Linie die Anschlussperspektiven der Jugendlichen. Während sich früher die

¹²Dieser Befund darf jedoch nicht mit einem einheitlichen Leistungsniveau in den einzelnen Sozialschichten gleichgesetzt werden. „Leseexperten und schwache Leser sind in jeder Sozialschicht zu finden. Allerdings ist auch nicht zu übersehen, dass die Gruppe potenzieller Risikogruppen, deren Lesekompetenz die elementare Stufe I nicht überschreitet, in den untersten Sozialschichten besonders groß ist.“ (PISA 2000: 365)

„abgebenden“ Schulen sicher sein konnten, dass diese Jugendlichen über das duale System oder als „Jungarbeiter“ ohne Lehre in Handwerk, Industrie und Handel unterkommen, hat sich die Integrationsperspektive grundlegend gewandelt. Wie sehen heute die Chancen der Jugendlichen auf dem Hamburger Ausbildungsmarkt aus, die die allgemein bildenden Schulen ohne Schulabschluss oder nur mit einem Hauptschulabschluss verlassen und die auf der Elbinsel gegenwärtig mehr als die Hälfte der SchulabgängerInnen ausmachen?

Das Gesamtangebot der Ausbildungsplätze in Hamburg, das in den letzten fünf Jahren wieder eine ansteigende Tendenz aufwies, sagt wenig über die Zugänglichkeit der Stellen für SchülerInnen mit einem schlechten Schulabschluss aus. Eine immer noch grobe Betrachtung in den einzelnen Wirtschaftssektoren zeigt, dass der Anstieg der Ausbildungsplätze auf die Zunahme im kaufmännischen Bereich zurückgeht, während Handwerk und Industrie seit Mitte der 90er Jahre auf einem niedrigen Niveau verharren.

Abb. 6.3: Ausbildungsplätze in Hamburg



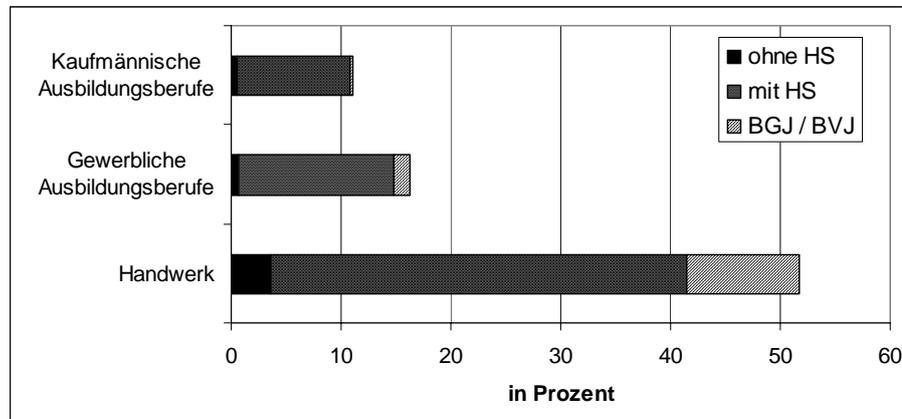
Quelle: STALA 2001, Handelskammer Hamburg 2000, Handwerkskammer Hamburg

Der Hamburger Ausbildungsmarkt ist zugleich ein regionaler Markt, dessen Einzugsbereich weit in das Hamburger Umland reicht. Mittlerweile sind knapp 30 % der Hamburger Auszubildenden Einpendler, die v.a. in IT- und kaufmännischen Berufen ausgebildet werden. Parallel zu den steigenden Ausbildungszahlen im kaufmännischen Bereich sind auch die Einpendlerzahlen in den vergangenen Jahren stark angestiegen; d.h. von dem Zuwachs profitieren v.a. qualifizierte Jugendliche aus dem Umland, während die absolute Zahl der Hamburger Azubis seit 1995 relativ konstant ist (vgl. Pilotstudie 2002: 62).

Die modernen IT-Ausbildungsberufe bilden nur die Spitze eines steigenden Ausbildungsniiveaus, neuer Kooperationsformen im dualen System (Fachhochschulen, Akademien) und höherer Anforderungen an die schulische Qualifikation, die einem inoffiziellen Numerus clausus gleichkommen: Ein großer Teil der Lehrstellen ist nur noch für Abiturienten und gute Realschüler erreichbar; Hauptschülern werden nur noch geringe „Berufseinstiegschancen“ zugestanden (vgl. Wirtschaftsverein Harburg-Wilhelmsburg 2002). Einen empirischen Hinweis darauf geben die Schulabschlüsse bei den Neuzugängen in der Ausbildung: Im Jahre 1999 wurden bei der Handwerkskammer Hamburg rd. 3000 neue Ausbildungsverhältnisse abgeschlossen, bei der Handelskammer rd. 7.800 (6.100 kaufmännische und 1.700

gewerbliche). Ein knappes Viertel der neuen Auszubildenden (2.500 Personen bzw. 23 %) hatte keinen Schulabschluss, einen Hauptschulabschluss oder kam aus dem Berufsvorbereitungs- bzw. dem Berufsgrundbildungsjahr.

Abb. 6.4: Neuzugänge in Ausbildung mit niedriger schulischer Qualifikation 1999



Quelle: Pilotstudie 2002, Handelskammer Hamburg 2000

Im kaufmännischen Ausbildungsbereich wurde 1999 nur ca. jeder zehnte, im gewerblichen Bereich der Handelskammer ca. jeder sechste und bei der Handwerkskammer immerhin noch jeder zweite Ausbildungsplatz von SchülerInnen mit niedrigen Abschlüssen „besetzt“. Diese Anteile, d.h. die Zugänglichkeit der Lehrstellen für diese Schülergruppe, sind seit Jahren leicht rückläufig. Bei der Handwerkskammer hat der Anteil der RealschülerInnen mittlerweile auf rd. 30 % zugenommen, bei der Handelskammer der der Abiturienten. Die relative Chancenlosigkeit für Hauptschüler, einen kaufmännischen Beruf zu erlernen, wird auch daran deutlich, dass fast die Hälfte der Azubis Abiturienten sind (47 %). Im gewerblichen Ausbildungsbereich dominieren dagegen die Realschüler (48 %).

Die steigende Nachfrage v.a. der Betriebe aus Industrie und Handel nach Jugendlichen mit Realschulabschluss und Abitur entspricht nicht dem „Angebot“ an BewerberInnen. Die Auswertung der beim Arbeitsamt registrierten BewerberInnen im Jahr 2000 zeigt einen insgesamt hohen Anteil von Jugendlichen mit schlechten Startchancen, da sich rd. 37 % der Bewerberinnen ohne Schulabschluss oder nur mit einem Hauptschulabschluss bewarben (Pilotstudie 2002: 67). Ein großer Teil dieser Jugendlichen hat tatsächlich kaum eine Chance auf einen Ausbildungsplatz. Die bekannte und mittlerweile allseits beklagte Folge der ansteigenden Einstiegsschwellen in die duale Ausbildung sind weitgehend erfolglose Warteschleifen der Jugendlichen an den Berufsfachschulen und der Eintritt in das vielgliedrige System der Benachteiligtenförderung.

6.3 Auszubildende der Elbinsel

Derzeit machen 738 Jugendliche der Elbinsel einer Ausbildung in kammerzugehörigen Betrieben (Handels-, Handwerks-, Ärzte-, Zahnärztekammer, vgl. Fußnote Kap. 5.3). Davon sind rd. 90 Jugendliche BewohnerInnen der Veddel (inkl. Harburger Chaussee), rd. 250 wohnen in Wilhelmsburg-West (PLZ 21107), und rd. 400 in Wilhelmsburg-Ost (21109). 41 % der Auszubildenden sind weiblich¹³.

Eine der wichtigen Fragen ist die nach den Ausbildungsorten der Jugendlichen. Ein Viertel der Jugendlichen lernt auf der Elbinsel, gut 40 % lernen auf der Elbinsel oder in Harburg. Zwischen den Geschlechtern bestehen keine gravierenden Unterschiede in Bezug auf die Ausbildungsorte, auffällig ist allerdings der Unterschied zum Ausbildungsort Zentrum: Hier werden trotz der Größenunterschiede der beiden Gruppen mehr Frauen als Männer ausgebildet.

Abb. 6.5: Räumliche Verteilung der Ausbildungsorte

Ausbildungsort	Azubis		davon			
	Anzahl	Anteil	Männer		Frauen	
			Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Elbinsel	180	26%	101	25%	79	27%
Harburg	113	16%	72	18%	41	14%
Wandsbek	111	16%	69	17%	42	14%
Zentrum	105	15%	44	11%	61	21%
Eimsbüttel	60	9%	34	9%	26	9%
Altona	58	8%	37	9%	21	7%
Nord	40	6%	28	7%	12	4%
Bergedorf	16	2%	9	2%	7	2%
Umland	8	1%	6	2%	2	1%
Postfächer*	47		32		15	
insgesamt	738		432	59 %	306	41 %

*Aufgrund der Postfachadressen der Betriebe ist keine räumliche Zuordnung möglich

Quelle: HK, HKW, ÄK (ohne Veddel), ZÄK, eigene Berechnungen

Die Jugendlichen lernen rd. 115 verschiedene Berufe. Die 20 häufigsten Ausbildungsberufe umfassen zwei Drittel der Jugendlichen. Diese 20 Berufe werden – ebenso wie bei der Gesamtzahl – zu einem Viertel auf der Elbinsel ausgebildet. Bezogen auf die einzelnen Berufe bestehen erhebliche Abweichungen im lokalen Angebot; insbesondere der beliebteste Beruf: Kaufmann/-frau im Einzelhandel wird selten vor Ort angeboten. Die engste Beziehung zwischen Wohn- und Ausbildungsort besteht bei den Speditionskaufleuten, die den mit Abstand am häufigsten angebotenen Ausbildungsberuf der Elbinsel darstellen (vgl. Kap. 5.3), sowie bei der Arzhelferin.

Im Vergleich zur bundesweiten Rangfolge der beliebtesten Ausbildungsberufe fällt auf, dass der bundesweit an Platz 3 liegende KFZ-Mechaniker auf der Elbinsel nur auf Platz 9 liegt. Koch/Köchin sowie Verkäufer/-in, die bundesweit auf Platz 9 und 13 liegen, tauchen auf der Elbinsel nicht unter den ersten 20 auf. Dagegen spielen die Berufe aus der Hafens-

¹³Da Rechtsanwalt- und Steuerfachangestellte, die bundesweit Rang 18 und 22 der häufigsten Ausbildungsberufe einnehmen, nicht erfasst sind, wird die Zahl der weiblichen Azubis noch etwas höher liegen.

wirtschaft (Speditionskaufleute, Fachkraft für Lagerwirtschaft) in der bundesweiten Rangfolge keine bedeutende Rolle. Erwähnenswert ist weiterhin die geringe Bedeutung des Einfachberufes des Handelsfachpackers.

Abb. 6.6: Die 20 häufigsten Ausbildungsberufe der Jugendlichen mit Wohnort Elbinsel

Nr.	Anzahl		davon Elbinsel
	Azubis	Berufsbezeichnung	
1	51	Kaufmann/-frau im Einzelhandel	6
2	48	Friseure	11
3	40	Maler und Lackierer	5
4	37	Bürokaufmann/-frau	6
5	36	Zahnarzthelferin	16
6	30	Speditionskaufmann/-frau	15
7	29	Kaufm./-frau im Groß- & Außenhandel	7
8	27	Arzthelferin (ohne Veddel)	16
9	27	Kraftfahrzeugmechaniker	9
10	26	Elektroinstallateur	10
11	19	Kaufmann/-frau für Bürokommunikation	4
12	18	Fachkraft für Lagerwirtschaft	5
13	18	Metallbauer	6
14	17	Industriemechaniker	3
15	16	Tischler	2
16	14	Konstruktionsmechaniker	7
17	13	Gas- u. Wasserinstallateure	3
18	13	Hotelfachmann/-frau	4
19	11	Versicherungskaufmann/-frau	0
20	10	Bankkaufmann/-frau	2
	500		137

Quelle: HK, HKW, ÄK, ZÄK, eigene Berechnungen

Die Hälfte der Auszubildenden der Elbinsel hat keinen Schulabschluss oder einen Hauptschulabschluss. Die Gruppe macht im Bereich der Handwerkskammer (HWK) drei Viertel der Auszubildenden aus, bei der Handelskammer (HK) ein Drittel.

Abb. 6.7: Schulabschlüsse der Auszubildenden der Elbinsel

Schulabschluss	Azubis		HWK		davon HK		ÄK/ZÄK	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
ohne Abschluss	46	7 %	32	13 %	13	3 %	1	2 %
Hauptschule	302	43 %	154	62 %	120	31 %	28	44 %
Realschule	267	38 %	58	23 %	176	46 %	33	52 %
Fachhochschulreife	29	4 %	2	1 %	27	7 %	0	-
Abitur	52	7 %	1	0 %	50	13 %	1	2 %
Keine Angaben	42				42			
insgesamt	738		247		428		63	

Quelle: HK, HKW, ÄK (ohne Veddel), ZÄK, eigene Berechnungen

Der Anteil der Migranten an den Auszubildenden im Bereich der Handels- und Handwerkskammer beträgt 27 %. Auffällig ist der niedrige Anteil der türkischen Frauen an den Aus-

zubildenden. Bei den übrigen Migranten entspricht der Anteil dem der deutschen Staatsangehörigen (hier können sich allerdings die fehlenden Angaben der beiden Ärztekammern bemerkbar machen.)

Abb. 6.8: Verteilung Geschlecht und Schulabschluss nach Staatsangehörigkeit

Nationalität	Azubis HK/HWK		Schulabschluss*				
	Anzahl	Anteil Frauen	Ohne Abschluss	Hauptschule	Realschule	Fach-hoch.	Abitur
deutsch	493	38 %	5 %	39 %	40 %	6 %	10 %
türkisch	95	23 %	17 %	54 %	25 %	2 %	2 %
übrige Migranten	87	38 %	8 %	52 %	34 %	2 %	3 %
insgesamt	675	36 %	7 %	43 %	37 %	5 %	8 %

*für 42 Personen sind keine Angaben vorhanden

Quelle: HK, HKW, eigene Berechnungen

Die Auszubildenden mit deutscher Staatsangehörigkeit besitzen eine deutlich bessere schulische Qualifikation als die Migranten, unter denen die türkischen Staatsangehörigen den höchsten Anteil der niedrig qualifizierten Auszubildenden mitbringen: 70 % haben keinen Abschluss oder einen Hauptschulabschluss.

6.4 Chancen im Handwerk?

Jugendliche mit niedrigem Schulabschluss haben, was die „nackten Zahlen“ angeht, im Handwerk immer noch vergleichsweise gute Chancen. Angesichts des hohen Anteils an HauptschülerInnen auf der Elbinsel stellt sich die Frage, ob sie ein Potenzial für das Handwerk sind, auf das gezielt gesetzt werden sollte.

Aufgrund der kleinbetrieblichen Struktur der weitgehend inhabergeführten Betriebe¹⁴ besitzt Ausbildung im Handwerk einen anderen Stellenwert als im Handel und in der Industrie; traditionell leisten die einzelnen Handwerksbetriebe einen weitaus größeren Beitrag im dualen System als die Betriebe der Handelskammer. Dies drückt sich u.a. am Anteil der Auszubildenden an den jeweiligen Belegschaften aus. In den Großbetrieben arbeiten anteilmäßig nicht nur weniger Lehrlinge, die Ausbildung wird dort in zunehmendem Maße auch in gewinnbringende Lern- und Assessmentzentren ausgelagert, die ihrerseits kein Risiko mit schlechten Schülern oder „ungeraden“ Biografien eingehen können. Die Ausbildungsbereitschaft der Hamburger Handwerksbetriebe ist jedoch seit Mitte der 80er Jahre, als die geburtenstarken Jahrgänge die Schulen verließen und knapp über 40 % der (Voll-)Handwerksbetriebe ausgebildet haben, deutlich gesunken: Heute bildet nur noch jeder vierte (Voll-)Handwerksbetrieb aus (Handwerkskammer 2002). Dass die absolute Zahl der Lehrstellen nicht noch weiter sank, liegt v.a. an der außerbetrieblichen Ausbildung, die im Jahr 2000 rd. jeden zehnten Lehrling aufnahm (12 %). In einzelnen Gewerken wie dem Holzgewerbe hat die außerbetriebliche Ausbildung einen fast schon dominanten Stellenwert (40 %).

Eine weitere Einschränkung bezieht sich auf die Perspektiven des Handwerks. Die Bestandszahlen der Handwerksbetriebe sind seit Jahren kontinuierlich rückläufig. Mittlerweile

¹⁴ In einer 1997 von der Handwerkskammer durchgeführten Betriebsbefragung erzielten die folgenden drei Nennungen mehrheitliche Zustimmung bei der Frage nach den Ausbildungsgründen: Erhalt des innerbetrieblichen Fachkräftebedarfs (80 %), Erhalt des Nachwuchses für den Berufsstand (70 %), Ausbildung als gesellschaftliche Verpflichtung (56 %). (Handwerkskammer Hamburg 1997)

ist fast jeder Vierte Betriebsinhaber über 60 Jahre alt, mehr als ein weiteres Viertel ist in den 50ern. Im Zuge des anstehenden Generationenwechsels wird die Zahl der Betriebe und damit auch die Zahl der Ausbildungsstellen weiter zurückgehen.

Der häufig geäußerten Meinung, Jugendliche mit Migrationshintergrund könnten mit ihren schlechten Abschlüssen immer noch ins Handwerk gehen, steht derzeit eine genau gegenteilige Entwicklung gegenüber. Chancen haben in dieser männlich dominierten Arbeitswelt ohnehin fast nur männliche Jugendliche. Unabhängig davon ist der Anteil der nichtdeutschen Jugendlichen am Gesamtbestand der Auszubildenden seit 1993 rückläufig: Die Gruppe ist von 1993 bis 2000 absolut um mehr als ein Drittel geschrumpft. Von den nur noch rd. 900 Lehrlingen ohne deutschen Pass lernte im Jahr 2000 ein Drittel in der außerbetrieblichen Ausbildung, d.h. der Anteil der Migranten an den Auszubildenden im Handwerk beträgt nur 9 % (wenn die außerbetriebliche Ausbildung nicht berücksichtigt wird). Die absolut und relativ sinkende Ausbildungsbeteiligung der nichtdeutschen Jugendlichen lässt sich nicht nur mit den sich verschlechternden Schulabschlüssen erklären, weil gerade im Handwerk nicht nur auf Basis von Zeugnissen entschieden wird.

Die TUHH hat im Rahmen einer Begleitforschung im Programm der Sozialen Stadtteilentwicklung die sinkende Ausbildungsbereitschaft im Handwerk (ebenso in der Industrie) im Rahmen von Betriebsinterviews untersucht. Die Vertreter der inhabergeführten Handwerksbetriebe haben sich entsprechend der tatsächlichen Einstellungspraxis nicht grundsätzlich gegen Hauptschüler ausgesprochen. Nur auf Realschüler zu setzen, mache keinen Sinn, weil diese meistens nach der Ausbildung studieren wollen und den Kleinbetrieben als Facharbeiter verloren gehen (in Großbetriebe können sie nach dem Studium zurückkehren). Als zentraler Filter bei Hauptschülern fungiert weniger der Notendurchschnitt, sondern die Mathe-Note. Begründet wird dies wie in der Industrie mit dem enormen Niveauunterschied des Mathematikunterrichtes an den Berufsschulen. Da sie die Ausbildung deshalb nicht schaffen würden, tue man ihnen mit einer Einstellung auch keinen Gefallen.¹⁵

Die Prüfung der eingeladenen Bewerber hängt sehr stark vom individuellen Stil des Inhabers ab: Manche Jugendlichen müssen ihre Eltern mitbringen, damit die Inhaber überprüfen können, ob diese „in Lohn und Brot stehen und einen ordentlichen Eindruck vermitteln“. Andere machen eine Betriebsführung mit anschließendem Test (z.B. Mathe und Beschreibung des Betriebes als Aufsatz). Allgemein üblich in Handwerksbetrieben ist aber, dass die Jugendlichen vorher oder nach der Bewerbung ein Betriebspraktikum absolvieren müssen. Durch den hohen Stellenwert des Praktikums ist die Eintrittsschwelle für Hauptschüler noch vergleichsweise niedrig, sofern die Praktika durch entsprechende Vor- und Nachbereitung an den Schulen vermitteln, worauf es den Inhabern ankommt. Leider ist dies oft nicht der Fall, so dass die Praktika von den Schülern eher als Pflichtaufgabe interesselos „abgerissen“ werden. Wenn sie, was heute die Ausnahme ist, auf die Inhaber einen guten Eindruck machen, scheinen diese bereit zu sein, über viele Schwächen hinwegzusehen.

Ein unübersehbares Hindernis auf Seiten der Inhaber ist jedoch, dass viele ältere Handwerker sich nicht mehr auf die veränderte Ausgangslage der Jugendlichen einstellen können und engstirnig reagieren: Sie ereifern sich über die Bewerbungen ("Was lernen die überhaupt in der Schule?"), entwickeln eine ablehnende Grundhaltung und weigern sich, die eigenen Prüfkriterien zu modifizieren. Leidtragende dieser Entwicklung sind häufig Jugend-

¹⁵ Die Quote der Auflösung von Lehr- und Ausbildungsverträgen lag in Hamburg 1998 bei 24,2 %. In klassischen Ausbildungsgängen von Hauptschülern reicht die Abbrecherquote bis über 60 %. Laut Lehberger wird in Hamburg jeder zweite Ausbildungsvertrag, den Hauptschüler abschließen, wieder aufgelöst (Lehberger 2001).

liche mit Migrationshintergrund. Eine grundsätzliche Ablehnung dieser (männlichen) Jugendlichen konnte nicht festgestellt werden¹⁶, sie müssen aber zeigen, dass sie sich integriert bzw. angepasst haben und ihre Sprachkompetenz unter Beweis stellen. Verständnis und Akzeptanz von Unterschieden oder interkulturelle Kompetenz sind dagegen in den Betrieben unterentwickelt.

Zentrale Schwierigkeiten im Verlauf der Ausbildung sind aus Sicht der Handwerker und Ausbildungsleiter die Unpünktlichkeit im Betrieb und die Fehlzeiten in der Berufsschule. Unpünktlichkeit scheint das Symbol für eine fehlende Wertschätzung der Arbeit und der Kollegen zu sein. Sie ist ebenfalls Ausdruck von Schwierigkeiten, sich in den „betrieblichen Ordnungsrahmen“ einzufügen, der durch ein sehr strenges Kostendenken geprägt ist. Zur Nichtakzeptanz des traditionellen gewerblichen Arbeitsethos gehört die teilweise geringe Bereitschaft, Anordnungen unkommentiert auszuführen.

Wie schon im Einstellungsgespräch zeigt sich als weiteres Kernproblem die fehlende Motivation, die letztlich neben den fehlenden Leistungen Hauptgrund für Ausbildungsabbrüche ist. Gerade die älteren Inhaber erzählen mit einer aufgestauten Wut und Fassungslosigkeit zahlreiche persönlich erlebte Geschichten. Wenn sich die schlechten Erfahrungen häufen, z.B. durch mehrere aufeinanderfolgende Ausbildungsabbrüche, sinkt die Bereitschaft, überhaupt noch auszubilden.

Bei der Suche nach den Gründen für die unbefriedigende Situation ist zunächst auffällig, dass aus Sicht der Betriebsvertreter die anderen Sozialisationsinstanzen verantwortlich sind, während man sich selbst keiner Fehler bewusst ist und angeblich alles unternimmt, um die Jugendlichen zu halten. Kritisiert wird:

- Das Leistungsprinzip gilt an den Hauptschulen nicht mehr, im Betrieb zählt aber nur die Leistung (oder auch: „Was früher der Hauptschüler war ist heute der Realschüler, der Hauptschüler ist heute Sonderschüler.“).
- Fehlender Rückhalt der Eltern; fehlender Druck pünktlich zu kommen.
- Freizeitorientierte Lebensstile der Jugendlichen.
- Fehlende Ausbildungsreife und noch zu kindlicher Charakter der Jugendlichen.

Berufsberater, Pädagogen und Sozialarbeiter begründen mit folgenden Argumenten die Schwierigkeiten bei der Lehrstellensuche und dem Verbleib in der Ausbildung:

- Die Jugendlichen sind heute orientierungsloser; sie wissen nicht, was sie wollen und wie sie sich darum kümmern sollen. Sie sind auch nicht dümmer als früher, haben aber mehr Probleme. Gerade unter den bildungsbenachteiligten deutschen Jugendlichen stammen nur wenige aus „heilen“ Elternhäusern.
- Sie lernen nicht ihr Leistungsniveau einzuschätzen und setzen sich zu hohe Ziele. Zugleich fehlt die Bereitschaft, sich auf realistischere Vorschläge und längerfristige Aufstiegsperspektiven einzulassen. („Es muss immer sofort das Richtige sein.“)
- Jugendliche kennen die Berufswelt und die verschiedenen Berufe nicht. Es werden nur wenige Ausbildungsberufe anhand oberflächlicher Kriterien wie Status und Image in Betracht gezogen. In Migrantenfamilien wird die Berufswahl z.T. durch die Eltern eingeschränkt.

¹⁶Von den knapp 250 Wilhelmsburgern, die derzeit in Betrieben der Handwerkskammer eine Ausbildung machen, haben fast 40 % keinen deutschen Pass. Ohne die außerbetriebliche Ausbildung liegt der Anteil niedriger.

- Es fehlt der Rückhalt durch die Eltern. Diese haben z.T. völlig unrealistische Vorstellungen über die Ausbildungschancen der Kinder. Viele Migranten können ihre Kinder nicht konkret unterstützen (Hausaufgaben) und kennen mehrheitlich das Schul- und Ausbildungssystem nicht (z.B. besitzt die Handelsschule einen hohen Status, weil es nach einem Büroberuf klingt).
- Das System Hauptschule kann der „Null-Bock-Haltung“, die eher die schlaueren Schüler an den Tag legen, nicht wirkungsvoll begegnen, weil die Schule die Erfolgserlebnisse, die diese Jugendlichen brauchen, nicht vermitteln kann.
- Der Aktionsraum vieler Jugendlicher bleibt auf die Elbinsel begrenzt. Z.T. sind es wieder die Eltern, die dies noch fördern (v.a. bei türkischen Mädchen).

Hier zeigt sich zum einen ein nicht neuer, aber zugespitzter Widerspruch zwischen ökonomischer Verwertung und veränderter Sozialisation: Aufgrund der - im Vergleich zu den Hochzeiten der Ausbildung in den 80er Jahren - schwierigeren wirtschaftlichen Lage herrscht ein höheres Kostenbewusstsein in Bezug auf die Ausbildung, die Jugendlichen sollen möglichst schnell „funktionieren“. Im Gegensatz dazu steigt aber der Betreuungsaufwand: Die für die Ausbildung Verantwortlichen müssen mehr kommunizieren und überzeugen; sie müssten das Lernen in der Berufsschule unterstützen (was in den 80er Jahren auch noch geschah).

Nicht zu übersehen ist auch der sinkende Stellenwert der gewerblichen Ausbildung und Arbeit bei den Schülern, insbesondere in Bezug auf das Handwerk. Dies scheint für aller Schülergruppen zu gelten, unabhängig vom Schulabschluss und dem Migrationshintergrund. Die Einwanderer der zweiten und dritten Generation orientieren sich an den in der Mehrheitsgesellschaft üblichen Zielen und lassen sich nicht mehr auf einen niedrigen sozialen Status entlang herkunftsbezogener Merkmale festlegen. Die Dominanz der White-collar-Berufe und die einseitige Gleichsetzung von Modernität mit I&K-Technologien verstärkt das allgemeine Desinteresse der Jugendlichen bei öffentlichen Vorstellungen von gewerblichen Berufen und Betriebsführungen, was wiederum die negative Einstellung der Handwerker gegenüber den Jugendlichen steigert. Auf dieser Grundlage bleiben dann auch Praktika wirkungslos.

Schlussfolgerungen

Hauptschüler hätten sehr wohl Chancen im Handwerk, wenn die Leistung in den Kernfächern stimmt, inhaltliches Interesse an den Berufen besteht und wenn die Berufsorientierung und die Einfädelung in die Ausbildung früher gefördert werden. Dies gilt jedoch nur für eine bestimmte männliche Zielgruppe. Für einen Teil der Jungen und den Großteil der Mädchen sind die meisten handwerklichen Berufe unattraktiv; selbst wenn der Zugang zur Ausbildung möglich ist, fehlt den jungen Frauen eine Anschlussperspektive in der lieber unter sich bleibenden Männerwelt. Daher ist für die Mehrheit der Jugendlichen ein Realschulabschluss eine Zugangsvoraussetzung in das duale System. Der Handlungsbedarf ist dennoch in beiden Fällen vergleichbar, weil die Lernmotivation zum Erreichen eines Realschulabschlusses durch eine bessere Berufsorientierung und konkret erfahrbare Einstiegspektiven gesteigert werden kann.

Der notwendige Ausbau der Berufsorientierung betrifft zahlreiche Instanzen, die an dieser Stelle nicht im Einzelnen behandelt werden sollen. Anzumerken ist, dass mit den Ausbildungsagenturen ein wichtiger neuer Akteur etabliert wurde, weil die Agenturen sich wesentlich intensiver als die (schon aufgrund der Fallzahlen überlasteten) BerufsberaterInnen des Arbeitsamtes um die Berufswünsche der Jugendlichen und die Suche nach passenden

Stellen kümmern können. Unverständlich ist allerdings, warum bisher ausgerechnet für die schwächeren Jugendlichen, die die Hauptklientel der Ausbildungsagenturen ausmachen, neue Ausbildungsstellen akquiriert werden sollten. Erfolgversprechender wäre vielleicht die „Bestandspflege“ existierender Ausbildungsverhältnisse und der Ausbau flankierender Maßnahmen.

Mehr Gewicht sollte auch den verschiedenen Facetten des Migrationsthemas beigemessen werden: Dazu gehört die Vermittlung interkultureller Kompetenz an die Betriebsinhaber, die Einstellung von Personen mit Migrationshintergrund in den Projekten sowie die verstärkte Ansprache der Eltern.

Zentrales Ziel muss jedoch sein, die Schulen in wesentlich stärkerem Ausmaß als bisher in diese Netzwerke einzubinden, dem Thema Berufsorientierung an den Schulen ein höheres Gewicht beizumessen und das schulische Lernen selbst so zu reformieren, dass es sowohl den Interessen und Fähigkeiten der Jugendlichen als auch (gerechtfertigten) Anforderungen der Unternehmen stärker entgegenkommt.

6.5 Schulische Berufsorientierungsprojekte und Perspektiven für die EP Elbinsel

Eine qualifizierte Schulausbildung wird in zunehmendem Maße Voraussetzung für die Integration in das Erwerbssystem. Zugleich zeigt sich, dass das Bildungssystem laufend einen hohen Anteil an Schulabgängern ohne oder nur mit niedriger schulischer Qualifikation „entlässt“, eine Gruppe, die anschließend im System der beruflichen Bildung ebenfalls weitgehend scheitert. Wie gezeigt wurde, betrifft dies insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund. Dieses strukturelle Problem erhält im Kontext der Debatten um die „Wissengesellschaft“ und die PISA-Studie einen erweiterten Stellenwert. Bildung wird zunehmend als zentrale gesellschaftliche Ressource begriffen, die in Deutschland weitgehend eine Frage der sozialen Herkunft ist. Im internationalen Vergleich steht das deutsche Schulsystem auf dem Prüfstand. Bisher konnte das Schulsystem die gesellschaftliche Integrationsaufgabe dem Ausbildungssystem überlassen, das diese heute nur noch bedingt übernimmt. „Die europäischen Nachbarn von Frankreich bis Schweden geben auf die zentrale Frage eine klare Antwort: Das Hineinwachsen in die Gesellschaft ermöglichen Kindergarten und Schule.“ (Roitsch 2002: 6).

Bisher ist es allerdings kaum gelungen, die sich überlagernden Diskussionsstränge in eine produktive Auseinandersetzung um die Zukunft der Schulen einmünden zu lassen. Neben der Instrumentalisierung des Bildungsthemas durch die Bundes- und Landespolitik liegt dies v.a. an einer „Wagenburgmentalität“ des Systems der allgemein bildenden Schulen. Die LehrerInnen vor Ort und die Verwaltung interpretieren die offensichtlichen Mängel des Schulsystems häufig als Schuldvorwurf bzw. als Vorwurf des individuellen Versagens und kontern ihrerseits mit dem Einwand, sie seien nicht für die Mängel und das Versagen der übrigen Sozialisationsinstanzen, insbesondere der Familie, verantwortlich zu machen. Zusätzliche Brisanz erhält diese wenig hilfreiche Debatte um die Schuldfrage durch die organisatorische Struktur des Systems der allgemein bildenden Schulen und das daraus hervorgegangene berufliche Milieu der LehrerInnen. Ohne dies an dieser Stelle ausführen zu können, haben sich Schulen zu relativ hermetisch abgegrenzten Organisationen entwickelt, in deren Selbstverständnis ein fachlicher Bildungsauftrag ohne „Einmischung“ von außen erfüllt werden muss. Verkürzt gesagt, haben sich SchülerInnen und Eltern an das System Schule anzupassen und nicht etwa umgekehrt. Diese Verselbstständigung eines bürgerlichen Bildungsideals hat dazu geführt, dass der Schulabschluss in Form von Zeugnissen als

eigentliche Erfüllung des Bildungsauftrages angesehen wird. Die tatsächliche berufliche Anschlussperspektive, die für die „Risikogruppe“ heute nicht mehr vorausgesetzt werden kann, ist in diesem Verständnis kein genuines Thema der Schulausbildung. Die neuen Anforderungen, die heute an die Schulen herangetragen werden, werden deshalb weiterhin oftmals als Einmischung und als Hineintragen sachfremder Themen in die Schule verstanden. Unter Bezugnahme auf Traditionen des Obrigkeitsstaates wird z.T. auch einfach nur darauf verwiesen, dass Schulfremde gar nicht das Recht oder die Kompetenz hätten, sich in interne Belange einzumischen.

Auf der anderen Seite stehen die LehrerInnen vor Ort enorm unter Druck und die sozialen Probleme, die in die Klassen „hineingetragen“ werden, sind im Rahmen bestehender Schulstrukturen nicht zu lösen. Ebenso versuchen viele Schulen, insbesondere Schulen benachteiligter Stadtteile, im Rahmen ihrer Möglichkeiten sich den neuen Herausforderungen zu stellen. Im weiteren Themenfeld der Berufsorientierung sind durch die Reform des Schulgesetzes, Programme wie die Soziale Stadtteilentwicklung und weitere vielfältige Initiativen Kooperationen zwischen Schule, Stadtteileinrichtungen und Betrieben eingeleitet worden, die eine Vielzahl innovativer Projekte hervorgebracht haben.

Beruforientierungsprojekte in Hamburg

Ein Projekt, das in naher Zukunft alle Hamburger Hauptschulen betreffen wird, ist das „Netzwerk Hamburg“. Das 1999 vom Otto-Versand und Hapag-Lloyd initiierte Netzwerk war ein Ergebnis der „Hamburger Initiative für Arbeit und Ausbildung“ sowie der bundesweiten „Initiative für Beschäftigung“. Das wahrscheinlich wichtigste Teilprojekt des Netzwerkes widmet sich der Stärkung der Berufsorientierung an Hauptschulen im Rahmen von Partnerschaften zwischen Großunternehmen mit jeweils einer benachbarten Haupt- und Real- oder Gesamtschule und unter Einbindung des Arbeitsamtes. Dieses Kooperationsprojekt sollte im Schuljahr 01/02 auf rd. 30 Schulen und Partnerunternehmen erweitert werden. Mit finanziellen Mitteln des Europäischen Sozialfonds und der ehemaligen BAGS läuft seit Herbst 2001 der Aufbau einer Koordinierungsstelle mit zunächst fünf Mitarbeitern, die im nächsten Schuljahr das Projekt vollständig übernehmen und schrittweise auf alle Hamburger Haupt- und Realschulen erweitern sollen (auch das Institut für Lehrerfortbildung ist eingebunden). Hervorzuheben ist neben dieser neuartigen Kooperationsstruktur, die die „Versäulung“ von Schule, Arbeitsamt und Unternehmen aufzuheben versucht, die Orientierung an den Stärken und Interessen von (Haupt-)SchülerInnen sowie der angestrebte „Paradigmenwechsel“ innerhalb der Schulen: Die Abschlussorientierung soll von einer Anschlussorientierung abgelöst werden.

An dem Projekt ist auf der Elbinsel die Gesamtschule Kirchdorf beteiligt, die eine Kooperation mit der Norddeutschen Affinerie eingegangen ist. Bezüge zu lokal initiierten Kooperationsprojekten, z.B. im Rahmen der Sozialen Stadtteilentwicklung, sind bisher jedoch eher zufällig, da es sich bisher um ein Projekt handelt, das von zwei führenden Hamburger Großbetrieben entwickelt, von der politischen Leitungsebene unterstützt und schließlich vom zuständigen Amt für Schule (das u.a. die Schulen ausgewählt hat) sowie den beteiligten Unternehmen umgesetzt wurde. Dieser „top-down-Prozess“ zeigt die Wirkmächtigkeit gesamtstädtischer Initiativen, deren Resultate ergiebiger sein können als die vorsichtigen lokalen Kooperationsbemühungen. Daher wäre auch zu erwägen, inwieweit hier Aktivitäten im Rahmen der Entwicklungspartnerschaft Elbinsel eingebracht werden können. Denkbar wären die gegenseitige Unterstützung bei der Suche nach kooperationswilligen Unternehmen, um alle Schulen der Elbinsel in das Projekt einzubinden und der Ausbau der Kooperationsinhalte und -formen. Die bisherige Projekterfahrung zeigt z.B., dass die VertreterInnen aus den Personalabteilungen oft zum ersten Mal in ihrem Leben in einen

unmittelbaren persönlichen Kontakt mit der Lebenswelt der HauptschülerInnen kommen. Der hierdurch ausgelöste Prozess, der mit dem Hinterfragen der eigenen Vorurteile beginnt und oft zur intensiven Unterstützung der Jugendlichen geführt hat, lässt sich u.U. noch erweitern. Den Mitarbeitern könnten z.B. – zur Stärkung ihrer sozialen Kompetenz – Praktika in sozialen Einrichtungen angeboten werden (ähnlich dem Projekt „Seitenwechsel“).

Ebenfalls der „Verbesserung der Leistungsbereitschaft und der Voraussetzung für den Berufsübergang von Hauptschülern“ soll das von der Zeit-Stiftung geförderte „Lernwerk-HH“ dienen. Seit dem Schuljahr 01/02 werden an vier Hamburger Hauptschulen unterschiedliche Projekte durchgeführt (Werkstatttag, Coaching-Projekt, Elternarbeit mit Migranten, Aufbau eines Schülerbetriebes). An allen Schulen sollen curriculare Veränderungen vollzogen werden, um praktisches und theoretisches Lernen aufeinander abzustimmen. Das dreijährige Projekt wird von der Uni-Hamburg evaluiert und soll evtl. Rückwirkungen auf den Regelbetrieb der Schulen haben. Auch hier werden systematisch Erfahrungen gesammelt, die für die Entwicklungspartnerschaft von Interesse sind. Dies gilt z.B. für die Elternarbeit, der angesichts der Unkenntnis vieler Migranten in Bezug auf das Schul- und Ausbildungssystem eine große Bedeutung zukommt.

Neben diesen von privaten Akteuren unterstützten Projekten erprobt das zuständige Amt für Schule eigenständig Reformprojekte. Richtungsweisend ist der im Schuljahr 00/01 an zwei Schulen begonnene Schulversuch „Arbeiten und Lernen in Schule und Betrieb“, zu dem mittlerweile weitere Schulen hinzugekommen sind. Mit dem auf eine Laufzeit von vier Jahren konzipierten Schulversuch werden neue curriculare Bausteine für den Übergang von der Schule in die Berufs- und Arbeitswelt erprobt und – je nach Ergebnis – in den Regelbetrieb übernommen. Dazu wurde der äußere Rahmen des Unterrichts grundlegend verändert: Die SchülerInnen arbeiten und lernen zwei Tage in der Woche in Betrieben, in den übrigen drei Tagen in der Schule. (Dies betrifft, je nachdem wie die Schulen dies handhaben, die Haupt- und Realschüler der 8. und 9. oder der 10. Klasse.) Das Arbeiten und Lernen am Praxisort umfasst jeweils ein halbes Jahr, die SchülerInnen lernen also zwei bis vier Betriebe und Berufsfelder kennen. Schulisches und betriebliches Lernen sind aufeinander abgestimmt und sollen sich gegenseitig befruchten. Zentraler Baustein des Projektes sind „besondere Lernaufgaben“, die die SchülerInnen zu Beginn der Praxisphase mit der Schule und dem jeweiligen Betrieb vereinbaren und dann selbstständig bearbeiten. Sie haben betriebliche Themen, Arbeitsabläufe etc. zum Gegenstand und münden in ein konkretes Produkt (ein handwerklich hergestellter Gegenstand, ein Film etc.), das am Ende von den SchülerInnen öffentlich präsentiert werden muss und dessen Bewertung als eigenständige Note ins Zeugnis eingeht.

Das nach Berliner Vorbild konzipierte Projekt hat in der Lehrerschaft der Haupt- und Realschulen großes Interesse ausgelöst, auch Dank der intensiven Öffentlichkeitsarbeit, die die Vorreiterschule aus dem Bezirk Bergedorf betrieben hat bzw. betreibt. Die Vertreter dieser Schule berichten von eindrucksvollen Lernfortschritten gerade bei den schulmüden Hauptschülern (sie erscheinen pünktlich bei der Arbeit, das Selbstwertgefühl wächst aufgrund wahrnehmbarer Erfolge, das Interesse am Unterricht steigt, weil in der Arbeit Fragen auftauchen, die in der Schule behandelt werden können, etc.); ebenso scheint die berufliche Integration recht erfolgreich zu verlaufen. Letztlich scheinen diese Ergebnisse die von Lehrerseite oft geäußerte Kritik an der „Kopflastigkeit“ des traditionellen Hauptschulunterrichts empirisch zu bestätigen.¹⁷ Aus der Perspektive der Entwicklungspartnerschaft ist der Schul-

¹⁷Kritiker der kognitiven schulischen Lernmethoden stützen sich auf das dänische Modell der Produktionsschule, die praktisches und theoretisches Lernen stärker miteinander verknüpft. Das

versuch auch deshalb interessant, weil hier intensive und dauerhafte Kooperationen mit Betrieben aufgebaut werden, und zwar bisher ausschließlich von den beteiligten Lehrern, den Eltern und z.T. auch von den SchülerInnen, die sich die Betriebe selbst gesucht haben.

Hemmnisse für weitreichendere Kooperationen und Reformprojekte

Diese (unvollständige) Aufzählung von Reformmodellen und Projekten¹⁸ soll deutlich machen, dass Reformansätze erprobt werden, die auch für die Entwicklungspartnerschaft relevant sein können. Unabhängig von den strukturellen Defiziten des Schulsystems sind aus Sicht der TU-Harburg auch in den bestehenden Projekten zentrale Handlungsanforderungen bisher nicht ausreichend bearbeitet:

- Die „Versäulung“ lässt sich nicht „von unten“ auf der Ebene einzelner Projekte lösen. Es fehlen bisher institutionelle und konzeptionelle Schnittstellen zwischen den „abgebenden“ allgemein bildenden Schulen, der bezirklichen Jugendhilfe und den verschiedenen „aufnehmenden“ Säulen (Arbeitsamt, Berufliche Schulen etc.). Kooperationsstrukturen müssen sich ebenso auf der Leitungsebene der verschiedenen Ämter und Institutionen sowie auf der Programmebene und bezüglich der Finanzierungsinstrumente entwickeln.
- Es mangelt an Transparenz in Bezug auf konzeptionelle Veränderungen und die daraus hervorgehenden Projekte. Es ist selbst Eingeweihten kaum bekannt, was in Hamburger Schulen derzeit passiert. Es findet bisher keine systematische Wissensvermittlung und eine über die Schulen hinausgehende Auseinandersetzung über best practices statt. (Inwieweit das neue Zentrum Schule & Wirtschaft dies ändert, bleibt vorerst abzuwarten).
- Daraus erwächst die Gefahr, dass erneut Parallelstrukturen entstehen und an unterschiedlichen Stellen unnötigerweise versucht wird, „das Rad neu zu erfinden“. Z.B. sollen die Schulen jetzt gleichzeitig in die AG Verbund der EP Elbinsel und das Form Bildung der BBS integriert werden.
- Veränderungen innerhalb der Schulen basieren bisher auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. Es fehlt jedoch eine Anreizstruktur, die Innovation belohnt und Desinteresse (wie auch immer) sanktioniert.
- An dem grundsätzlichen Selbstverständnis, dass Schule sich mit organisatorischen und fachlichen Aufgaben zu beschäftigen hat und alles weitere davon abhängt, wie viel zeitliche Ressourcen für Vernetzungsarbeit und innovative Projekte übrig bleiben, hat sich wenig geändert. Die derzeitigen Sparmaßnahmen tragen ihr übriges dazu bei, dass diese „von außen“ herangetragenen Fragen dauerhaft hintenan gestellt werden.

Produktionsschulprinzip wird in Hamburg in einzelnen Beruflichen Schulen praktiziert. Als eigenständige Schulform und Alternative zum BVJ existiert mittlerweile eine Produktionsschule im Bezirk Altona. Es werden dort in eigenen Werkstätten Waren und Dienstleistungen für den Markt produziert; die Jugendlichen erhalten einen Lohn. Das praktische und theoretische Lernen (Deutsch, Mathe, Englisch) wird durch die Produktion der Waren und Dienstleistungen strukturiert; die Stundentafeln und der traditionelle Fächerkanon sind weitgehend abgeschafft; in den Werkstätten arbeiten keine Lehrer, sondern Meister.

¹⁸ Hinzuweisen ist auch auf den „Berufswahlpass“, der aus dem länderübergreifenden Nordverbund hervorgegangen ist und derzeit an sieben Hamburger Schulen erprobt wird. Dies Projekt des Amtes für Schule wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung über das Programm „Schule – Wirtschaft/Arbeitsleben“ unterstützt. Das Programm fördert Projekte der Länder, die „nachhaltige Impulse zur Stärkung der Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen an der Schwelle zum Arbeitsmarkt“ geben.

- Die LehrerInnen vor Ort transportieren gegenüber Dritten häufig die Meinung, sie werden von Amtsseite mit den neuen Aufgaben alleine gelassen und fordern zusätzliche zeitliche bzw. personelle Ressourcen ein. Die Amtsleitung verweist wiederum auf vielfältige Unterstützungsangebote, erweiterte Handlungsspielräume durch das veränderte Schulgesetz u.a. und erwartet, dass sich Veränderungen mit bestehen personellen Kapazitäten einleiten lassen. Dieser – für Außenstehende kaum zu beurteilende – latente bis offene Konflikt hat eine allseits lähmende Wirkung.
- Die Unterschiede in den beruflichen Milieus und die daraus hervorgehenden Berührungspunkte und Befindlichkeiten werden zu wenig thematisiert. Die Diskussionskultur zwischen Schule und den übrigen involvierten Einrichtungen ist bisher nur rudimentär entwickelt, sowohl in Bezug auf gemeinsam debattierte Inhalte und Ziele als auch auf die Art und Weise der Diskussionen, die wenig Raum für Offenheit und ein gemeinsames Lernen aus Fehlern lässt. Ohne eine gemeinsame Basis besteht die Gefahr, dass weiterhin gegenseitige Anforderungen formuliert werden.
- Im Lehrerkollegium sind in der Regel Kooperationswilligkeit und Interesse an den Reformthemen ganz unterschiedlich ausgeprägt. Zudem agieren LehrerInnen weitgehend als „Einzelkämpfer“ und besitzen untereinander eine gering ausgeprägte Kommunikationskultur. Die Schwierigkeit der internen Steuerung durch die Schulleitungen oder einzelne engagierte LehrerInnen (Bündnispartner suchen, Widerstände überwinden) erschweren die Kooperation mit Schulexternen.
- Kooperationsprojekte sind bisher in den seltensten Fällen Projekte von gleichgestellten Partnern; vielmehr besteht die Tendenz, dass die Projekte für die Schulen eine entlastende Funktion erfüllen (Hausaufgabenhilfe, Berufsorientierung) ohne dass sich das schulische Lernen verändert oder die externen Projektträger ihrerseits Einfluss darauf gewinnen. Die Kooperationspartner bleiben damit externe Dienstleister und ihre jeweiligen (kleinen) Träger besitzen gegenüber dem mächtigen Apparat Schule wenig Durchsetzungskraft.
- Bis auf den Schulversuch „Arbeiten und Lernen in Schulen und Betrieb“, der tatsächlich das schulische Lernen fundamental verändert, besitzen die Projekte nur eine begrenzte Reichweite. Der Mut zu radikalen Einschnitten insbesondere im Hauptschulbereich, z.B. durch Einführung des Produktionsschulprinzips oder ihrer Profilierung als polytechnische Schule, ist bisher nur begrenzt entwickelt (oder die Überlegungen erfolgen nur amtsintern).
- Der Migrationshintergrund der Jugendlichen wird nicht ausreichend berücksichtigt. Gestärkt werden müssten die interkulturelle Kompetenz der LehrerInnen, die Einbindung der Eltern und die Beschäftigung von Personal mit eigenem Migrationshintergrund.
- Das Wissen über rat- und ausbildungssuchende Jugendliche wird nicht verknüpft. Diese werden von jeder Einrichtung, vom Arbeitsamt bis zum kleinen Träger, separat und aufs Neue „erfasst“. Jeder behält seine Informationen für sich, sodass nicht bekannt wird, wo der Jugendliche sonst noch Rat sucht (falls er das von sich aus nicht erwähnt). Wichtige Informationen, die durch intensivere Kontakte herauskommen, bleiben den anderen Einrichtungen ebenfalls unbekannt. Eine systematische Rückkopplung der Einrichtungen (kommt der Jugendliche tatsächlich an?) findet nicht statt, ebenso fehlt die systematische Nachfrage bei den (ehemaligen) Lehrern. Der Einwand der Datenschutzproblematik ist sicherlich stichhaltig, dennoch scheint diese Praxis insgesamt verbesserungswür-

dig zu sein. Ein erster Schritt wäre die Einführung des Berufswahlpasses auf der Elbinsel.

6.6 Bildungsferne und Abschließungstendenzen im Migranten- und Unterschichtsmilieu

Kulturelles und soziales Kapital als Defizit

Einwanderer stellen in der Regel hohe Erwartungen an die (Schul-)Ausbildung ihrer Kinder; sie sollen die bestmögliche Ausbildung erhalten, damit ihnen das Schicksal der Eltern erspart bleibt. Von einem Desinteresse am Bildungsthema kann daher nicht die Rede sein, die „Bildungsferne“ drückt sich vielmehr in einem Mangel an ökonomischem, sozialem¹⁹ und kulturellem²⁰ Kapital aus. Durch den Mangel an Geld fällt es den Eltern schwerer, für angemessene Rahmenbedingungen der Kinder zu sorgen (z.B. ein ruhiges Zimmer für die Hausaufgaben, bezahlte Nachhilfe). Durch die weitgehende Unkenntnis des Schul- und Ausbildungssystems sowie die geringeren Sprachkenntnisse sinkt die praktische Fähigkeit der Eltern, die Kinder im Schulalltag zu unterstützen. Im Sinne Bourdieus liegt hier ein Defizit an verwertbarem kulturellem Kapital vor. Das eigene, vom Herkunftsland geprägte kulturelle Kapital ist entwertet. Damit lässt es sich auch nicht in soziales oder ökonomisches Kapital „konvertieren“.

Diese abstrakte Einordnung lässt sich anhand von Sprache als einem Fundament kulturellen Kapitals konkretisieren: Die Herkunftssprache türkisch wird gesellschaftlich und schulisch als Belastung und Hindernis für den Lernerfolg betrachtet. Sie ist kein „legitimes“ kulturelles Kapital und soll möglichst abgelegt werden. Eltern sollen ihre Kinder in einer Sprache erziehen, die sie z.T. selbst nur sehr schlecht sprechen. Kinder sollen eine Sprache aufgeben, die - ebenso wie Deutsch - integraler Bestandteil ihrer Sprachentwicklung²¹ ist. Dieses „Defizit“ ragt nicht zuletzt bis in die Beziehungen von Lehrern und Eltern hinein, wenn z.B. türkische Eltern aus Angst und Scham, Lehrer nicht zu verstehen, auf Schulkontakte verzichten. Daran zeigt sich auch, wie wichtig die Vermittlungsaufgabe von Selbstorganisationen wie dem Türkischen Elternbund ist.

¹⁹„Das Sozialkapital ist die Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten *Beziehungen* gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind; oder anders ausgedrückt, es handelt sich dabei um Ressourcen, die auf der *Zugehörigkeit* zu einer Gruppe basieren“ (Bourdieu 1983:1990f). Der Umfang des Sozialkapitals hängt sowohl von der Ausdehnung des Netzes von Beziehungen ab, die tatsächlich mobilisiert werden können, als auch von dem Umfang des ökonomischen, kulturellen und symbolischen Kapitals.

²⁰Das kulturelle Kapital kann in drei Formen existieren: 1. in verinnerlichtem Zustand als Bildung, 2. in objektiviertem Zustand, in Form von kulturellen Gütern, Bildern, Büchern etc. und 3. in institutionalisiertem Zustand in Form von Titeln. (Bourdieu 1983:1990f)

²¹„Es ist aber nicht die Zweisprachigkeit der Migrantenkinder, die zu den hohen Anteilen von schulischen Misserfolgen führt, sondern die Art und Weise, wie unser Schulwesen bislang der Zweisprachigkeit von Schülern begegnet. Die Aufgabe, „erst einmal richtig Deutsch zu lernen“, stellt sich für diese Kinder nicht. Sie wachsen mit zwei Sprachen auf, beide Sprachen beeinflussen ihre Sprachentwicklung in einem wechselseitigen Prozess. Insofern würde eine gezielte schulische Förderung in beiden Sprachen helfen, aus dieser potentiellen Zweisprachigkeit eine tatsächliche zu machen, in der das Kind beide Sprachen in Wort und Schrift beherrscht. Wird nun an der bisherigen Praxis des muttersprachlichen Unterrichts – zum Teil berechtigte – Kritik geübt, so ist dies weniger ein ausländerpolitischer als vielmehr ein bildungspolitischer Diskurs um die Aufgabe von Schule und Bildung. Deren Aufgabe darf es nicht sein, zu einer fiktiven deutschen Einheitskultur und Einsprachigkeit zu erziehen. Vielmehr sollte die Erziehung zur Mehrsprachigkeit ein Auftrag an die deutsche Schule sein.“ (Beck 2001:39)

Die eigenen sozialen Netze helfen ebenso wenig, wenn für Ausbildungsstellen oder auch bessere Jobs „Beziehungen“ Ausschlag gebend sind, da diese in der Regel nicht weit über die unmittelbaren Kontakte am Arbeitsplatz hinausreichen. Das soziale Kapital reicht daher oft nur dazu, die eigene gering qualifizierte Berufsposition an den Nachwuchs zu „vererben“. Insbesondere junge Frauen können selbst gute Bildungsabschlüsse wesentlich schlechter als deutsche Frauen mit einem Mittelschichtshintergrund in entsprechende Berufspositionen umsetzen. Der Startvorteil der Eltern – die Bereitschaft, auch schlechte bezahlte Arbeit zu übernehmen – kann für die nächste Generation zu einer hartnäckigen Barriere auf dem Weg zum gesellschaftlichen Aufstieg werden.

Um die allgemeinen Hoffnungen und Erwartungen an den sozialen Aufstieg der Kinder auch als praktische Unterstützung wirkmächtiger werden zu lassen, müsste daher eine Inwertsetzung des kulturellen Kapitals erfolgen. Neben einem flexibleren Umgang mit dem „institutionalisierten“ kulturellen Kapital in Form von Berufsabschlüssen (vgl. Kap.7.2), ist ein akzeptierender Umgang mit der Herkunftssprache, d.h. eine Erziehung zur Zweisprachigkeit notwendig. Aufgrund der geringeren Wirkmächtigkeit des sozialen Kapitals müssten Migrantenkinder – z.B. über Quoten – positiv diskriminiert werden, um den Zugang zu besseren Ausbildungsplätzen und Arbeitsstellen zu erleichtern.

Abschließungstendenzen im Unterschichts- und Migrantenumilieu?

In den ExpertInnengesprächen wurde immer wieder auf eine fatale Kombination von Bildungsferne und Immobilität der Unterschichtsjugendlichen und bei weiten Teilen der MigrantInnen hingewiesen. Dieses auch in anderen Stadtteilen beklagte Problem scheint auf der Elbinsel aufgrund der Insellage, die auf der Veddel noch baulich-räumlich akzentuiert wird, deutlicher ausgeprägt zu sein. Wenn es stimmt, dass ein bedeutender Teil der Jugendlichen die Veddel und Wilhelmsburg selten bis gar nicht verlässt, hat dies negative Auswirkungen auf die Berufsorientierung und die Ausbildungsplatzsuche, weil die Differenziertheit des Ausbildungsmarktes nur über räumliche Mobilität tatsächlich wahrgenommen werden kann.

Darüber hinaus bleibt auch der lebensweltliche Erfahrungshorizont auf das eigene Milieu und die dort vorherrschenden Werte und Normen begrenzt. Die negativen Folgen dieser eingeschränkten Erfahrung gesellschaftlicher Wirklichkeit wird häufig im Zusammenhang mit dem Sozialhilfebezug in der 2. Generation diskutiert, durch den die Erwerbsarbeit aus dem Blickfeld der Kinder und Jugendlichen gerät. Sofern Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug auch im sonstigen sozialen Umfeld der Jugendlichen vorherrschen, entsteht hier ein verzerrtes Bild gesellschaftlicher Normalität.

Der eingeschränkte und selektive Erfahrungshorizont besitzt jedoch noch weitaus mehr Facetten. Werte und Normen, die in Milieus vorherrschen, beeinflussen die Offenheit sozialer Gruppen und Netzwerke gegenüber anderen Netzen. Diese Impulse von außen sind v.a. in Bezug auf die Lern- und Entwicklungsfähigkeit der sozialen Gruppen von großer Bedeutung. Es spricht viel dafür, dass sich in Wilhelmsburg und auf der Veddel Unterschichts- und Migrantenumilieus herausgebildet haben, deren soziale Bezüge sehr stark nach innen ausgerichtet sind. Dies betrifft sowohl freundschaftliche Verbindungen als auch ökonomische Netzwerke, die zur Existenzsicherung beitragen. Das Vorherrschen dieser „starken Verbindungen“ (sog. strong ties) geht zu Lasten der „schwachen Verbindungen“ (weak ties), d.h. Verbindungen, die weniger auf Nähe und Vertrautheit basieren. „Schwache Verbindungen“ kennzeichnen (berufliche) Mittelschichtmilieus, in denen vielfältige Kontakte gepflegt werden, die einem irgendwann zugute kommen können. Die Stärke der „schwachen Verbindungen“ besteht v.a. darin, dass über diese Kontakte Bezüge zu anderen Grup-

pen hergestellt werden, die einen Informationsfluss von außen ermöglichen. Je vielfältiger die Kontakte sind, desto einfacher wird es, diese Informationen aufzugreifen und umzusetzen. Umgekehrt leidet die Entwicklungsfähigkeit von Milieus, die sich durch starke Verbindungen auszeichnen, darunter, dass sie zu wenig Verbindungen nach außen haben, über die Neues nach innen getragen werden kann. Ebenso können negative Entwicklungen, z.B. zunehmende Arbeitslosigkeit, dazu führen, dass man sich noch stärker auf die eigene Gruppe zurückzieht und noch bewusster nach außen abgrenzt.

Das Extrem einer solchen Entwicklung sind kleinkriminelle Milieus, die eigene Normen und Werte besitzen (Entkoppelung von Wohlstand und Arbeit; Loyalität nach innen, Gewalt gegenüber Dritten) und die von gängigen Integrationsstrategien nicht mehr erreichbar sind. In den Interviews wird auf weniger spektakuläre, aber umso wichtigere Abschließungstendenzen im türkischen Einwanderermilieu verwiesen, zumeist unter dem Schlagwort der „Ghettobildung“. Die Hinweise sind zahlreich und beziehen sich v.a. auf einen sinkenden Stellenwert des Deutschlernens: Schülerinnen, die nach der Schule (mit Abschluss) in die Familie zurückgehen und kein deutsch mehr sprechen; Erwachsene, die kein deutsch können, und meinen, die Deutschen könnten ja auch ebenso türkisch lernen; Kinder, die nicht eingeschult werden können.

Ein weiteres in diesem Zusammenhang auftauchendes Phänomen ist der vermeintliche Bedeutungszuwachs religiöser und traditioneller Werte in Teilen der türkischen Community (die angeblich auch den Wegzug säkularerer Familien hervorruft). Das Besinnen auf die „ureigenen“ Traditionen ist ein allgemeines Kennzeichen der Diaspora, es kann aber als Resultat der Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt und der weit verbreiteten Ablehnung der Einwanderer durch die deutsche Mehrheitsgesellschaft eine Eigendynamik gewinnen. Betroffen von diesen Selbstverstärkungsprozessen scheinen z.B. in der Türkei westlich aufgewachsene Frauen zu sein, die erst in Wilhelmsburg beginnen, sich traditionell zu kleiden, weil ihnen auf der einen Seite der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt bleibt und auf der anderen Seite die soziale Kontrolle stark ausgeprägt ist.

Wenn diese Interpretation ansatzweise zutrifft, ist es von entscheidender Bedeutung, alles zu befördern, was das Milieu wieder stärker öffnet und seine Lern- und Entwicklungsfähigkeit fördert. Dazu gehören:

- Förderung von Personen, die im sozialen Netzwerk schwache Verbindungen aufbauen können. Dazu gehören v.a. erfolgreiche Bildungs- und Berufskarrieren von Migranten. Diese entfernen sich zwar von ihrem Herkunftsmilieu, die Verbindung wird jedoch nicht aufgegeben. Durch den hohen Status, den erfolgreiche Kinder in der eigenen Community besitzen, bekommt ihre Stimme ein anderes Gewicht. Die Botschaft, dass Bildung der Schlüssel zur Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum ist, lässt sich v.a. über erfolgreiche Biografien und Vorbilder transportieren. In diesem Sinne müssen eben nicht nur die schwachen, sondern auch die schulisch starken Migranten gefördert werden.
- Wo Jugendliche Kontakte zu städtischen/staatlichen Institutionen besitzen, ist ebenfalls der Kontakt zu Personen mit Migrationshintergrund von großer Bedeutung. Diese Personen repräsentieren weniger den materiellen Erfolg wie die oben genannten Karrieren. Wichtiger ist das Vertrauen, dass sie bei den Jugendlichen genießen. Hierdurch sind im Prinzip viel offenere und fruchtbarere Auseinandersetzungen möglich, als über Sozialarbeiter aus einem deutschen Mittelschichtmilieu (das gilt natürlich nicht für jeden Einzelfall). Beispielsweise lassen sich so auch Diskussionen über religiöse Einstellungen und das symbolisch aufgeladene Kopftuch führen, die sonst oft an gegenseitigen

Vorurteilen scheitern (oder auch Diskussionen über Ablösungsprozesse vom Elternhaus).

- Selbstorganisationen von Migranten oder auch die Moscheen müssen verstärkt eingebunden werden. Es müssen Multiplikatoren in der Community angesprochen werden, wofür auch geeignete Formen des Umgangs bzw. der Organisation zu entwickeln sind (u.a. durch Akzeptanz anderer Spielregeln).
- Die türkischen Eltern müssen systematisch in die Elternarbeit der Schulen eingebunden werden (z.B. durch türkische SozialarbeiterInnen).
- Jugendlichen der Elbinsel müssen verstärkt Erfahrungsmöglichkeiten außerhalb der Elbinsel eröffnet werden. Die bestehende soziale und räumliche Orientierung auf die Elbinsel muss bewusst durchbrochen werden und zwar in der Art, dass auch wirklich andere Erfahrungen gemacht werden können (einzelne punktuelle „Reisen“ über die Elbe reichen nicht aus). Ansatzpunkte könnten Betriebspraktika sein oder auch Patenschaften mit Schulen nördlich der Elbe. Ebenso könnten Deutschintensivkurse für Erwachsene an ganz anderen Orten stattfinden.

7. Arbeitslosigkeit auf der Elbinsel

In diesem Kapitel wird auf Basis quantitativer Daten eine Analyse der Struktur der Arbeitslosigkeit in Wilhelmsburg vorgenommen. Anschließend werden die qualitativen Ergebnisse der ExpertertInnengespräche vorgestellt.

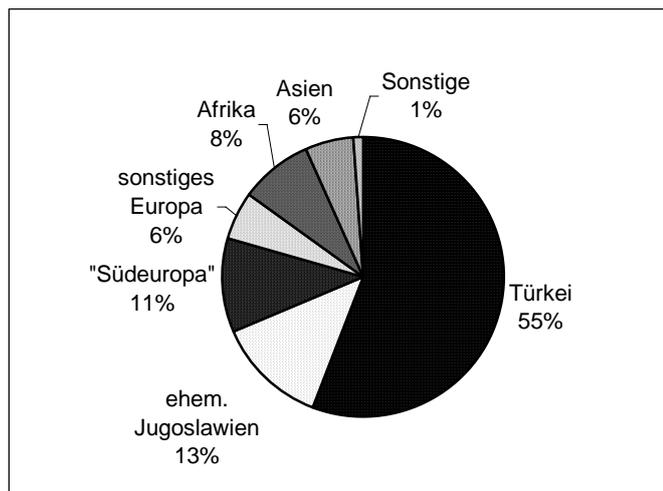
7.1 Struktur der Arbeitslosigkeit in Wilhelmsburg

Auf kleinräumiger Ebene unterhalb der Bezirke lagen bis vor einem Jahr noch keine Strukturdaten zur Arbeitslosigkeit vor. Mittlerweile sind über das Hamburger Arbeitsamt und das Statistische Landesamt einige Angaben auf der Ebene der Statistischen Gebiete verfügbar (s. Kap. 3). Um darüber hinaus die Arbeitslosenzahlen unter den Merkmalen Alter, Geschlecht, Nationalität, berufliche Qualifikation und Dauer der Arbeitslosigkeit auswerten zu können, hat das Arbeitsamt Harburg eigene Abfragen durchgeführt und der TU Harburg zur Verfügung gestellt. Da es sich dabei um anonymisierte Einzelfälle handelt, konnten in der Auswertung durch die TUHH verschiedenste Abfragekombinationen durchgeführt werden. Anzumerken ist dabei, dass es sich nicht um offizielle und durch das Arbeitsamt Hamburg autorisierte Daten handelt. Fehler in den Abfragen durch das Arbeitsamt Harburg und die Auswertung durch die TUHH können nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Aufgrund der z.T. geringen Fallzahl der Daten müssen einzelne prozentuale Angaben auch mit Vorsicht bewertet werden. Die folgenden Angaben dienen daher ausschließlich zur Selbstverständigung innerhalb der Entwicklungspartnerschaft.

Staatsangehörigkeit und Altersstruktur

Von den im Mai registrierten 3.083 Wilhelmsburger Arbeitslosen haben 59 % (rd. 1.820 Personen) die deutsche Staatsangehörigkeit, die 1.260 Menschen ohne deutschen Pass besitzen insgesamt 65 verschiedene Staatsangehörigkeiten. Davon bilden die Türken mit 55 % (rd. 700 Personen) die Mehrheit, ein knappes Viertel sind Staatsangehörige des ehemaligen Jugoslawien sowie der südeuropäischen Länder (v.a. Portugal). Von den Staatsbürgern

Abb. 7.1: Anteile nichtdeutscher Staatsangehörigkeiten an den Arbeitslosen in Wilhelmsburg



afrikanischer Länder bilden die Ghanesen die größte Gruppe.

In Hamburg haben 22 % der Arbeitslosen keinen deutschen Pass (September 2001)²², in Wilhelmsburg sind es mit 41 % also fast doppelt so viele. Zur Arbeitslosenquote in der Gruppe der Migranten lässt sich für Wilhelmsburg keine exakte Aussage treffen. Im Bezirk Harburg lag sie 2001 bei knapp 30 % und damit um 10 %-Punkte über dem Hamburger Durchschnitt (s. Kap. 3).

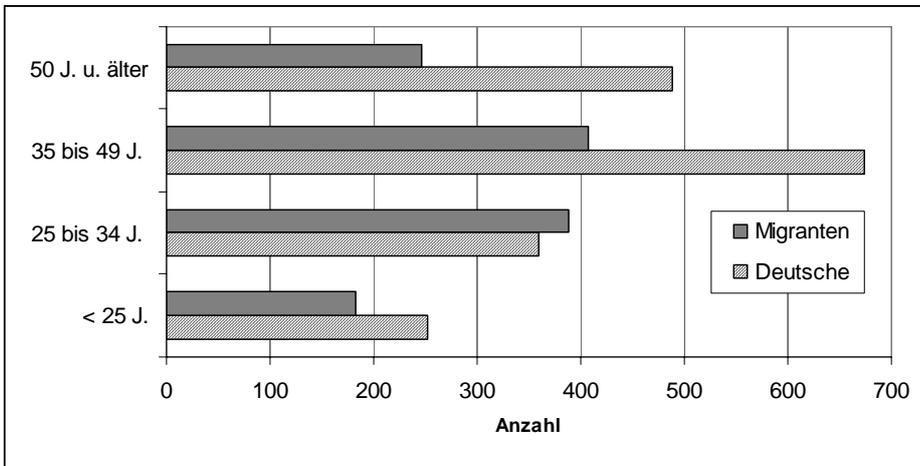
Entsprechend der Bevölkerungs-

struktur sind die Wilhelmsburger Arbeitslosen etwas jünger als im Hamburger Durchschnitt: Die Jahrgänge der unter 40- und v.a. der unter 25-Jährigen sind stärker besetzt als in Hamburg, die Altersjahrgänge über 40 dagegen schwächer. Insgesamt sind knapp die Hälfte

²² Alle Hamburger Zahlen stammen aus: Landesarbeitsamt Nord 2001

(46 %) der Arbeitslosen in Wilhelmsburg 40 Jahre und älter (in Hamburg 52 %), ein Viertel ist 50 Jahre und älter (Hamburg knapp 30 %).

Abb. 7.3: Altersstruktur der Arbeitslosen in Wilhelmsburg

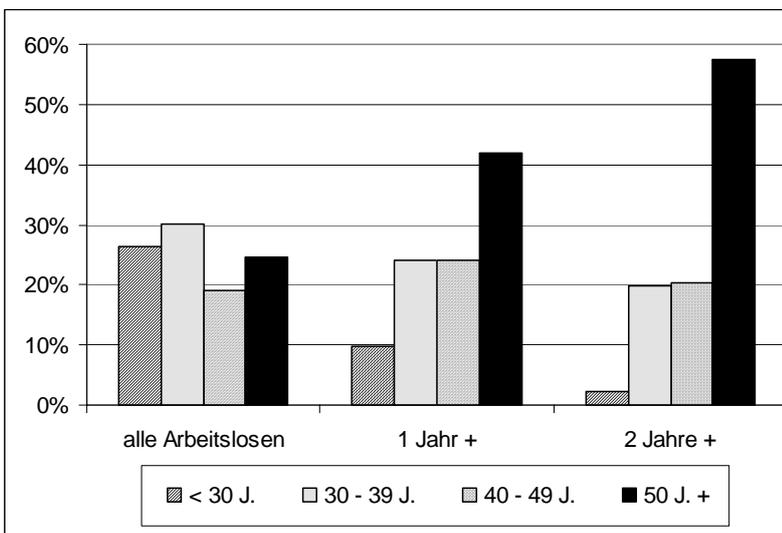


Ein Vergleich verschiedener Altersgruppen unter dem Merkmal Staatsangehörigkeit zeigt, dass in der Altersgruppe der 25 bis 34-Jährigen die Migranten mit 52 % die Mehrheit bilden, bei den über 50-Jährigen liegt der Migrantenanteil bei rd. einem Drittel. In der Gruppe der jugendlichen Arbeitslosen (bis 24 J.) lässt sich wahrscheinlich aufgrund der gestiegenen Einbürgerungen der Migrationshintergrund nur noch bedingt über die Staatsangehörigkeit erfassen.

Langzeitarbeitslosigkeit und Alter

Das Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit steigt bekanntlich mit zunehmendem Alter. Während – wie oben erwähnt – nur knapp ein Viertel aller Wilhelmsburger Arbeitslosen 50 Jahre und älter sind, liegt ihr Anteil an der Teilgruppe der Langzeitarbeitslosen (ein Jahr und länger) schon bei 42 %. Von den Arbeitslosen, die 2 Jahre und länger arbeitslos sind, sind 58 % 50 Jahre und älter.

Abb. 7.4: Anteil der Altersgruppen an den Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen in Wilhelmsburg



Insgesamt sind ein knappes Drittel der Wilhelmsburger Arbeitslosen langzeitarbeitslos, diese Zahl liegt nur leicht über dem Hamburger Durchschnitt.

Abb. 7.5: Dauer der Arbeitslosigkeit

Dauer	Alle Arbeitslosen		Arbeitslose u. 25 J.	
	Wilhelmsburg 5/02	HH 9/01	Wilhelmsburg 5/02	HH 9/01
unter 3 Monaten	26,9 %	34,7 %	41 %	66 %
3 bis u. 6 M.	19,8 %	16,5 %	28 %	17 %
6 bis u 12 M.	21,4 %	18,4 %	24 %	12 %
1 bis 2 Jahre	16,7 %	13,6 %		
2 Jahr u. länger	15,3 %	16,7 %		
3 Jahre u. länger	9,5 %			
Langzeitarbeitslos	32,0 %	30,3 %	7 %	4 %

Ein genauerer Vergleich der Verweilzeiten in der Arbeitslosigkeit in Wilhelmsburg mit den Hamburger Daten ist nur bedingt möglich, weil hier unterschiedliche Zeitpunkte vorliegen (Herbst und Frühjahr). Unter dieser Einschränkung lässt sich feststellen, dass kurze Verweilzeiten unter 3 Monaten in Wilhelmsburg geringer ausfallen als in Hamburg. Die Arbeitslosen in Wilhelmsburg brauchen also länger, um in den Arbeitsmarkt zurückzukehren, und da der Anteil der Unqualifizierten höher ist (s.u.), werden sie eventuell auch eher wieder entlassen. Dies führt aber nicht zu einem deutlich höheren Anteil an Langzeitarbeitslosen. Dies mag damit zusammenhängen, dass die Altersgruppe der über 50-Jährigen etwas kleiner ist als im Hamburger Vergleich. In den jüngeren Jahrgängen, in denen der Anteil der Langzeitarbeitslosen „nur“ bei knapp 25 % liegt, ist der häufige Wechsel zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit anscheinend viel eher die Normalität.

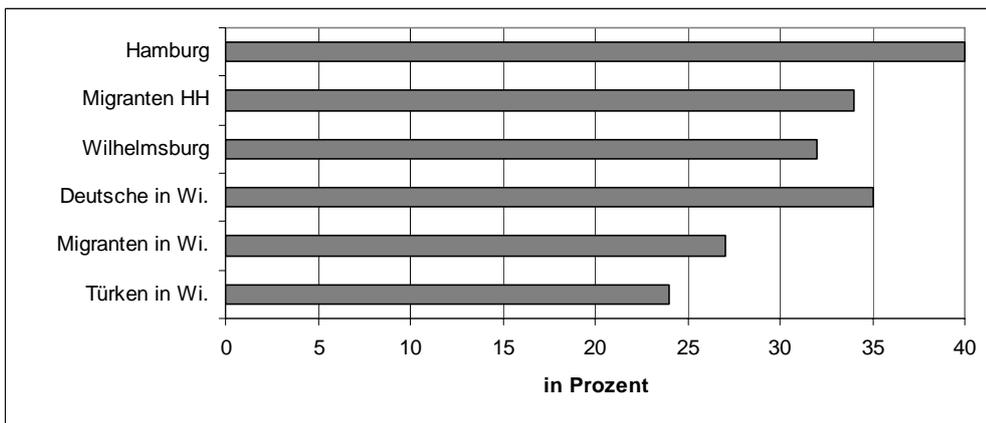
Geschlecht und Nationalität

In Hamburg sind Frauen in etwas geringerem Ausmaß von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer; bei der nach Geschlechtern getrennten Arbeitslosenquote liegt die der Frauen um zwei %-Punkte unterhalb der der Männer. Von den Hamburger Arbeitslosen sind 40 % weiblich, 60 % männlich.

In Wilhelmsburg liegt der Anteil der weiblichen Arbeitslosen mit 32 % deutlich unter dem Hamburger Wert (s. Abb. 7.6). Eine weitere Differenzierung nach Staatsangehörigkeit zeigt einen Unterschied zwischen Frauen mit und ohne deutschem Pass (35 % der deutschen Staatsangehörigen, 27 % der nichtdeutschen sind Frauen). Der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen mit türkischer Staatsangehörigkeit beträgt sogar nur ein knappes Viertel.

Eine frauenspezifische Arbeitslosenquote für Wilhelmsburg lässt sich nicht bilden. Angesichts des höheren Frauenanteils an den Beschäftigten (1999 waren 40 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weiblich), kann zunächst vermutet werden, dass die Arbeitslosigkeit unter Frauen auch in Wilhelmsburg etwas niedriger ausfällt als die der Männer. Der im Vergleich zu Hamburg niedrigere Anteil von Frauen, die überhaupt einer Beschäftigung nachgehen (Wilhelmsburg 39 %, HH: 46 %, s. Kap. 3) ist andererseits ein Hinweis darauf, dass Wilhelmsburger Frauen und insbesondere Migrantinnen weniger am (formellen) Erwerbsleben beteiligt sind als im Hamburger Durchschnitt. Sie gehen seltener einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach und finden daher auch seltener Eingang in die Arbeitslosenstatistik des Arbeitsamtes.

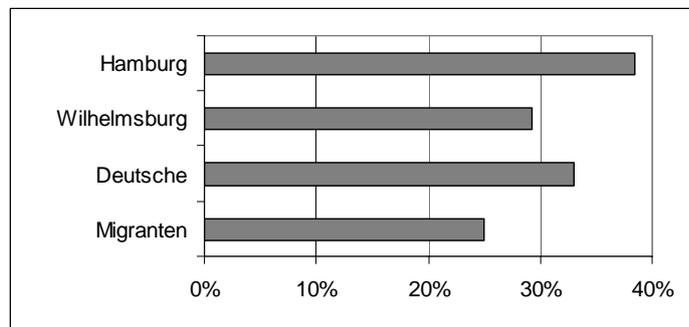
Abb. 7.6: Anteil der Frauen an den Arbeitslosen in Hamburg und Wilhelmsburg



Hierbei muss die - eingangs erwähnte - seit 1980 kontinuierlich angestiegene Erwerbsbeteiligung von Frauen auf dem Hamburger Arbeitsmarkt berücksichtigt werden (in Form von Erwerbslosigkeit und vermehrter Beschäftigung). Diese Entwicklung scheint sich in Wilhelmsburg weniger prägnant ausgewirkt zu haben. Die Gründe können zum einen in der traditionelleren Rollenverteilung im Wilhelmsburger Arbeiter- und Migrantenmilieu und zum anderen in den hohen Zugangsbarrieren aufgrund fehlender beruflicher Qualifikationen und der Beschränkungen durch das Ausländerrecht gesucht werden. Insgesamt ist davon auszugehen, dass in Wilhelmsburg die „stille Reserve“ der weiblichen Arbeitskraft noch relativ stark ausgeprägt ist.

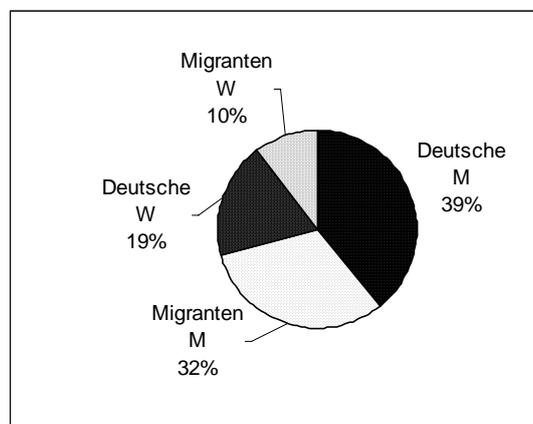
In der Gruppe der unter 25-Jährigen Arbeitslosen sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern noch gravierender: Hier sind nur 29 % weiblich, d.h. rund 10 %-Punkte weniger als im Hamburger Durchschnitt.

Abb. 7.7: Anteil der Frauen an den Arbeitslosen unter 25 J.



Die beiden Interpretationsansätze: „Frauen sind weniger von Arbeitslosigkeit betroffen“ (in diesem Fall, weil sie bessere Schulabschlüsse erzielen) und „Frauen finden seltener den Zugang zum Erwerbsleben“ lassen sich auch bei den arbeitslosen Jugendlichen anwenden. Beide Ansätze sind teilweise plausibel, wenn die Größenanteile an dieser Gruppe anhand von Geschlecht und Nationalität gebildet werden: Dass fast doppelte so viele junge deutsche Männer wie Frauen unter den Arbeitslosen sind, kann als Beleg für den ersten Ansatz dienen. Dass auf der anderen Seite nur 10 % der rd. 430 arbeitslosen Jugendlichen Migrantinnen sind, wirft die Fragen auf, wie viele

Abb.7.8: Anteile an den Arbeitslosen unter 25 J.



Migrantinnen nicht beim Arbeitsamt „ankommen“, weil sie aufgrund einer ausgeprägten Familienorientierung nicht den Einstieg ins Erwerbsleben suchen und wie viele Migrantinnen sich von vornherein keine Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt ausrechnen und daher auch nicht als arbeitssuchend registrieren lassen.

Berufliche Qualifikation

Die schulische und berufliche Qualifikation hat sich zum wichtigsten Zugangsfiter zum Arbeitsmarkt entwickelt (s. Kap. 2). Die Wilhelmsburger Daten in der folgenden Tabelle belegen, dass der Stadtteil weitaus mehr als im Hamburger Durchschnitt von einem niedrigen Qualifikationsniveau betroffen ist: Fast zwei Drittel der Wilhelmsburger Arbeitslosen besitzen keine (anerkannte) abgeschlossene Ausbildung, in ganz Hamburg sind es „nur“ knapp die Hälfte (Bezirk Harburg 56 %). Dementsprechend reduziert sich der Anteil der Arbeitslosen mit einer betrieblichen Ausbildung; hochqualifizierte Arbeitslose sind eine verschwindende Minderheit.

Abb. 7.9: Berufliche Qualifikation der Arbeitslosen

	alle Arbeitslosen			Arbeitslose u. 25 J. ²³		
	Wilhelmsburg 5/02		HH 9/01	Wilhelmsburg 5/02		HH 9/01
	absolut	Anteil	Anteil	absolut	Anteil	Anteil
keine Ausbildung	1.992	65 %	48 %	298	69 %	66 %
betriebliche Ausbildung	923	30 %	39 %	122	28 %	29 %
Berufs-/Fachschule	97	3 %	7 %	8	2 %	5 %
Fachhochschule	21	0,7 %	2 %	0	0 %	0,2 %
Hochschule	44	1,4 %	5 %	3	0,7 %	0,2 %
keine Angaben	6			3		
insgesamt	3.083			434		

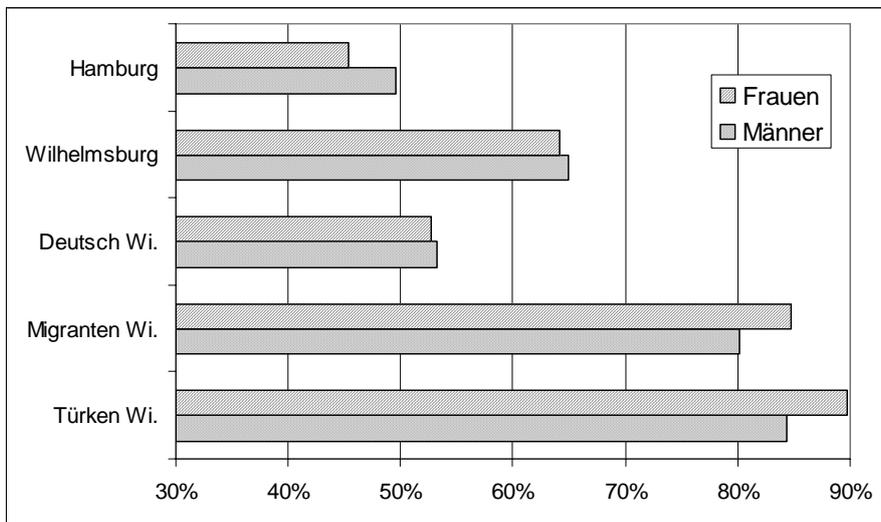
In Bezug auf die Staatsangehörigkeit bestehen - wie zu erwarten - erhebliche Unterschiede im Qualifikationsniveau. Von den Wilhelmsburgern mit deutschem Pass haben nur knapp über die Hälfte keine Berufsausbildung (53 %); bei den Wilhelmsburger Migrantinnen sind es dagegen gut 80 %, bei den Wilhelmsburgern mit türkischer Staatsangehörigkeit sogar 86 %. Die überdurchschnittlichen Werte für Wilhelmsburg lassen sich also zum einen auf den hohen Migrantinnenanteil an den Arbeitslosen zurückführen; zum anderen sind die arbeitslosen Migrantinnen in Wilhelmsburg noch schlechter qualifiziert als die Hamburger Migrantinnen insgesamt (in Hamburg liegt der Anteil der arbeitslosen Migrantinnen ohne Berufsausbildung bei 74 %).

Eine weitere Differenzierung dieses Bildes unter dem Merkmal Geschlecht zeigt, dass in Hamburg der Anteil der weiblichen Arbeitslosen ohne Berufsabschluss geringer ist (s. Abb. 7.10). Dies trifft nur noch in sehr geringem Ausmaß auf Wilhelmsburg insgesamt und auf Frauen mit deutschem Pass zu. Bei den Migrantinnen, insbesondere bei den Türkinnen ist

²³ Dieses Bild wird allgemein verzerrt durch die sog. „sozialrechtsinduzierte Arbeitslosmeldung“, insbesondere aber durch das steuerrechtliche Motiv der „Kindergeldarbeitslosen“. Kinder über 18 J. bzw. deren Eltern haben nur Anspruch auf Kindergeld, wenn sie einen Ausbildungsplatz oder Arbeitsplatz suchen. Je jünger ein Stadtteil ist, desto höher dürfte der Anteil der Kindergeldarbeitslosen, d.h. arbeitslosen Jugendlichen ohne Ausbildung sein. Der Anteil dürfte in der Gruppe der 18 - 21-Jährigen besonders hoch sein (Anmerkung des Arbeitsamtes Harburg).

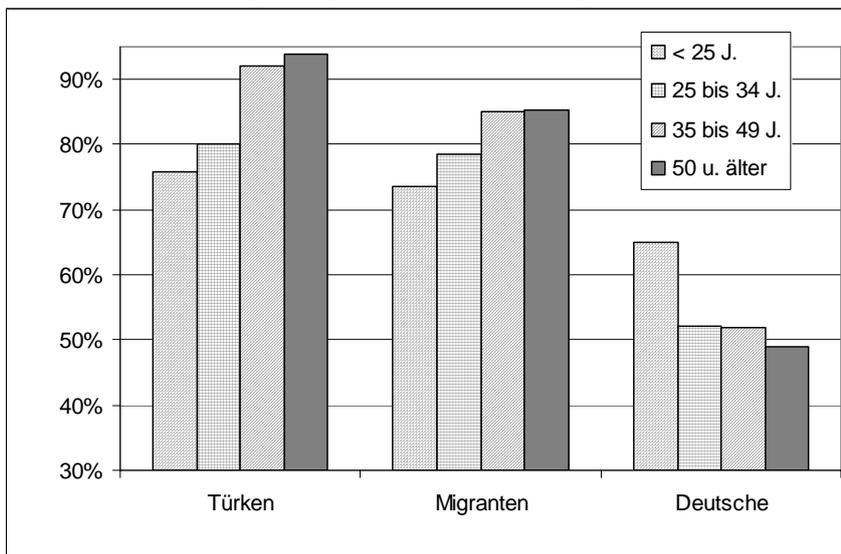
das Verhältnis jedoch umgekehrt. Diese insgesamt kleine Gruppe der rd. 340 arbeitslosen Migrantinnen besitzt zu 85 % keine (anerkannte) Berufsausbildung.

Abb. 7.10: Anteil der Frauen und Männer ohne abgeschlossene Berufsausbildung



Auch wenn es zu vereinfachend ist, die Chancen auf dem Arbeitsmarkt allein mit dem Kriterium der fehlenden (anerkannten) Berufsausbildung zu bewerten, so legen die extrem hohen Anteile die Vermutung nahe, dass es sich hier um eine zentrale Zugangsbarriere handelt. Über den gesamten Wirkungszusammenhang von (Schul-)Ausbildung, Familienorientierung und Arbeitslosigkeit lassen sich auf Basis dieser Daten allerdings keine Rückschlüsse ziehen.

Abb. 7.11: Anteile von Personen ohne Berufsausbildung nach Alter und Staatsangehörigkeit in Wilhelmsburg

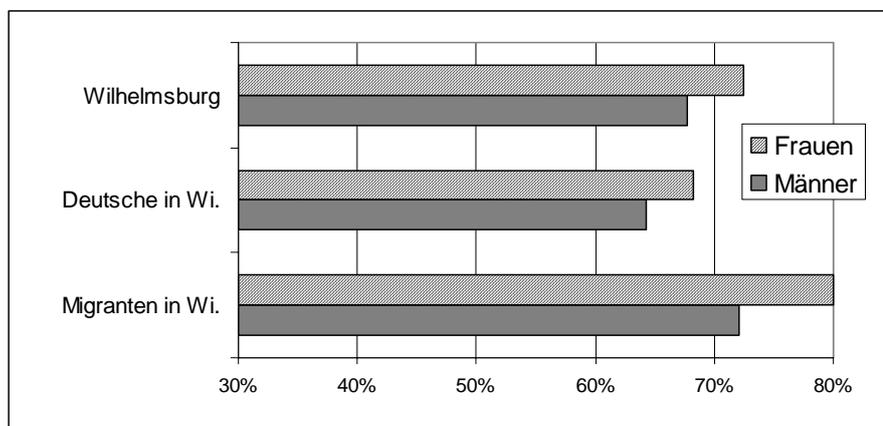


Die gravierendsten Unterschiede innerhalb der große Gruppe der arbeitslosen Wilhelmsburger ohne Berufsabschluss ergeben sich bei einer Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit und Alter. Die absoluten Spitzenwerte erzielen die türkischen Staatsangehörigen, die 35 Jahre und älter sind. In dieser Altersgruppe besitzt noch nicht einmal jeder zehnte eine anerkannte Berufsausbildung! Dabei überrascht, dass sowohl bei allen Wilhelmsburger Migranten als auch bei denen mit türkischer Staatsangehörigkeit zwischen den Altersgrup-

pen unter und über 50 Jahren kaum ein Unterschied besteht. In der jüngeren Altersgruppe (35 bis 49 J.) befinden sich zwar Migranten der zweiten Generation, die – anders als die erste Generation – durch einen Schulabschluss in Deutschland oder in der Türkei zumindest theoretisch einen Zugang zum hiesigen Ausbildungssystem hatten. Diese theoretische Option hat jedoch keine praktische Wirkung erzielt (selbst eine feinere Differenzierung der Altersjahrgänge ergibt kaum Unterschiede in den Quoten). Der sinkende Anteil arbeitsloser Migranten ohne Berufsabschluss in den Altersgruppen unter 35 Jahren belegt immerhin, dass sich diese dramatischen Anteile relativieren, andererseits liegen die Werte immer noch extrem hoch und deutlich über denen der deutschen Staatsangehörigen.

Während der Anteil aller Wilhelmsburger Arbeitslosen ohne Berufsausbildung im Vergleich zu Hamburg überdurchschnittlich hoch ist, trifft dies für die arbeitslosen Jugendlichen nicht zu. Ihr Anteil liegt mit 69 % nur knapp über dem Hamburger Wert (s. Abb. 7.9). Aufgrund des statistischen Artefaktes der „Kindergeldarbeitslosigkeit“ (s. Fußnote 23) sind diese Angaben allerdings nur bedingt aussagekräftig. Unter der Annahme, dass sich diese räumlich gleichmäßig verteilt, ist das formelle Qualifikationsdefizit der Jugendlichen ein allgemeines Hamburger Problem, auf das sozialräumliche Unterschiede einen geringen Einfluss haben. Der Sozialraum wirkt sich anscheinend eher auf die absolute Größe der arbeitslosen Jugendlichen aus. Andererseits sagen die Zahlen wenig darüber aus, wie groß die Chancen der Jugendlichen - insbesondere der mit Migrationshintergrund - sind, noch eine Beschäftigungsperspektive zu erlangen. Abgesehen von den etwas längeren Verweilzeiten in der Arbeitslosigkeit in Wilhelmsburg (s.o.) sind anhand der Daten hierzu keine Aussagen möglich.

Abb. 7.12: Anteil der Arbeitslosen ohne Ausbildung unter 25 Jahren



In der Gruppe der Wilhelmsburger Arbeitslosen unter 25 Jahren bestehen vergleichbare Unterschiede zwischen deutschen und nichtdeutschen Staatsangehörigen wie bei der Betrachtung der Gesamtheit der Arbeitslosen. Von den deutschen Staatsangehörigen unter 25 Jahren haben zwei Drittel keine abgeschlossene Ausbildung, was dem Hamburger Durchschnitt entspricht, bei den Migranten sind es dagegen knapp drei Viertel. Differenziert man diese beiden Gruppen noch einmal nach Geschlecht, zeigt sich, dass der Anteil der Frauen ohne Berufsausbildung - anders als in Hamburg - höher ist als der der Männer. Allerdings muss hierbei die geringe absolute Größe der weiblichen Arbeitslosen und insbesondere der Migrantinnen berücksichtigt werden.

Vermittlungshemmnisse der Langzeitarbeitslosen

Eine fehlende Berufsausbildung kann als das größte „vermittlungshemmende Merkmal“ der Hamburger Arbeitslosen bezeichnet werden, gefolgt von den gesundheitlichen Einschränkungen: ersteres betrifft fast jeden zweiten Hamburger Arbeitslosen, das zweite Merkmal jeden vierten. Hinweise auf die Frage, welche Hemmnisse jenseits der fehlenden Berufsausbildung in Wilhelmsburg eine Rolle spielen, ergeben sich aus dem Assessment der Langzeitarbeitslosen, das zurzeit von externen Trägern durchgeführt wird. Das Arbeitsamt Hamburg hat der TUHH die Daten der bisher erfassten 370 Teilnehmer aus dem Bezirk Harburg zur Auswertung zur Verfügung gestellt (diese Angaben stammen also nicht aus den Kundendaten des Arbeitsamtes). Mit Hilfe des Arbeitsamtes Harburg konnten die 84 Teilnehmer aus Wilhelmsburg ermittelt werden²⁴.

Im Rahmen des Assessments der Langzeitarbeitslosen werden zahlreiche Hemmnisse als zutreffend bzw. nicht zutreffend eingestuft. Die Angaben bestätigen zunächst die überragende Bedeutung der gesundheitlichen Einschränkungen: Von den verschiedenen Merkmalen, die individuelle Hemmnisse festhalten, sticht die Kategorie „Tätigkeit ohne körperliche Belastung“ besonders hervor: 46 % der Harburger können keine belastende Tätigkeit ausüben, (Wilhelmsburg 51 %) ²⁵. Dagegen wird die Rückkehr in den alten Beruf aus gesundheitlichen Gründen nur bei 15 % (Wilhelmsburg 25 %) behindert. Auf Tätigkeiten ohne Stressbelastung sind 20 % angewiesen.

Hinweise darauf, ob Alkoholabhängigkeit in Wilhelmsburg ein größeres Problem darstellt, finden sich im Rahmen des Assessments nicht: Nur eine unbedeutende Zahl von 20 Personen darf nicht in Alkoholnähe arbeiten (sieben Wilhelmsburger). Allerdings finden sich in diesem Segment auch Widersprüche²⁶, die darauf schließen lassen, dass sich dieses sensible Thema nur bedingt erfassen lässt.

Das wichtige Thema der Deutschkenntnisse bei Migranten wird im Prinzip als Hemmnis bestätigt. Sprachlich eingeschränkt sind rd. 44 % der Harburger Migranten (ohne Aussiedler), etwas geringer ist der Anteil in Wilhelmsburg. Der Anteil der Analphabeten wurde statistisch nicht erfasst.

Neben diesem Hemmnis findet sich gleichermaßen ein Hinweis auf das verdeckte Potenzial der Migranten. Von den Einwanderern im weiteren Sinne (Nichtdeutsche und Aussiedler) haben 20 eine „nicht anerkannte Qualifikation“, immerhin 19 % dieser Gruppe, dazu kommen zehn Deutsche, wahrscheinlich eingebürgerte Migranten. Acht dieser Personen kommen aus Wilhelmsburg (drei Deutsche, fünf Nichtdeutsche).

Bestätigt wird schließlich ein wichtiges Vermittlungshemmnis, das nur bedingt mit den individuellen Stärken und Schwächen zusammenhängt: Knapp einem Viertel der Langzeitarbeitslosen droht eine Gehaltspfändung. Von den 84 Wilhelmsburgern sitzen 35 % in dieser Schuldenfalle. Auffällig ist der hohe Anteil der Männer in dieser Gruppe, in Wilhelmsburg sind es sogar ausschließlich Männer, denen eine Gehaltspfändung droht.

²⁴ Zur Struktur dieser 370 Personen: 28 % sind Frauen, rd. 2/3 sind 40 Jahre und älter, 88 % sind länger als ein Jahr arbeitslos, 64 % länger als 2 Jahre. Ein knappes Viertel der Teilnehmer sind Wilhelmsburger, davon sind nur 23 % Frauen; 94 % der Wilhelmsburger sind länger als ein Jahr arbeitslos, 73 % länger als zwei Jahre.

²⁵ Die Prozentanteile beziehen sich jeweils nur auf die Teilnehmer, die das Assessment vollständig absolviert haben (aus Wilhelmsburg waren dies überraschenderweise alle Teilnehmer).

²⁶ Zwischen den zahlenmäßig gleich großen Gruppen der Alkoholgefährdeten und der Personen mit „unangemessener Erscheinung“ bestehen keine Überschneidungen (jede Person besitzt jeweils nur ein Merkmal). Dies widerspricht den Verwahrlosungstendenzen bei Alkoholikern.

7.2 Zielgruppen einer Qualifizierungsstrategie

Die Auswertung der quantitativen Daten zeigt, dass die strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes, insbesondere das Qualifikationsdefizit der Arbeitslosen, nicht über eine verbesserte Vermittlung von Angebot und Nachfrage zu lösen sind. Der Handlungsschwerpunkt der Entwicklungspartnerschaft muss daher auf die Entwicklung einer Qualifizierungsstrategie gelegt werden, die im Endeffekt die Zugänglichkeit zum Hamburger Arbeitsmarkt (und nicht nur für Arbeitsplätze auf der Elbinsel) erhöht.

Der qualitative Teil der Analyse hatte die Aufgabe, im Rahmen von Expertengesprächen vertiefende Einblicke darüber zu erhalten, mit welchen Zielgruppen die in die EP involvierten Einrichtungen und Institutionen arbeiten, welche Potenziale in der Arbeit vor Ort sichtbar werden und welchen strukturellen, institutionellen und subjektiven Hemmnisse bestehen. Die folgenden Ausführungen fassen die Ergebnisse dieser Expertengespräche zusammen.

7.2.1 Was sind Potenziale?

Der z.T. hoffnungsvolle und unbestimmte Begriff des Potenzials konnte im Rahmen der Befragung nur sehr begrenzt mit Inhalten gefüllt werden. Er rief bei den ExpertInnen Ratlosigkeit, Unverständnis oder auch eine ablehnende Reaktion hervor. Benutzt wird der Begriff des Potenzials, um die bisher übliche stigmatisierende Perspektive auf die Zielgruppen zu überwinden, nach der BewohnerInnen benachteiligter Stadtteile und insbesondere Migranten, per se als Problem bzw. problematische Gruppe aufgefasst werden. Der begriffliche Perspektivenwechsel alleine produziert jedoch keine substantiell anderen Ergebnisse: Die strukturellen Hemmnisse in Form der Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung sind so wirkmächtig, dass günstigenfalls Ratlosigkeit herrscht, wie denn die „kleinen Pflänzchen“ möglicher Potenziale auch genutzt werden können. Besonders deutlich wird dies nicht nur anhand nackter Zahlen, sondern auch in der Schilderung von „Einzelschicksalen“, wenn trotz aller Qualifizierungsbemühungen am Ende die Arbeitslosigkeit steht. Die Frage nach möglichen Potenzialen stößt von Beginn an auf Unverständnis, wenn ExpertInnen den Fokus auf die Defizite so verinnerlicht haben, dass ein Perspektivenwechsel nicht gelingt. Manchmal wird die Suche nach Potenzialen auch als naives Unterfangen bewertet, weil sie mit diffusen „positiven“ Unterstellungen operiert, die sich nicht konkretisieren lassen.

Da sich eine offene Diskussion über mögliche Potenziale als wenig tauglich erwies, wurden die Gespräche an diesem Punkt auf zwei Themen zentriert, die nur Migranten betreffen: **Mehrsprachigkeit** und **nicht anerkannte Schul- und Berufsabschlüsse**. Mehrsprachigkeit wird von einigen Akteuren in ihrer Arbeitspraxis als mögliches Potenzial der eigenen Klientel betont. Die konkreten Erfahrungen, die diese Akteure gemacht haben, sind insgesamt gesehen allerdings sehr ernüchternd:

- Bei einfachen Tätigkeiten geht es immer erst um das Verstehen des Deutschen (z.B. Arbeitsanweisungen, Sicherheitsbestimmungen etc.), die Herkunftssprache ist zweitrangig.
- Für die Sprachen, die die BewohnerInnen der Elbinsel mitbringen, besteht auf Seiten der Wirtschaft wenig Bedarf.
- Wenn Zweisprachigkeit im Bürobereich erforderlich ist, ist eine perfekte Sprachbeherrschung in Wort und Schrift notwendig. Damit sind die meisten MigrantInnen wiederum überfordert.

- Zweisprachigkeit wird im Schulsystem nicht ausreichend gefördert; sie ist in der Realität oft „Halbsprachigkeit“, weil beide Sprachen nicht wirklich beherrscht werden. Um sie als Potenzial zu nutzen, müsste die vollständige und sichere Beherrschung von zwei Sprachen über die Schulausbildung erst einmal entwickelt werden.

In Bezug auf die Einsatzbereiche von Mehrsprachigkeit wurde abgesehen von einzelnen Berufsbildern - wie z.B. Außenhandelskaufleuten mit Türkeibeziehungen - einzig der Sozial- und Gesundheitsbereich als ein Arbeitsfeld für Wilhelmsburg angesehen, in dem Mehrsprachigkeit sowohl erforderlich als auch eine persönliche Stärke der Migranten ist. Diese Erkenntnis ist natürlich nicht neu; auffällig ist nur, wie vorsichtig bzw. desillusioniert die ExpertInnen bei der Suche nach weiteren Einsatzfeldern der Mehrsprachigkeit waren.

Wie noch zu zeigen sein wird, stellt sich die Einschätzung in Bezug auf das Problem nicht anerkannter Abschlüsse der MigrantInnen anders dar. Einhelliger Tenor war, dass eine qualifizierte Minderheit der Einwanderer erlernte Fähigkeiten mitbringt, die zu pauschal abgewertet werden. Die Einfädung in den Arbeitsmarkt oberhalb von Einfachberufen wird dadurch unnötig erschwert. Zugleich wurde die Komplexität in der Sache, d.h. die schwierige Vergleichbarkeit zwischen Bildungs- und Ausbildungssystemen, bestätigt. Erforderlich sei ein flexiblerer und einzelfallbezogener Umgang mit diesen Abschlüssen, der nicht auf Abwehr, sondern auf Mobilisierung von tatsächlich vorhandenen Qualifikationen abzielt. Die Anerkennung von Abschlüssen hat sich als der Bereich herausgestellt, in dem sich die Verwendung des Begriffs Potenzial in doppelter Hinsicht als sinnvoll erweist: Eine andere Anerkennungspraxis ist kein Garant für eine den Qualifikationen der jeweiligen Person angemessene Integration in den Arbeitsmarkt; es ist zunächst nur eine *Möglichkeit*, die nur im Kontext weiterer Faktoren zur Wirklichkeit werden kann. Darüber hinaus sind diese Möglichkeiten bisher weitgehend unentdeckt bzw. nicht konkret benennbar in Form von schulischen Qualifikationsniveaus, Ausbildungen und Berufen, weil es keine Institutionen gibt, die die Abschlüsse von Migranten systematisch erfassen. Die Schwierigkeiten, die daraus entstehen, haben die ohnehin schon schwierige Erkenntnisgewinnung weiter verschärft.

7.2.2 Darstellung der Zielgruppen

Im Folgenden werden die Beschreibungen der ExpertInnen zu unterschiedlichen Zielgruppen für mögliche Qualifizierungsprojekte der Entwicklungspartnerschaft verdichtet. Aufgrund der nicht ausreichenden empirischen Grundlagen handelt es sich nicht um trennscharfe Typen. Die Darstellung soll eine Diskussionsgrundlage bilden, die je nach gemeinsamen Schlussfolgerungen vertieft werden kann.

a) Unqualifizierte im Erwerbsleben

Im Rahmen der Entwicklungspartnerschaft Elbinsel könnte es sich als sinnvoll erweisen, präventive Qualifizierungsmaßnahmen für Un- und Angelernte durchzuführen, die noch im Erwerbsleben stehen. Konkrete Angaben über bedrohte Arbeitsplätze und mögliche Qualifizierungsmaßnahmen ließen sich im Rahmen der bisherigen Betriebsinterviews nicht erheben, da dafür intensivere und vertrauensvollere Kontakte notwendig sind. Die generelle Tendenz ist, dass das Humankapital der an- und ungelerten Beschäftigten innerbetrieblich in der Regel einen zu geringen Wert besitzt, um Weiterbildung und Qualifizierung als notwendige Bausteine der Personalentwicklung zu begreifen. In Kleinbetrieben ist die Weiterbildung ohnehin ein zu wenig beachtetes Thema.

Über die Arbeitnehmerseite liegen ebenfalls bisher kaum Erkenntnisse vor. Ein Vertreter des Arbeitsamtes hat darauf hingewiesen, dass die schon bestehende Förderung von Umschulungsmaßnahmen für ältere von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmer unzureichend genutzt werden kann, weil die Arbeitnehmer die Eignungstests nicht bestehen. Unterhalb der beruflichen Weiterbildung müsste daher zunächst das schulische Qualifikationsdefizit behoben werden.

Angesichts des bundesweit hohen Anteils an Beschäftigten ohne Berufsabschluss sowohl unter den jüngeren als auch den älteren Migranten (s. Kap. 2) besteht ein akuter Handlungsbedarf. Die Handlungsmöglichkeiten sind durch das Job-Aktiv-Gesetz erweitert worden. Im Rahmen der Entwicklungspartnerschaft könnte insbesondere die Schnittstelle bzw. die Verschränkung von schulischer Qualifikation (nicht um des Abschlusses willens, sondern in Bezug auf Lerntechniken und notwendiges Wissen in Kernfächern) und beruflicher Weiterbildung thematisiert werden. Ebenso könnten im Rahmen der EP gezielt für dieses Thema aufgeschlossene Betriebe (auf der Leitungsebene wie auch auf Seiten von Betriebsräten) gesucht werden.

b) Prekäre Beschäftigung / „Working poor“

Während die obige Gruppe eher traditionelle ArbeiterInnen umfasst, für die die Vollzeitwerbstätigkeit die Normalität darstellt, existiert daneben eine schwer zu definierende Gruppe von Beschäftigten, die zwischen schlecht bezahlter Beschäftigung in den unteren Arbeitsmarktsegmenten und Arbeitslosigkeit pendelt. In den ExpertInnengesprächen wurde öfter auf die Bedeutung von Zeitarbeitsfirmen hingewiesen, auf die diese ArbeiterInnen in besonderem Maße angewiesen sind. Daneben werden die typischen „MacJobs“ genannt. Bruttolöhne unter 1.000 € sind hier keine Seltenheit, sodass häufig eine ergänzende Sozialhilfe notwendig wird.

Schwer einzugrenzen ist diese Gruppe, weil sie sich (bisher) nicht anhand von Merkmalen wie Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Alter abgrenzen lässt. Es kann sich um Frauen und Männer zwischen 30 und 35 Jahren mit einer gescheiterten Bildungs- und Ausbildungskarriere handeln, oder um (männliche und weibliche) „Seiteneinsteiger“, die weder im Herkunftsland noch in Deutschland eine anerkannte Qualifikation erworben haben. Dazu gehören können ebenfalls ältere ArbeiterInnen, die ihren alten Arbeitsplatz verloren haben und sich nur noch über Zeitarbeitsfirmen verdingen können.

Die Übergänge in Sozialhilfebezug und Langzeitarbeitslosigkeit sind fließend. Bei den älteren Arbeitnehmern ist dies fast unvermeidbar, weil sie die Arbeitsbedingungen auf Dauer „nicht mehr durchhalten“. Die Jüngeren haben eher mit der Entkoppelung von Arbeit und materiellem Wohlstand zu kämpfen („working poor“). Arbeiten und trotzdem auf Sozialhilfe angewiesen zu sein, wirkt sehr demotivierend, insbesondere wenn Lohnarbeit im Lebensumfeld mit entsprechenden Statussymbolen wie dem eigenen Auto verknüpft ist. Die „Bevorzugung“ der Sozialhilfe ist sicherlich nicht unüblich, aber auch nicht selbstverständlich. Im türkischen Migrantenmilieu verliert derjenige an Status, der nichts zum Familieneinkommen beiträgt und dementsprechend wird in der Regel sozialer Druck ausgeübt.

Um für diese Zielgruppe Qualifizierungsmaßnahmen zu entwickeln, müssen verschiedene Hemmnisse berücksichtigt werden. Eine Förderung über das Arbeitsamt ist scheinbar die Ausnahme, weil durch die jeweils kurze Arbeitslosigkeit keine Anspruchsberechtigung besteht. Mitarbeiter des Arbeitsamtes beobachten, dass jüngere Migranten vor einer Ausbildung zurückschrecken, weil sie auf ihren jeweils erreichten Lebensstandard nicht mehr verzichten wollen. Eventuell besteht eine Angebotslücke zwischen einer bezahlten Umschulung und einer als zu lang empfundenen Ausbildung.

Einheitlich wird von Motivationsproblemen und fehlendem Selbstvertrauen berichtet, sich doch noch für den Ausbildungs- und Qualifizierungspfad zu entscheiden. Dominant ist eher das Gefühl, „den Zug verpasst zu haben“. Insofern wird eher eine Verdrängungsstrategie praktiziert: Wenn die Existenzsicherung durch einen neuen Job wieder gesichert ist, rückt die Frage der Qualifizierung wieder in den Hintergrund. Potenzielle Angebote müssten berücksichtigen, dass große Qualifizierungssprünge tatsächlich nicht mehr zu erwarten sind, und daher zeitlich und inhaltlich überschaubare Module anbieten. Diese müssten ebenso mit einer aus alltagsweltlicher Sicht nachvollziehbaren Arbeitsmarktperspektive verknüpft sein.

c) Rückkehrerinnen

Die Zielgruppe der Berufsrückkehrerinnen lässt sich nicht als einheitliche Gruppe behandeln. Die drei folgenden Typen besitzen allerdings noch inhaltliche Überschneidungen.

c1) Frauen ohne Berufserfahrung nach der Familienphase

Die Betonung liegt hier auf Frauen zwischen 20 und 30 Jahren, die nach einer Erziehungspause ins Arbeitsleben zurückkehren wollen oder auch müssen („vom Sozialamt wachgerüttelt“) und die keine bzw. nur eine ansatzweise ausgeprägte Ausbildungs- und Erwerbsbiografie besitzen. Die schulische Qualifikation wurde in der Regel auf einem unteren und mittleren Niveau durchlaufen und ist nicht das zentrale Problem. Wichtiger ist, dass aus verschiedensten Gründen keine Ausbildung absolviert wurde oder, was anscheinend häufig der Fall ist, dass eine Ausbildung abgebrochen wurde.

In Qualifikationsmaßnahmen wie „Neu Starten“ machen die Frauen oft noch einen unreifen Eindruck, sie verhalten sich eher wie wenig motivierte Jugendliche, die auf sich und ihr Äußeres fixiert sind, die wenig Kompetenz in der Alltagsorganisation und Lebensführung besitzen, nicht sonderlich motiviert sind und gleichzeitig unrealistische Erwartungen in Bezug auf ihre Qualifizierungschancen haben. Vorherrschend ist der Wunsch, in kaufmännische Berufe hereinzukommen, praktisch erreichbar ist dies kaum, z.B. weil die Aufnahmeprüfungen für Ausbildungen und Umschulungen im kaufmännischen Bereich zu hohe Ansprüche stellen. Zur notwendigen Anpassung an die Realität gehört für manche die Einsicht, dass sie doch nicht zum Lernen „taugen“, was auch eine Erleichterung bedeuten kann.

Aufgrund des Sozialhilfebezuges bzw. des fehlenden Anspruches auf bezahlte Maßnahmen oder aufgrund der oben genannten Einsichten aus erneuten Lernerfahrungen zielt der Weg in den Arbeitsmarkt auf die klassischen, für diese Klientel erreichbaren Frauenberufe. Hier ergibt sich v.a. das Problem, dass die Frauen – insbesondere die Alleinerziehenden – auf Kernarbeitszeiten angewiesen sind bzw. sich auf diese Arbeitszeiten festlegen. In den derzeit verfügbaren Arbeitsmarktsegmenten sind diese Arbeitszeiten aber die Ausnahme, insbesondere im Bereich Gastronomie. Selten anzutreffen ist ebenso die erwünschte Kombination von Teilzeit mit einem Arbeitsplatz in der Nähe.

Was auf den ersten Blick als Dilemma zwischen Erwartungshaltung (Büro, feste Arbeitszeiten) und realen Möglichkeiten (z.B. Einzelhandel, Gastronomie) erscheint, ist im Gesamtkontext der gering Qualifizierten ein strukturelles Problem. Die Anforderungen in Umschulungen werden aufgrund der Entwicklung der Arbeitswelt, aber auch durch die vermeintlich höheren Vermittlungschancen der Teilnehmer, hoch gesetzt und zugleich hat das Angebot an Vorbereitungskursen mit hohem Anteil an Allgemeinbildung seit den 80er Jahren abgenommen. Umschulungen setzen heute im Prinzip einen Realschulabschluss voraus; für Haupt- und Förderschüler bestehen kaum noch Angebote. Eine Aufarbeitung des schulischen Defizits im Rahmen von kurzen Maßnahmen wie „Neu Starten“ ist nicht möglich.

c2) Familienorientierte türkische „Heiratsmigrantinnen“

Im Rahmen der Interviews wurde häufig über die türkische „Heiratsmigrantin“ gesprochen, also über Frauen, die zur Heirat aus der Türkei auf die Elbinsel migrieren²⁷. Für den Kontext der Entwicklungspartnerschaft sind die Einstellungen der Frauen zum Erwerbsleben und ihre „mitgebrachten“ Qualifikationen von Bedeutung. Darüber hinaus beeinflussen ihre Einstellungen und Perspektiven die Sprachentwicklung der Kinder und damit deren Startchancen im Bildungssystem. Die Seiteneinsteigerinnen bilden natürlich keine homogene Gruppe, und zwar schon allein deshalb, weil das Herkunftsmilieu der Hamburger Familie – ökonomischer und beruflicher Status, kulturelle und religiöse Orientierungen etc. – die Suche nach der „passenden“ zukünftigen Ehefrau prägt. Tendenziell scheinen es z.B. eher die gescheiterten Bildungsinländer zu sein, die eine „Frau vom Dorf“ suchen. Darüber hinaus können religiöse Lebenseinstellungen nicht mit Bildungsferne gleichgesetzt werden, da „Frauen mit Kopftuch“ ebenso einen Hochschulabschluss besitzen können wie auch umgekehrt westliche Liberalität nicht zwangsläufig mit qualifizierten Ausbildungen einhergeht. Dieses Grundmuster wird von einer weit verbreiteten patriarchalischen Haltung überlagert, nach der die Wahl der Ehefrau in der Türkei gleichermaßen die innerhäuslichen Machtverhältnisse sichern soll (daher unterscheidet sich auch das Wahlverhalten von Frauen und Männern). Angesichts der Dominanz eines eher konservativen und bildungsferneren türkischen Milieus auf der Elbinsel lässt sich vermuten, dass Männer, die in ökonomisch prekären Verhältnissen leben, dazu tendieren, die „Frau vom Dorf“ zu bevorzugen, um zumindest in der eigenen Familie „Herr im Hause“ zu bleiben. Insofern könnte tatsächlich auf der Elbinsel die Mehrheit der Heiratsmigrantinnen aus Frauen mit einfacher Schulbildung bestehen (empirisch belegbar ist dies nicht).

Das Verhältnis dieser Seiteneinsteigerinnen zur Erwerbstätigkeit ist nicht statisch, sondern wandelt sich im Zeitverlauf. Die Familienorientierung steht bei den gering qualifizierten Frauen zu Beginn ganz oben an, oft verstärkt durch (zu) hohe Erwartungen an das Wohlstandsniveau in Deutschland und den sozialen Druck, den das familiäre Umfeld auf die Einhaltung einer traditionellen Hausfrauen- und Mutterrolle ausübt. Zudem ist eine Arbeitserlaubnis und die damit zusammenhängende Erwerbsperspektive anfangs nicht vorhanden. In Deutschkursen wird von den Lehrerinnen häufig die Erfahrung gemacht, dass in dieser ersten Phase Widerstände beim Deutschlernen bestehen, und dass sich dies erst allmählich ändert, wenn Kontakte zu anderen Frauen entstehen, die Kinder aus dem Haus sind und die Frauen alleine zu Hause bleiben. Der weitere Verlauf dieser schrittweisen Emanzipationsprozesse lässt sich schwer verallgemeinern. Die grobe Tendenz scheint zu sein, dass die Deutschkenntnisse auf einem niedrigen Niveau bleiben und die Integration in den Arbeitsmarkt, wenn überhaupt, dann in den untersten Segmenten stattfindet.

Neben der relativen Perspektivlosigkeit einer späten und nur partiellen Emanzipation vom Familienverband hat diese Situation auf das Sprachverhalten der Kinder einen entscheidenden Einfluss. Die von den Müttern und Schwiegermüttern anfangs betreuten Kinder wachsen ohne Deutsch als Zweitsprache auf; den neuzugezogenen Müttern fehlen ausreichende Kenntnisse und Berührungen mit dem Schulsystem und seinen Anforderungen, sodass die Folgen dieser Spracherziehung für die Bildungschancen der Kinder zu wenig berücksichtigt werden.

²⁷ Einer im März 2001 durchgeführten Untersuchung des Zentrums für Türkeistudien zufolge sind in Familien türkischer Herkunft mit einem Kind unter 10 Jahren 41 % der Mütter und 24 % der Väter im Zuge der Heiratsmigration nach Deutschland gekommen. 30 % dieser Mütter und 40 % der Väter verfügen über einen Gymnasialabschluss in der Türkei (vgl. Neumann 2001: 30).

Diese holzschnittartige Darstellung soll deutlich machen, dass zum einen die Zweisprachigkeit der Kinder früher bzw. besser gefördert werden muss. Zugleich müssen die Ansprache der Mütter und die Vermittlung der Wichtigkeit von Deutschkursen und die Informationsvermittlung über das Erziehungs- und Ausbildungssystem systematischer über die Kinder bzw. die Kindertagesstätten erfolgen. Im günstigsten Fall wird dadurch der Eingewöhnungsprozess und die Auseinandersetzung mit der eigenen Erwerbsperspektive beschleunigt. Allzu große Perspektiven bestehen in Bezug auf die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt jedoch nicht, und zwar nicht nur wegen geringer Sprachkompetenz und niedriger schulischer Qualifikation, sondern auch aufgrund der geringen Entfaltungsmöglichkeiten, die das soziale und familiäre Umfeld zulässt.

c3) Migrantinnen nach der Familienphase

Die Beschreibung der familienorientierten Heiratsmigrantinnen ist insofern spezifisch „türkisch“ (und vielleicht auch besonders typisch für die Elbinsel), weil diese in ein weit über die eigene Familie hinausgehendes soziales Netz eingebettet sind und auch durch dieses kontrolliert werden. Die Auseinandersetzung mit der Mehrheitsgesellschaft nimmt andere Verläufe an als bei Migrantinnen, die zwar auch Berührungspunkte zu „ihrer“ Community entwickeln, aber sich insgesamt viel stärker mit dem fremden sozialen Umfeld konfrontieren müssen.

Einen plastischen Ausdruck findet dieser Verlauf in der Bezeichnung der „gestandenen Migrantin“. Dabei handelt es sich um Frauen über 30, die rd. acht bis 10 Jahre in Deutschland leben und nach der Kindererziehung einen Einstieg ins Erwerbsleben suchen. Ihre Lebens- und Migrationserfahrung hat dazu beigetragen, dass sie „mit beiden Beinen auf dem Boden stehen“ und ihre Qualifizierungschancen weitaus realistischer einschätzen als viele andere Migranten (und Aussiedler). Sie sind zumindest mündlich gut im Deutschen, sie lernen motiviert und sind in Qualifizierungsmaßnahmen wie „Neu Starten“ die stabilisierenden Persönlichkeiten der Gruppen.

Ohne dass sich dies an dieser Stelle weiter konkretisieren lässt, deuten sich in dieser Gruppe Qualifikationen (soziale Kompetenz für soziale Berufe) und Beschäftigungspotenziale an. Qualifikationsmaßnahmen müssten auch hier zielgenau ansetzen: für eine komplette Ausbildung ist es zu spät; eine Umschulung, die didaktisch auf eine deutsche Normalbiografie ausgerichtet ist, ist nicht adäquat. Da die bisherigen Nischen wie AB-Maßnahmen an Bedeutung verlieren, muss nach Alternativen für eine realistische und arbeitsmarktnahe Qualifizierung gesucht werden.

d) Qualifizierte und bildungsinteressierte Seiteneinsteigerinnen

Wie Kap. 7.2.1 angedeutet, zählen die von den SeiteneinsteigerInnen mitgebrachten Qualifikationen und Berufserfahrungen zu den wenigen Potenzialen, die sich im Rahmen der ExpertInnengespräche „entdecken“ ließen. Dies betrifft natürlich Männer wie Frauen, wurde aber ausschließlich anhand der Migrantinnen diskutiert. Diese Frauen bilden deutschlandweit einen nicht unerheblichen Anteil an den türkischen Heiratsmigrantinnen (vgl. Fußnote vorherige Seite); es sind Frauen mit Abitur und/oder Berufsabschluss, die zwar einheiraten, sich aber möglichst frühzeitig in den Arbeitsmarkt einfädeln wollen. Neben Heiratsmigrantinnen aus anderen Ländern wird die Gruppe der qualifizierten Frauen von Flüchtlingen gebildet, deren jeweiliger Anteil an den Gesamtgruppen sehr stark variiert, je nachdem welche sozialen Schichten das Land verlassen müssen. Welcher Zeitkorridor für ein möglichst zügiges Einfädeln notwendig ist, lässt sich nur schwer bestimmen: Die Einschätzungen variieren zwischen „sofort“ und einigen Jahren, die Migrantinnen brauchen, bis sie

„richtig angekommen“ sind. Trotz dieser Ungewissheit lässt sich hier ein Potenzial erkennen, dass sowohl in der fachlichen Qualifikation als auch im Vorhandensein von Motivation, Zielstrebigkeit und Leistungsbereitschaft begründet liegt.

Nach einhelliger Auffassung der befragten Expertinnen wird dieses Potenzial bisher nicht genutzt, weil kein ausreichendes Angebot an (finanzierbaren) Deutsch-Intensivkursen besteht, die Anerkennung der bisherigen schulischen und beruflichen Qualifikation durch formelle Hürden unnötig erschwert wird und weil keine auf diese Zielgruppe zugeschnittenen Instrumente der Nachqualifizierung und Weiterbildung bestehen: In der Regel haben die nachziehenden Ehegatten keinen Anspruch auf Förderung in Form der auf die deutsche Normalbiografie zugeschnittenen Umschulungsmaßnahmen. Hinzu kommen die alle Migranten betreffenden Restriktionen durch Arbeitsgenehmigungen und das Aufenthaltsrecht. Mehr noch: Fehlende Integrationsperspektiven in den Arbeitsmarkt führen erst dazu, dass die bildungsorientierten türkischen Frauen vor der sozialen Kontrolle und dem Anpassungsdruck an eine traditionelle Frauenrolle kapitulieren und somit erst in Deutschland das Leben, was ihnen von deutscher Seite als „kulturelle Identität“ unterstellt wird. Aussagen über die Anzahl und das jeweilige Bildungsniveau dieser Gruppe von Migrantinnen sind weder für Hamburg noch für die Elbinsel verfügbar. Die Größenangabe von knapp 350 als arbeitslos registrierten Migrantinnen in Wilhelmsburg gibt kaum Anhaltspunkte, weil diese Gruppe nur sehr begrenzt in die statistisch erfasste Erwerbstätigkeit eingebunden ist. Informationen über diesen kleinen, aber nicht zu vernachlässigenden Personenkreis sind nur in Form von verstreutem Erfahrungswissen in den einzelnen Einrichtungen vorhanden, die Migrantinnen qualifizieren. Im Rahmen der Potenzialanalyse wurde versucht, einige statistische Angaben auszuwerten. Dargestellt wird dies an den erfassten Daten der Qualifizierungseinrichtung „Wege in den Beruf“ von GATE. Die Einrichtung hat einen hamburgweiten Einzugsbereich und lässt somit keine Rückschlüsse auf die Elbinsel zu. Da anfangs sehr niedrige Einstiegsschwellen bestanden, die im Verlauf angezogen wurden, bilden die bisherigen Daten nicht nur die „Bildungselite“ ab.

Von den bisherigen 192 Teilnehmerinnen haben rd. ein Drittel in ihrem Heimatland einen dem Abitur vergleichbaren Abschluss erzielt (Schulzeit 11 bis 13 Jahre), fast 40 % besitzen einen mittleren Abschluss (8-10 Jahre). Zwischen den einzelnen Nationalitäten bestehen erhebliche Unterschiede: Von den 55 Türiinnen haben nur 16 % Abitur, von den 42 Iranerinnen und Afghaninnen dagegen 63 %. Werden nur die unter 40-Jährigen Frauen berücksichtigt, steigt der „Abituranteil“ an, allerdings nicht bei den Iranerinnen/Afghaninnen.

Eine Ausbildung im Heimatland haben rd. 40 % der Frauen absolviert, bei mindestens 10 % ist auf Basis der Daten nicht ersichtlich, inwieweit sie nur angelehrt wurden (z.B. als Schneiderinnen oder Verwaltungskraft) oder eine (kurze) Ausbildung gemacht haben, 50 % sind ungelernt. In der Gruppe der Iranerinnen/Afghaninnen mit Abitur haben drei Viertel eine Ausbildung, davon die Mehrheit als Lehrerinnen. Je nach Alter haben die Frauen unterschiedliche und oft auch wechselhafte Berufserfahrung im Herkunftsland gesammelt.

Beim Vergleich dieser Bildungs- und Erwerbsbiografien mit dem Status quo ergibt sich eine extreme Abstufung. Der schulische Abschluss wurde in der Regel abgewertet bzw. gar nicht anerkannt, das gleiche gilt für Ausbildung und Studium. Erwerbserfahrungen in den durchschnittlich sechs bis acht Jahren in Deutschland wurden – egal was die Frauen vorher gelernt und gearbeitet haben - im untersten Arbeitsmarktsegment gesammelt. Diese rigide Dequalifizierung durch die Nichtanerkennung und Abstufung der Abschlüsse zwingt die Mehrheit der qualifizierten Frauen, wieder bei Null anzufangen, was angesichts der ökonomischen Lage und der psychosozialen Belastung durch Flucht und Migration eine fast unüberwindbare Hürde darstellt.

Wie schon erwähnt, besteht die Kritik an der bisherigen Praxis darin, dass die Abwertung systematisch erfolgt und mögliche Spielräume, die Chancen für einzelne Personen eröffnen, nicht gesucht werden. Beispielsweise könnten iranische und afghanische Lehrerinnen mit ihren interkulturellen und sprachlichen Kompetenzen eine Bereicherung für die Grundschulen sein. Eine andere Anerkennungspraxis ist kein unmittelbares Thema für die EP Elbinsel, dennoch ist im Rahmen des Mainstreaming auf eine andere Praxis hinzuwirken.

Die quantitativ geringe Größe der qualifizierten Migrantinnen auf der Elbinsel ist kein Grund, das Thema zu vernachlässigen. Das Thema Bildung und Qualifizierung lässt sich in der jeweiligen Communities nur breiter verankern, wenn konkret erfahren wird, dass sich die Mühe lohnt. Ohne (mehr) positive Beispiele und Vorbilder – sowohl bei den BildungsinländerInnen als auch bei den SeiteneinsteigerInnen – wird dies ein weitgehend hoffnungsloses Unterfangen bleiben.

e) „Aussortierte“ Arbeiter und Arbeiterinnen

Dieser Typ wird von unqualifizierten Arbeitern und Arbeiterinnen ab 40 Jahren geprägt, die jetzt überwiegend als Langzeitarbeitslose in Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten auftauchen, z.T. auch als Arbeiter bei Zeitarbeitsfirmen (s. prekär Beschäftigte). In Bezug auf Nationalität und Geschlecht werden sowohl männliche deutsche Hafenarbeiter als auch Migrantinnen und Migrantinnen angesprochen.

Die Wilhelmsburger Arbeitslosenzahlen des Arbeitsamtes Harburg geben folgende Hinweise auf die quantitative Größe dieser Gruppen: 310 deutsche Männer ohne Berufsausbildung im Alter ab 40 Jahren sind im Mai 2002 registriert; die Gruppe der Langzeitarbeitslosen ab 40 Jahren besteht aus rd. 260 Personen (mit und ohne Abschluss). Bei den Migrantinnen besteht diese Altersgruppe aus rd. 250 (unqualifizierten) bzw. 140 (langzeitarbeitslosen) Personen.

In den Interviews nahm den breitesten Raum die Gruppe der männlichen Migrantinnen ein. Es handelt sich um Migrantinnen der 1. Generation, vorwiegend aus der Türkei, Portugal, Spanien und Italien. Die Einwanderer haben über Jahre und Jahrzehnte im Hafen gearbeitet - in den Werften, Industriebetrieben (Stahl- und Aluminiumwerke, Phoenix) oder auch im Stückgutumschlag, sowohl lange bei einem Arbeitgeber, als auch im häufigeren Wechsel der Arbeitsorte. In dieser Erwerbsphase haben sie relativ gut verdient, v.a. auch durch Überstunden, und waren auch mit ihrer Situation zufrieden. Aufgrund von Rationalisierungen wurden sie arbeitslos.

Es sind in der Regel Ungelernte (wenn ein Berufsabschluss vorhanden war, wurde er nicht anerkannt), die kaum deutsch sprechen. Z.T. sind es auch Analphabeten. Für diese Arbeiter gab es damals keinerlei Angebote zum Spracherwerb, der dementsprechend ungesteuert erfolgte (berichtet wird z.B. von einem türkischen Arbeiter, der zuerst griechisch lernte, weil der Vorarbeiter Grieche war).

Viele dieser Haushalte beziehen Leistungen vom Sozialamt, weil die Arbeitslosenhilfe zur Existenzsicherung nicht ausreicht, z.T. erhalten sie Erwerbsunfähigkeitsrenten. Leistungsempfänger werden auch diejenigen Arbeiter, die noch übergangsweise bei Zeitarbeitsfirmen unterkommen, deren Löhne aber ebenfalls nicht ausreichen.

Die wesentlich kleinere Gruppe der Migrantinnen, die einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgegangen sind, hat ebenfalls in der hafenbezogenen Industrie gearbeitet. Eine andere und wahrscheinlich häufigere Variante in diesen Haushalten der Migrantinnen ist eine stundenweise Beschäftigung der Ehefrauen, die v.a. putzen gehen.

Die Arbeitsbiografie der deutschen Langzeitarbeitslosen zeigt das gleiche Muster: Es sind ehemalige Industriearbeiter, Tagelöhner, Saisonarbeiter, sowohl mit kontinuierlicher als auch mit diskontinuierlicher Erwerbsbiografie, die aufgrund von Betriebsstillegungen oder weil sie nicht mehr die entsprechende Leistung bringen, „endgültig“ entlassen wurden. Anders als bei den Migranten sind die Männer häufig allein stehend.

Diese Zielgruppe gerät in die bekannte Negativspirale der Langzeitarbeitslosigkeit, unabhängig davon ob es sich um Deutsche oder Migranten handelt: Wer nach 20 Jahren Erwerbsarbeit arbeitslos wird und keinen Wiedereinstieg findet, empfindet sich als nutzlos und hat große Schwierigkeiten, dem Alltag eine sinnvolle Struktur zu geben. Antriebslosigkeit und fehlende Motivation werden durch die öffentlichen Debatten über die Chancenlosigkeit von älteren Arbeitnehmern noch verstärkt. Die verschiedenen Maßnahmen für diese Zielgruppe werden unterschiedlich beurteilt.

Eine Beobachtung im Rahmen von AB-Maßnahmen ist, dass „sinnstiftende Arbeit“, in der Verantwortung gegenüber Kunden übernommen wird und konkrete Erfolgserlebnisse erfahrbar sind, einen erfolgreichen Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt möglich machen kann. Die Kleiderkammer in Wilhelmsburg hat z.B. trotz der schwierigen Klientel gute Vermittlungsquoten.

Im Bereich der Migranten fällt das Urteil weitaus negativer aus. Trainingsmaßnahmen des Arbeitsamtes würden, ebenso wie die Deutschkurse, nutzlos verpuffen. Wenn die älteren arbeitslosen Migranten zu Deutschkursen verpflichtet werden, scheinen diese in der Regel erfolglos zu verlaufen, weil zum einen die Motivation äußerst gering ist. Die Arbeiter sind die ganze Zeit „mit 50 Worten deutsch durchgekommen“, trauen sich jetzt selbst nichts mehr zu („Was kann ich denn jetzt noch lernen?“) und „sitzen die Zeit ab.“ Häufig sind sie durch die harte körperliche Arbeit ruiniert und „haben einfach keine Lust mehr“. Im Nachhinein erscheint auch die Erwerbsarbeit in einem anderen Licht: Demütigungen und eine schlechte Behandlung „von oben herab“ erzeugen eine gewisse Verbitterung. Auf der anderen Seite scheinen fachliche Konzepte zu fehlen, wie Menschen mit geringer Grundbildung und ungesteuertem Spracherwerb noch etwas beigebracht werden kann. Für Frauen existieren zwar Ansätze („Deutschkurse für langsam lernende Frauen“), aber diese setzen auf eine gewisse Eigenmotivation, die den Männern scheinbar fehlt. Bisher hat sich, zumindest in Wilhelmsburg, auch niemand dieser Klientel angenommen.

f) „Sozialhilfeadel“

Unter diesem Begriff werden deutsche Familien zusammengefasst, die in zweiter und dritter Generation Sozialhilfe beziehen. Hauptmerkmal dieser Gruppe ist das Verschwinden der Erwerbsarbeit als gesellschaftlicher Normalität im Alltagsleben der Eltern und Kinder. Praktische Folgen, die in Beschäftigungsprojekten beobachtet werden, sind das Fehlen von Sekundärtugenden (morgens aufstehen, pünktlich zur Arbeit kommen), fehlende Verlässlichkeit und Zuverlässigkeit, die geringe Bereitschaft, sich unterzuordnen, Anweisungen zu akzeptieren und sich auf das Leistungsprinzip einzulassen.

Die große Distanz zum Erwerbsleben geht oft mit einer Problemkumulation in den Familien einher. Gewalt und Alkoholismus können die Familienverhältnisse zerrütten, sodass häufig allein erziehende Frauen mit mehreren Kindern aus diesem Milieu hervorgehen. Der Teufelskreislauf schließt sich, indem Kinder im Bildungssystem scheitern, in ihrem sozialen Umfeld keine Vorbilder und Bezugsgrößen haben, die eine andere Normalität repräsentieren, und am Ende das Leben ihrer Eltern reproduzieren.

Das gängige Erklärungsmuster, das zentrale „soziale“ Vermittlungshemmnis der Arbeitslosen seien die fehlenden Arbeitstugenden, lässt sich anscheinend nur für diese Gruppe verallgemeinern. Andere Langzeitarbeitslose, z.B. die älteren aussortierten Arbeiter, hätten überhaupt keine Probleme, morgens pünktlich zu erscheinen, sofern sie wieder Sinn in ihrer Arbeit und ihrem Leben sehen würden. Dagegen sei hier das „Heranführen“ an Arbeit über das Erlernen von Sekundärtugenden eine Voraussetzung für eine größere Nähe zum Arbeitsmarkt. Kritisch angemerkt wird allerdings, dass die bisherige Projektpraxis zu häufig zu „Maßnahmenkarrieren“ führt.

Welche Wirkungen die gegenwärtigen Versuche erzielen werden, durch finanzielle Sanktionen und andere Maßnahmen, den Arbeitsdruck auf diese Gruppe zu erhöhen, bleibt abzuwarten. Nach den Erfahrungen von PlusPunkt ist die Verweigerungsrate der von den Arbeits- und Sozialämtern zugewiesenen Personen aus drei Hamburger Bezirken in Wilhelmsburg am höchsten.

g) Unvermittelbare Menschen mit mehreren Handicaps

In der Arbeitsvermittlung und bei Beschäftigungsträgern besteht Kontakt zu einer Gruppe von Wilhelmsburgern, die nicht mehr als vermittelbar gelten, da zusätzlich zur fehlenden beruflichen Qualifikation eine Häufung von individuellen Handicaps auftritt. Darunter werden körperliche und gesundheitliche Probleme (z.B. Fettleibigkeit, chronische Krankheiten, ruinierte Gesundheit durch harte Arbeit), psychische Krankheit (z.B. Psychatrieerfahrungen), Drogenprobleme aller Art und auch randständige Biografien (z.B. kleinkriminelles Milieu mit Knasterfahrung) subsummiert.

Die Gemeinsamkeit der Handicaps ist, dass sie nicht mehr als veränderbar gelten und daher auch alle Bemühungen um eine Arbeitsmarktintegration als weitgehend hoffnungslos beurteilt werden. Je nachdem, wie stark die Vermittlungsperspektive eingenommen wird, vergrößert sich diese Gruppe, weil auch fehlende Deutschkenntnisse bei älteren Migranten mit ungesteuertem Spracherwerb oder die Arbeitsmarktferne des „Sozialhilfeadels“ als unüberbrückbares Hemmnis erscheinen.

Menschen, die nicht mehr ins das Erwerbssystem integriert werden können, sind auf Alternativen im Bereich der Gemeinwesenökonomie angewiesen. Aufgrund der sich deutlich verschlechternden finanziellen Rahmenbedingungen und der immer stärkeren Orientierung der Maßnahmen auf die Vermittlung in den Arbeitsmarkt bestehen für soziale Projekte kaum Handlungsspielräume. Ein kleiner Lichtblick ist die Ansiedlung des Tagelöhner-Projektes von GATE in Wilhelmsburg.

Querschnittsthemen: Schulden und Alkohol

Zwei sehr wichtige Vermittlungshemmnisse lassen sich nicht einzelnen Zielgruppen zuordnen. Dies ist zum einen die Verschuldung, die durch die drohende Gehaltspfändung eine Einstellung verhindert (sie scheint im Übrigen auch unter Jugendlichen weit verbreitet zu sein). Das Thema wird häufig benannt, wobei nur selten Quantifizierung möglich ist. Beispielsweise sind 40 % der Kunden von PlusPunkt verschuldet. Die bezirklichen Schuldenberater haben Wartezeiten zwischen acht Monaten und einem Jahr. Trotz kürzerer Wartezeiten bei den Beratungsstellen der Diakonie und Grone Schule ist dies ein insgesamt unhaltbarer Zustand. Arbeitgeber erwarten bei einer Einstellung die vorherige Einigung mit den Gläubigern, sodass unregulierte Schulden die vermittelbaren Arbeitslosen unnötigerweise in der Arbeitslosigkeit halten.

Das zweite Querschnittsthema ist Alkoholismus. Auch dieses Thema lässt sich nicht quantitativ präzisieren, selbst die qualitativen Einschätzungen der ExpertInnen sind nicht einheitlich. Bestätigt wurde nur die allgemein bekannte Einschätzung, dass Alkoholismus fast ausschließlich ein Problem der Deutschen ist. Dies korrespondiert mit der Wahrnehmung, dass die jugendlichen Problemfälle fast durchgehend aus (u.a. durch Alkoholismus) zerrütteten Familienverhältnissen stammen, während die Familien der Migranten noch viel eher eine sozial stabilisierende Funktion besitzen. Derartige Wahrnehmungen sind sicherlich nicht mehr verallgemeinerbar, da auch eine Angleichung der innerfamiliären Konflikte stattfindet (z.B. scheint die Zahl der allein erziehenden Frauen anzusteigen, s.a. Tabelle 3.2).

Unterschiedliche Einschätzungen bestehen darüber, inwieweit Alkoholismus in Wilhelmsburg ein besonders häufiges Problem darstellt. Aber selbst wenn sich Wilhelmsburg in diesem Punkt nicht von anderen benachteiligten Stadtteilen unterscheidet, kann von einem hohen Handlungsbedarf ausgegangen werden. Verschiedentlich wurde die Meinung geäußert, dass trotz der immensen volkswirtschaftlichen Kosten, die Alkoholismus verursacht, ein offensiver Umgang mit der Problematik von den potenziellen Kostenträgern verhindert wird. Angesichts dieser vermeintlich schwierigen Rahmenbedingungen bietet sich dieses Thema für ein neues und innovatives Projekt geradezu an.

7.2.3 Zusammenfassende Schlussfolgerungen

- Den meisten Zielgruppen fehlen schulische Eingangsvoraussetzungen für Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen. Diese Lücke zwischen Bildungsniveau und tatsächlichen Anforderungen wird zunehmend größer und ist z.B. in Maßnahmen wie „Neu Starten“ kaum zu schließen. Es müssten neue, auf die einzelnen Zielgruppen zugeschnittene Übergänge ermöglicht werden, die nicht nur den Einstieg, sondern auch den weiteren Bildungsverlauf und die Anschlussperspektiven flexibilisieren. Stichworte hierfür sind angepasste Lernstrukturen, „Schmalspurbildung“ in den Kernfächern, Modularisierung, Akzeptanz von Zweisprachigkeit in Weiterbildungseinrichtungen, Teilzeitumschulungen.²⁸ Die schulische Qualifizierung sollte nicht als abschlussorientierter Selbstzweck, sondern nur als Mittel zur Erreichung beruflicher Bildung dienen.
- Migranten benötigen ein differenziertes Angebot an Deutschkursen. Das Defizit liegt scheinbar weniger in der Quantität, sondern in der nicht ausreichenden Angebotsanpassung an die Heterogenität der Migranten. Notwendig sind z.B. mehr (bezahlbare) Intensivkurse für Migranten mit guten Bildungsvoraussetzungen, ebenso wie spezielle Kurse für ältere männliche Migranten. Eine Differenzierung bedeutet, dass auch didaktisch neue Wege gegangen werden, z.B. weg von einer schulischen Vermittlung, hin zu berufsfeld- und kontextbezogener und erlebnisorientierter Vermittlung von Sprache durch motivierte Freiberufler.
- Sprachunterricht für Migranten sollte so weit wie möglich mit Berufsqualifizierungsmaßnahmen gekoppelt werden. Ansatzpunkt sind Projekte von GATE, u.a. eine derzeit begonnene Anpassungsqualifizierung im Gesundheitsbereich. Die bisherigen (nicht anerkannten) Qualifikationen werden gezielt durch weitere Bausteine ergänzt, der Zeitraum ist im Vergleich zu einer kompletten Ausbildung verkürzt. Im Rahmen der Ent-

²⁸ Auf die z.T. deutliche Kritik an den Standardangeboten der traditionellen Träger von Sprachkursen, Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen sei hier nur am Rande hingewiesen.

wicklungspartnerschaft sollte ein Ausbau dieses Konzeptes überprüft werden. Hierzu der Bericht der Ausländerbeauftragten: „Notwendig wäre ein spezifischer Qualifizierungsansatz, der auf den mitgebrachten Qualifikationen (Allgemeinbildung, sprachliche Qualifikation, abgebrochene/nicht anerkannte Ausbildung) aufbaut und den Bedarfen auf dem lokalen Arbeitsmarkt entspricht. Ein wesentliches Element dieser Förderung ist der Erwerb von fachsprachlichen Qualifikationen in der deutschen Sprache“ (Neuman 2001: 30).

- Im Rahmen des Mainstreamings sollte das Problem der nicht anerkannten Berufsabschlüsse thematisiert werden. Aus Sicht der Elbinsel ist es wichtig, über in der Alltagswelt erfahrbare Vorbilder deutlich zu machen, dass sich Bildung tatsächlich lohnt. Dies erfordert die Förderung qualifizierter Migranten.
- Die personenbezogene Sicht sollte im Hinblick auf eine ganzheitliche Betrachtung der Haushalte und Familien erweitert werden. Dies betrifft insbesondere Familien im Sozialhilfebezug und die Familien mit SeiteneinsteigerInnen aus der Türkei. Im zweiten Fall muss verstärkt dafür gesorgt werden, dass über die Kinderbetreuung eine zweisprachige Erziehung sichergestellt wird, damit die Kinder sowohl ihre zu Hause gesprochene Herkunftssprache als auch deutsch lernen. Die Sprachkompetenz ist in diesem Fall keine Entweder-Oder-Frage, da ohne ein Fundament in der Herkunftssprache auch der Erwerb der Zweitsprache behindert wird. Zugleich muss die Ansprache der Mütter über die Kinder bzw. die Kindertagesstätten erfolgen, in Bezug auf Deutschkurse und die Informationsvermittlung über das Erziehungs- und Ausbildungssystem.
- Bildung und Qualifizierung müssen den zentralen Stellenwert besitzen, sie sind jedoch kein Allheilmittel, weil viele Erwerbslose und Beschäftigte nicht mehr lernen können und wollen. Die Suche nach Arbeitsplätzen mit niedrigen fachlichen Einstiegsschwellen bleibt jenseits aller Qualifizierungsanstrengungen ebenfalls ein wichtiger Handlungsansatz. Hierbei gilt die Strategie, die von PlusPunkt und anderen Trägern angewandt wird, als erfolgversprechend. Es wird versucht, (noch) nicht ausgeschriebene Stellen zu akquirieren und dafür passgenaue Bewerber zu ermitteln. Der persönliche Kontakt zum Vorgesetzten ist ebenso wichtig wie die Betreuung der Klientel (v.a. Motivierung und Aufzeigen von Problemlösungen). Es wäre zu überprüfen, wie – v.a. durch die erweiterten Möglichkeiten durch das Job-Aktiv-Gesetz – mehr Synergieeffekte zwischen der EP und Personalvermittlungsagenturen geschaffen werden können (z.B. durch Betriebskontakte).
- Angesichts der großen konzeptionellen Schwierigkeiten, geeignete Maßnahmen für einzelne Zielgruppen, wie z.B. die „Aussortierten Arbeiter“ zu entwickeln, sollte ein intensiver Austausch mit den internationalen Partnern der EP Elbinsel, insbesondere mit Birmingham, betrieben werden (in Birmingham stehen „older workers“ im Zentrum der [Forschungs-]Aktivitäten).
- Die „Querschnittsthemen“ Verschuldung und Alkoholismus sollten in allen Maßnahmen ausreichend berücksichtigt werden.

8. Ausblick

Die zukünftige Aufgabe der TUHH ist die Evaluation des Projektes Entwicklungspartner-schaft Elbinsel. Ein Bestandteil dieser wissenschaftlichen Begleitung ist die Bearbeitung von Wissensbedarfen, die die Umsetzung der generellen und prozessualen Handlungsziele der EP Elbinsel unterstützen. Welche Fragestellungen in Zukunft eine tiefergehende Bearbeitung erfordern, hängt von den jetzt zu definierenden Starterprojekten sowie der schrittweise zu entwickelnden Gesamtstrategie ab, die die einzelnen Projekte integriert und positive Rückkopplungsprozesse ermöglicht.

Aus Sicht der TUHH besteht weiterer Forschungsbedarf im Hinblick auf Fragen der Inwertsetzung weiblicher Arbeitskraft innerhalb der Stadtteil- und Quartiersökonomie. Die Gründe für die unterdurchschnittliche Erwerbstätigkeit von Bewohnerinnen der Elbinsel sowie Möglichkeiten einer stärkeren Mobilisierung und Verknüpfung von Arbeit, Erziehung, Bildung und lokaler Kaufkraft sollten eingehender untersucht werden. Ein weiteres Thema wäre eine detaillierte Auseinandersetzung mit den Zuzugspotenzialen neuer Bewohnergruppen. Neben einer stärkeren empirischen Fundierung gegenwärtiger Trends müssten hier das Zusammenwirken der verschiedenen Push- und Pull-Faktoren bewertet und in konzeptionelle Empfehlungen für die Wohnungswirtschaft und andere Akteure überführt werden. Weitere Vertiefungen könnten schließlich im Bereich der Migrationsökonomie notwendig werden, z.B. im Rahmen von Best-practice-Recherchen.

In Bezug auf die strategische Ausrichtung der EP Elbinsel haben die z.T. dramatischen Befunde der Qualifikations- und Potenzialanalyse die Notwendigkeit einer expliziten Fokussierung auf die Zielgruppe der MigrantInnen bestätigt. Aus Sicht der TUHH wird es darauf ankommen, dass nicht nur unterschiedliche Qualifizierungsmaßnahmen für einzelne Teilgruppen entwickelt werden, sondern dass ebenso der – im Rahmen des EQUAL-Programms vorgegebene – Querschnittsbereich des Empowerments inhaltlich ausgefüllt und umgesetzt wird. Angesichts der Wirkmächtigkeit verschiedener lokaler und struktureller Exklusionsmechanismen, die sich im Rahmen des Projektes nicht aufheben lassen, ist es notwendig, in der Projektpraxis zumindest Zeichen in Richtung auf eine stärkere gesellschaftliche Teilhabe zu setzen. Empowerment kann die Einbeziehung von Eltern, Elternvereinen und Moscheen beim Thema Schule und Ausbildung bedeuten, die gezieltere Ansprache und Beteiligung von beschäftigten Migranten in Betrieben beim Thema Weiterbildung oder auch Lobbyarbeit für Ein- und Aufstiegsperspektiven in Betrieben und Behörden. Nicht zuletzt sollten die Entwicklungspartner ihre eigene Personalentwicklung neben dem Genderaspekt auch im Hinblick auf die verstärkte Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund überprüfen.

Im engeren Themenfeld der Evaluation haben sich im Rahmen der Qualifikations- und Potenzialanalyse Fragen im Hinblick auf die Qualität und Effektivität von Akteurs- und Netzwerkstrukturen ergeben. Für außen stehende Beobachter erscheint das Akteursgeflecht der Elbinsel zunächst unübersichtlich und z.T. unkoordiniert. Inwiefern die sozialen Netzwerke teilweise nebeneinander arbeiten und welche Rolle dabei persönliche Animositäten und Befindlichkeiten spielen, ließ sich für die TUHH bisher nicht durchdringen. In den Interviews wurde das Angebot an (Beteiligungs-)Gremien und sozialen Einrichtungen des öfteren sehr kritisch als „Überangebot“ beurteilt, sowohl von Unternehmensvertretern als auch von Vertretern sozialer Einrichtungen. Von Unternehmerseite wurde ebenso beklagt, dass sich einzelne Gruppen im Rahmen der Zukunftskonferenz mit Forderungen durchgesetzt hätten, die nicht repräsentativ für die Gesamtheit der Akteure der Elbinsel seien. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit, das Akteursgeflecht nicht nur im Hinblick auf mögliche Schwachstellen in den „objektiven“ Strukturen, sondern auch in Bezug auf seine subjektive

Wahrnehmung und Interpretation durch die relevanten Akteursgruppen zu untersuchen, da letztere z.B. ganz entscheidend die Bereitschaft zur Mitarbeit oder Kooperation mit der EP Elbinsel prägen können.

Auf Grundlage der bisherigen Erfahrungen wird die qualitative Entwicklung der internen Kooperationsstrukturen der EP Elbinsel in hohem Maße davon abhängen, inwieweit in den alltäglichen Arbeitszusammenhängen effektivere Formen der Arbeitsteilung und des Austausches unterschiedlicher Wissensbestände etabliert werden können. Im Rahmen der Recherchen hat sich z.B. des öfteren gezeigt, dass Informationen über die Zielgruppen als internes Know how „gehörtet“ und/oder nur in Form eines stark aggregierten und bürokratischen Berichtswesens für die Auftraggeber ausgewertet werden. Diese Praxis erschwert Lernprozesse der eigenen Organisation sowie des Netzwerkes. Darüber hinaus ergibt sich bisher der Eindruck, dass Arbeitsabläufe immer noch in erster Linie aus der bürokratischen Eigenlogik der Organisation heraus organisiert werden und nicht anhand der Bedürfnisse der eigentlichen Zielgruppe. Stünde tatsächlich der oder die einzelne Arbeitssuchende bzw. der Unterstützung suchende Jugendliche im Mittelpunkt, dann würden Assessment, Förderpläne oder sonstige Profile nur ein einziges Mal erstellt und von anderen Einrichtungen bei Bedarf überprüft und weiter entwickelt. Informationsaustausch und Rückfragen wären nicht abhängig davon, wie gut sich MitarbeiterInnen unterschiedlicher Einrichtungen kennen und „miteinander können“: Sie wären integraler Bestandteil einer arbeitsteilig organisierten Gesamtstruktur.

Die TUHH ist gespannt auf den weiteren Projektverlauf der Entwicklungspartnerschaft Elbinsel und hofft, im Rahmen der Evaluation einen gewinnbringenden Beitrag leisten zu können.

9. Literatur

- Beck, Marieluise (2001): Mehrsprachigkeit an deutschen Schulen – ein Länderüberblick. Hg.: Die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen. In der Diskussion, Nr. 10.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hg.): Soziale Ungleichheiten, Göttingen, Soziale Welt Sonderband 2, S.183-198.
- Crescenti, Marcelo (2001): Türkische Händler: Das Ziel vor Augen. In: Der Handel 4/2001, S. 22-28.
- FHH (2001): Hamburg im Fluss – IGA auf den Inseln. Internationale Gartenbausstellung 2013 in Wilhelmsburg. Hg.: Freie und Hansestadt Hamburg, Umweltbehörde.
- FHH (2002): Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg. Drucksache 17/1130 (30.7.02).
- Granovetter, Mark/ Richard Swedberg (Hg.) (1992): The Sociology of Economic Life. Boulder, San Francisco, Oxford.
- Handelskammer (2000): Jahresbericht 1999, Band III, Zahlen. Hg.: Handelskammer Hamburg.
- Handwerkskammer (1997): Ausbildungssituation im Hamburger Handwerk. Betriebsbefragung im Frühjahr 1997. Hg.: Handwerkskammer Hamburg.
- Handwerkskammer (2002): 2002: Die Handwerkskammer zieht Bilanz. Schriftenreihe zum Hamburger Handwerk, Heft 1/2002.
- Hönekopp, Elmar (2000): Integration und Arbeitsmarkt. Bessere Qualifizierung ist der Schlüssel. In: IAB Materialien, Nr. 2/2000, S. 6-8.
- Jeschek, Wolfgang (2001): Schulbesuch und Ausbildung von jungen Ausländern – kaum noch Fortschritte. DIW-Wochenbericht 10/01.
(s. www.diw.de/deutsch/publikationen/wochenberichte)
- Landesarbeitsamt Nord (2002): Struktur der Arbeitslosigkeit. Ergebnisse der Sonderuntersuchung über Arbeitslose in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein.
- Läpple, Dieter/Walter, Gerd (2000): Im Stadtteil arbeiten. Beschäftigungswirkungen wohnungsnaher Betriebe. Hg.: Stadtentwicklungsbehörde Hamburg.
- Läpple, D., Deecke, H., Krüger, T. (1994): Strukturentwicklung und Zukunftsperspektiven der Hamburger Wirtschaft unter räumlichen Gesichtspunkten. Clusterstruktur und Szenarien. Forschungsbericht (TUHH), Hamburg.
- Lehberger, Reiner (2001): Zur Situation der Hauptschule in Hamburg. In: Hamburg macht Schule. Zeitschrift für Hamburger Lehrerinnen und Elternräte, 5/2001, S. 28-30.
- Migrationsbericht (2002): Migrationsbericht des Zentrums für Türkeistudien. Hg.: Goldberg, A./Halm, D./Sauer, M.. Münster.
- Neumann, Ursula (2001): Bericht der Ausländerbeauftragten an den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg.
- Pilotstudie (2002): Entwicklung einer Konzeption für lokale/regionale Kooperationsnetzwerke am Beispiel einer Großstadt. Abschlussbericht Pilotstudie Metropolregion

Hamburg. Projektdurchführung: Koordinierungsstelle Weiterbildung und Beschäftigung e.V. (KWB), Hamburg.

PISA (2000): PISA 2000: Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Hg.: Baumgart, Jürgen et. al., Opladen.

Roitsch, Jutta (2002): Die altbekannten Reflexe und Ignoranz. Frankfurter Rundschau - Dokumentation, 3.6.2002.

STALA (2001): Hamburger Statistisches Jahrbuch 2001/2002. Hg.: Statistisches Landesamt Hamburg.

STALA (2002): Hamburg in Zahlen. Hg.: Statistisches Landesamt Hamburg, Heft IV/01.

Wirtschaftsverein Harburg-Wilhelmsburg (2002): Unternehmens-Studie des Arbeitskreises U 40 zur Qualifikation von Schulabgängern im Süden Hamburgs 2002. Hg.: Wirtschaftsverein Harburg-Wilhelmsburg e.V..

Zukunftskonferenz (2002): Weißbuch der Zukunftskonferenz Wilhelmsburg. Bericht der Arbeitsgruppen. Hg.: Zukunftskonferenz Wilhelmsburg.

Anhang

Städtische Teilökonomien: Clusteranalyse

Aus den Firmendaten der Handels- und Handwerkskammer für die Postleitzahlen 21107, 21109, 20459 sowie 20539 wurden zunächst per Hand die Firmen der Stadtteile Steinwerder, Kleiner Grasbrook und Veddel herausgefiltert. Anschließend wurde eine Clusterung der auf der Elbinsel ansässigen Betriebe nach Teilökonomien entsprechend der an der TUHH entwickelten Methode durchgeführt (Läpple/Decke/Krüger 1994).

Die Firmendaten der Kammern beinhalten in der Regel nur Firmen, die mit Hauptsitz in diesem Teilraum angemeldet sind; Unternehmen, deren Verwaltung in der Hamburger City ist, und die mit einem oder mehreren Betriebsstätten auf der Elbinsel vertreten sind, sind hierbei nicht berücksichtigt.

Zur Überprüfung der von den Kammern erhaltenen Daten wurden zunächst Doppelt- bzw. Mehrfacheinträge eliminiert; Firmenverschachtelungen wurden - so weit es möglich war - zu Betrieben zusammengefasst.

Freie Berufe wie Ärzte, Rechtsanwälte oder Architekten, sind in diesen Listen nur zum Teil berücksichtigt, ebenso fehlen die öffentlichen Betriebe wie z.B. Schulen. Für die freien Berufe wurde daher auf der Grundlage des Branchenbuches eine zusätzliche Betriebsliste angefertigt, öffentliche sowie landwirtschaftliche Betriebe wurden ebenfalls hinzugefügt.

Für ausgewählte Branchen wurde ein Abgleich mit den Einträgen im Branchenbuch vorgenommen. Einzelne Betriebe, die aus der Kenntnis der lokalen Situation heraus bekannt waren und die nicht in den Datensätzen der Kammern aufgeführt waren, wurden zusätzlich überprüft. Zweigniederlassungen bzw. Filialen größerer Betriebe konnten so zumindest teilweise aufgenommen werden.

Weiterhin wurden die Datensätze durch Begehung einzelner Gewerbegebiete vor Ort validiert. Zusätzlich wurden die Ergebnisse der Unternehmensbefragung berücksichtigt.

Die Abschätzung der Anzahl der Beschäftigten in den Betrieben erfolgte auf der Grundlage der Betriebsgrößenklassen der Handelskammer-Daten. Dazu wurden die folgenden Faktoren verwendet.

Betriebsgrößenklasse	1-3	3-5	6-9	10-19	20-49	50-99	100-199	200-499	500-999
Beschäftigungsfaktor	1	5	8	17	38	65	170	300	700

Mit den verwendeten Faktoren wurden die Betriebsgrößenklassen unterschiedlich gewichtet. Der für die Betriebsgrößenklasse 1-3 verwendete Faktor von 1 berücksichtigt den Umstand, dass viele der hier aufgeführten Betriebe überhaupt keine sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten haben. Die Betriebsgrößenklassen 3-5, 10-19 und 20-49 werden durch die gewählten Faktoren in Bezug auf die Betriebsgrößenklasse 1-3 überrepräsentiert.

Für die Bestandszahlen der Handwerkskammer lagen keine Angaben zur Betriebsgröße vor. Bei doppelt gelisteten Betrieben wurden die Angaben der Handelskammer herangezogen und wie oben verfahren, ferner wurden die Ergebnisse der Betriebsbefragung herangezogen. Bei Betrieben für die keinerlei Angaben zur Verfügung standen, musste eine Schätzung vorgenommen werden.

Bei der Clusterung wurde zunächst anhand der Unternehmenszwecke bzw. des Handwerkszweiges eine sektorale Zuordnung der Betriebe vorgenommen. Die Sektoren wurden dann analog der Studie von Läpple, et.al. den einzelnen Teilökonomien zugeordnet. Die besonde-

ren Probleme und Unsicherheiten, die aus der Abgrenzung der einzelnen Teilökonomien für diese Untersuchung resultieren, werden an den entsprechenden Stellen angesprochen.

Kleinstbetriebe mit 1-3 Beschäftigten wurden, sofern der Unternehmenszweck nichts anderes erkennen ließ, räumlich zugeordnet, d.h. Unternehmen aus Wohngebieten wurden der Stadtteil- und Quartiersökonomie zugeschlagen, im Hafen ansässige Betriebe entweder dem Cluster Hafen, Transport Lagerei oder den Seehafenindustrien.